

BETEILIGUNGS BERICHT 2017



KOBLENZ
VERBINDET.

Herausgeber:

Stadt Koblenz

Stadtwerke Koblenz GmbH
Telefon: 0261/911630
swk@stadtwerke-koblenz.de

Herstellung:

Kopierservice der Stadt Koblenz

Vorwort



**Der Koblenzer Oberbürgermeister
Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig**

*Sehr verehrte Leserin,
sehr verehrter Leser,*

*mit dem Beteiligungsbericht 2017 legt die
Stadt Koblenz nunmehr die neunzehnte
Ausgabe dieses Berichtes vor.*

*Neben der Erfüllung der gesetzlichen
Berichtspflicht möchten wir damit die
wirtschaftlichen Betätigungen und
Beteiligungen der Stadt Koblenz
transparent machen.*

*Den Ratsmitgliedern und der
Verwaltungsführung, sowie den
interessierten Bürgerinnen und Bürgern
soll der Bericht als einheitliche
Informationsbasis dienen.*

*Seit 2010 werden auch die mittelbaren Beteiligungen, an denen die Stadt Koblenz
eine Beteiligung von über 5 % hält, mit aufgeführt.*

*Auf Basis der geprüften Jahresabschlüsse 2016 gibt der Beteiligungsbericht Einblick
in die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung der Beteiligungen und gewährt,
soweit möglich, einen Ausblick auf das Geschäftsjahr 2017.*

*Die vielfältigen Aufgaben im Bereich der Energie- und Wasserversorgung, der
Abwasser- und Abfallentsorgung und des öffentlichen Personennahverkehrs, sowie
des Wohnungs-, Kultur- und Gesundheitswesens sind auf Eigenbetriebe und
Unternehmen der privatrechtlichen Form übertragen, da sie so meist kostengünstiger
und effizienter wahrgenommen werden können.*

*Dabei muss jedoch neben der Eigenverantwortlichkeit der Geschäftsführungen und
Unternehmensgremien der nötige Einfluss durch die kommunalen
Entscheidungsgremien gewahrt werden.*

*Hierzu wurde u. a. in 2016 vom Stadtrat der Stadt Koblenz eine Beteiligungsrichtlinie
verabschiedet.*

*Das Geschäftsjahr 2016 war erneut durch allerlei Veränderungen in den
verschiedenen Bereichen der wirtschaftlichen Betätigung der Stadt Koblenz
gekennzeichnet.*

*So wurden, wie bereits in den Vorjahren, die im Rahmen der Fusionen bei der evm
AG sowie dem Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH begonnenen
Umstrukturierungen weiter fortgeführt.*

*Auch wurde die Umstrukturierung des Eigenbetriebs Koblenz-Touristik begonnen
sowie die Vorbereitungen zum Neubau des Hallenbads vorangetrieben.*

Besonderer Dank für die konstruktive Zusammenarbeit gilt den Geschäftsführern, den Vorständen, den Werkleitern und Verbandsvorstehern, den Mitgliedern der Aufsichtsräte, Gesellschafterversammlungen, Werkausschüssen und Verbandsversammlungen sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Beteiligungsunternehmen und Eigenbetriebe.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Joachim Hofmann-Göttig', followed by a closing parenthesis symbol ')

*Joachim Hofmann-Göttig
Koblenz, im Juni 2017*

Inhaltsverzeichnis

Seite

I. Allgemeines

- | | |
|--|----------|
| 1. Gesetzliche Grundlagen | 3 |
| 2. Gegenstand des Beteiligungsberichtes | 3 |
| 3. Struktur der Darstellung | 3 |

II. Darstellung der einzelnen Unternehmensbeteiligungen

1. Beteiligungen der Stadt Koblenz an Unternehmen in privater Rechtsform

Eigengesellschaften

- | | |
|--|----|
| - Koblenzer Entsorgungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH | 9 |
| - Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft mbH | 15 |
| - Wirtschaftsförderungsgesellschaft Koblenz mbH | 31 |
| - Sporthalle Oberwerth GmbH | 37 |
| - Stadtwerke Koblenz GmbH | 43 |

Beteiligungsunternehmen

- | | |
|---|-----|
| - Energieversorgung Mittelrhein AG | 49 |
| - EKO2 GmbH | 69 |
| - Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH | 73 |
| - Koblenz Stadtmarketing GmbH | 83 |
| - Romantischer Rhein Tourismus GmbH | 87 |
| - TechnologieZentrum Koblenz GmbH | 95 |
| - Verkehrsverbund Rhein-Mosel GmbH | 103 |

2. Mittelbare Beteiligungen der Stadt Koblenz an Unternehmen in privater Rechtsform

(Holding-Gesellschaft: Stadtwerke Koblenz GmbH)

- | | |
|---|-----|
| - Ehrenbreitsteiner Schrägaufzug GmbH | 115 |
| - Flugplatz Koblenz-Winningen GmbH | 121 |
| - Kraftwagen-Verkehr Koblenz GmbH | 127 |
| - Koblenzer Bäder GmbH | 133 |
| - Vereinigte Wasserwerke Mittelrhein GmbH | 137 |
| - Wasserwerk Koblenz/Weißenthurm GmbH | 145 |
| - Windpark Westerwald GmbH | 151 |

3. Mittelbare Beteiligungen der Stadt Koblenz an Unternehmen in privater Rechtsform über 5 %

(Holding-Gesellschaft: Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH)

- | | |
|--|-----|
| - Diakonisches Bildungszentrum Mittelrhein-Mosel gGmbH | 159 |
| - Gesundheitszentrum zum Heiligen Geist Boppard GmbH | 165 |
| - GK Service GmbH | 173 |
| - GZ-Service am Evangelischen Stift Koblenz GmbH | 179 |
| - Medizinisches Versorgungszentrum Mittelrhein GmbH | 185 |
| - Medizinisches Versorgungszentrum Görresplatz GmbH | 191 |

4. Mittelbare Beteiligungen der Stadt Koblenz an Unternehmen in privater Rechtsform über 5 % (Holding-Gesellschaft: evm AG)

- BEE Bioenergieerzeugung Koblenz GmbH	197
- Energiebeteiligungsgesellschaft Mittelrhein mbH	203
- Energiegesellschaft Görgeshausen mbH	209
- Energienetze Mittelrhein GmbH & Co. KG	215
- Energienetze Mittelrhein Verwaltungs GmbH	229
- evm Verkehrs GmbH	231
- evm Windpark Schneifelhöhe GmbH & Co. KG	239
- evm Windpark Schneifelhöhe Verwaltungs GmbH	243
- Fernwärmeversorgung Mayen GmbH	245
- Gasversorgung Westerwald GmbH	251
- GkD Gesellschaft für kommunale Dienstleistungen	257
- KEVAG Telekom GmbH	261
- Naturstrom Rheinland-Pfalz GmbH	269
- HSP Hachenburger Solar Park GmbH	275
- evm Windpark Höhn GmbH & Co. KG (ehm. juwi)	281
- evm Windpark Höhn Verwaltungs-GmbH	287
- Propan Rheingas GmbH/Propan Rheingas GmbH & Co.KG	289
- Rhein-Ahr-Energie GmbH & Co. KG	299
- Rhein-Ahr-Energie Verwaltungs GmbH	303
- Solarenergie Mastershausen Projekt GmbH & Co. KG	307
- Solarenergie Mastershausen Verwaltungs GmbH	313
- Stadtwerke Andernach Energie GmbH	317

5. Eigenbetriebe

- Grünflächen- und Bestattungswesen	323
- Kommunaler Servicebetrieb Koblenz	325
- Koblenz-Touristik	327
- Kommunales Gebietsrechenzentrum	329
- Stadtentwässerung Koblenz	331

6. Zweckverbände

- Abfallzweckverband Rhein-Mosel-Eifel	333
- Abwasserzweckverband A61/GVZ Koblenz	335
- Zweckverband Industriepark A61/GVZ Koblenz	337
- Zweckverband SPNV Rheinland-Pfalz Nord	339
- Altlastenzweckverband Tierische Nebenprodukte	341
- Zweckverband Tierische Nebenprodukte Südwest	343
- Zweckverband Tierkörperbeseitigung i. L.	345
- Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal	347
- ZIDKOR	349

7. Übersicht der städtischen Beteiligungen

I. Allgemeines

1. Gesetzliche Grundlagen

Gem. § 90 Abs. 2 GemO ist die Stadt Koblenz verpflichtet, dem Stadtrat mit der Vorlage der Haushaltssatzung einen Beteiligungsbericht vorzulegen.

Der Bericht ist für

- Beteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen die Gemeinde auch mittelbar mit **mindestens 5 %** beteiligt ist (§ 90 Abs. 2 GemO)
- und
- Eigenbetriebe und eigenbetriebsähnliche Einrichtungen (§ 86 Abs. 3 in Verbindung mit § 90 Abs. 2 GemO)

zu erstellen.

Gem. § 108 (3) Nr. 2 GemO ist der Beteiligungsbericht als Anlage zum Jahresabschluss dem Stadtrat vorzulegen.

2. Gegenstand des Beteiligungsberichtes

In dem jährlich zu erstellenden Beteiligungsbericht sind gemäß der Gemeindeordnung im Einzelnen darzustellen:

- Gegenstand des Unternehmens
- Beteiligungsverhältnisse
- Besetzung der Organe
- Beteiligungen des Unternehmens
- Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks
- Grundzüge des Geschäftsverlaufs
- Lage des Unternehmens
- Kapitalzuführung und -entnahmen
- Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt
- Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates bzw. vergleichbarer Organe
- das Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO

3. Struktur der Darstellung

Die Daten im Bericht beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2016.

Auf Grund der Veränderungen durch das Bilanzrichtlinien-Umsetzungsgesetz (BilRuG) wurden in einigen Gesellschaften zur besseren Vergleichbarkeit Umgliederungen der Vorjahreszahlen vorgenommen. Diese können sich auch auf die Vorjahreskennzahlen (insbesondere „Umsatz pro Mitarbeiter“) auswirken.

Die nachfolgenden einzelnen Darstellungen der Unternehmensbeteiligungen der Stadt Koblenz enthalten:

Rechtsform, Gründung und Stammeinlage
Beinhalten die Grunddaten des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens
Darstellung des gemäß Gesellschaftsvertrages/Satzung festgelegten Unternehmensgegenstandes

Beteiligungsverhältnisse
Übersicht der Stammeinlagen

Besetzung der Organe
Übersicht der Mitglieder im Aufsichtsrat, der Gesellschafterversammlung und der Geschäftsführung/des Vorstandes nach Angaben des Unternehmens

Beteiligungen des Unternehmens
Darstellung, ob das Beteiligungsunternehmen der Stadt Koblenz eigene Beteiligungen an anderen Unternehmen hält und wenn ja, in welchem Umfang.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks
Dieser Abschnitt beinhaltet Aussagen zur Aufgabenerfüllung des Unternehmens, und ob der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs
Dargestellt werden die G+V und die Bilanz sowie die nach einem einheitlichen Schema gegliederten und berechneten Bilanzkennzahlen der Unternehmen. Zusätzlich wird der Lagebericht der Gesellschaft aufgeführt.

Berechnung Kennzahlen

1.) Ertragslage

a.) Rentabilität

Eigenkapitalrentabilität

Eigenkapitalrentabilität	=	$\frac{\text{Jahresergebnis nach Steuern} \times 100}{\text{Eigenkapital}}$
--------------------------	---	---

Die Eigenkapitalrentabilität gibt die Verzinsung des Eigenkapitals im Geschäftsjahr an.

Gesamtkapitalrentabilität

$$\text{Gesamtkapitalrent.} = \frac{\text{Jahresergebnis n. Steuern} + \text{Fremdkapitalzinsen} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$$

Die Gesamtkapitalrentabilität zeigt den prozentualen Anteil des Jahresüberschusses nach Steuern am Gesamtkapital. Auch die Fremdkapitalzinsen werden mit einbezogen.

Sie gibt an, in welcher Höhe sich das eingesetzte Gesamtkapital im Geschäftsjahr verzinst hat.

b.) Umsatz pro Mitarbeiter

$$\text{Umsatz pro Mitarbeiter} = \frac{\text{Umsatz}}{\text{Durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter}}$$

Gibt an wie viel Umsatz auf jeden einzelnen durchschnittlich beschäftigten Mitarbeiter entfällt.

2.) Vermögensaufbau

Anlagenintensität

$$\text{Anlagenintensität} = \frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Gesamtvermögen}}$$

Zum Anlagevermögen zählen Gegenstände, die dazu bestimmt sind, dem Geschäftsbetrieb dauerhaft zu dienen. Hierbei handelt es sich um immaterielle Vermögensgegenstände, Finanz- und Sachanlagen.

Anlagevermögen bindet langfristig Kapital und verursacht fixe Kosten, wie z. B. Abschreibungen.

Die Anlagenintensität ist ein Maßstab für die Anpassungsfähigkeit und Flexibilität des Unternehmens. Sie gibt über den Grad der Beweglichkeit des Unternehmens Auskunft.

Je geringer die Anlagenquote, desto flexibler kann sich das Unternehmen den veränderten Marktverhältnissen anpassen.

Intensität des Umlaufvermögens

$$\text{Intensität des Umlaufvermögens} = \frac{\text{Umlaufvermögen} \times 100}{\text{Gesamtvermögen}}$$

Das Umlaufvermögen setzt sich aus Vorräten, Forderungen und flüssigen Mitteln zusammen.

Eine ausgeprägte Umlaufintensität weist, durch die Verschiedenartigkeit der Branchen bedingt, entweder auf einen hohen Lagerbestand oder einen hohen Forderungsbestand bzw. liquide Mittel hin.

3.) Anlagenfinanzierung

Anlagendeckung I

$$\text{Anlagendeckung I} = \frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$$

Der Anlagendeckungsgrad I drückt aus, welcher Teil des Anlagevermögens durch Eigenkapital gedeckt ist. Langfristig gebundene Vermögenswerte sollten durch langfristiges Kapital finanziert werden.

Die Anlagendeckung ist als sehr gut zu beurteilen, wenn das Eigenkapital das Anlagevermögen zu 100 % deckt.

Anlagendeckung II

$$\text{Anlagendeckung II} = \frac{(\text{Eigenkapital} + \text{langfr. Fremdkapital}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$$

Der Anlagendeckungsgrad II drückt aus, welcher Teil des Anlagevermögens durch Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital gedeckt ist. Er berücksichtigt, dass für langfristige Investitionen neben dem Eigenkapital auch langfristiges Fremdkapital eingesetzt werden kann.

Die Anlagendeckung II sollte immer größer als 100 % sein, da das Anlagevermögen, das dem Unternehmen langfristig zur Verfügung stehen soll, auch langfristig finanziert werden sollte.

4.) Kapitalausstattung

Eigenkapitalquote

Eigenkapitalquote	=	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$
-------------------	---	---

Die Eigenkapitalquote stellt den Grad der finanziellen Unabhängigkeit dar. Sie wird von Banken oft zur Beurteilung der Kreditwürdigkeit herangezogen. Je höher der Eigenkapitalanteil am Gesamtkapital ist, desto kreditwürdiger und konkurrenzfähiger ist i. d. R. ein Unternehmen.

Fremdkapitalquote

Fremdkapitalquote	=	$\frac{\text{Fremdkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$
-------------------	---	---

Die Fremdkapitalquote stellt den Grad der Verschuldung dar. Zum Fremdkapital werden auch die Passiven Rechnungsabgrenzungsposten hinzugerechnet. Eigen- und Fremdkapitalquote ergeben zusammen 100 %.

5.) Liquidität

Liquiditätsgrad III

Liquiditätsgrad III	=	$\frac{\text{Umlaufvermögen} \times 100}{\text{mittel- und kurzfr. Fremdkapital}}$
---------------------	---	--

Durch den Liquiditätsgrad wird die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens beschrieben. Das Umlaufvermögen kann in der Regel mittelfristig liquidiert werden, um kurz- und mittelfristige Verbindlichkeiten zu begleichen.

Lage des Unternehmens

Abdruck des Lageberichtes der Geschäftsführung/des Vorstandes

Kapitalzuführungen und -entnahmen der letzten 3 Jahre

Veränderungen der Stammeinlage

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Koblenz

Darstellung der Kapitalzuführungen und Entnahmen der letzten 3 Jahre, der Gewinnabführungen an bzw. des Verlustausgleichs durch die Stadt Koblenz, der Konzessionsabgaben und vom Unternehmen gezahlte Steuern an die Stadt Koblenz.

Die ausgewiesenen Steuern können Zuführungen bzw. Auflösungen von Rückstellungen und Abrechnungen von Vorjahren enthalten.

Gesamtbezüge der Organe

Informiert wird über die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates und vergleichbarer Organe.

Auf die Angabe der Bezüge der Geschäftsführung/Vorstände wird i. d. R. aus Datenschutzgründen verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Hier sollen unter dem Stichwort Subsidiarität Aussagen getroffen werden, ob der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen Anderen (Dritten) erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

Hinweise:

Für die Eigenbetriebe sind die Angaben im Bericht gemäß § 86 Abs. 3 GemO nur verkürzt dargestellt.

Auch die Zweckverbände sowie Verwaltungsgesellschaften, die keinen eigenen Geschäftsbetrieb haben und lediglich als Verwaltungsorgan einer GmbH & Co. KG fungieren, werden verkürzt dargestellt (ohne Bilanz, GuV und Kennzahlen).

Die Gewährsträgerschaft für die Sparkasse Koblenz ist im Beteiligungsbericht nicht darzustellen, da es sich um keine Beteiligung im Sinne § 90 Abs. 2 GemO handelt.

Bei den Stellungnahmen zu „Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben“ und „Lage der Gesellschaft“ handelt es sich um die Lageberichte aus den Prüfberichten per 31.12.2016 der Gesellschaften.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2017

**Koblenzer Entsorgungs- und
Verwaltungsgesellschaft mbH**

Rechtsform

GmbH

Gegründet

Gesellschaftsvertrag vom 09. Juni 2004

Stammkapital am 31.12.2016

25.000,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Wertstoffeffassung/-verwertung sowie die Durchführung damit im Zusammenhang stehender Serviceleistungen in der Stadt Koblenz, die nicht von der Satzung über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen in der Stadt Koblenz (Abfallsatzung) sowie der Satzung der Stadt Koblenz über die Reinigung öffentlicher Straßen und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung) - in den jeweils geltenden Fassungen - erfasst werden.

Beteiligungsverhältnisse

Die Stadt Koblenz hat die Stammeinlage in voller Höhe übernommen.

Die Beteiligung dem Sondervermögen „Kommunaler Servicebetrieb Koblenz“ zugeordnet und wird in dessen Bilanz ausgewiesen.

Besetzung der Organe am 31.12.2016

Gesellschafterversammlung

Bürgermeisterin Marie-Theres Hammes-Rosenstein - Vorsitzende –

Karl-Heinz Rosenbaum

Ernst Knopp

Herbert Dott

Gerhard Lehmkuhler

Hermann-Josef Schmidt

Uwe Diederichs-Seidel

Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Geschäftsführung

Edgar Mannheim

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Die GmbH erbringt Service- und Verwertungsleistungen für in Koblenz ansässige Unternehmen.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz in €	2015	2016
A. Anlagevermögen	4,00	4,00
B. Umlaufvermögen	268.576,09	305.131,93
I. Vorräte	45.296,55	50.526,47
II. Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	59.685,55	58.714,54
III. Kassenbestand	163.593,99	164.437,08
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	268.580,09	305.135,93
A. Eigenkapital	222.729,75	235.544,38
I. Gez. Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Gewinnvortrag	185.910,38	197.729,75
III. Jahresüberschuss	11.819,37	12.814,63
B. Rückstellungen	11.272,00	10.805,00
C. Verbindlichkeiten	34.578,34	58.768,55
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	268.580,09	305.135,93

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV in €	2015	2016
Umsatzerlöse	557.941,36	1.218.976,10
sonstige Erträge	631.500,00	0,00
Materialaufwand	373.461,51	354.561,16
a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe.	45.817,20	45.296,55
b) Aufw. f. bez. Leistungen	327.644,31	309.264,61
Personalaufwand	739.563,79	777.844,84
Abschreibungen	0,00	0,00
sonstige betr. Aufwendungen	59.413,94	67.560,67
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	102,99	76,96
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	5.285,74	6.271,76
Ergebnis nach Steuern	11.819,37	12.814,63
sonstige Steuern	0,00	0,00
Jahresüberschuss	11.819,37	12.814,63

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

Rentabilität		2015	2016
Eigenkapitalrentabilität	%	5,3	5,4
Gesamtrentabilität	%	4,4	4,2

		2015	2016
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	26,6	48,8

Vermögensaufbau

		2015	2016
Anlagenintensität	%	0,0	0,0
Intensität des Umlaufvermögens	%	100,0	100,0

Anlagenfinanzierung

		2015	2016
Anlagendeckung I	%	--	--
Anlagendeckung II	%	--	--

Kapitalausstattung

		2015	2016
Eigenkapitalquote	%	82,9	77,2
Fremdkapitalquote	%	17,1	22,8

Liquidität

		2015	2016
Liquiditätsgrad	%	585,8	438,5

Der Jahresabschluss per 31.12.2016 war zum Zeitpunkt der Aufstellung des Beteiligungsberichtes noch nicht testiert.

Lage des Unternehmens

Die Koblenzer Entsorgungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH wurde zum 01. Juli 2004 gegründet.

Das Stammkapital ist auf € 25.000,00 festgesetzt. Die Gesellschafterversammlung tagte im Berichtsjahr am 17. November 2016.

Ertragslage

Das Jahresergebnis des Geschäftsjahres beträgt nach Steuern T€ 13 (Ansatz Wirtschaftsplan T€ 4). Der Jahresüberschuss erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 1.

Finanz- und Vermögenslage

Die Vermögenswerte im Anlagevermögen sind im Berichtsjahr mit einem Erinnerungswert von € 4 bewertet, während beim Umlaufvermögen eine Erhöhung um T€ 36 auf T€ 305 zu verzeichnen ist. Die freien Finanzmittel belaufen sich unverändert auf T€ 164. Die Fremdmittel und Rückstellungen sind 2016 insgesamt um T€ 23 auf T€ 69 gestiegen. Das Eigenkapital auf der Passivseite der Bilanz weist einen Betrag von T€ 236 mit einer Eigenkapitalquote von 77,4 % aus.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag haben sich nicht ergeben.

Risikobericht

Wesentlichster Geschäftszweig der Koblenzer Entsorgungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH (KEV) ist weiterhin die Leistungserbringung im Rahmen der Erfassung von Leichtverpackungen (LVP) der Duales-System-Deutschland GmbH (DSD). Der derzeitige Leistungsvertrag mit DSD läuft vom 01.01.2015 bis 31.12.2017.

Im Rahmen der Mitbenutzung des eingerichteten Systems wurden vergleichbare Leistungsverträge mit weiteren in Rheinland-Pfalz festgestellten dualen Systemen (derzeit Belland Vision GmbH/ Pegnitz, ELS Europäische Lizenzierungssysteme GmbH/ Bonn, Interseroh Dienstleistungs GmbH/ Köln, Landbell AG/ Mainz, Noventiz Dual GmbH/ Köln, Reclay Vfw GmbH/ Herborn, RKD Recycling Kontor Dual GmbH & Co.KG/ Köln, Veolia Umweltservice Dual GmbH/ Hamburg und Zentek GmbH & Co.KG/ Köln) geschlossen.

DSD hat für den Zeitraum 01.01.2018 bis 31.12.2020 die Entsorgung von Leichtverpackungen für den Bereich der Stadt Koblenz neu ausgeschrieben. Die KEV hat sich an der Ausschreibung beteiligt und zwischenzeitlich die Nachricht erhalten, dass das Angebot nach Eingang und erster Überprüfung als derzeit bestes Angebot unter Vorbehalt festgestellt wurde.

Prognosebericht

Entsprechend dem Unternehmensgegenstand werden weiterhin Service- und Verwertungsleistungen angeboten.

Nach dem Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz – KrWG) ist ab dem 01. Januar 2015 die Getrenntsammlung von Papier-, Metall-, Kunststoff- und Glasabfällen umzusetzen. In der praktischen Umsetzung sollte dies die Einführung einer „Wertstofftonne“ nach sich ziehen. Die Thematik „Wertstofftonne“ wurde nicht abschließend im KrWG geregelt; eine ergänzende gesetzliche Regelung sollte hierzu in einem Wertstoffgesetz erfolgen.

Der Bundestag hat nunmehr - anstelle eines Wertstoffgesetzes - am 30.03.2017 das Gesetz zur Fortentwicklung der haushaltsnahen Getrennterfassung von wertstoffhaltigen Abfällen (Verpackungsgesetz) beschlossen. Das neue Verpackungsgesetz wird zum 01.01.2019 in Kraft treten und dann die Verpackungsverordnung ablösen.

Die Forderung der kommunalen Seite, die Zuständigkeit für die Sammlung den Kommunen als gebührenfähige Pflichtaufgabe mit Refinanzierung über eine Standardkostenvergütung zurückzugeben, fand im Gesetz keine Berücksichtigung.

Das Verpackungsgesetz schreibt die Wertstofftonne nicht bundesweit vor. Die Kommunen können nach wie vor entscheiden, ob sie gemeinsam mit den dualen Systemen sogenannte stoffgleiche Nichtverpackungen in einer Wertstofftonne sammeln wollen.

Im Vergleich zur heutigen Situation werden die Kommunen jedoch insofern gestärkt, dass sie auf Grundlage des Verpackungsgesetzes Rahmenvorgaben für die Sammlung von Kunststoffen, Metallen und Verbundverpackungen machen können. In der Praxis sind nunmehr die Abstimmungsvereinbarungen im Hinblick auf die Anpassung an die neue Rechtslage zu prüfen.

Forschung und Entwicklung

Über normale betriebliche Veränderungen hinaus werden keine Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten betrieben.

Zweigniederlassungen

Zweigniederlassungen – räumlich getrennte Einrichtungen mit personeller und organisatorischer Eigenständigkeit – sind nicht vorhanden.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Gewerbesteuer 2016	2.629,00 €
Gewerbesteuer Vorjahre	801,00 €
Verwaltungskosten	6.168,00 €

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2016

Vergütung der Gesellschafterversammlung	125,00 €
---	----------

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen.

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Abs. 1 GemO.

Stadtverwaltung Koblenz Beteiligungsbericht 2017



Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft mbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

11. April 1950, Gesellschaftsvertrag zuletzt geändert am 28.07.2014

Stammkapital am 31.12.2016

12.740.450,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung weiter Bevölkerungskreise (gemeinnütziger Zweck).

Die Gesellschaft errichtet, bebaut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten aller Rechts- und Nutzungsformen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten, veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft ist berechtigt, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen.

Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese dem Gesellschaftszweck (mittelbar oder unmittelbar) dienlich sind.

Die Preisbildung für die Überlassung von Mietwohnungen und die Veräußerung von Wohnungsbauten soll angemessen sein, d. h. eine Kostendeckung einschließlich angemessener Verzinsung des Eigenkapitals sowie die Bildung ausreichender Rücklagen unter Berücksichtigung einer Gesamtrentabilität des Unternehmens ermöglichen.

Beteiligungsverhältnisse

Die Stadt Koblenz ist Alleingesellschafterin.

Besetzung der Organe am 31.12.2016

Gesellschafterversammlung

Die Alleingesellschafterin entsendet einen Vertreter in die Gesellschafterversammlung.

Aufsichtsrat

Bürgermeisterin Marie-Theres Hammes-Rosenstein - Vorsitzende -

Stephan Otto - stellvertretender Vorsitzender-

Vito Contento

Manfred Gniffke

Julia Maria Kübler

Andrea Mehlbreuer

Christian Altmaier

Peter Balmes

Heribert Heinrich

Stephan Wefelscheid

Ursula Hühnerfeld

Martin Prümm - beratendes Mitglied bis 31.08.2016

Bert Flöck – beratendes Mitglied ab 01.09.2016

Geschäftsführung

Michael Siegel

Beteiligungen des Unternehmens

Die Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft mbH hält Beteiligungen in Höhe von:

14.500,00 € an der BSB Bewirtschaftungs- und Service-Gesellschaft des wohnungswirtschaftlichen Bildungszentrums Bochum-Springorum mbH, Bochum.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft mbH bewirtschaftet insgesamt 3.391 Wohnungen sowie Gewerbe-, Garagen- und sonstige spezielle Liegenschaftseinheiten, wie zum Beispiel Schulen, Sporthallen, Bürgerzentren und Schulmensen. Sie erfüllt die branchenüblichen Aufgaben eines kommunalen Wohnungsunternehmens wie Miet- und Eigentumsverwaltung sowie die Errichtung von Neubauten.

Derzeit engagiert sich das Unternehmen in der Sanierung und Umgestaltung des aus den 70-er-Jahren stammenden Teils einer Großsiedlung mit rund 330 Wohnungen in Koblenz-Neuendorf im Bund-Länder-Programm Soziale Stadt. Eine weitere Aufgabe im abgelaufenen Geschäftsjahr war die Sanierung und laufende Instandhaltung der städtischen Schulen und diverser dazugehöriger Nebengebäude im Rahmen des zum 31.12.2016 auslaufenden Vertrages mit der Stadt. Gesellschafter des Unternehmens ist zu 100 % die Stadt Koblenz.

2. Entwicklung des Objektbestandes und Immobilienservice

Die nachhaltige Modernisierung, Sanierung und laufende Instandhaltung der Gebäude, Wohnungen und des Wohnumfeldes im Interesse unserer Mieter ist eine unserer Hauptaufgaben. Außerdem wollen wir auf Grund der großen Nachfrage verstärkt öffentlich geförderte und frei finanzierte Neubauten zur sinnvollen Ergänzung unseres Liegenschaftsbestandes errichten. Zukünftig nehmen wir auch Baulückenschließungen und Aufstockungen im Bestand in Angriff. Nach Fertigstellung und Vermietung eines Neubaus mit 42 Wohnungen ist derzeit ein weiteres Mehrfamilienhaus mit 15 Wohnungen in Planung.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

1.1 Internationale und bundesweite Rahmenbedingungen

Die internationalen Rahmenbedingungen waren durch eine Vielzahl von Ereignissen geprägt, deren gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Auswirkungen wahrscheinlich erst in den nächsten Jahren gänzlich erkennbar sein werden. Davon seien ohne den Anspruch auf Vollständigkeit in aller Kürze Einige genannt:

- Die Entscheidung über den Austritt aus der EU „Brexit“ in Großbritannien
- Die Wahl des Republikaners Donald Trump zum Präsidenten in den USA
- Der Kampf gegen den internationalen Terrorismus, insbesondere gegen den IS in Syrien, der auch in Deutschland u.a. mit dem Anschlag auf einen Weihnachtsmarkt in Berlin erste unerträgliche Spuren hinterlassen hat
- Der Rückgang der Flüchtlingszahlen durch das Abkommen der EU mit der Türkei
- Der gescheiterte Militärputsch in der Türkei u.a. mit der Folge der Einschränkung von Meinungs- und Pressefreiheit
- Die Diskussion über Freihandelsabkommen wie TTIPP und CETA
- Die Erfolge der AfD bei Landtagswahlen
- Die Folgen des Abgasskandals bei Volkswagen
- Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum in den Städten durch Zuwanderung und Landflucht

Das statistische Bundesamt wies nach ersten Berechnungen darauf hin, dass die konjunkturelle Lage auch 2016 durch solides und stetiges Wachstum gekennzeichnet war. Das preisbereinigte BIP war um 1,9 % höher als im Vorjahr (+1,7 %). Ausschlaggebend war die inländische Verwendung. Die privaten Konsumausgaben stiegen um 2,0 %, die staatlichen sogar um 4,2 %. Diese Steigerung war unter anderem durch die hohe Zuwanderung bedingt. Die Bauinvestitionen stiegen insbesondere durch die Investitionen für Wohnbauten kräftig um 3,1 %.

Für das Jahr 2017 ist ein Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von 1,4 Prozent zu erwarten (Prognoseintervall -0,1 Prozent bis 2,9 Prozent). Wesentlicher Grund für die gegenüber 2016 niedrigere Rate ist die geringere Zahl an Arbeitstagen; kalenderbereinigt wird der Zuwachs im Jahr 2017 bei 1,6 Prozent liegen.

Weiteren Informationen des statistischen Bundesamtes (Destatis) zu Folge waren im November 2016 rund 43,8 Millionen Personen mit Wohnort in Deutschland sozialversicherungspflichtig erwerbstätig. Dies ist eine weitere Steigerung um 305.000 Erwerbstätige zum Vorjahr. Mit rund 2,691 Millionen sank die Zahl der Arbeitslosen um 104.000 zum Vorjahr und damit die Arbeitslosenquote um 0,3 % zum Vorjahr auf 6,1 %.

Insgesamt zeigt sich bei den Empfängern von Grundsicherung ein positiver Trend: So sank deren Gesamtzahl von Ende April 2015 bis Ende April 2016 um 70.900 (1,2 Prozent) auf

5,93 Millionen. Wesentlicher Grund dafür war die stark sinkende Zahl deutscher Hartz-IV-Bezieher. Ihre Zahl verringerte sich innerhalb eines Jahres um fast 240.000 (5,2 Prozent) auf nunmehr 4,36 Millionen (Quelle: MDR).

Die Inflationsrate im Euroraum stieg im Dezember auf 1,1 %. Die Verdoppelung innerhalb eines Monats lag im Wesentlichen an den Energiepreisen, die um 2,5 % anstiegen.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hatte auf ihrer geldpolitischen Sitzung am 10. März 2016 den Leitzins auf null Prozent gesenkt und setzte ihre lockere Geldpolitik, bestätigt zuletzt auf der Sitzung am 8. Dezember 2016, fort. Allerdings hatte die amerikanische Notenbank Fed den Leitzins am 14. Dezember 2016 erhöht – zum zweiten Mal nach der ersten Erhöhung seit fast zehn Jahren vom 16. Dezember 2015.

Die Zinsentwicklung in Deutschland zwischen Ende 2015 und Ende 2016 war erneut durchweg negativ. In allen Fristigkeitsbereichen gingen zwischen den jeweiligen Stichtagen die Effektivzinssätze zurück.

Die Zinsen für Baufinanzierungen waren in den vergangenen vierzig Jahren nie auf einem so niedrigen Niveau wie 2015 und 2016. Auch Anfang 2017 liegen sie noch auf einem sehr niedrigen Niveau. Die Zinsen für zehnjährige Darlehen hatten im Oktober 2016 den niedrigsten Wert seit Gründung der Bundesrepublik erreicht. Seitdem stiegen die Zinsen wieder, sind aber derzeit noch immer auf einem niedrigen Niveau.

Von Januar bis September 2016 wurde laut statistischem Bundesamt in Deutschland der Bau von insgesamt 276 300 Wohnungen genehmigt. Wie das Amt weiter mitteilte, waren das 24,0 % oder rund 53 500 Baugenehmigungen für Wohnungen mehr als in den ersten neun Monaten 2015. Eine höhere Zahl an genehmigten Wohnungen hatte es in den ersten neun Monaten eines Jahres zuletzt im Jahr 1999 gegeben (331 600).

Zur Unterstützung der sozialen Wohnraumförderung wurden die Zahlungen des Bundes an die Länder auf insgesamt über 1,5 Milliarden Euro jährlich erhöht. Außerdem stiegen ausweislich der Angaben des statistischen Bundesamtes die Baupreise für Wohngebäude im November 2016 gegenüber dem Vorjahresmonat um 2,2 %, während sich die Preise für Instandhaltungsarbeiten an Wohngebäuden (ohne Schönheitsreparaturen) um +2,5 % veränderten.

Ausweislich der GdW-Jahresstatistik, lag der Anstieg der Nettokaltmieten im Bundesdurchschnitt bei 1,2 %. Deutschlandweit erhöhten sich die Angebotsmieten um 3,2 % auf durchschnittlich 7,29 €/m². Die Mieten bei den GdW-Unternehmen lagen im Schnitt bei 5,36 Euro/qm nettokalt und damit deutlich unter dem Mittel der Bestandsmieten in Deutschland (5,71 €/m²).

Es müssten in den kommenden fünf Jahren rund 400.000 Wohnungen pro Jahr neu gebaut werden. Das geht nach Informationen des GdW aus einer aktuellen Studie des Pestel-Instituts, Hannover, im Auftrag des Verbändebündnisses Wohnungsbau hervor. Gründe sind die hohen Flüchtlingszahlen, der bestehende Nachholbedarf, der starke Zuzug in die Städte und die Zuwanderung aus der EU.

Im Zusammenhang mit den in der vom GdW und den Regionalverbänden beauftragten Studie „Schwarmstädte“ dargestellten Wanderungsbewegungen gelingt es insgesamt 29 Städten so viele junge Menschen anzuziehen, dass sich jeder Geburtsjahrgang mindestens verdoppelt. Darunter sind mit Landshut oder Koblenz auch Mittelstädte, während dies selbst großen Städten wie Dortmund oder Essen nicht ansatzweise gelingt.

Die Immobilienbranche machte kurz vor Jahresende ihrem Ärger über die Politik Luft: Der Klimaschutzplan 2050, wie von der Bundesregierung beschlossen, enthalte eine zusätzliche Mehrbelastung für den Gebäudesektor.

Und dies, obwohl der Gebäudesektor von 1990 bis 2014 beim Klimaschutz prozentual mit einer Senkung um 43 % am meisten erreicht hat. Die Reduktion der Treibhausgasemissionen lag im gleichen Zeitraum in der Industrie bei 36 %, der Energiewirtschaft bei 23 %, der Landwirtschaft bei 18 % und im Verkehrsbereich bei lediglich 2 %. Dies ist das Gegenteil der notwendigen Strategie für sozialverträglichen Klimaschutz im Gebäudesektor (Wohnungspolitikische Information 46, Ausgabe 17.11.16).

Vor diesem Hintergrund sahen die großen Verbände der deutschen Immobilienwirtschaft vorerst keine Grundlage mehr für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Regierung im Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen.

1.2 Situation in Rheinland-Pfalz

Die Landtagswahl im März 2016 hatte eine Koalition aus SPD, Grünen und FDP zum Ergebnis. Ministerpräsidentin Malu Dreyer wurde im Amt bestätigt, da die SPD mit den meisten Stimmen aus der Wahl hervorging. Eine erste Herausforderung für die neue Regierung ergab sich aus dem vorgesehenen Verkauf des Flughafens Hahn an einen chinesischen Investor, der kurz vor dem Unterzeichnen der Verträge scheiterte.

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft befindet sich weiterhin in einer guten Verfassung. Das ging aus dem Konjunkturbericht der Industrie- und Handelskammern (IHK) hervor, der in Mainz vorgestellt wurde.

Trotz niedriger Zinsen und steigenden Steuereinnahmen bleibt die Finanzlage der Kommunen angespannt. Deshalb klagen verschiedene Städte, Kreise und Gemeinden erneut gegen das Land, weil sie mehr Geld haben wollen. Ihrer Meinung nach schreiben sie in ihren Haushalten unverschuldet tiefrote Zahlen. Unter den Klägern sind Kaiserslautern und Pirmasens, die die Liste der zehn deutschen Städte mit den höchsten Schulden pro Kopf anführen.

In vielen Städten fehlt es weiter an bezahlbaren Wohnungen. Auf dem Land gibt es hingegen einen zunehmenden Leerstand. Diesem Spagat will die rheinland-pfälzische Landesregierung mit einem Mix von gezielten Maßnahmen begegnen. Das verkündete Finanz- und Bauministerin Doris Ahnen (SPD) bei der Vorstellung eines Berichtes zum Wohnungsmarkt. Finanziellen Spielraum in der Wohnungsbauförderung soll es im kommenden Jahr mit zusätzlichen rund 25 Millionen Euro vom Bund geben. Damit sollen weitere Verbesserungen bei den Förderbestimmungen umgesetzt werden.

Am 12. April 2016 fand die erste öffentliche Veranstaltung des Bündnisses für bezahlbares Wohnen in Rheinland-Pfalz statt, dem dann bereits eine Reihe von Facharbeitsgruppensitzungen folgte. Diese beschäftigen sich mit den Themen Wohnraumförderung, günstiger, wirtschaftlicher, schneller Bauen, Baulandverfügbarkeit und –aktivierung sowie Wohnungsmarktbeobachtung.

In den ersten acht Monaten 2016 wurde nach einem Bericht der Rhein-Zeitung der Bau von rund 10 500 Wohnungen genehmigt – 25,8 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Damit ist im Wohnungsbau wieder das Niveau der Jahre vor 2005/2006 erreicht, sagte der Präsident des Statistischen Landesamts. Die höchsten Mieten wurden im ersten Quartal 2016 in Mainz gezahlt mit im Schnitt 10 Euro je Quadratmeter. Danach folgen Trier (8,38 Euro), Speyer (8,00), Landau (7,75), Ludwigshafen (7,42) und Koblenz (7,10).

1.3 Stadt Koblenz und lokaler Wohnungsmarkt

Im Rahmen des Bündnisses für bezahlbares Wohnen in Rheinland-Pfalz wurde die Wohnraumförderung 2016 von der ISB Rheinland-Pfalz in mehreren Regionalkonferenzen vorgestellt. So auch in Koblenz auf der Festung Ehrenbreitstein am 06.07.16 in Anwesenheit des Oberbürgermeisters. Wir konnten in diesem Zusammenhang unser neues kostengünstiges und gemischt finanziertes Objekt „In der Rothenlänge 15“ vorstellen, bei dem 30 der 42 Wohnungen öffentlich gefördert sind.

Bert Flöck wurde als der neue Baudezernent der Stadt Koblenz offiziell in sein Amt eingeführt. In der Sitzung des Stadtrats wurde Flöck zum dritten hauptamtlichen Beigeordneten der Stadt ernannt und vereidigt. Er trat den Posten am 1. September an und löste damit Martin Prümm ab, der die Position 16 Jahre innehatte. Beide Herren waren bzw. sind beratende Mitglieder in unserem Aufsichtsrat.

Mit 113.197 Einwohnern (+ 1.327 gegenüber 2015) wird der höchste Bevölkerungsstand seit 1983 registriert; innerhalb von 10 Jahren ist Koblenz um ca. 6.500 Einwohner größer geworden. Es lebten am 31.12.2016 nur noch in jedem sechsten Koblenzer Privathaushalt minderjährige Kinder - der Anteil der Single-Haushalte liegt dagegen bei 50 % (Statistikstelle Koblenz). Mit der Bevölkerungsentwicklung einher ging eine weitere Verminderung unseres Wohnungsleerstandes. Allerdings werden derzeit in Koblenz im Wesentlichen Wohnungen im höheren Preissegment gebaut, insbesondere als Eigentumswohnungen.

20.254 Euro hatten die Koblenzer im Schnitt unter dem Strich nach einem Bericht der RZ vom 19.11.16 als verfügbares Einkommen zu verbuchen. Damit liegt Koblenz knapp über dem Mittelwert der kreisfreien Städte von 20.240 Euro und landet auf Platz fünf von zwölf. Anders als andere Kommunen hat sich Koblenz im Vergleich zum Vorjahr (20.282 Euro) verschlechtert.

14.200 Menschen über 18 Jahre waren laut Creditreform in Koblenz überschuldet – 700 mehr als im vergangenen Jahr. Das entsprach einer Schuldnerquote von 12,61 Prozent – womit Koblenz deutlich über dem Bundes- und dem Landesschnitt von jeweils knapp über 10 Prozent lag. Und: Die Quote war erstmals wieder gestiegen, nachdem sie zwischen 2012 und 2015 konstant gefallen war. Sie lag zuletzt bei 12,17 Prozent. Im rheinland-pfälzischen Vergleich belegte Koblenz damit den 30. Platz unter 36 Kreisen und kreisfreien Städten.

Bezahlbarer Wohnraum wird meist so definiert, dass für Miete nicht mehr als 30 % des verfügbaren Einkommens verwendet werden dürfen. Dann wäre ausgehend von einer Wohnfläche von 80 m² und einer Bruttomiete von 9,60 €/m² (durchschn. Nettomiete bei Neuvermietung 7,10 € + 2,50 €/m² Nebenkosten) in Koblenz das 1,5-fache verfügbare Einkommen erforderlich, um diese Grenze nicht zu überschreiten.

Der Rat der Stadt stimmte der Aktualisierung des Qualifizierten Mietspiegels zu. Seit 2006 verfügt die Stadt Koblenz über einen solchen qualifizierten Mietspiegel, der im Abstand von 2 Jahren an die Marktentwicklung anzupassen ist. Diese Aktualisierung erfolgte im Sommer 2016 mit einer Stichprobe von 402 auswertbaren Fragebögen. Danach zeigte sich, dass die durchschnittliche Nettokaltmiete bei 6,24 Euro pro m² liegt und somit den Vergleichswert aus dem Jahr 2014 um 3,31 % überschreitet. Um diesen Satz steigen die Mietspiegelmieten ab 01.01.2017.

Die durchschnittliche Nettomiete der Wohnungen der WohnBau liegt dagegen mit 5,77 €/m² um rund 0,47 Euro niedriger. Somit tragen wir weiter besonders zum Angebot an bezahlbarem Wohnraum in unserer Stadt bei.

2. Geschäftsverlauf

2.1 Bauen und Modernisieren, Verkauf und Finanzierung

Die bereinigte Leerstandsquote nach Wohneinheiten lag im Jahresdurchschnitt mit 1,08 % fast 0,5 % unter dem Vorjahreswert (Vorjahr: 1,55 %). 2008 betrug sie noch 5,64 %. Die 329 Kündigungen (Vorjahr: 304) ergaben zum 31.12.2016 eine Quote von 10,30 % (Vorjahr: 9,56 %).

2.2 Modernisierung und Instandhaltung

212 T€ (Vorjahr: 292 T€) flossen 2016 in aktivierungsfähige Modernisierungsmaßnahmen. 36 Wohneinheiten (Vorjahr: 48) wurden saniert. Für geplante und laufende Instandhaltungsmaßnahmen sind 2016 rund 4.449 T€ (Vorjahr: 3.366 T€) verausgabt worden. Dies sind 21,83 €/m² (Vorjahr: 16,30 €/m²). Insgesamt investierten wir 23,98 €/m² in unseren Wohnungsbestand (Vorjahr: 17,72 €/m²).

Unter anderem an den nachstehend genannten Objekten wurden folgende Arbeiten ausgeführt:

1. Zur Abrundung der 2014 begonnenen Arbeiten im Bereich Am Vogelschutzpark/Zeisigstraße wurden im Bereich der Hausnummern 80, 82, 84 und 86 die Fassaden und Dachflächen saniert. Zudem wurden die Außenanlagen neu gestaltet und geordnet.
2. Bei der Weiterführung der Sanierung im Bereich Im Hüttenstück/Ulmerstraße wurden Fassaden- und Dachflächen einer umfangreichen Überarbeitung unterzogen. Hierbei wurde die Farbgebung der Fassaden an den ehemals unter Denkmalschutz eingetragenen Gebäuden gemäß der 2015 durchgeführten Sanierung der Ulmerstraße fortgesetzt. Zudem wurden auch die Treppenhäuser saniert.
3. In Abstimmung mit der unteren Denkmalschutzbehörde, erfolgten ein Anstrich der Fassade sowie die Neugestaltung von Eingangsbereich und Treppenhaus am historischen Gebäude Mehlgasse 11.

2.3 Verkauf von Wohneigentum

Erträge aus der Verkaufstätigkeit dienen zur Verbesserung des Jahresergebnisses und Investitionen in den Gebäudebestand. 2016 veräußerten wir 1 Mehrfamilienhaus, 5 Einfamilienhäuser, 5 Eigentumswohnungen sowie 2 Grundstücke (davon eines durch Tausch). Es ergab sich insgesamt ein Ertrag unter Abzug der Buchwerte von rund 1.316 T€ (Vorjahr: 249 T€).

2.4 Siedlungsgestaltung und Projektentwicklung

2.4.1 Städtebauliche Gestaltung des Siedlungsgebiets Koblenz-Lützel, In den Mittelweiden

Nach der erfolgreichen Fertigstellung und Vermietung unseres Neubaus mit insgesamt 42 Wohnungen in 2015 haben wir die Planung für die Bebauung des Restgrundstückes vorangetrieben. Derzeit sind wir in der Phase der Genehmigungsplanung für weitere 15 Wohnungen. Hierbei erfolgt eine enge Abstimmung mit der Bauaufsicht der Stadt Koblenz bezüglich der Art und Maßes der Überbaubarkeit. Wenn möglich, soll noch 2017 mit dem Bau begonnen werden, so dass wir dann mit einer Vermietung Ende 2018 rechnen können.

Wegen der für 2017 angekündigten verbesserten neuen Förderbestimmungen des Landes Rheinland-Pfalz für den öffentlich geförderten Wohnungsbau werden wir über die Finanzierung zu einem späteren Zeitpunkt entscheiden. Die Wohnungsgrößen sind in Anlehnung an unseren Neubau, in der Rothenlänge 15 jedoch so gewählt, dass auch bei einer freifinanzierten Errichtung bezahlbarer Wohnraum entstehen wird.

2.4.2 Städtebauliche Aktivierung des 70er – Jahre Wohngebiets „Weiße Siedlung Neuendorf“

Der Stadtrat hat wie geplant das integrierte Stadtentwicklungskonzept verabschiedet. Auf dessen Basis erfolgen die Planungen für die einzelnen Maßnahmen. Auch konnte in der Zwischenzeit das Stadtteilmanagement vergeben werden. Dies wird dazu beitragen, das Projekt der „sozialen Stadt“ zügig voranzutreiben.

Planungen und Arbeitsvorbereitungen im Projekt „soziale Stadt“ erfolgen in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Koblenz. Hierzu trifft sich mehrmals im Jahr die eingerichtete Lenkungsgruppe. Diese setzt sich zusammen aus den beteiligten Ämtern der Stadt Koblenz und Vertretern der Koblenzer WohnBau. Sie steuert und überwacht die Koordination und Abarbeitung der Projekte.

In diesem Jahr haben wir bereits mit den Arbeiten in unserem Wohnungsbestand begonnen. Fassade, Dach und Balkone der Fritz-Zimmer-Straße 12 wurden dabei saniert. Es wurde ein von uns ausgearbeitetes Farbkonzept umgesetzt, welches auch als Grundlage für die weitere Bearbeitung unserer übrigen Gebäude in der Siedlung dient. Die ehemals mit einer Waschbetonbrüstung versehenen Balkonflächen wurden in das Farbkonzept integriert. Zur Abrundung werden 2017 in Kombination mit der Außenanlagenplanung, Eingangsbereich und Treppenhaus des Hauses neu gestaltet.

2.4.3 Beispielhafte Projekte der Sanierung städtischer Schulen

IGS Koblenz

Die Arbeiten im Rahmen der Dach-, Fassaden- und Brandschutzsanierung einschließlich Einbau der dezentralen Raumbelüftung wurden 2016 weitergeführt und fertiggestellt.

BBS Technik

Die 2014 begonnene PCB-, Dach- und Fassadensanierung wurde 2016 fortgesetzt und abgeschlossen. Hier wurden größtenteils Dämmmaßnahmen an der Außenfassade durchgeführt. Der Innenausbau wurde bereits 2015 beendet.

Goethe Realschule Plus

Nach Durchführung der Fassadensanierung auf der Schulhofseite in 2015 wurde im Jahr 2016 die Dachsanierung des eingeschossigen Verwaltungs- und Fachklassentraktes einschließlich Mehrzweckraum umgesetzt. Restarbeiten im Innenbereich sowie Dämmmaßnahmen am Sockel erfolgen in den ersten Wochen des neuen Jahres 2017.

Realschule Plus Karthause

Die noch ausstehenden Brandschutzmaßnahmen und die Sanierung der Außenhülle des Atriumgebäudes wurden im Jahre 2016 umgesetzt und fertiggestellt.

Gymnasium Hilda

Im Gebäude Kurfürstenstraße des Hilda Gymnasiums wurden zwei naturwissenschaftliche Räume saniert und mit einem deckengeführten Laboreinrichtungssystem ausgestattet. Nach den Sommerferien 2016 konnten die Räume wieder von der Schule genutzt werden.

Abschluss des Schulsanierungsvertrages

Es ist uns gelungen die im Aufhebungsvertrag zur Schulsanierung gelisteten umfangreichen restlichen Projekte mit einem geschätzten Investitionsvolumen von rund 18,4 Mio. € in der zur Verfügung stehenden kurzen Zeit von zwei Jahren fertigzustellen. Dabei konnten die geschätzten Kosten trotz eingetretener Kostensteigerungen und höherer gesetzlicher Anforderungen noch um mehr als 1 Mio. € unterschritten werden.

Kleinere Restarbeiten und Abrechnungen werden abschließend im ersten Quartal 2017 erledigt. Ab Anfang 2017 übernimmt das Zentrale Gebäudemanagement der Stadt Koblenz nun komplett die zukünftigen Aufgaben der Sanierung und laufenden Instandhaltung der städtischen Schulen.

Insgesamt hat die WohnBau im Auftrag der Stadt in der zwölfjährigen Sanierungs- und Instandhaltungslaufzeit von Anfang 2005 bis Ende 2016 Projekte für rund 93 Millionen Euro in den Koblenzer Schulen realisiert. Darin enthalten sind auch die Investitionen des Konjunkturpaketes II in Höhe von zirka 19,5 Mio. €.

Die umfangreichen baulichen Maßnahmen wurden in rund 1.700 Aktenordnern und unzähligen digitalen Dateiodnern dokumentiert. Nicht beinhaltet sind im genannten Investitionsvolumen dabei die in den vergangenen Jahren von der WohnBau für die Stadt im Eigentum errichteten Schulgebäude und sonstigen städtischen Projekte in Höhe von rund 20 Mio. €, wie etwa ein Jugend- und Bürgerzentrum im Rahmen des Programms soziale Stadt.

2.5 Verwalten, Kooperieren, Service

2.5.1 Bestandsbetreuung und Neuvermietung

In der Neuvermietung gab es 291 persönliche Kundenkontakte. Hierbei macht sich die immer stärkere Verlagerung der Kommunikation auf die digitalen Medien bemerkbar. Dies zeigt sich auch in den dafür gestiegenen Anfragen und Neukundenkontakten gegenüber dem letzten Jahr. 1.545 Anfragen gingen über Anzeigen in den Internet-Immobilienbörsen ein. Insgesamt wurden 2.144 Neukunden kontaktiert und beraten. Es fanden 570 Besichtigungstermine statt.

299 Wohnungen haben wir neu vermietet (Vorjahr: 362). Die Fluktuationsquote sank auf rund 9,36 % (Vorjahr: 11,38 %). 58 unserer Mieter haben im Bestand eine passende neue Wohnung gefunden (Vorjahr: 67).

2.5.2 Forderungsmanagement

Mit 183 Ratenzahlungsvereinbarungen und weiteren flexiblen Lösungen bei Mietrückständen hat die Mieterbetreuung mit ihrem Forderungsmanagement wieder viele Mieter vor dem Verlust der Wohnung bewahren können. 138 fristlose Kündigungen (Vorjahr: 106), 49 Räumungsklagen (Vorjahr: 31) und 6 Zwangsräumungen (Vorjahr: 5) konnten trotzdem nicht vermieden werden. 13 zur Räumung verurteilte Mieter (Vorjahr: 12) zogen bereits vor der anberaumten Räumung aus.

2.5.3 Mietanpassungen und Wohnbauförderung

904 der 2.673 preisfreien Wohnungen überprüften wir mit Hilfe des aktuellen qualifizierten Mietspiegels. Die Mieten passten wir bei Bedarf an. Die Mieterträge stiegen um rund 96 TEUR (Vorjahr: 143 T€).

Die Förderung „Ankauf von Belegungsrechten“ verbilligte 2016 für 4 Wohnungen (Vorjahr: 3) die Miete um 15 %. Diese Förderung ist jetzt auch für bereits vermietete Wohnungen verfügbar. Hier nutzen wir die Möglichkeit, Mietern, die auch weiterhin die förderrechtlichen Einkommensgrenzen einhalten, ihre Wohnung zu erhalten. Diese wäre bei einer Anhebung der Miete in Richtung Mietspiegelmiete nach Wegfall der Förderung ansonsten nicht immer möglich. Wir nutzen zurzeit für 298 der freifinanzierten Wohnungen (Vorjahr: 362) dieses Instrument. Daneben sind noch 518 (rd. 16,2 %) unserer Wohnungen öffentlich gefördert. Auf den I. Förderweg entfallen davon 357 Wohnungen und 161 Einheiten auf den III. Förderweg.

2.5.4 Pachtvertrag mit der Stadt Koblenz

Im Jahr 1993 haben wir mit der Stadt Koblenz einen Vertrag über die Pacht von diversen noch im städtischen Besitz befindlichen Objekten abgeschlossen. Diese haben wir seitdem im eigenen Namen und auf eigene Rechnung vermietet. In den letzten Jahren hat sich der Objektbestand stark verändert und reduziert. Dies lag an Verkäufen der Stadt Koblenz an Dritte oder durch Übernahme von zu unserem eigenen Portfolio passende Bestände.

So waren per 31.12.2016 nur noch wenige gemischt genutzte Objekte im Pachtvertrag verblieben. Hierbei handelt es sich um von der Stadt Koblenz benötigte Einrichtungen, z.B. Feuerwehrrhäuser, in denen noch einzelne Wohnungen zu Vermietung vorhanden sind. Nach der Einrichtung des Zentralen Gebäudemanagements bei der Stadt Koblenz, wurde der Pachtvertrag per 31.12.2016 beendet und die Verwaltung an die Stadt Koblenz zurück übertragen.

2.6 Personal

2.6.1 Gesundheitsmanagement, Gefährdungsbeurteilungen etc.

Im Gesundheitsmanagement bewegen wir uns, unterstützt durch beauftragte Fachkräfte, inzwischen in einem guten Rahmen. In regelmäßigen Sitzungen und Begehungen mit Sicherheitsfachkraft, Brandschutzbeauftragten und Arbeitsmediziner werden relevante Themen besprochen, erforderliche Maßnahmen angeregt und möglichst zeitnah umgesetzt. Durch betriebliche Eingliederungen konnten gezielte personenbezogene Maßnahmen umgesetzt werden, um Arbeitsunfähigkeiten zu verkürzen und eventuell erneute Arbeitsunfähigkeit zu vermeiden.

Zur Gesundheitsförderung bieten wir unseren Beschäftigten weiterhin wöchentlich frisches Obst kostenfrei. Auch in diesem Jahr wurde der angebotene wöchentliche Fitnesskurs unter qualifizierter Leitung eines Personaltrainers rege genutzt. Eigens für die Körperertüchtigung wurden Trainingsutensilien angeschafft, mit denen die Übungen möglichst abwechslungsreich und effizient gestaltet werden können.

2.6.2 Personalbestand

Per 31.12.2016 arbeiteten bei der Koblenzer WohnBau insgesamt 49 hauptberufliche Mitarbeiter (Vorjahr: 49), 2 nebenberufliche Kräfte und 2 Mitarbeiter im Rahmen der Personalüberlassung für das Sachgebiet der Schulsanierung.

Gehaltsempfänger

- 1 Geschäftsführer
- 2 Prokuristen
- 28 Kaufmännische Mitarbeiter/innen, davon 10 in Teilzeit
- 9 Technische Mitarbeiter/innen
- 1 Auszubildende

Lohnempfänger

- 8 Hausmeister, davon 1 in Teilzeit
- 2 nebenberufliche Hauswarte

Personalüberlassung

- 2 städtische technische Mitarbeiter/innen für die Schulsanierung

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz (in €)	2015	2016
A. Anlagevermögen	108.054.299,04	104.304.506,07
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	100.890,00	91.549,00,00
II. Sachanlagen	107.916.592,47	104.181.560,15
III. Finanzanlagen	36.816,57	31.396,92
B. Umlaufvermögen	35.673.663,33	41.168.869,95
I. zum Verkauf best. Grundstücke u. and. Vorräte	14.793.407,03	11.163.074,58
II. Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände	11.119.521,05	22.104.335,89
III. Kassenbestand	9.760.735,25	7.901.459,48
C. Rechnungsabgrenzungsposten	24.849,48	33.417,11
Bilanzsumme	143.752.811,85	145.506.793,13
Treuhandvermögen	2.332.785,47	2.418.748,16
A. Eigenkapital	37.911.284,14	41.161.576,35
I. Gez. Kapital	12.740.450,00	12.740.450,00
II. Kapitalrücklage	7.309.812,20	7.309.812,20
III. Gewinnrücklage	17.831.400,00	20.381.400,00
IV. Bilanzgewinn	29.621,94	729.914,15
B. Rückstellungen	6.826.086,06	4.727.873,00
C. Verbindlichkeiten	98.465.397,11	96.244.040,40
D. Rechnungsabgrenzungsposten	550.044,54	3.373.303,38
Bilanzsumme	143.752.811,85	145.506.793,13
Treuhandverbindlichkeiten	2.332.785,47	2.418.748,16

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV (in €)	2015	2016
Umsatzerlöse	38.089.228,22	31.970.003,36
Erhöh. d. Best. an zum Verkauf best. Grundstücke	-10.193.316,94	-3.630.332,45
Andere aktivierte Eigenleistungen	235.400,00	0,00
sonstige Erträge	1.007.749,38	2.167.220,51
Aufwendungen für bezogene Leistungen	13.830.285,93	16.147.982,18
a) Aufwendungen für Hausbewirtschaftungen	7.977.641,09	9.151.317,36
b) Aufwendungen für andere Lief. und Leistungen	5.852.644,84	6.996.664,82
Personalaufwand	2.626.781,41	2.764.027,02
a) Löhne und Gehälter	2.072.670,43	2.177.976,18
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	554.110,98	586.050,84
Abschreibungen	3.561.993,58	3.593.746,88
sonstige betr. Aufwendungen	4.662.282,92	3.168.486,42
Erträge aus WP und Ausleihungen	575,67	453,27
Sonst. Zinsen u. ähnl. Erträge	16.435,28	16.443,53
Sonst. Zinsen u. ähnl. Aufwendungen	3.134.334,44	2.601.266,26
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	1.754.359,32	-1.403.820,91
Ergebnis nach Steuern	-413.965,99	3.652.100,37
sonstige Steuern	407.039,00	401.808,16
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-821.004,99	3.250.292,21

Bilanzkennzahlen**Ertragslage**

<u>Rentabilität</u>		2015	2016
Eigenkapitalrentabilität	%	-2,2	7,9
Gesamtrentabilität	%	1,6	4,0

		2015	2016
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	846,4	666,0

Vermögensaufbau

		2015	2016
Anlagenintensität	%	75,2	71,7
Intensität des Umlaufvermögens	%	24,8	28,3

Anlagenfinanzierung

		2015	2016
Anlagendeckung I	%	35,1	39,5
Anlagendeckung II	%	96,5	97,4

Kapitalausstattung

		2015	2016
Eigenkapitalquote	%	26,4	28,3
Fremdkapitalquote	%	73,6	71,7

Liquidität

		2015	2016
Liquiditätsgrad	%	90,4	93,9

Lage des Unternehmens

3. Wirtschaftliche Unternehmenslage

3.1 Ertragslage

Die wirtschaftliche Lage der Koblenzer WohnBau ist wesentlich durch das operative Geschäft der Liegenschaftsbetreuung und -vermietung geprägt. Außerdem wird das Ergebnis ergänzt durch Honorare der Wohnungseigentums- und Pachtverwaltung, der Betreuung der für die Stadt Koblenz zur Flüchtlingsunterbringung angemieteten BlmA-Wohnungen sowie der am 31.12. endenden Schulsanierung. Eine im Vorjahr gebildete Rückstellung über 1.661 T€ sowie 82 T€ für zu erwartende Steuern und Nachzahlungszinsen konnte ertragserhöhend aufgelöst werden.

Es ergab sich im abgelaufenen Geschäftsjahr ein Ergebnis von rund 3.250 T€ (Vorjahr: -821 T€). Die Ertragslage wird noch einschließlich 2017 durch die Auswirkungen der Schulsanierungsmaßnahmen beeinflusst. Danach rechnen wir mit stabilen positiven Jahresergebnissen aus der Hausbewirtschaftung.

3.2 Finanzlage

Die Finanzlage der Koblenzer WohnBau ist durch die regelmäßigen Mieteinnahmen, die sich durch weiter gesunkenen Leerstand verbessert haben sowie durch Mietanpassungen an den aktuellen Mietspiegel, stabil. Verbindlichkeiten werden zeitnah beglichen. Die Eigenkapitalquote hat sich in den letzten Jahren auch durch kontinuierliche Zuführungen zu den Rücklagen sowie der Verkürzung der Bilanz wegen Wegfall erhaltener Anzahlungen und unfertiger Leistungen aus der Schulsanierung durch erfolgte Abrechnungen verbessert.

Ziel des Finanzmanagements ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegenüber finanziellen Risiken jeder Art. Wir verfolgen bei den Finanzdispositionen immer eine konservative Risikopolitik. Der Finanzmittelbestand am 31.12.2016 beläuft sich auf 7,9 Mio. € (Vorjahr 9,8 Mio. €). Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit beträgt 2,114 Mio. € (Vorjahr: 3,316 Mio. €).

3.3 Vermögenslage

Vom Gesamtvermögen der Gesellschaft mit 145,5 Mio. € (Vorjahr: 143,8 Mio. €) entfallen 71,68 % auf das Anlagevermögen (Vorjahr: 75,17 %) und 28,32 % auf das Umlaufvermögen und den Rechnungsabgrenzungsposten (Vorjahr: 24,83 %).

Dauerhaft gebundene Vermögenswerte sind mit Eigen- und Fremdkapital branchenüblich langfristig finanziert.

4. Finanzielle Leistungsindikatoren

4.1 Eigenkapitalquote

Das Eigenkapital deckt unter Berücksichtigung der Maßnahmen in der Schulsanierung 28,3 % des Gesamtvermögens (Vorjahr: 26,4 %).

Bereinigt um diese Beträge, die nach Ende der Schulsanierungslaufzeit und abschließender Abrechnung der Maßnahmen 2017 komplett aus der Bilanz entfallen, beträgt die Eigenkapitalquote 34,4 % (Vorjahr: 30,0 %).

III. Prognosebericht

Wir gehen von einer positiven Entwicklung des Unternehmens aus. Die Prognose aus 2015 für das abgeschlossene Geschäftsjahr 2016 hinsichtlich einer soliden Geschäftslage hat sich hinsichtlich des Ergebnisses aus der Hausbewirtschaftung nicht nur bestätigt, sondern ist übertroffen worden.

Das Risiko von leer- und rückstandsbedingten Mietausfällen besteht wegen des teilweise noch entspannten Wohnungsmarktes in problematischen Siedlungsbereichen und der angespannten finanziellen Lage vieler Mieterhaushalte weiterhin, ist jedoch auf Grund der erhöhten Nachfrage nach unseren preisgünstigen Wohnungen am Wohnungsmarkt gesunken.

Die preisfreien Wohnungen führen wir gesetzeskonform an die ortsübliche Vergleichsmiete heran. Ertragsverzichte bauen wir möglichst ab und sorgen für eine Stärkung der Hausbewirtschaftung. Insgesamt stellen wir eine verbesserte Vermietungssituation und Wohnungsnachfrage fest, die zu gestiegenem Umsatz führt.

Die Koblenzer WohnBau betreibt ein Portfoliomanagement um ihren Wohnungsbestand für die Zukunft zu optimieren. Insbesondere in Anbetracht der demographischen Entwicklung hat die Gesellschaft ihren Wohnungsbestand durch Neubau, Bestandsverkäufe und Abriss nicht sanierungswürdiger Bausubstanz in der Vergangenheit an die Marktgegebenheiten angepasst.

Durch den Einsatz zeitgemäßer Informationstechnologie und rationeller Arbeitsabläufe war der Geschäftsablauf im Geschäftsjahr 2016 und auf Weiteres gewährleistet. Wir erwarten aus den obigen Gründen auch im Geschäftsjahr 2017 ein positives Ergebnis von rund 1.300 T€.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Risikobericht

Wir beobachten die aktuellen Risiken am Immobilienmarkt und reagieren angemessen auf negative Entwicklungen. Unser Risikomanagement erhält die Zahlungsfähigkeit und sichert das Eigenkapital. Dazu werden auch zukünftig wesentliche Teile von Jahresüberschüssen den Rücklagen zugeführt.

Risikoreiche Finanztransaktionen und Sicherungsgeschäfte tätigen wir nicht. Das Anlagevermögen ist branchenüblich langfristig finanziert. Überwiegend lange Festschreibungen mit einer sinnvollen zeitlichen Streuung reduzieren die Zinsänderungsrisiken.

Unsicherheiten bestehen im Hinblick auf mögliche verschlechterte politische Rahmenbedingungen, Zinserhöhungen, insbesondere bei öffentlichen Mitteln. Die gesunkene Zahl potenzieller Kreditgeber erschwert unsere Arbeit bisher im Kerngeschäft nicht.

Auch für die Finanzierung der Darlehen aus dem Schulsanierungsvertrag stehen noch ausreichend Kreditgeber zur Verfügung, die gegen kommunale Bürgschaften Darlehen vergeben. Trotz des Auslaufens des Schulsanierungsvertrages verbleibt die Abwicklung der Darlehen, gegen Kostenerstattung durch die Stadt Koblenz, weiterhin unsere Aufgabe. Bis auf einige wenige Darlehen sind wir ausfinanziert, so dass hier keine größeren Risiken zu erwarten sind.

Veränderungen rechtlicher, wirtschaftlicher und steuerrechtlicher Rahmenbedingungen unter anderem aufgrund geänderter gesetzlicher Grundlagen, können Risiken für das Unternehmen bergen. Dies gilt insbesondere, wenn diese Änderungen Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt in Koblenz haben.

2. Chancenbericht

Die Sanierung unserer Liegenschaften auf ein zeitgemäßes, nachhaltiges Niveau und die energetische Anpassung, bei der wir Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkte berücksichtigen, festigt unsere Position am Koblenzer Wohnungsmarkt. Dies und die steigende Nachfrage nach preisgünstigem Wohnraum führen zu einer deutlich verbesserten Vermietungssituation. Wir werden daher auch weitere Neubaumaßnahmen realisieren, um unseren Bestand zu ergänzen, sofern uns angemessene Grundstücksflächen zur Verfügung stehen. Maßnahmen der Nachverdichtung durch Aufstockung und Ergänzungsbauten bereiten wir derzeit ebenso vor.

3. Gesamtaussage

Risiken sehen wir im Wesentlichen in den sich verschlechternden gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Immobilienwirtschaft, wie Mietprelsbremse, Reduzierung und Befristung der Modernisierungsumlage etc. Allerdings sehen wir uns auf Grund der kontinuierlichen Optimierung unseres Wohnungsbestandes und der größeren Nachfrage nach preiswertem Wohnraum, gut aufgestellt. Darüber hinaus verbessern wir unsere Kapitalstruktur durch Rückführung von Darlehen und Prolongation zu niedrigeren Konditionen.

Die Geschäftsführung stellt fest, dass aus jetziger Sicht und für die überschaubare Zukunft keine den Bestand des Unternehmens gefährdenden Risiken erkennbar sind.

IV. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten.

Forderungen bestehen gegenüber den mehr als 3.200 Mietern. Diese werden bei Zahlungsrückständen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten beigetrieben. Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeder Art. Beim Management der Finanzdispositionen verfolgt die Gesellschaft eine konservative Risikopolitik.

Soweit wirtschaftlich vorteilhaft und unter Risikoaspekten vertretbar, werden seitens der Geschäftsleitung Darlehensaufnahmen bzw. Umschuldungen im Rahmen von

Forwarddarlehen als Instrument der günstigen Kapitalbeschaffung in der derzeitigen Niedrigzinsphase genutzt.

Wir haben 2016 297 T€ Zinsen weniger verausgabt als im Vorjahr (Vorjahr: 219 T€), bereinigt um Rückstellungszinsen aus Betriebsprüfung und Abzinsung einer langfristigen Forderung. Der Zinsaufwand belastet das Ergebnis neben den ebenfalls hohen Abschreibungen auf das Anlagevermögen. Wir führen Kredite zurück, soweit unsere Liquidität dies erlaubt. 2016 waren dies 3.097 T€ (Vorjahr: 1.063 T€).

Die Gesellschaft bedient sich ihrer Finanzinstrumente, um die Liquidität sicherzustellen und zur Optimierung des Zinsniveaus. Sonstige risikoreiche Finanzierungs- oder Anlageformen werden nicht angewendet.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Grundsteuer:	400.146,72 €
Gewerbesteuererstattung Vorjahre:	-2,00 €
Gewerbesteuervorauszahlungen 2016:	113.526,00 €

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2016

Vergütung für Aufsichtsrat und Prüfungsausschuss	30.597,00 €
--	-------------

Die Gesellschafterversammlung erhält keine Bezüge.

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die nicht-wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 85 Absatz 3 Nr. 6 GemO, da die Gesellschaft überwiegend für das Wohnungs- und Siedlungswesen tätig ist.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2017**



**Wirtschaftsförderungsgesellschaft
Koblenz mbH**

Rechtsform

GmbH

Gegründet

08. Oktober 1970; Gesellschaftsvertrag zuletzt geändert 24. Juli 2014

Stammkapital am 31.12.2016

2.154.072,70 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist, im Gebiet der Stadt Koblenz und im Gebiet des Zweckverbandes GVZ A61 Industriepark Koblenz:

- a) Erwerb, Verwaltung und Verwertung von Grundstücken, insbesondere zum Wiederaufbau und zur Sanierung und Erschließung von Baugelände,
- b) Planung und Ausführung entsprechender Baumaßnahmen,
- c) Betrieb anderer wirtschaftlicher Unternehmen der Stadt Koblenz im Sinne der Gemeindeordnung.

Beteiligungsverhältnisse

Die Stadt Koblenz ist Alleingesellschafterin.

Besetzung der Organe am 31.12.2016

Gesellschafterversammlung

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig - Vorsitzender –

Christian Altmaier

Edith Hoernchen

Claudia Probst

Leo Biewer

Monika Sauer

Manfred Bastian

Manfred Gniffke
Stephan Wefelscheid
Sylvia Enger
Fritz Naumann

Geschäftsführung

Thomas Hammann (alleinvertretungsbefugt)

Beteiligungen des Unternehmens

TZK TechnologieZentrum Koblenz GmbH: 100.000,00 €

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Grundlage des Unternehmens

Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Koblenz mbH betreibt sowohl eigene Stellplatzanlagen als auch solche Dritter im Auftrag. Außerdem vermietet unsere Gesellschaft eigene Immobilien und erwirbt, entwickelt und vermarktet Industrie- und Gewerbegrundstücke. Die Tätigkeit beschränkt sich dabei auf das Stadtgebiet Koblenz.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Zentralitätskennwerte für die Stadt Koblenz, sowohl für den Einzelhandel der Innenstadt als auch bei der Arbeitsplatzdichte, lagen auch 2016 weiterhin auf einem hohen Niveau. Der Konjunkturklimaindex der IHK Koblenz verlief 2016 sehr stabil. Dieser Trend bestätigt sich auch zu Beginn des Jahres 2017. Insbesondere die aktuelle Geschäftslage wird positiv eingeschätzt, die Erwartungen für die kommenden 12 Monate sind stabil. Die Investitions- und Beschäftigungsabsichten sind im Saldo positiv, jedoch ohne absehbar hohe Dynamik. Die Nachfrage nach Wohnimmobilien in Koblenz hat, ausgehend von einem seit über 10 Jahren positiven Wanderungssaldo der Einwohner, steigender Einwohnerzahlen und steigender Mieten, zugenommen.

Geschäftsverlauf

Diese positiven Rahmenbedingungen äußern sich u.a. in einer anhaltend hohen Nachfrage nach Stellplätzen in der Innenstadt und vielen Interessensbekundungen nach Industriegrundstücken. Unsere Wohnimmobilien verzeichnen eine Vollvermietung. Zusammenfassend können wir auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr zurückblicken.

Die Umsatzerlöse betragen 2016 4.037 T€ (+10 % zum Vorjahr).

Das Ergebnis vor Ertragssteuern beläuft sich auf 1.788 T€ (+9 %), nach Steuern beträgt das Ergebnis 1.248 T€ (+11 %).

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz (in €)	2015	2016
A. Anlagevermögen	11.712.544,63	11.304.891,95
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.213.344,00	1.164.286,00
II. Sachanlagen	10.399.200,63	10.040.605,95
III. Finanzanlagen	100.000,00	100.000,00
B. Umlaufvermögen	5.533.953,58	6.179.731,91
I. Vorräte	1.819.213,67	1.634.407,38
II. Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	10.040,49	13.836,34
III. Kassenbestand	3.704.699,42	4.531.488,19
C. Rechnungsabgrenzungsposten	117.958,07	115.912,31
Bilanzsumme	17.364.456,28	17.600.536,17
A. Eigenkapital	9.333.522,98	10.231.647,65
I. Gez. Kapital	2.154.072,70	2.154.072,70
II. Kapitalrücklage	1.022.583,76	1.022.583,76
III. Gewinnrücklage	3.314.729,56	3.878.433,27
IV. Gewinnvortrag	1.714.729,54	1.928.433,25
V. Jahresüberschuss	1.127.407,42	1.248.124,67
B. Rückstellungen	344.192,00	103.390,00
C. Verbindlichkeiten	7.683.928,13	7.262.680,57
D. Rechnungsabgrenzungsposten	2.813,17	2.817,95
Bilanzsumme	17.364.456,28	17.600.536,17

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV (in €)	2015	2016
Umsatzerlöse	3.668.433,55	4.037.396,65
sonstige Erträge	0,00	0,00
Materialaufwand	901.113,04	1.082.826,91
a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe.	95.941,37	336.065,34
b) Aufw. f. bez. Leistungen	805.171,67	746.761,57
Personalaufwand	131.404,29	129.905,15
a) Löhne und Gehälter	101.465,67	100.388,52
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	29.938,62	29.516,63
Abschreibungen	466.503,64	475.022,75
sonstige betr. Aufwendungen	143.090,11	190.905,67
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	1.832,91	1.355,24
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	327.355,80	317.985,66
Steuern vom Einkommen und Ertrag	507.397,54	540.195,52
Ergebnis nach Steuern	1.193.402,04	1.301.910,23
sonstige Steuern	65.994,62	53.785,56
Jahresüberschuss	1.127.407,42	1.248.124,67

Bilanzkennzahlen**Ertragslage**

<u>Rentabilität</u>		2015	2016
Eigenkapitalrentabilität	%	12,1	12,2
Gesamtrentabilität	%	8,4	8,9

		2015	2016
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	1.200,8	1.345,8

Vermögensaufbau

		2015	2016
Anlagenintensität	%	67,5	64,2
Intensität des Umlaufvermögens	%	32,5	35,8

Anlagenfinanzierung

		2015	2016
Anlagendeckung I	%	79,7	90,5
Anlagendeckung II	%	129,3	142,5

Kapitalausstattung

		2015	2016
Eigenkapitalquote	%	53,8	58,1
Fremdkapitalquote	%	46,2	41,9

Liquidität

		2015	2016
Liquiditätsgrad	%	254,2	422,2

Lage des Unternehmens**Ertragslage**

Die Umsatzerlöse aus dem Vermietungsgeschäft betragen 1.206 T€ (+2 % zum Vorjahr).

Die Umsätze aus der Bewirtschaftung eigener Stellplatzanlagen betragen 2.173 T€ und liegen leicht über dem Vorjahr (+ 3 %), aber deutlich höher als geplant (+17 %).

In dem von unserer Gesellschaft gemieteten Parkhaus wird ein Umsatz i.H.v. 41 T€ erzielt.

Die Entgelte aus der Bewirtschaftung von Stellplätzen Dritter belaufen sich auf 93 T€. Im Jahr 2016 betragen die Erlöse aus Grundstücksverkäufen 316 T€.

Insgesamt werden im Jahr 2016 Umsatz und Erträge i.H.v. 4.037 T€ erzielt.

Bei den Aufwendungen beträgt der Materialaufwand 857 T€ (-5 % gegenüber Vorjahr). Der Personalaufwand liegt auf Niveau des Vorjahres und beträgt 130 T€. Abschreibungen belaufen sich auf 475 T€. Die sonstigen Aufwendungen belaufen sich auf 191 T€. Auf Steuern entfallen 594 T€.

Finanzlage

Das Finanzergebnis beträgt 2016 -317 T€ gegenüber -321 T€ im Vorjahr; die Zinserträge liegen bei 1 T€, die Zinsaufwendungen betragen 318 T€. Die Verbindlichkeiten gegenüber Banken machen 40 % der Bilanzsumme aus (43 % im Vorjahr). Davon haben 83 % eine Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren.

Der Wert unserer Sichteinlagen und kurzfristigen Forderungen betragen am Bilanzstichtag 4.545 T€, das entspricht dem 7,9-fachen der Höhe der Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr, Rückstellungen und passiven Rechnungsabgrenzungsposten.

Insgesamt war die Liquidität stets ausreichend, so dass unsere Gesellschaft in 2016 jederzeit fristgerecht ihre Zahlungsverpflichtungen erfüllen konnte.

Vermögenslage

Unser Kapital gliedert sich zu 58,1 % in Eigenkapital und 41,9 % in Fremdkapital, im Vorjahr betrug das Verhältnis 53,5 % bzw. 46,2 %.

Das Verhältnis von Eigenkapital und Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren zum betrieblichen Anlagevermögen (Anlagendeckungsgrad II) beträgt 142 % (129 % im Vorjahr).

Die Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr betragen 468 T€ (491 T€ im Vorjahr), die Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr betragen 6.795 T€ (7.193 T€ im Vorjahr).

Die Bilanzsumme beziffert sich auf 17.600.536,17 € (17.364.456,28 € im Vorjahr). Aufgrund unserer Erfahrungen und bestehender Controlling-Instrumentarien bewerten wir die Vermögenslage der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Koblenz mbH als stabil.

Leistungsindikatoren

Einige Leistungsindikatoren der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Koblenz mbH werden im Folgenden tabellarisch dargestellt

	2016	2015
Ergebnis vor Ertragssteuern (T€)	1.842 T€	1.701 T€
Investitionen	67 T€	100 T€
Eigenkapitalrendite / Gesamtkapitalrendite	12,2% / 8,9%	12,1% / 8,4%
Umsatzrendite	31%	31%

Nachtragsbericht

Nach dem 31.12.2016 sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten.

Prognose-, Risiko-, und Chancenbericht

Prognosebericht

Wir gehen von stabilen Erlösen aus. Hinsichtlich der Aufwendungen planen wir mit höheren Ausgaben für Instandhaltung unserer Immobilien und steigenden Aufwendungen für die Vermarktung von Industrie- und Gewerbegrundstücken.

Die Übernahme von weiteren Grundstücken zur Entwicklung und Vermarktung war zunächst für 2016 vorgesehen, konnte jedoch aufgrund der politischen Beschlusslage nicht durchgeführt werden. Es ist daher beabsichtigt, Grundstücke in 2017 zu übernehmen und diese als Projektträger zu entwickeln und zu vermarkten. Ebenso ist der Erwerb weiterer gewerblicher Grundstücke vorgesehen.

Darüber hinaus werden Planungen zum Bau neuer Parkhäuser betrieben.

Unter Anwendung des Vorsichtsprinzips weist die Planung für 2017 ein Ergebnis vor Steuern von rd. 1.500 T€ aus.

Risikobericht

Die Übernahme weiterer Grundstücke zur Entwicklung und Vermarktung stellt ein gewisses Risiko dar, auch wenn die Konjunktur derzeit ein positives Investitionsklima und damit Vermarktungschancen aufweist. Die Vermögenslage der Gesellschaft schätzen wir jedoch als so stabil ein, dass die geplanten Mittel auch über einen längeren Zeitraum günstig finanziert werden können.

Der Bau und Betrieb neuer Parkhäuser ist ebenfalls mit Risiken behaftet, welche jedoch im Planungsprozess erfasst und in den anstehenden Entscheidungen berücksichtigt werden.

Da die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Koblenz mbH kapitalintensiv wirtschaftet, stellt die langfristige Sicherung des Anlagevermögens einen besonderen Schwerpunkt in unserer mittel- und langfristigen Planung dar. Es existiert ein entsprechend ausgerichtetes Risikomanagement und Berichtswesen.

Aus der Finanzplanung ergeben sich keine Anzeichen, dass die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Koblenz mbH in absehbarer Zeit ihre Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen könnte.

Chancenbericht

Die Stellplatznachfrage in Koblenz schätzen wir als stabil auf hohem Niveau ein. Insbesondere im Bereich von Dauerstellplätzen in der Innenstadt erkennen wir Zeichen eines Nachfrageüberhangs.

Der Bau neuer Parkhäuser kann als Katalysator von Projektentwicklungen im Umfeld fungieren und hierdurch auch Chancen für die Wirtschaftsförderungsgesellschaft eröffnen.

Im Bereich der Verwaltungsimmobilien sind gegenüber dem Vorjahr keine nennenswerten Veränderungen zu erwarten. Unsere Mietwohnungen können aufgrund ihrer Lage von einem steigenden Mietniveau profitieren.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Gewerbsteuer:	318.536,00 €
Grundsteuer:	53.785,56 €
Ausschüttung:	350.000,00 €

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2016

Vergütung und Sitzungsgeld der Gesellschafterversammlung:	25.520,00 €
--	-------------

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Abs. 1 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2017**



Sporthalle Oberwerth GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

14. Januar 1993, Gesellschaftsvertrag zuletzt geändert am 16. Januar 2012

Stammkapital am 31.12.2016

51.129,19 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb der Sporthalle Oberwerth der Stadt Koblenz in Koblenz. Die Halle ist vorrangig zu sportlichen Zwecken zu nutzen.

Beteiligungsverhältnisse

Die Stadt Koblenz ist Alleingesellschafterin.

Besetzung der Organe am 31.12.2016

Gesellschafterversammlung

Bürgermeisterin Marie-Theres Hammes-Rosenstein - Vorsitzende -
Andreas Biebricher
Sylvia Enger
Thomas Kirsch

Aufsichtsrat

Bürgermeisterin Marie-Theres Hammes-Rosenstein - Vorsitzende -
Bürgermeister Fred Pretz als Vertreter des SBR - stellvertretender Vorsitzender - (bis 15.12.2016)
Monika Sauer - stellvertretende Vorsitzende – (ab 15.12.2016)
Gunter Fischer
Fritz Naumann
Lothar Westram als Vertreter LSB
Nils Wiechmann
Andreas Bilo (bis 11.05.2016)

Claus Hoffmann (ab 11.05.2016)
Stephan Otto
Thorsten Schneider
Eitel Bohn (ab 15.12.2016)
Hans-Peter Ackermann (ab 11.05.2016)

Gäste der Gesellschafterversammlung

Lothar Westram, LSB
Martin Weinitschke, SBR

Geschäftsführung

Volker Herb (alleinvertretungsberichtigt)
Rüdiger Sonntag (gesamtvertretungsberechtigt mit einem weiteren Geschäftsführer)

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Gemäß der Satzung der Sporthalle Oberwerth GmbH ist die Conlog Arena, vormals Sporthalle Oberwerth, auch im Wirtschaftsjahr 2016 primär für sportliche Zwecke genutzt, zur Verfügung gestellt und vermietet worden.

Das Geschäftsjahr war geprägt durch eine große Baumaßnahme. Der Ausbau der alten Besuchertribüne und der Neueinbau einer modernen, zeitaffinen mit Einzelsitzen und mit Rückenlehnen versehenen Besuchertribüne erfolgte im 3. und 4. Quartal 2016. Die ausgeführten Arbeiten führten zu temporären Einschränkungen des laufenden Betriebs bis hin zu mehrwöchigen Arenaschließungen. Die daraus resultierenden Sondereffekte für Vermietung und Nutzung konnten weitestgehend für 2016 im Rahmen gehalten werden.

Parallel dazu war das 2. Halbjahr 2016 durch einen hohen Krankenstand im Technik- bzw. Servicebereich der Betreibergesellschaft geprägt. Dies führte zu deutlichen, außerplanmäßigen Mehraufwendungen, die sich in der Folge jedoch, bedingt durch Veranstaltungsmehreinnahmen, nicht auf das Ergebnis niedergeschlagen haben.

Die Gesamtveranstaltungszahl ist gegenüber dem Vorjahresumfang leicht zurückgegangen, was insbesondere auf den Wegfall des Ankermieters Handball-Frauen-Bundesliga zurückzuführen ist, während dagegen die Gesamtbesucherzahl deutlich gegenüber dem Vorjahr (mehr Besucher pro Veranstaltung) gestiegen ist.

Im Ranking der Veranstaltungen liegen die Sportveranstaltungen deutlich über der Anzahl der Konzerte und den sonstigen Veranstaltungen. Etwas mehr als die Hälfte der Sportveranstaltungen fallen dabei unter das Sportförderungsgesetz und sind somit ohne Mieteinnahmen.

Neben dem Veranstaltungsbereich wird die Halle täglich durch Trainings- und Lehrgangsmaßnahmen der Vereine und Sportverbände genutzt. Bedingt durch die Umbaumaßnahme Tribüne nutzen die Vereine bzw. Sportverbände die Arena im Berichtszeitraum für ihre Trainingsmaßnahmen etwas weniger als im Vorjahr.

Die Hallennutzung durch den Schulsport, der Eliteschule Koblenz-Karthause sowie deren Hausaufgabenüberwachungsmaßnahmen in der Sportart Rhythmische Sportgymnastik stieg gegenüber dem Vorjahr wieder deutlich an. Die zusätzlichen, mietpflichtigen Arenatrainingsbelegungen durch diverse private Institutionen, haben sich gegenüber dem Vorjahr rückläufig entwickelt.

Insgesamt ist die Arena weiterhin die Multifunktionsarena in Koblenz, die nahezu täglich belegt ist. Durch Veranstaltungen, Training, Lehrgangsmaßnahmen und Seminarraumbelegungen wurde die Arena in 2016 insgesamt mit über 121.000 Nutzern, Besucher, Sportler und Gäste deutlich mehr frequentiert als in 2015 (101.000).

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz (in €)	2015	2016
A. Anlagevermögen	52.104,00	46.955,00
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00
II. Sachanlagen	52.104,00	46.955,00
B. Umlaufvermögen	112.960,58	142.620,00
I. Vorräte	760,00	1.020,00
II. Forderungen u. sonst. Verm.	19.893,93	32.853,32
III. Kassenbestand	92.306,65	108.746,68
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	165.064,58	189.575,00
A. Eigenkapital	87.608,56	89.485,49
I. Gez. Kapital	51.129,19	51.129,19
II. Gewinnvortrag	43.249,01	36.479,37
III. Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss	-6.769,64	1.876,93
B. Rückstellungen	46.000,00	52.150,00
C. Verbindlichkeiten	31.456,02	47.939,51
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	165.064,58	189.575,00

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV (in €)	2015	2016
Umsatzerlöse	298.300,46	368.267,08
Erhöhung / Verminderung Bestand Erzeugnisse	760,00	260,00
sonstige Erträge	542.774,95	549.308,53
Materialaufwand	65.798,21	109.000,38
a) Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	0,00	0,00
b) Aufwendungen für bez. Leistungen	65.798,21	109.000,38
Personalaufwand	218.936,70	225.065,21
a) Löhne und Gehälter	169.791,57	175.576,69
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	49.145,13	49.488,52
Abschreibungen	12.496,50	16.931,48
sonstige betr. Aufwendungen	552.861,62	563.691,94
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	20,73
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-1.487,98	1.248,94
Ergebnis nach Steuern	-6.769,64	1.876,93
sonstige Steuern	0,00	0,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-6.769,64	1.876,93

Bilanzkennzahlen**Ertragslage**

<u>Rentabilität</u>		2015	2016
Eigenkapitalrentabilität	%	-7,7	2,1
Gesamtrentabilität	%	-4,1	1,0

		2015	2016
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	33,1	33,5

Vermögensaufbau

		2015	2016
Anlagenintensität	%	31,6	24,8
Intensität des Umlaufvermögens	%	68,4	75,2

Anlagenfinanzierung

		2015	2016
Anlagendeckung I	%	168,1	190,6
Anlagendeckung II	%	168,1	190,6

Kapitalausstattung

		2015	2016
Eigenkapitalquote	%	53,1	47,2
Fremdkapitalquote	%	46,9	52,8

Liquidität

		2015	2016
Liquiditätsgrad	%	145,8	142,5

Lage des Unternehmens**Ertrags-, Finanz-und Vermögenslage**

Das Geschäftsjahr der Sporthalle Oberwerth GmbH schließt mit einem leichten Jahresüberschuss von € 1.876,93 (Vorjahr: Jahresfehlbetrag € 6.769,64) ab. Dieses positive Ergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

Die Gesamterträge haben sich im Berichtszeitraum gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöht. Dies ist im Wesentlichen auf die erfolgreiche Durchführung einzelner Veranstaltungen im Bereich Eigenveranstaltungen (Reitsportmesse) zurückzuführen, auf die deutlich mehr

generierten Parkentgelte aus der Betreuung des Parkplatzes Oberwerth, auf die höheren Mieteinnahmen aus Veranstaltungen sowie auf die höheren Ansätze aus unentgeltlicher Vermietung von Betriebsvorrichtungen und Hallengebäude zurückzuführen. Letztendlich hat auch das sparsame Haushalten in allen Aufwandsbereichen zur Ergebnisverbesserung beigetragen.

Als stabilisierender Faktor fungierten im Berichtsjahr auch wieder die unerlässlichen Zuschüsse der beiden Sportbünde und des Gesellschafters.

Trotz der nicht leichten Finanzlage der Gesellschaft, die sich insbesondere durch die fehlenden Einbuchungen in den Sommermonaten zwangsläufig ergibt, hat die Gesellschaft situationsbedingt im Bereich der Betriebs- und Geschäftsausstattung übersichtlich und zurückhaltend investiert.

Die Bilanzsumme beträgt zum 31.12.2016 insgesamt € 189.575,00. Davon entfallen auf das Anlagevermögen € 46.955,00. Das Umlaufvermögen beläuft sich auf € 142.620,00. Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt am 31. Dezember 2016 € 89.485,49, die Eigenkapitalquote beläuft sich demnach auf 47,4 %. Das Fremdkapital beträgt zum Bilanzstichtag € 100.089,51 und besteht im Wesentlichen aus Rückstellungen, Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter sowie Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen. Die Anlagenintensität ist von 31,5% auf 24,7% zurückgegangen. Die konstant steigenden Aufwendungen bei den Fix-Kosten und die dazu im Verhältnis stehenden, nur eingeschränkt generierbaren Erträge, erlauben es der Gesellschaft erneut nicht, Rücklagen für größere Investitionen zu bilden.

Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen, wenn auch mit zeitlichen Verzögerungen, nachzukommen.

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft ist insgesamt als stabil zu bezeichnen, die Abhängigkeit von Zuschüssen ist jedoch nach wie vor gegeben.

Risikobericht

Die finanzielle Entwicklung der Gesellschaft ist uneingeschränkt abhängig von den Veranstaltungen und den Zuschüssen.

Um an adäquate Veranstaltungen zu gelangen, kann die Hallen GmbH es sich nicht erlauben, sich ausschließlich nur auf das Vermietungsgeschäft zu konzentrieren. Veranstaltungen mit einem kalkulierbaren Risiko müssen, um höhere Erträge generieren zu können, ebenso umgesetzt werden. Dabei wird jede in Frage kommende Veranstaltung auf Mach- und Finanzierbarkeit von der Geschäftsführung im Vorfeld, soweit es möglich ist, überprüft, werden ggfs. mögliche Partner als Risikominderung mit in die Verantwortung genommen und in der Folge der Ticket-Verkaufszeit, regelmäßig die Aus- und Einnahmen gegeneinander abgewogen.

Ein vierteljährliches Controlling und eine Liquiditätsprüfung durch die Geschäftsführung runden das Risikoerkennungssystem ab.

Insgesamt kann das Risiko, aufgrund einer regelmäßigen Risikovorsorge, als begrenzt angesehen werden. Die regelmäßige Liquiditätsplanung und -steuerung ermöglicht es, jederzeit die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft zu gewährleisten. Ferner ist die Gesellschaft, als ein ausschließlich im Inland operierendes Unternehmen, in der Regel keinen Währungsschwankungen ausgesetzt.

Die Ende 2015 vom Gesellschafter beschlossenen drei Modernisierungs- und Sanierungsarbeiten werden im kommenden Wirtschaftsjahr weiter fortgesetzt. Dies sind die Dachsanierung und die Deckentraglastverteilung. Die dritte Maßnahme, der Tribünenneubau, erfolgte bereits in 2016. Verbleibende Nacharbeiten der dritten Maßnahme sollen im laufenden Betrieb des ersten Halbjahres 2017 beendet sein.

Prognosebericht

Inwieweit die aktuell, wider Erwarten zeit- und materialaufwendigen Dachsanierungsarbeiten sich auf die Vermietung und Nutzung des kommenden Wirtschaftsjahrs auswirken werden, ist aktuell und final noch nicht absehbar bzw. zu bestimmen. Der Betreiber strebt an, mögliche

sich daraus entwickelnde Negativeffekte bzgl. Ausfall bzw. Mindereinnahmen früh zu erkennen und entsprechend gegensteuernd darauf zu reagieren.

Die Technik und die Infrastruktur der Arena müssen auch zukünftig konkurrenzfähig bleiben. Es ist somit für die Arena selbst als auch für dessen Betreibergesellschaft von höchster Bedeutung, dass auch weiterhin von Seiten des Gesellschafters in die Arena investiert wird, denn nur so kann die Arena nicht nur ein wichtiger Standortfaktor und Eventmotor für die Region Koblenz bleiben, sondern auch weiterhin das breite Spektrum von Ökonomie, Sport bis hin zur Kultur zur Zufriedenheit aller bedienen.

Der aktuelle Wirtschaftsplan weist für das Geschäftsjahr 2017 ein ausgeglichenes Jahresergebnis aus, welches aus Erträgen in Höhe von T€ 917 und Aufwendungen in Höhe von T€ 917 resultiert.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Zuschuss der Stadt Koblenz:	2014	190.000,00 €
	2015	195.000,00 €
	2016	200.000,00 €
Gewerbsteuer:	2014	1.217,00 €
	2015	1.247,00 €
	2016	567,00 €

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2016

Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung erhalten keine Bezüge.

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die nicht wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Absatz 4 Nr. 2 GemO, da die Sporthalle satzungsmäßig überwiegend für sportliche Veranstaltungen genutzt wird.

Stadtverwaltung Koblenz Beteiligungsbericht 2017



Stadtwerke Koblenz GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

09. Januar 1969; Gesellschaftsvertrag zuletzt geändert am 30. Oktober 2014

Stammkapital am 31.12.2016

12.526.651,09 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist:

- a) die Versorgung der Bevölkerung mit Gas und Wasser,
- b) der Betrieb von Häfen und Bahnen,
- c) der Erwerb und/ oder die Errichtung, das Vorhalten und der Betrieb von Schwimmbädern für den Volks- und Breitensport sowie Saunabetrieben im Bereich der Stadt Koblenz sowie die Ausführung aller im Zusammenhang mit diesen Aufgaben stehenden Tätigkeiten und Dienstleistungen, wie beispielsweise die Bewirtung der Schwimmbadbesucher,
- d) der Betrieb anderer wirtschaftlicher Unternehmen der Stadt im Sinne der Gemeindeordnung,
- e) die Betriebsführung von Unternehmen der unter a) bis d) genannten Art.

Die Stadtwerke Koblenz GmbH hat zwei Betriebsabteilungen:

- Beteiligungen,
- Hafen- und Bahnbetrieb.

Beteiligungsverhältnisse

Die Stadt Koblenz ist Alleingesellschafterin.

Besetzung der Organe am 31.12.2016

Gesellschafterversammlung

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig -Vorsitzender-

Hans-Peter Ackermann
Christian Altmaier
Walter Baum
Herbert Bocklet
Eitel Bohn
Dr. Michael Gross
Edith Hoernchen
Andrea Mehlbreuer
Fritz Naumann
Monika Sauer
Anita Weis
Claudia Probst

Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Geschäftsführung

Petra Ensel

Beteiligungen des Unternehmens

Die Stadtwerke Koblenz GmbH war am 31. Dezember 2016 mit

50,007 % an der EKO2 GmbH, mit
73,80 % an der Vereinigte Wasserwerke Mittelrhein GmbH, mit
60,00 % an der Wasserwerk Koblenz/Weißenthurm GmbH, mit
63,70 % an der Flugplatz Koblenz/Winningen GmbH, mit
45,00 % an der Kraftwagenverkehr Koblenz GmbH mit
10,02 % an der Windpark Westerwald GmbH, mit
100,00 % an der Ehrenbreitsteiner Schrägaufzug GmbH und mit
100,00 % an der Koblenzer Bäder GmbH

beteiligt.

Personal

Die Stadtwerke Koblenz GmbH beschäftigte bis zum 31.12.1998 kein eigenes Personal.

Mit Wirkung vom 01.01.1999 hatten die Stadtwerke Koblenz GmbH und die Stadt Koblenz einen Personalüberleitungsvertrag geschlossen.

Zum 31.12.2016 waren 27 Arbeitnehmer für die Stadtwerke Koblenz GmbH tätig. Davon standen 3 Mitarbeiter in einem Arbeitsverhältnis mit der Stadt Koblenz, zwölf gehören zum Kreis der übergeleiteten Mitarbeiter.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz (in €)	2015	2016
A. Anlagevermögen	122.199.926,37	121.190.377,20
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	51.509,00	44.756,00
II. Sachanlagen	12.350.393,97	11.547.849,12
III. Finanzanlagen	109.798.023,40	109.597.772,08
B. Umlaufvermögen	47.357.737,42	60.210.418,26
I. Vorräte	105.782,86	101.743,71
II. Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	15.493.950,28	15.469.282,07
III. Kassenbestand	31.758.004,28	44.639.392,48
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	169.557.663,79	181.400.795,46
A. Eigenkapital	167.908.353,58	179.877.588,79
I. Gez. Kapital	12.526.651,09	12.526.651,09
II. Kapitalrücklage	39.094.981,62	39.094.981,62
III. Gewinnrücklage	93.900.000,00	110.286.000,00
IV. Bilanzgewinn	22.386.720,87	17.969.956,08
B. Rückstellungen	779.221,33	750.123,82
C. Verbindlichkeiten	867.912,71	771.466,76
D. Rechnungsabgrenzungsposten	2.176,17	1.616,09
Bilanzsumme	169.557.663,79	181.400.795,46

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV (in €)	2015	2016
Umsatzerlöse	8.417.543,82	4.211.044,71
sonstige Erträge	1.900,00	250,00
Materialaufwand	911.099,64	1.039.838,86
a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	114.961,01	122.781,88
b) Aufwendungen f. bez. Leistungen	796.138,63	917.056,98
Personalaufwand	1.357.275,58	1.420.136,89
a) Löhne und Gehälter	1.091.066,91	1.118.475,29
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	266.208,67	301.661,60
Abschreibungen	866.784,28	884.657,66
sonstige betriebliche Aufwendungen	730.278,23	519.616,89
Erträge aus Beteiligungen	18.417.779,34	17.564.196,83
Sonst. Zinsen u. ähnl. Erträge	299.643,30	446.512,61
Sonst. Zinsen u. ähnl. Aufwendungen	203.691,91	76.278,97
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	571.799,15	266.094,68
Ergebnis nach Steuern	22.495.937,67	18.015.380,20
sonstige Steuern	109.894,98	46.144,99
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	22.386.042,69	17.969.235,21

Bilanzkennzahlen**Ertragslage**

<u>Rentabilität</u>		2015	2016
Eigenkapitalrentabilität	%	13,3	10,0
Gesamtrentabilität	%	13,2	9,9

		2015	2016
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	300,7 *	150,4

* Sondereffekt durch Anteilsverkauf evm AG

Vermögensaufbau

		2015	2016
Anlagenintensität	%	72,1	66,8
Intensität des Umlaufvermögens	%	27,9	33,2

Anlagenfinanzierung

		2015	2016
Anlagendeckung I	%	137,4	148,4
Anlagendeckung II	%	138,1	149,2

Kapitalausstattung

		2015	2016
Eigenkapitalquote	%	99,1	99,2
Fremdkapitalquote	%	0,9	0,8

Liquidität

		2015	2016
Liquiditätsgrad	%	6.099,6	8.746,2

Lage des Unternehmens

Finanz- und Vermögenslage

a.) Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2016 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 17.969.235,21 € (Vorjahr: 22.386.042,69 €). Unter Hinzurechnung des Gewinnvortrages aus dem Vorjahr in Höhe von 720,87 € ergibt sich ein Bilanzgewinn von 17.969.956,08 € (Vorjahr: 22.386.720,87 €).

b.) Finanzlage

Das Eigenkapital beläuft sich zum 31.12.2016 auf 179.878 T€ (Vorjahr: 167.908 T€). Die Eigenkapitalquote beträgt 99,2 % (Vorjahr: 99,1 %).

Im Geschäftsjahr wurden Investitionen in Höhe von 175 T€ getätigt.

Die Liquidität ist ausreichend. In 2016 konnte die Gesellschaft jederzeit fristgerecht ihre Zahlungsverpflichtungen erfüllen. Fremdmittel mussten nicht aufgenommen werden.

c.) Vermögenslage

Das Vermögen der GmbH erhöhte sich um 11.843 T€ und beträgt zum Bilanzstichtag 181.401 T€. Beim Anlagevermögen ist eine Senkung von 1.008 T€ zu verzeichnen und beim Umlaufvermögen eine Erhöhung von 12.851 T€.

Bericht über Zweigniederlassungen

Die Stadtwerke Koblenz GmbH unterhält keine Zweigniederlassungen.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft wird wie in 2016 auch in den Folgejahren durch die Beteiligungen der Stadtwerke, insbesondere im Energiebereich, geprägt sein. Auf Grundlage der vorliegenden Planrechnungen und nach derzeitiger Kenntnis ist in den nächsten Jahren mit moderat steigenden Beteiligungserträgen zu rechnen. Chancen, aber auch Risiken, bestehen nicht zuletzt aufgrund der strukturellen Reformen im Energiesektor, mit denen sich – wie alle Energieversorgungsunternehmen auch – die Beteiligungsgesellschaften der Stadtwerke Koblenz GmbH auseinander setzen müssen.

Besondere Bedeutung wird künftig die Kostenfolge des neuen Geschäftsbereiches Erwerb und Errichtung, sowie das Vorhalten und der Betrieb von Schwimmbädern auf die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft haben.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

Die Gesellschaft hat ein Risikomanagementsystem eingerichtet. U.a. besteht ein Umweltmanagementsystem nach DIN EN ISO 14001.

Durch das bestehende Controlling wird versucht sicherzustellen, dass die gesetzten Ziele erreicht werden.

Bestandsgefährdende Risiken werden nicht gesehen.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die Stadtwerke Koblenz GmbH tätigt keine derartigen Geschäfte.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Gewerbesteuer:	299.960,00 €
Grundsteuer:	45.632,51 €
Gewinnabführung aus 2016:	6.000.000,00 €

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2016

Vergütung Gesellschafterversammlung einschl. Sitzungsgeld:	59.100,00 €
---	-------------

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Absatz 1 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2017**



Energieversorgung Mittelrhein AG

Rechtsform

AG

Gegründet

30. September 1886; Gesellschaftsvertrag zuletzt geändert am 11. März 2016

Stammkapital am 31.12.2016

131.310.098,00 €

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung mit Strom, Gas, Wasser und Wärme sowie der Vertrieb und die Erzeugung von Strom und Gas, der Bau und Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen sowie die Vornahme aller damit in Zusammenhang stehender Geschäfte, einschließlich dazugehöriger sonstiger energienaher Dienstleistungen, insbesondere die Beschaffung und die Vermarktung von Energie sowie Telekommunikation sowie die Betriebsführung im Bereich Wasserver- und Abwasserentsorgung und die Durchführung von Leistungen im Bereich der Entsorgung. Daneben erbringt die Gesellschaft Leistungen im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs („ÖPNV“).

Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesellschaft sind beteiligt:

EKO2 GmbH	109.912.438,34 €	83,704 %
Stadt Koblenz	20.141.046,83 €	15,339 %
Westerwaldkreis	838.748,79 €	0,639 %
Wirtschaftsförderungsgesellschaft am Mittelrhein mbH	417.864,04 €	0,318 %

Besetzung der Organe am 31.12.2016

Gesellschafterbeirat

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig - Vorsitzender -
Landrat Achim Schwickert
Bürgermeisterin Waltraud Birk
Petra Ensel
Bürgermeister Georg Hollmann
Dr. Gerhard Holtmeier
Lars Hörnig
Bürgermeister Ulrich Klöckner
Bürgermeister Karsten Lucke
Landrat Dr. Alexander Saftig
Landrat Manfred Schnur
Bürgermeister Alfred Steimers
Oberbürgermeister Wolfgang Treis

Aufsichtsrat

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig - Vorsitzender -
Dr. Gerhard Holtmeier - 1. stellvertretender Vorsitzender -
Rainer Engel - 2. stellvertretender Vorsitzender -
Hans-Peter Ackermann
Andreas Biebricher
Melanie Blaum
Rolf Busenthür
Dr. Mathias Cord
Manfred Diehl
Petra Ensel
Edgar Flöck
Paul-Dieter Friedrich
Manfred Gniffke
Angela Keul-Göbel
Gerhard Lehmkuhler
Marion Lipinski-Naumann
Dirk Marquardt
Edith Polcher
Karl-Heinz Rosenbaum
Anna Schumann-Dreyer
Wolfgang Treis

Vorstand

Josef Rönz - Vorsitzender -
Dr. Karlheinz Sonnenberg
Bernd Wieczorek

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2016 an folgenden Unternehmen beteiligt:

Energienetze Mittelrhein GmbH & Co. KG, Koblenz	99,95 %
Gasversorgung Westerwald GmbH, Höhr-Grenzhausen	100,00 %
BEE Bioenergieerzeugung Koblenz GmbH, Koblenz	100,00 %
evm Verkehrs GmbH, Koblenz	100,00 %
Naturstrom Rheinland-Pfalz GmbH, Koblenz	100,00 %
Rhein-Ahr-Energie GmbH & Co. KG, Koblenz	100,00 %

KEVAG Telekom GmbH, Koblenz	50,00 %
Solarenergie Masterhausen Projekt GmbH & Co. KG, Mastershausen	50,00 %
Energiegesellschaft Görgeshausen GmbH, Görgeshausen	50,00 %
GkD Gesellschaft für kommunale Dienstleistungen mbH, Köln	50,00 %
Energiebeteiligungsgesellschaft Mittelrhein mbH, Koblenz	42,88 %
evm Windpark Schneifelhöhe GmbH & Co. KG, Koblenz	33,30 %
evm Windpark Verwaltungs GmbH, Koblenz	33,30 %
Windpark Westerwald GmbH, Waigandshain	31,75 %
Stadtwerke Andernach Energie GmbH, Andernach	25,10 %
Kraftwagen-Verkehr Koblenz GmbH, Koblenz	22,60 %
Propan Rheingas GmbH, Brühl	15,00 %
Propan Rheingas GmbH & Co. KG, Brühl	13,00 %
FWM Fernwärmeversorgung Mayen GmbH, Mayen	10,00 %
Breitband-Infrastrukturgesellschaft Cochem-Zell mbH, Faid	7,32 %
Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, München	3,65 %
SYNECO GmbH & Co. KG, München	6,37 %

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Energieversorgung Mittelrhein AG (evm) bietet als Unternehmensgruppe ein breites Leistungsspektrum. Die evm bündelt als Energiedienstleister den Energievertrieb, Netzgeschäft, energienahe Dienstleistungen, Energieerzeugung und -beschaffung sowie die Verwaltung. Sie versorgte zum Stichtag 31. Dezember 2016 insgesamt 135.080 Kunden mit Erdgas und 205.627 Kunden mit Strom und hat mit 225 Städten und Gemeinden Strom- sowie mit 256 Kommunen Gaskonzessionsverträge abgeschlossen. Damit ist sie das größte kommunale Energie- und Dienstleistungsunternehmen in Rheinland-Pfalz. Zudem ist sie als Betriebsführerin zweier Wasserwerke und eines Abwasserwerks in der Wasserversorgung und -entsorgung tätig. Über ihre Beteiligungen agiert evm darüber hinaus im Personennahverkehr sowie in der Telekommunikation.

Zum 31. Dezember 2016 halten gemäß Aktienregister die EKO2 GmbH (EKO2) 83,704 Prozent, die Stadt Koblenz 13,422 Prozent, der Eigenbetrieb Koblenz Touristik 1,917 Prozent, der Westerwaldkreis 0,639 Prozent und die Wirtschaftsförderungsgesellschaft am Mittelrhein mbH 0,318 Prozent der evm-Aktien.

An der EKO2 sind wiederum mit 50,007 Prozent die Stadtwerke Koblenz GmbH, mit 39,968 Prozent die Thüga AG, mit 10,023 Prozent die Energiebeteiligungsgesellschaft Mittelrhein mbH (EBM) und mit 0,002 Prozent die Stadt Koblenz beteiligt.

Gesellschafter der EBM sind zum Stichtag 31. Dezember 2016 die evm (42,875 Prozent), die Stadtwerke Mayen GmbH (19,442 Prozent), die Stadtwerke Andernach GmbH (19,411 Prozent), die Stadt Mülheim-Kärlich (6,922 Prozent), die Verbandsgemeinde Weißenthurm (4,153 Prozent), der Landkreis Cochem-Zell (2,769 Prozent), die Verbandsgemeinde Ulmen (2,769 Prozent), die Ortsgemeinden Lautzenbrücken (0,968 Prozent) und die Ortsgemeinde Staudt (0,690 Prozent).

Zur Ausübung ihres Geschäftszwecks ist die evm über Beteiligungen in folgenden Geschäftsfeldern aktiv:

Energieversorgung

Als 25,1-prozentiger Anteilseigner und strategischer Partner der Stadtwerke Andernach Energie GmbH unterstützt die evm die Energieversorgung im Raum Andernach. Darüber

hinaus ist sie an Unternehmen der Fernwärmeversorgung sowie Flüssiggasunternehmen beteiligt.

Strom- / Erdgasnetze

Das Netzgeschäft der evm ist – wie vom Gesetzgeber vorgeschrieben – einer eigenständigen Netzgesellschaft übertragen, der Energienetze Mittelrhein GmbH & Co. KG (enm). Sie sorgt für einen sicheren und zuverlässigen Betrieb der Strom- und Erdgasnetze. So ist das Netzgeschäft eine zentrale Säule des evm-Kerngeschäftes, welches über Pachtentgelte und das Beteiligungsergebnis in das evm-Ergebnis einfließt.

Telekommunikation

Über ihre 50-prozentige Tochtergesellschaft KEVAG Telekom GmbH (KTK) bietet die evm in Koblenz, im Westerwald, in der Eifel und im Hunsrück umfassende Telekommunikationslösungen für Privat- und Geschäftskunden an.

Verkehr

Die 100-Prozent-Tochter evm Verkehrs GmbH (evg) betreibt den öffentlichen Personennahverkehr in Koblenz und der Umgebung. Ergänzt und erweitert wird das Angebot der evg um die Personenbeförderung im Linien- und Gelegenheitsverkehr durch die Kraftwagen-Verkehr Koblenz GmbH (KVG), an der die evm mit 22,6 Prozent beteiligt ist.

Erneuerbare Energieerzeugung

Ihre regionalen Aktivitäten im Bereich der erneuerbaren Energien nimmt die evm im Wesentlichen über ihre Tochtergesellschaften wahr, unter anderem in der 100-Prozent-Tochter Naturstrom Rheinland-Pfalz GmbH (NRLP). So ist die evm an Photovoltaikanlagen mit einer Gesamtnennleistung von 14,8 MW und an zwei Wasserkraftwerken mit einer Gesamtnennleistung von rund 470 KW beteiligt. Außerdem betreibt sie über ihre Tochtergesellschaften 15 Windkraftanlagen mit einer Gesamtnennleistung von 25,6 MW sowie eine Biogasanlage mit einer Einspeiseleistung von rund 5,8 Mio. m³ Bio-Erdgas. Über ihre Beteiligung an der Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG investiert die evm darüber hinaus bundesweit in zahlreiche Projekte zum Ausbau der erneuerbaren Energien.

Sonstige wesentliche Beteiligungen

Neben den genannten Tochterunternehmen und Beteiligungen stellen die Beteiligungen an der Kom9 GmbH & Co. KG über die 100-prozentige Tochtergesellschaft Gasversorgung Westerwald GmbH (GVW) sowie die EBM weitere wesentliche Beteiligungen dar. Über die EBM können sich interessierte Kommunen mittelbar an der evm beteiligen.

Forschung und Entwicklung

Eigene Forschung und Entwicklung wird aufgrund des Tätigkeitsbereiches der Gesellschaft nicht durchgeführt. Das Innovationsmanagement der evm hat das Ziel Neuprodukte und Geschäftsmodelle zu entwickeln, um so die Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu sichern. Zudem werden Innovationsthemen, inklusive Projekt- und Geschäftsmodellentwicklungen, in der Thüga-Gruppe über die Thüga-Innovationsplattform gebündelt, in der sich auch die evm als Partner engagiert. Als eines von 13 Unternehmen der Thüga-Gruppe hat evm unter anderem ihr Know-How und Kapital in eine Projektplattform eingebracht, um gemeinsam in die Entwicklung einer Anlage zur Erprobung von Speichertechnologien zu investieren. Diese Power-to-Gas-Anlage ermöglicht es, überschüssigen, insbesondere durch Photovoltaik- und Windkraftanlagen erzeugten Strom durch Elektrolyse in Wasserstoff umzuwandeln und so zu speichern. Die Anlage wurde mit dem Innovationspreis des Verbands kommunaler Unternehmen für ihren Beitrag zum weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien ausgezeichnet.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche branchenbezogene Rahmenbedingungen

Konjunktur

Im Jahr 2016 ist die deutsche Wirtschaftsleistung (gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt) um 1,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr gewachsen und hat sich damit wieder erfreulich entwickelt. Die Leistungssteigerung wurde in 2016 von allen Wirtschaftsbereichen getragen. Überdurchschnittlich entwickelte sich dabei mit 2,8 Prozent das Baugewerbe. Das Produzierende Gewerbe, das gut ein Viertel der gesamten Bruttowertschöpfung erwirtschaftet, entwickelte sich mit + 1,6 Prozent moderat. Einige Dienstleistungsbereiche verzeichneten ein deutliches Wachstum. Die gegenüber dem Vorjahr um einen Tag höhere Anzahl der Arbeitstage führte ebenfalls zu einer Steigerung der Wirtschaftsleistung im vergangenen Jahr. Der Außenbeitrag reduzierte sich aufgrund des höheren Anstiegs der Importe im Vergleich zu den Exporten und hatte somit einen leicht negativen Effekt auf das Bruttoinlandsprodukt. Auf der Verwendungsseite bildeten der staatliche (+ 4,2 Prozent) und der private Konsum (+ 2,0 Prozent) die wichtigsten Einflussfaktoren. Daneben stiegen auch die Investitionen von Unternehmen und Staat deutlich. Dabei erreichten die Ausrüstungsinvestitionen einen Anstieg um 1,1 Prozent, die Bauinvestitionen im Wesentlichen bedingt durch den Anstieg der Wohnbauten einen deutlich höheren Anstieg um 3,0 Prozent. Der Vorratsabbau bremste das Wachstum um rund 0,4 Prozent.

Witterung

Sowohl für die Energienachfrage als auch für die regenerative Erzeugung spielt die Witterung eine wesentliche Rolle. Insbesondere wegen der besonders kalten Monate im vierten Quartal war das Jahr 2016 im Vergleich zu den außergewöhnlich warmen Vorjahren 2014 und 2015 etwas kälter, aber dennoch wärmer als das langjährige Mittel.

Insgesamt fielen in Deutschland im Jahr 2016 durchschnittlich 736 Liter Niederschlag pro Quadratmeter. Gegenüber dem Vorjahr (1.723 Sonnenstunden) war die Sonnenscheindauer im Jahr 2016 mit 1.585 Sonnenstunden deutlich geringer. Aufgrund des weiteren Zubaus von PV-Anlagen sank die Einspeisung in das öffentliche Netz im Vergleich zum Vorjahr jedoch nur um 1,0 Prozent.

Das Windaufkommen in 2016 war vergleichbar mit dem Vorjahr, aber weiterhin auf niedrigem Niveau. Die Stromproduktion durch Windenergieanlagen lag trotz des Zubaus von Anlagen an Land in Höhe von rd. 4,5 GW minimal, nämlich 0,6 TWh, über dem Wert von 2015.

Primärenergieverbrauch in Deutschland

Die im Vergleich zum Vorjahr etwas kühlere Witterung, der Schalltag, die weiterhin positive wirtschaftliche Entwicklung sowie das migrationsbedingte Bevölkerungswachstum führten dazu, dass der Primärenergieverbrauch in Deutschland in 2016 um 1,1 Prozent auf 456,7 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE) anstieg. Gleichzeitig dämpften Verbesserungen in der Energieeffizienz den Verbrauchsanstieg.

Vor allem aufgrund der kühleren Witterung im vierten Quartal sowie des Mehreinsatzes von Erdgas in Kraftwerken - besonders in Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung - stieg der Erdgasverbrauch in 2016 um 9,5 Prozent auf 103,1 Millionen Tonnen SKE. Die erneuerbaren Energien erhöhten ihren Beitrag zur Energiebilanz um 0,2 Prozentpunkte auf insgesamt 12,6 Prozent. Rückgänge waren vor allem bei der Kernenergie, aber auch bei Braun- und Steinkohle zu verzeichnen. Bereinigt um den Witterungseinfluss wäre der Primärenergieverbrauch um etwa 0,6 Prozent im Vergleich zu 2015 gestiegen.

Energiemarkt

Für den deutschen Energiemarkt war das Kalenderjahr 2016 ein Jahr voller Besonderheiten und Extreme. Während die Terminmarktpreise im Frühjahr auf dem tiefsten Stand seit 2010, im Strom sogar auf einem Allzeittief handelten, wandelte sich das Bild im zweiten Halbjahr. Von den Tiefständen ausgehend verteuerte sich Erdgas am Terminmarkt um fast 40 Prozent

im Laufe des Jahres. Strom verteuerte sich, bedingt durch eine zeitweise Nichtverfügbarkeit von französischen Atomkraftwerken und dem gleichzeitig bestehenden Heizstrombedarf Frankreichs, zeitweise sogar um über 70 Prozent am Terminmarkt.

Energiepolitik

Im Jahr 2016 hat der Gesetzgeber wieder viele Änderungen und Ergänzungen des Energierechts vorgenommen. Unter anderem wurde die Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG 2017) beschlossen, die Anreizregulierungsverordnung geändert sowie das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende und das Strommarktgesetz erlassen. Mit der Novellierung des EEG wurde in erster Linie die Bezuschussung der Erzeugung aus Erneuerbaren Energien auf eine wettbewerbliche Vergabe umgestellt. Einen Zuschlag nach Ausschreibungen erhalten künftig die Projekte, die zu den niedrigsten Kosten erzeugen können. Dadurch wird der weitere Anstieg der Umlagefinanzierung und des Strompreises abgebremst, aber nicht gestoppt. Mithilfe einer Regionalisierungskomponente wurde zusätzlich die mangelnde Synchronisation des Netzausbaus mit dem Zubau von Windenergieanlagen angegangen.

Das deutsche System der Anreizregulierung hat sich bisher bewährt, wenn es darum ging, die Preisentwicklung der Netzentgelte im Sinne der Verbraucher zu kontrollieren und gleichzeitig die Netzbetreiber zu größerer Effizienz anzureizen. Jedoch wurde im Zuge des Fortschreitens der Energiewende eine Novellierung notwendig. So wurde der „Kapitalkostenaufschlag“ eingeführt, der den Zeitverzug zwischen den Investitionen in die Netze und der Refinanzierung verringern soll, indem Kosten für Investitionen in notwendige Anlagen nun jährlich – also nicht mehr mit mehrjähriger Verzögerung – berücksichtigt werden können. Ein wichtiger Faktor für die Berechnung der Netzentgelte ist die kalkulatorische Eigenkapitalverzinsung. Die Verzinsung des von Betreibern von Elektrizitätsversorgungsnetzen eingesetzten Eigenkapitals erfolgt im Wege einer kalkulatorischen Eigenkapitalverzinsung auf Grundlage des betriebsnotwendigen Eigenkapitals. Die Höhe der Verzinsung wird von der Bundesnetzagentur (BNetzA) als zuständige Regulierungsbehörde festgelegt. In 2016 beschloss die BNetzA eine Senkung der Verzinsung von derzeit 9,05 Prozent auf 6,91 Prozent für Neuanlagen und von 7,14 Prozent auf 5,12 Prozent für Altanlagen. Gültigkeit erfährt dies ab der nächsten Regulierungsperiode, die für Gasnetzbetreiber im Jahr 2018 und für Stromnetzbetreiber im Jahr 2019 beginnt.

Mit dem Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende wurde der Rechtsrahmen für intelligente Messsysteme (Smart Meter) geregelt. Das Gesetz beinhaltet Regelungen zum zukünftigen Messstellenbetrieb, zur Datenkommunikation und zum Rollout der Smart Meter, der nach Jahresverbrauch beziehungsweise –erzeugung gestaffelt ist. Zwischen 2017 bis spätestens 2032 sollen alle mechanischen Ferraris-Zähler durch elektronische Zähler ersetzt werden, die Verbrauchern Informationen über Stromflüsse, Energieverbrauch und tatsächliche Nutzungszeiten anzeigen, um Energiesparpotenziale zu identifizieren.

Mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung des Strommarktes (Strommarktgesetz) zielte die Bundesregierung darauf ab, in einem abgestimmten Prozess auf vielschichtige Veränderungen im Energieversorgungssystem zu reagieren und neue Rahmenbedingungen zu setzen. Als Rahmengesetz bestimmte es Änderungen in bestehenden Gesetzen. Betroffen waren unter anderem das Erneuerbare Energien Gesetz, das Energiewirtschaftsgesetz und die Stromnetzzugangsverordnung sowie die Reservekraftwerksverordnung. Diesem umfassenden energiewirtschaftlichen Änderungskatalog ging ein langer, kontroverser Konsultationsprozess voran, der bereits 2014 mit dem Grünbuch zum Strommarkt Fahrt aufnahm und bis zum Beschluss des Gesetzes 2016 die Energiebranche mit ihren Verbänden stark bewegte.

Geschäftsverlauf

Wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Tätigkeiten nach dem Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)

Erdgas- und Stromverteilung

Im Jahr 2016 konnte die evm als Netzeigentümer die Gaskonzessionsverträge in 18 Gemeinden um weitere 20 Jahre verlängern. Ebenfalls für 20 Jahre erlangte die evm erstmals die Stromkonzession im Stadtgebiet Mayen.

Der positive Trend der Vorjahre mit Netzverfügbarkeiten, die deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegen, konnte aufgrund der nachhaltigen Betriebs-, Instandhaltungs- und Erneuerungsstrategien in den Verteilnetzen auch in 2016 fortgesetzt werden.

Um der Versorgungsaufgabe im Gas- und Stromverteilnetz gerecht zu werden, mussten Netzerweiterungen und Netzanschlüsse in allen Druckstufen beziehungsweise Spannungsebenen durchgeführt werden. Hervorzuheben sind die Investitionen im Rahmen der Dükerung des Rheins für das Hochdruck-Erdgasnetz sowie der Neubau einer 110/20-kV-Umspannanlage in Koblenz-Rübenach. Gegenüber der Vergangenheit sind bei Netzanschlüssen keine deutlichen Trendabweichungen im Zubau festzustellen. Für die zukünftig in weiten Teilen des Netzgebietes der enm anstehende Marktraumumstellung von L- auf H-Gas wurden wichtige Projektschritte eingeleitet, insbesondere hinsichtlich der Umsetzungsabstimmung mit dem vorgelagerten Fernleitungsnetzbetreiber, aber auch beim eigentlichen Projektmanagement.

Mit der Energiewende schreitet die Integration von dezentralen Energieerzeugungsanlagen in die Gas- und Stromnetze weiter voran. Dabei haben die Vergütungshöhen, aber auch die raumordnerischen Vorgaben bedeutenden Einfluss auf die Investitionsbereitschaft von Anlagenbetreibern. Insgesamt ist festzustellen, dass der Zuwachs an stromerzeugenden Anlagen nahezu gleichgeblieben ist, die neu installierte Leistung der einzelnen Anlagen aber geringer ausfiel. Das liegt vor allem daran, dass die Kunden aufgrund der verringerten Einspeisevergütung ihren Eigenbedarf an Strom decken, aber nicht darüber hinaus produzieren möchten. Im Jahr 2016 wurden 181 Photovoltaikanlagen im Netzgebiet der enm mit einer Leistung von rund 5,5 MWp und 3 Großwindenergieanlagen mit 7,6 MW in das Stromverteilnetz integriert. Die Gesamtanzahl von regenerativen Erzeugungsanlagen im enm-Verteilnetz liegt bei rund 6.200 Anlagen mit einer Gesamtleistung von ca. 287 MW. Zur Gewährleistung der Netzintegration der zweiten betreibereigenen Bio-Erdgasanlage im Netzgebiet der enm, Netzregion Plaidt, wurden in 2016 die grundlegenden netztechnischen und vertraglichen Voraussetzungen geschaffen.

Andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors

Privat- und Gewerbekunden

Trotz erheblicher Wettbewerbsintensität ist es gelungen die Kundenverluste im Stromsegment, insbesondere durch überregionale Akquisemaßnahmen, zu kompensieren. Im Erdgassegment waren Kundenverluste zu verzeichnen, die trotz durchgeführter Reakquisemaßnahmen und weiterer Kundenbindungs- und Kundengewinnungsaktionen nur teilweise aufgefangen werden konnten. Die Witterungsverhältnisse im vierten Quartal 2016 sorgten jedoch für einen insgesamt leicht gestiegenen Absatz.

Ein wesentlicher Meilenstein in Richtung Steigerung der Servicequalität und Optimierung der Prozesse im Kundenservice konnte im Jahr 2016 mit der erfolgreichen Zusammenführung der Abrechnungssysteme der Alt-Gesellschaften erreicht werden. Damit wurde die Basis geschaffen, dass unsere Kunden zukünftig eine zusammengefasste Abrechnung über alle Energiearten (Gas, Strom, Wärme) erhalten können.

Insgesamt entwickelte sich das Jahr 2016 im Privat- und Gewerbekundengeschäft im Wesentlichen planmäßig.

Geschäftskunden

Aufgrund des starken Wettbewerbs im Bereich der Geschäftskunden und Key-Accounts werden die Preisdifferenzen zwischen den einzelnen Energieversorgern immer geringer. Für die Auftragsvergabe spielt daher die persönliche Betreuung und das Angebotsspektrum des Energieversorgers an energienahen Dienstleistungen eine entscheidende Rolle. Der Bereich Geschäftskunden und Key-Accounts nutzt diese Möglichkeit der Kundenbindung, um frühzeitig Energielieferverträge mit Bestandskunden abzuschließen und Neukunden von den Leistungen der evm zu überzeugen. Erfreulicherweise konnten im Geschäftsjahr 2016 Energielieferverträge mit wesentlichen Großkunden im Raum Koblenz verlängert werden. Auch im Bereich der Geschäftskunden wurde der geplante Absatz für das Geschäftsjahr 2016 erreicht.

Energiedienstleistungen

Im Geschäftsjahr 2016 wurden Aufträge für neue Wärmedienstleistungen mit einem Investitionsvolumen von 1,4 Mio. Euro akquiriert. Außerdem hat die evm die vollständige Wärmeversorgung für ein Nahwärmeprojekt mit dem Rheinquartier Lahnstein übernommen. Dabei errichtet und betreibt die evm-Gruppe in einem Gemeinschaftsprojekt ein Netz für Wärme, Strom, Trinkwasser und Telekommunikation. Die Bauarbeiten zu diesem Projekt haben bereits in 2016 begonnen, die Fertigstellung ist für Oktober 2017 geplant.

Der im Vorjahr beschlossene Aufbau des neuen Geschäftsfeldes Facility Management verläuft wie geplant. Dabei steht besonders das technische Facility Management im Fokus. Es umfasst die Instandhaltung, die Planung und den Betrieb der kompletten technischen Infrastruktur einer Immobilie. Ziel ist es, ein Gesamtkonzept zur Effizienzsteigerung aller energetischen Verbraucher und zum Werterhalt der Gebäudetechnik zu entwickeln und umzusetzen. Erste Aufträge konnten bereits abgeschlossen werden. Das Geschäftsfeld soll auch mit Einzelleistungen ausgebaut werden, so wird beispielsweise bereits erfolgreich der sogenannte „EffCheck“ angeboten.

Auch das Produkt „HeizungPlusService“ wurde in 2016 unter Einbindung des regionalen Handwerks weiterhin erfolgreich vermarktet. Ebenfalls positiv entwickelte sich in 2016 der Feldtest PV+Speicher, sodass dieses Produkt in Zukunft verstärkt verfolgt werden soll.

Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors

Energieerzeugung

Die evm-Tochtergesellschaft BEE Bioenergieerzeugung Koblenz GmbH (BEE) erzeugt seit 2013 Bio-Erdgas aus nachwachsenden Rohstoffen. Die BEE konnte im Jahr 2016 rund 46,1 Mio. kWh Bio-Erdgas produzieren und ins Erdgasnetz der enm einspeisen. Dadurch konnte der Erdgasbedarf von rund 2.400 Haushalten gedeckt werden.

Im Jahr 2016 konnte die evm-Gruppe ihr Erzeugungsportfolio durch die Inbetriebnahme der drei Windenergieanlagen des Windparks in Höhn mit einer Leistung von rund 7,6 MW weiter ausbauen. Ende 2016 hat die evm zudem die immisionsrechtliche Genehmigung für die Erweiterung des Windparks Höhn um zwei Anlagen erhalten.

Telekommunikation

Dem gestiegenen Bedarf an leistungsfähigen, breitbandigen Kommunikationsinfrastrukturen stellt sich die evm-Gruppe und baut seit 2013 im Netzgebiet des Westerwaldkreises ein zukunftsorientiertes Glasfasernetz auf. Im Jahr 2016 wurde der Netzaufbau des sogenannten „LWL-Backbones“ mit einer Länge von 105 Kilometern erfolgreich fertiggestellt. Dieser Netzing verbindet die Kommunikationsknoten im Bereich der Umspannanlagen Goldhausen, Westerburg, Höhn, Höchstenbach und Selters. Bereits heute bietet dieses Netz Bürgern und Gewerbetreibenden in vielen Gemeinden die Möglichkeit, mit hohen Bitraten Internet-Dienste nutzen zu können. Mit ihrem Telekommunikationsnetz als Kombination von hochmoderner Glasfaserinfrastruktur und etablierten Breitbandkabelnetzen leistet die evm-Gruppe einen bedeutenden Betrag für die Zukunftssicherung in der Region.

Trinkwasserversorgung

Die evm versorgt im Rahmen zweier Betriebsführungen (Vereinigte Wasserwerke Mittelrhein GmbH und Stadtwerke Remagen Betriebszweig Wasser) circa 167.000 Einwohner mit Trinkwasser.

Für die Trinkwasserverteilung wurde ein Wasserrohrleitungsnetz mit einer Gesamtlänge von circa 1.250 Kilometern betrieben. Das Leitungsnetz unterteilte sich in circa 828 Kilometer Hauptrohrleitungsnetz und circa 422 Kilometer Hausanschlussleitungen. Zum Ausgleich von Verbrauchsschwankungen und zur Überbrückung von Betriebsstörungen stand ein Wasserspeichervolumen von rund 38.110 Kubikmetern zur Verfügung.

Der Trinkwasserverkauf belief sich im Jahr 2016 auf circa 9,3 Millionen Kubikmeter, die im Wesentlichen an Haushalte, Gewerbe, Industrie und öffentliche Einrichtungen abgegeben wurden. Lediglich 48.000 Kubikmeter wurden an benachbarte Versorgungsunternehmen geliefert.

Im Berichtsjahr wurden von den betriebsgeführten Wasserwerken insgesamt circa 2,3 Mio. Euro in den Ausbau von Transport- und Verteilungsanlagen sowie Wasserspeicheranlagen investiert. Als besondere Baumaßnahme ist der neue Rheindüker in Koblenz zu erwähnen, der die Versorgungssicherheit auf der rechten Rheinseite erhöht.

Die Versorgung mit ausreichendem und den Vorschriften entsprechenden Trinkwasser war stets gewährleistet.

Abwasserentsorgung

Im Rahmen des kaufmännischen und technischen Betriebs des Abwasserwerks der Stadt Remagen fielen im Jahr 2016 713.615 Kubikmeter Abwasser an. Zu deren Entsorgung unterhält das Abwasserwerk ein Kanalnetz und entsprechende Anlagen von 114,8 Kilometer Länge. Im Berichtsjahr wurden von dem Abwasserwerk in Remagen rund 1,9 Mio. Euro in die Erneuerung und Erweiterung von Entsorgungsanlagen investiert.

Bilanz

Bilanz (in €)	2015	2016
A. Anlagevermögen	465.911.552,54	442.412.689,04
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2.752.736,86	1.193.535,02
II. Sachanlagen	175.639.616,79	184.291.534,88
III. Finanzanlagen	287.519.198,89	256.927.619,14
B. Umlaufvermögen	147.471.776,72	175.346.259,01
I. Vorräte	0,00	0,00
II. Forderungen u. sonst. Verm.	132.612.811,17	126.876.123,63
III. Flüssige Mittel	14.858.965,55	48.470.135,38
C. Rechnungsabgrenzungsposten	145.833,34	261.664,00
Bilanzsumme	613.529.162,60	618.020.612,05
A. Eigenkapital	230.237.497,69	230.237.497,69
I. Gez. Kapital	131.310.098,00	131.310.098,00
II. Kapitalrücklage	96.082.218,40	96.082.218,40
III. Gewinnrücklage	2.845.181,29	2.845.181,29
B. Sonderposten	2.660.489,46	2.409.850,23
C. Rückstellungen	164.634.872,19	174.782.902,35
D. Verbindlichkeiten	180.723.605,29	175.628.416,23
E. Rechnungsabgrenzungsposten	35.272.697,97	34.961.945,55
Bilanzsumme	613.529.162,60	618.020.612,05

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV (in €)	2015	2016
Umsatzerlöse (ohne Strom- und Energiesteuer)	789.027.011,25	807.785.894,54
sonstige betr. Erträge	18.661.381,24	10.809.609,27
Materialaufwand	665.112.308,96	669.366.039,24
Personalaufwand	33.587.919,94	34.042.162,09
Abschreibungen	18.582.615,83	19.370.961,91
Sonstige betriebliche Aufwendungen	32.262.657,04	39.321.217,71
Erträge aus Beteiligungen	1.133.719,68	1.305.583,01
Erträge aufgrund Ergebnisabführung	19.841.843,43	17.715.391,61
Steuerumlage Organgesellschaften	2.699.000,00	1.649.380,16
Erträge aus Wertpapieren und anderen Ausleihungen	3.831.137,15	2.399.000,05
Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	92.241,01	538.422,09
Abschreibungen auf Finanzanlagen	1.500.000,00	1.000.000,00
Aufwendungen aus Verlustübernahme	4.220.306,38	5.229.536,77
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	8.330.752,40	9.052.039,94
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	16.777.621,74	14.766.144,84
Ergebnis nach Steuern	52.213.151,47	48.405.798,07
sonstige Steuern	181.035,28	177.424,63
Gewinnabf. aufgr. eines Ergebnisabführungsvertr.	52.032.116,19	48.228.373,44
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	0,00	0,00

Bilanzkennzahlen**Ertragslage**

<u>Rentabilität</u>		2015	2016
Eigenkapitalrentabilität	%	22,4	20,8
Gesamtrentabilität	%	9,8	9,3

		2015	2016
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	1.761,2	1.918,7

Vermögensaufbau

		2015	2016
Anlagenintensität	%	75,9	71,6
Intensität des Umlaufvermögens	%	24,1	28,4

Anlagenfinanzierung

		2015	2016
Anlagendeckung I	%	49,8	52,4
Anlagendeckung II	%	70,7	75,4

Kapitalausstattung

		2015	2016
Eigenkapitalquote	%	37,8	37,5
Fremdkapitalquote	%	62,2	62,5

Liquidität

		2015	2016
Liquiditätsgrad	%	52,0	61,7

Lage des Unternehmens**Vermögens-, Finanz- und Ertragslage: Darstellung, Analyse und Beurteilung****Ertragslage**

Das Ergebnis vor Steuern der evm betrug 63.172 TEuro gegenüber 68.991 TEuro im Vorjahr. Grundsätzlich ist die Geschäftsentwicklung der evm als stabil einzuschätzen.

Bei der Rückstellungsbewertung von Altersversorgungsverpflichtungen zum 31. Dezember 2015 hatte die evm von dem Wahlrecht des Artikels 75 Absatz 6 EGHGB in Verbindung mit § 253 HGB Gebrauch gemacht, die Rückstellungen bereits zum 31. Dezember 2015 nach Maßgabe des von der Deutschen Bundesbank im Dezember 2015 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinses der vergangenen zehn Geschäftsjahre anzusetzen. Durch die Differenz zwischen dem bis dahin in Ansatz gebrachten siebenjährigen Marktzins und dem zehnjährigen Marktzins fiel das Ergebnis der evm in 2015 um 5.656 TEuro höher aus.

Des Weiteren wurde das Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr hauptsächlich durch eine höhere Zuführung zu den Pensionsrückstellungen, reduzierte Beteiligungserträge wegen der Veräußerungen von Anteilen der EBM sowie tilgungsbedingt geringere Zinserträge gedämpft. Die evm erzielte im Geschäftsjahr 2016 nach Abzug der Strom- und Energiesteuer Umsatzerlöse in Höhe von 807.786 TEuro (Vorjahr: 789.027 TEuro). Der leichte Zuwachs lässt sich im Wesentlichen auf einen gestiegenen Absatz im Bereich der Geschäftskunden und witterungsbedingten Absatzsteigerungen im Gas an Privat- und Gewerbekunden zurückführen, der den rückläufigen Stromabsatz im Vergleich zum Vorjahr kompensierte.

Der Materialaufwand stieg von 665.112 TEuro in 2015 auf 669.366 TEuro. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus dem erhöhten Gasbezug aufgrund des gestiegenen Absatzes. Der Personalaufwand in Höhe von 34.042 TEuro stieg aufgrund einer höheren Zuführung zu den Pensionsrückstellungen um 1,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr an.

Auch bei den Abschreibungen ist ein leichter Anstieg von 20.083 TEuro in 2015 auf 20.371 TEuro im Geschäftsjahr 2016 zu verzeichnen. Diese resultieren im Wesentlichen aus einem erhöhten Investitionsvolumen im Bereich der Mittel- und Niederspannungsnetze.

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen von insgesamt 39.321 TEuro sind im Wesentlichen durch die Konzessionsabgaben, IT- Kosten sowie den Unterschiedsbetrag aus Entnahme und

Zuführung von Rückstellungen geprägt. Der Anstieg der Sonstigen betrieblichen Aufwendungen um rd. 21,9 Prozent (entspricht 7.058 TEuro) resultiert im Wesentlichen aus dem Unterschiedsbetrag aus Entnahme und Zuführung von Rückstellungen.

Die evm hat in 2015 einen Verlust in Höhe von 4.220 TEuro erwirtschaftet, der auf Basis des bis zum 31. Dezember 2015 bestehenden Ergebnisabführungsvertrags von evm übernommen wurde. In 2016 wird der Verlust der Netzgesellschaft (5.232 TEuro) aufgrund des Gesellschaftsbeschlusses vom 19. Dezember 2016 von den Gesellschaftern evm und GVW ausgeglichen. Diese Verluste sind unter den Aufwendungen aus Verlustübernahme ausgewiesen.

Die Erträge aus der Ausleihung von Finanzanlagevermögen stammen im Wesentlichen aus Darlehen, welche die Gesellschaft an ihre Muttergesellschaft EKO2 ausgegeben hat. Rückläufig (von 3.831 TEuro im Vorjahr auf 2.399 TEuro) sind diese Erträge aufgrund der erfolgten Tilgungszahlung im Geschäftsjahr 2016 in Höhe von 20.000 TEuro (Vorjahr: 13.000 TEuro).

Die aus dem Verhältnis von abgeführtem Gewinn zum Eigenkapital berechnete Eigenkapitalrentabilität lag bei 20,9 Prozent (Vorjahr: 22,6 Prozent) bei einer Eigenkapitalquote von 37,3 Prozent (Vorjahr: 37,5 Prozent).

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme erhöhte sich in 2016 leicht auf 618.021 TEuro (Vorjahr: 613.529 TEuro). Das langfristig gebundene Vermögen bildet mit 71,6 Prozent einen um 4,3 Prozentpunkte geringeren Anteil an der Bilanzsumme gegenüber dem Vorjahr.

Im Jahr 2016 wurden insgesamt 27.246 TEuro in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen investiert. Die Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände betreffen Softwarelizenzen. 18.230 TEuro Investitionen entfielen auf die Leitungsnetze. Des Weiteren wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr rund 3.133 TEuro in die Telekommunikationsinfrastruktur investiert, die durch die Tochtergesellschaft KTK betrieben wird.

Die Finanzanlagen haben insbesondere aufgrund der Tilgung des der EKO2 gewährten Upstreamdarlehens in Höhe von 20.000 TEuro von rund 287.519 TEuro auf rund 256.927 TEuro abgenommen. Gleichmaßen wirken die Verkäufe von Anteilen an der EBM in Höhe von rund 9.200 TEuro und die Rückführung von Kapital aus der Syneco GmbH & Co. KG in Höhe von 2.040 T€. Gegenläufig wirkte der Kapitalabruf der Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG in Höhe von 665 TEuro.

Die Verbindlichkeiten in Höhe von insgesamt 175.629 TEuro sind überwiegend kurzfristig. Sie entfallen aufgrund der zum Bilanzstichtag geschuldeten Gewinnabführung zu 33,1 Prozent auf Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und zu 30,1 Prozent auf Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen. Das bestehende Bankdarlehen der evm wurde planmäßig getilgt, sodass die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 4.500 TEuro gesunken sind.

Das Sachanlagevermögen, die immateriellen Vermögensgegenstände sowie ein Teil des Finanzanlagevermögens sind durch das Eigenkapital Rückstellungen sind deutlich geringer als der Wert der Finanzanlagen. gedeckt. Die langfristigen Rückstellungen sind deutlich geringer als der Wert der Finanzanlagen.

Die evm hat in 2016 einen Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit von 86.450 TEuro erwirtschaftet. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit beträgt 646 TEuro. Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit von -53.485 TEuro wird maßgeblich durch die Verbindlichkeit aus Ergebnisabführungsvertrag bestimmt. Insgesamt resultiert hieraus eine Veränderung der zahlungswirksamen Liquidität um + 33.611 TEuro.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Unternehmensstrategie bildet die Grundlage zur Steuerung des Unternehmens. Als wichtiger finanzieller Leistungsindikator für die Steuerung wird der Jahresüberschuss verwendet.

Die Eigenkapitalquote ist für den Erhalt der weiteren Handlungsfähigkeit von Bedeutung. Sie wird für die bestehenden Außenverpflichtungen kalkuliert und berichtet.

Die auf dieser Basis bestehenden Finanzierungsmöglichkeiten am Banken- und Kapitalmarkt und die sich aus den generierten Cashflows ergebenden Innenfinanzierungsmöglichkeiten bilden den Rahmen für mögliche Investitionen. Daher wird zur Bestimmung der Finanzlage der Cashflow geplant, prognostiziert und analysiert.

Bei Investitionsmaßnahmen ist die Analyse der zu erwartenden Gesamt- und Eigenkapitalrendite als finanzielle Leistungsindikatoren von zentraler Bedeutung. An diesen Kennzahlen werden die geplanten und getätigten Investitionen prospektiv und retrospektiv gemessen.

Die vorstehenden Kennzahlen sind im Westlichen im Rahmen der Erläuterung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beschrieben worden oder aus dem Jahresabschluss ableitbar.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Umwelt- und Energiemanagementsystem

Als Energieversorgungsunternehmen sieht die evm sich in einer besonderen Verantwortung für die Sicherheit der Anlagen, den Schutz der Umwelt und einen effizienten Energieeinsatz. Zu diesem Zweck wird ein Umwelt- und Energiemanagementsystem eingesetzt.

Im Rahmen der Zertifizierung beider Systeme finden regelmäßig interne und externe Audits statt, in denen die Verantwortlichkeiten geprüft und die Arbeitsweisen kontinuierlich verbessert werden. Die evm und ihre Tochtergesellschaften enm und evg haben im Geschäftsjahr 2016 die Zertifizierungsverfahren erfolgreich absolviert und somit die Umwelt- und Energiemanagementzertifikate nach DIN EN 14001 und 50001 erhalten.

Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz

Arbeitssicherheit hat für die evm oberste Priorität. Sämtliche Aspekte der Arbeitssicherheit sowie des Gesundheitsschutzes werden in einem jährlich erscheinenden Bericht des hierfür zuständigen Unternehmensbeauftragten dargestellt. Bei der Konzeption konkreter Maßnahmen zur Arbeitssicherheit und zum Gesundheitsschutz wird Wert auf präventive Ansätze der Unfallvermeidung mittels verbindlicher Schulungen eines jeden Mitarbeiters durch die jeweiligen Führungskräfte gelegt. Ziel dieser Vorgehensweise ist es, das Arbeitssicherheitsmanagement als Führungsaufgabe sowie als essentiellen Bestandteil der Unternehmenskultur weiterzuentwickeln. Die niedrigen Unfallzahlen der evm, die weit unterhalb des Branchendurchschnittes liegen, sind ein Indiz für den sicheren Betrieb der Anlagen, abgestimmte Arbeitsabläufe sowie für gut ausgebildete und geschulte Mitarbeiter.

Zur Erhaltung der Arbeitskraft der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen hat sich die evm in 2016 intensiv mit der Weiterentwicklung des betrieblichen Gesundheitsmanagements auseinandergesetzt. Das neue Konzept sieht neben der Einberufung eines regelmäßigen Gesundheitskreises zahlreiche Gesundheitsmaßnahmen wie das Angebot von Yoga-Kursen und Hautscreenings vor. Der Erfolg dieser Maßnahmen lässt sich insbesondere an der überdurchschnittlich hohen Gesundheitsquote von 95,1 Prozent im Jahr 2016 ablesen.

Mitarbeiter

Zum Stichtag 31. Dezember 2016 beschäftigte die evm 465 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (inklusive Mitarbeiter in der Passivphase der Altersteilzeit), darunter 28 Auszubildende. Im Vergleich zu 484 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zum Stichtag 31. Dezember 2015 (Auszubildende: 30) verzeichnete das Unternehmen somit eine Reduzierung der

Mitarbeiteranzahl um 3,9 Prozent. Dies ist insbesondere auf die im Rahmen des Zusammenschlusses der Ursprungsgesellschaften durchgeführten unternehmensübergreifenden Neuordnungen und Straffungen der Unternehmensprozesse zurückzuführen. Die Personalreduzierungen erfolgen sozialverträglich, hauptsächlich durch Verzicht auf Nachbesetzung von durch Renteneintritt oder Altersteilzeit betroffenen Stellen.

Die Identifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit dem Unternehmen ist ein wichtiger Erfolgsfaktor für die Leistungsfähigkeit des Unternehmens. Diese zeigt sich in der durchschnittlichen Betriebszugehörigkeit von 16,6 Jahren innerhalb der evm sowie der ungesteuerten Fluktuationsquote der evm. Sie betrug in 2016 niedrige 1,3 Prozent und erhöhte sich somit nur leicht gegenüber dem Vorjahr (2015: 1,1 Prozent).

Das Nachfolge- und Personalentwicklungskonzept der evm dient der mittel- und langfristigen Fachkräftesicherung und verfolgt das vorrangige Ziel, die Erfahrungen und das Wissen altersbedingt ausscheidender Mitarbeiter an kompetenten Nachwuchs weiterzugeben. Im Kontext dieses Konzeptes wurde allen acht Auszubildenden, die in 2016 ihre Ausbildung beendet haben, eine Weiterbeschäftigung angeboten.

Mit 28 Auszubildenden und einer Ausbildungsquote von 6,0 Prozent (2015: 30 Auszubildende / 6,2 Prozent) zum Geschäftsjahresende 2016 übernimmt die evm Verantwortung dafür, jungen Menschen den Start ins Berufsleben zu ermöglichen. Sie bildet junge Menschen in den Berufen Industriekaufmann/-frau, Fachinformatiker/-in für Systemintegration, Elektroniker/-in für Betriebstechnik, Kaufmann/-frau für Dialogmarketing, Betriebswirt (VWA) sowie im dualen Studium als Bachelor of Science – Business Administration aus.

In speziellen Praktikumsprogrammen hat die evm-Gruppe in 2016 drei anerkannten Flüchtlingen die Möglichkeit geboten, Eindrücke von den Arbeitsbedingungen und –anforderungen in einem Energieversorgungsunternehmen zu gewinnen. Das Angebot wird auch in 2017 fortgeführt mit dem Ziel, den dauerhaft Aufenthaltsberechtigten eine Ausbildungsstelle in der evm-Gruppe anzubieten.

Zur bedarfsgerechten Qualifizierung und Vorbereitung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf künftige Herausforderungen hat die evm in 2016 eine umfangreiche betriebliche Vereinbarung zur Förderung von Entwicklungsmaßnahmen abgeschlossen. Daneben hat das Change-Management eine zentrale Bedeutung bei der Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rahmen des Zusammenschlusses sowie der gesamten Organisation bei der Bewältigung der neuen Anforderungen eingenommen. Bis Ende 2016 wurden alle Führungskräfte der evm-Gruppe zu Führungsinstrumenten und einem einheitlichen Führungsverständnis geschult.

In 2016 wurden für die Weiterbildung der evm-Mitarbeiter 806 Weiterbildungstage investiert, gleichzeitig wurde das Angebot interner Weiterbildungsmaßnahmen erweitert. Schwerpunktthemen waren Korrespondenztrainings für Geschäfts- und werbliche Korrespondenz, Kommunikation mit Kunden, energiewirtschaftliches Grundlagenwissen und IT-Kurse.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nimmt einen hohen Stellenwert bei der evm ein. So engagiert sich die evm im Koblenzer Bündnis für Familie. Dieser Zusammenschluss aus zahlreichen Koblenzer Unternehmen, gesellschaftlichen Institutionen und Gruppen hat das Ziel, Koblenz mithilfe von Maßnahmen und Projekten als familienfreundliche Kommune weiterzuentwickeln. Die evm ergreift auch selbst eine Vielzahl unterschiedlicher Maßnahmen, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen, zum Beispiel mit flexiblen Arbeitszeitregelungen, individuellen Programmen zum Wiedereinstieg in das Berufsleben und mit der Bereitstellung eines Eltern-Kind-Zimmers. Zum Stichtag 31. Dezember 2016 waren bei der evm 18,5 Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Teilzeit beschäftigt.

Nachhaltigkeitsbericht

Nachhaltigkeit hat bei der evm eine hohe Bedeutung. Im Jahr 2016 wurde daher ein Nachhaltigkeitsbericht erstellt. Ein nachhaltiges Energie- und Dienstleistungsunternehmen zu sein, bedeutet für die evm zum einen, private und gewerbliche Kunden ausschließlich mit Ökostrom zu versorgen. Zum anderen bedeutet es, die Erzeugung regenerativer Energien auszubauen und die CO₂-Emissionen zu verringern. Die Energiewende und die sogenannte

Wärmewende, womit eine Umrüstung von alten Ölheizungen auf umweltfreundliche Erdgasheizungen gemeint ist, sind dabei die wichtigsten Themen. Hier engagiert sich die evm. Nachhaltiges Handeln bedeutet für die evm aber noch viel mehr: Als zu 100 Prozent kommunales Energie- und Dienstleistungsunternehmen fühlt sich die evm mit ihrer Heimatregion verbunden. Nachhaltigkeit wird daher auch mit der Schaffung und dem Erhalt von sicheren Arbeitsplätzen, mit kundenfreundlichem Service vor Ort, mit überdurchschnittlicher Versorgungssicherheit, mit der Verbesserung der örtlichen Infrastruktur, zum Beispiel durch raschen Breitbandausbau, und mit der Förderung von sozialen, kulturellen und gemeinnützigen Projekten verstanden. Mit anderen Worten: Ziel der evm ist ein verantwortungsvoller und effizienter Umgang mit natürlichen Ressourcen, die Gestaltung einer intelligenten Energiezukunft und eine kontinuierliche Verbesserung der Lebensqualität in der Region.

Gesamtaussage

Gesamtentwicklung

Durch ein stabiles operatives Kerngeschäft, kontinuierliche Marktbeobachtung, ein Risikomanagementsystem sowie die Einleitung von Optimierungsmaßnahmen konnte die evm die Herausforderungen im sich stetig wandelnden Energiemarkt erfolgreich bewältigen und ein zufriedenstellendes Geschäftsergebnis erwirtschaften. Das Ergebnis vor Ergebnisabführung liegt im Geschäftsjahr 2016 mit 48,23 Mio. Euro leicht über Budget und aufgrund entfallender außerordentlicher Effekte aus dem Vorjahr unter Vorjahresniveau.

Marktpositionierung

Auch im abgelaufenen Geschäftsjahr stand die evm aufgrund des sich weiter verschärfenden Wettbewerbs in starker Konkurrenz zu den Mitbewerbern. Durch die im ersten Halbjahr 2016 gesunkenen Energiepreise konnte die evm die gestiegenen gesetzlichen Umlagen kompensieren und auch im Berichtsjahr die Preise für Strom und Erdgas konstant halten. Im Erdgas konnte dem Kunden in den Heizmonaten Januar, Februar und Dezember wieder ein Wintersparpreis gewährt werden.

Prognosebericht

Ausblick Gesamtwirtschaft

Für das Jahr 2017 erwartet die Deutsche Bundesbank wie im Vorjahr einen Anstieg der kalenderbereinigten Wirtschaftsleistung um 1,8 Prozent. Die positive Konjunkturentwicklung wird insbesondere von der Binnennachfrage getrieben. Die bisher hohe Beschäftigung wird in 2017 weniger stark zulegen als in den Vorjahren, dadurch kommt es zu höheren Zuwächsen bei den Löhnen. Gleichzeitig steigen die Verbraucherpreise stärker, sodass die realen Einkommenszuwächse insgesamt verhaltener ausfallen werden. Das Exportgeschäft der deutschen Unternehmen wird zwar im Vergleich zum Vorjahr wachsen, das Wachstum wird aber langsamer verlaufen als das der globalen Absatzmärkte. Im Laufe des Jahres 2017 wird eine leichte Wachstumsverstärkung auf den Absatzmärkten innerhalb des Euroraums erwartet. Die Absatzmärkte außerhalb des Euroraums werden sich hingegen etwas rückläufig entwickeln. Die Deutsche Bundesbank erwartet für das Jahr 2017 einen leichten, aber stetigen Anstieg der Rohölpreise, sodass mit einer Inflationsrate von 0,3 Prozent in 2017 gerechnet wird, Tendenz steigend. Die Kaufkraft der privaten Haushalte wird durch steigende Energiepreise geschmälert werden. Aufgrund der konjunkturbedingt hohen Steuereinnahmen und sinkender Zinsausgaben bei expansiver fiskalischer Ausrichtung werden die deutschen Staatsfinanzen nach Einschätzung der Bundesbank in 2017 voraussichtlich in einem moderaten Überschuss bleiben.

Ausblick Gesamtunternehmen

Für das Geschäftsjahr 2017 wird ein stabiles Geschäft mit leicht verbessertem Ergebnis erwartet. Der Zusammenschluss von EVM, KEVAG und GVW ist abgeschlossen, sodass die evm von den Synergieeffekten profitieren kann.

Ausblick Erdgas- und Stromverteilung

Die Bau- und Projektplanung für das Geschäftsjahr 2017 legt in der Sparte "Erdgas" einen besonderen Fokus auf die Erneuerung von Rohrleitungsabschnitten, die aufgrund erreichter technischer Nutzungsdauer zu ersetzen sind. Unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit sollen auch weitere Neubau- und Gewerbegebiete an das Erdgas-Verteilnetz der evm-Gruppe angebunden werden. Neue Netzanschlüsse sind vor allem in bereits verrohrten Netzgebieten vorgesehen. Für netzstrategische Entscheidungen über Netzerweiterungen des Erdgas-Verteilnetzes und Erdgas-Netzanschlüsse werden Effizienzvorgaben und Klimaschutzziele weiter an Bedeutung gewinnen. Für die Marktraumumstellung "L- auf H-Gas" werden im Jahr 2017 die Ressourcen für die Geräteerhebung und Geräteanpassung in einer EU-weiten Dienstleistungsausschreibung gesichert werden. In der Sparte „Strom“ werden im gesamten Verteilnetz Nieder- und Mittelspannungsnetzanlagen erneuert werden, soweit dies technisch erforderlich ist. Im Netzbereich Selters wird aufgrund einer Leistungserhöhung der dort ansässigen Industrie eine neue 110/20-kV-Umspannanlage nötig, in Koblenz wird eine Schaltstation nach Stand der Technik durch eine wartungsärmere Anlage ersetzt werden. Die in 2016 mit Erfolg durchgeführten Pilotprojekte zu intelligenten Stromnetzen (regelbarer Ortsnetztransformator, Niederspannungslängsregler) werden auf andere Netzbereiche übertragen.

Der Aufbau zur Versorgung des Neubaugebietes Rheinquartier in Lahnstein wird weitergeführt werden. Überlegungen zu innovativen Netzkomponenten und IT-Unterstützung werden die "Netz-Toolbox" ergänzen, um neue Herausforderungen der Energiewende sicher und wirtschaftlich bewältigen zu können. Das Projekt "Digitalisierung der Energiewende" wird planmäßig vorangetrieben. Der Rollout von Smart Metern ist abhängig von der Verfügbarkeit von durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik zertifizierten Geräten und wird voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2017 beginnen. Bis dahin werden netzseitig die technische und organisatorische Umsetzung und seitens der evm die vertriebliche Produktentwicklung weiter vorangetrieben.

Ausblick Privat- und Gewerbekunden

Für unser Erdgasgeschäft werden aufgrund der Wettbewerbssituation sinkende Kundenzahlen und Absatzmengen in den Folgejahren erwartet. Mithilfe von Kündigerpräventionsmaßnahmen und speziellen Angeboten soll diesem Trend entgegengewirkt werden, sodass insgesamt von einer weiterhin guten Ertragssituation ausgegangen wird.

Für das Stromgeschäft im Bereich Privat- und Gewerbekunden sind für 2017 leicht rückläufige Roherträge geplant, da die evm trotz Erhöhung der staatlich festgelegten Umlagen, wie zum Beispiel Erneuerbare-Energien-Gesetz und Kraft-Wärme-Kopplungs-Umlage, die Strompreise für 2017 konstant hält. Damit wird unsere Position im Wettbewerbsvergleich verbessert und gestärkt. In den Folgejahren wird von einem stabilen Geschäft ausgegangen.

Ausblick Vertrieb Geschäftskunden und Key-Accounts

Im Jahr 2016 wurden aufgrund der günstigen Preise an den Energiebörsen zahlreiche Verträge frühzeitig verlängert. Auf dieser Basis wird erwartet, dass der Absatz stabil bleibt, da die Verträge eine Laufzeit über mehrere Jahre haben.

Ausblick Energiedienstleistungen

Im Jahr 2017 werden unsere bestehenden Produkte und Dienstleistungen weiter ausgebaut werden. Beispielsweise soll ein flächendeckendes Angebot von Photovoltaikanlagen in Verbindung mit Stromspeichern geschaffen und die Vermarktung des Paketes HeizungPlusService verstärkt werden. Gleichzeitig werden weitere Quartiersentwicklungen und die dazugehörigen Dienstleistungen im kommunalen Bereich angeboten werden. Diese beinhalten die umfassende Versorgung eines Wohngebiets mit Nahwärme, Strom, Telekommunikation und Straßenbeleuchtung. Außerdem sind bereits Kooperationen mit Gemeinden zur Betreuung einzelner Gebäude entstanden, die auf weitere Gewerke ausgedehnt werden sollen. Die gesetzlich geforderte Einführung der Smart Meter durch die

Netzgesellschaften wird als Chance für neue Produkte und Dienstleistungen genutzt werden. Neben dem privaten Endkunden wird auch die Wohnungswirtschaft von diesen Lösungen profitieren können. Des Weiteren entsteht durch die Marktraumumstellung von L- auf H-Gas für die Kunden die Chance, veraltete Heizungsanlagen durch effiziente, kostensparende Heizsysteme zu ersetzen.

Ausblick Energieerzeugung

Die evm-Gruppe wird in 2017 intensiv an der Realisierung ihrer Erzeugungsprojekte arbeiten. Im ersten Quartal 2017 soll mit der Erweiterung des Windpark Höhn begonnen werden. Die Inbetriebnahme der zwei Windenergieanlagen mit einer Leistung von rund 6,4 MW ist für das vierte Quartal 2017 geplant.

Weiterhin plant die evm-Gruppe die Beteiligung an einem Windpark mit drei Windenergieanlagen im Hunsrück. Beabsichtigt wird auch, die Erzeugungskapazitäten im Bereich der Photovoltaik auszubauen. Gemeinsam mit der Ortsgemeinde Görgeshausen ist die Erweiterung des bestehenden Bürgersolarparks in Görgeshausen für das zweite Quartal 2017 geplant. Darüber hinaus treibt die evm den weiteren Ausbau der regenerativen Erzeugung mit dem Schwerpunkt Windenergie und Photovoltaik durch eigene Projektentwicklungen und in Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern zielstrebig voran.

Ausblick Telekommunikation

Das unter dem Namen "Kabel 3.0" von der evm-Gruppe durchgeführte Projekt zum Aufbau der Glasfaserinfrastruktur im Westerwaldkreis wird planmäßig im Geschäftsjahr 2017 zum Abschluss gebracht werden. Das Glasfasernetz der evm wird an die KEVAG Telekom GmbH verpachtet werden. Mit diesem zukunftsweisenden Kommunikationsnetz ermöglicht die evm-Gruppe dann den Bürgern im Westerwaldkreis Highspeed-Internetanschlüsse, die Bandbreiten urbaner Regionen entsprechen. Die neue Kommunikationsinfrastruktur wird neben kommerziellen Diensten auch im Rahmen des Aufbaus intelligenter Stromnetze (Smart Grids) für das Stromverteilnetz eine bedeutende Rolle übernehmen. Die aus einem Pilotprojekt einer "intelligenten" Ortsnetzstation in Wallmerod in 2016 erlangten Erfahrungen werden nun in weitere Überlegung zu Smart Grids einfließen

Ausblick Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung

Sowohl mit der Vereinigte Wasserwerke Mittelrhein GmbH als auch mit den Stadtwerken Remagen bestehen gültige Betriebsführungsverträge. Die Übernahme weiterer Betriebsführungen ist derzeit nicht konkret. Jedoch strebt die evm an, weitere Dienstleistungen in diesem Bereich zu übernehmen.

Chancen- und Risikobericht

Risikobericht

Die (Früh)-Erkennung sowie die angemessene Bewertung und Begrenzung von Risiken sind wesentliche Voraussetzungen für die Sicherung eines nachhaltigen Unternehmenserfolges. Zu diesem Zweck unterhält die evm ein Risikomanagementsystem, welches auch unternehmensspezifische Besonderheiten und Anforderungen berücksichtigt und auch die Beteiligungsgesellschaften einbezieht.

Wesentliche Bestandteile des Risikomanagementsystems sind das Planungssystem, das technische und kaufmännische Berichtswesen sowie eine regelmäßige und umfassende Risikoberichterstattung. Das Risikomanagementsystem beinhaltet die regelmäßige Überprüfung beziehungsweise Aktualisierung der Bewertung bereits erfasster Risiken sowie die Identifikation und Bewertung neuer Risiken.

Die evm und ihre Beteiligungen nehmen eine Neubewertung ihrer Risiken regelmäßig im Jahresrhythmus in Form einer Risikoinventur vor. Hiervon unabhängig verfolgen die Gesellschaften die Risiken permanent im Hinblick auf eine mögliche maximale Schadenshöhe und die Eintrittswahrscheinlichkeit.

Folgende Risikofelder können die Geschäftsentwicklung maßgeblich beeinflussen und wurden im Rahmen des Risikomanagementsystems als wesentlich identifiziert:

Umfeldrisiken und Marktrisiken

Die Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes sowie der BNetzA und die daraus resultierende weitere Reduzierung der Durchleitungsentgelte im Rahmen der Anreizregulierung in der Zukunft stellen ein wesentliches Risiko für die Netzgesellschaft dar. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf den von der BNetzA festzulegenden Erlösobergrenzen auf Basis der Kostenprüfung für die dritte Regulierungsperiode.

Ein unternehmerisches Kernrisiko bildet auch das Risiko schwankender Durchleitungsmengen, die sich witterungsbedingt beziehungsweise aufgrund von verändertem Endkundenverhalten ergebnisbeeinträchtigend auswirken können.

Die evm ist in ihrem Kerngeschäft Risiken aus Absatz- und Beschaffungsgeschäften ausgesetzt, die mit geeigneten Methoden überwacht und gesteuert werden müssen. Die evm hat neben dem Risikoatlas ein Vertriebs- und Beschaffungscontrolling etabliert, das Standards, wie beispielsweise Vertragsklauseln, Bonitätsprüfungen oder Berechnungsmethoden/Tools zur Risikomessung zur Verfügung stellt.

Betriebsrisiken

Die Versorgungssicherheit und Funktionsfähigkeit der netztechnischen Anlagen werden durch kontinuierliche Sanierung und Ausbau des Netzes sowie eine systematische Schulung und Weiterbildung für die Mitarbeiter gewährleistet. Unvermeidliche Restrisiken aus dem Betrieb der Netzinfrastrukturen werden im Hinblick auf Sach- und Personenschäden durch einen ausreichenden Versicherungsschutz abgesichert, der auf der Basis eines dem Risikopotential von der evm und ihrer Netzgesellschaft entsprechenden Haftpflichtversicherungskonzepts bestimmt wird.

Das eher unwahrscheinliche Risiko der Insolvenz des größten Geschäftskunden wird mit einer Warenkreditversicherung für die Energielieferung von Erdgas und Strom gemindert. Als wahrscheinlicher angesehen wird das Risiko von Kundenverlusten durch Wettbewerb, Preissenkungen bei Wettbewerbsenergien sowie witterungsbedingte Absatzrückgänge im Bereich Gaslieferung.

Finanzwirtschaftliche Risiken und Risiken aus der Verwendung von Finanzinstrumenten

Finanzwirtschaftliche Risiken können die finanzielle Situation der evm negativ beeinflussen, wie beispielsweise Kreditrisiken, Liquiditätsrisiken, Preisänderungsrisiken, Adressausfallrisiken sowie Zahlungsstromschwankungsrisiken. Für die Beteiligungsgesellschaften enm, GVW, evg und der NRLP wird die operative Finanzplanung im Rahmen des Finanzmanagementsystems der evm ausgearbeitet. Dieses Cash Management auf der Basis von Cash-Pooling-Vereinbarungen wird im Rahmen von Geschäftsbesorgungs-/ Dienstleistungsverträgen durch die evm durchgeführt.

Zu den Finanzinstrumenten zählen originäre und derivative Finanzinstrumente. Die evm hat gegenwärtig ein langfristiges Darlehen mit einem derivativen Finanzinstrument (Zinssatzswap) zinsgesichert. Die originären Finanzinstrumente umfassen auf Seite der Aktiva hauptsächlich liquide Mittel, Wertpapiere, Forderungen und Finanzanlagen des Anlagevermögens sowie auf der Passivseite die Verbindlichkeiten.

Die Preisänderungsrisiken der evm sind der konservativen Anlagestrategie entsprechend gering. Wertminderungen von Wertpapieren beziehungsweise im Beteiligungsportfolio können aber nicht völlig ausgeschlossen werden. Die Beteiligungsrisiken werden im Beteiligungscontrolling überwacht. Die Risiken in der Energiebeschaffung und im Energievertrieb ergeben sich aus den Marktschwankungen am Strom- und Gasmarkt. Um den Kunden einen stabilen und günstigen Preis anbieten zu können, beteiligt sich die evm nicht am spekulativen Handel, sondern setzt auf eine strukturierte Beschaffung. So deckt sie Langzeitrisiken ab und meidet extreme Marktsituationen.

Die Liquidität wird täglich im Bereich Rechnungswesen überwacht. Im Jahr 2016 bestand jederzeit Zahlungsfähigkeit. Die evm hatte ursprünglich Upstreamdarlehen an ihre Muttergesellschaft EKO2 in Höhe von 64,75 Mio. Euro und 20 Mio. Euro ausgereicht.

Das Darlehen in Höhe von 20 Mio. Euro wurde nach einer Tilgung im Jahre 2015 in Höhe von 13 Mio. Euro im Geschäftsjahr 2016 abschließend mit 7 Mio. Euro getilgt. Darüber hinaus

wurde das Darlehen in Höhe von 64,75 Mio. Euro in 2016 von der EKO2 um 13 Mio. Euro zurückgezahlt.

Adressausfallrisiken beschreiben den potenziellen Verlust bei Ausfall eines Vertragspartners. Typische Adressausfallrisiken sind Vorleistungsrisiken und Wiedereindeckungsbeziehungsweise Wiederveräußerungsrisiken. Das Vorleistungsrisiko ist branchenüblich und wird im Forderungsmanagement überwacht. Das Wiedereindeckungsrisiko wird als gering eingeschätzt, da nur mit solchen Vorlieferanten Kontrakte geschlossen werden, die nach der Risikoprüfung als zuverlässig und bonitätsstark gelten. Dem Wiederveräußerungsrisiko begegnet die evm mit einer vorausschauenden Absatzplanung und einer systematischen Kreditrisikoprüfung.

Sonstige Risiken

In den letzten beiden Jahren sind die Energiepreise stetig gefallen. Das neue Jahr 2017 zeigt gegenüber den letzten Jahren höhere Börsennotierungen. Bei steigenden Preisen erwartet vor allem der Bereich Geschäftskundenvertrieb mehr Ausschreibungen der Kunden, sodass der Wettbewerb noch härter werden wird. Außerdem ist aufgrund von erhöhten Kosten durch den Einbau von modernen Messeinrichtungen oder intelligenten Messsystemen mit Marktaufstörungen und folglich vermehrten Kundenwechseln im Bereich Privat- und Gewerbekunden zu rechnen.

Im Falle einer Zahlungsunfähigkeit der BEE könnte die evm aus einer selbstschuldnerischen Höchstbetragsbürgschaft gegenüber der Commerzbank AG in Höhe von rund 6,5 Mio. € für die von der Commerzbank an die BEE gewährten Darlehen in Anspruch genommen werden. Die Eintrittswahrscheinlichkeit wird jedoch als gering eingeschätzt.

Der Realisierung von Betriebs- und Organisationsrisiken, insbesondere bedingt durch Verlustgefahren infolge Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern und Systemen sowie externer Ereignisse, rechtlicher Risiken und Informationsrisiken, wird im Rahmen des beschriebenen Risikomanagementprozesses begegnet.

Bestandsgefährdende Risiken/Gesamtrisiko

Zum Zeitpunkt der Risikoinventur bestanden keine bestandsgefährdenden Risiken für die evm. In ihrem Bestand wäre die evm gefährdet, sofern sie nach Risikoeintritt nachhaltig die unternehmerischen Aufgaben nicht mehr wettbewerbsfähig durchführen könnte. Solche Entwicklungen sind derzeit weder durch die Liberalisierung im Energiemarkt noch durch gesetzliche und vertragliche Rahmenbedingungen oder durch betriebliche Gründe erkennbar. Aus den erkannten Risiken wird kein akuter Handlungsbedarf für die evm und ihre Beteiligung erforderlich. Die bestehenden organisatorischen Vorkehrungen werden entsprechend der Markterfordernisse und den gesetzlichen Verordnungen weiter entwickelt.

Die organisatorischen Anpassungen werden derzeit als ausreichend eingeschätzt, um Risiken zeitnah verfolgen und im Schadensfall zielgerichtet handeln zu können.

Die enm wird den Anforderungen des EnWG gerecht werden und entsprechende Maßnahmen ergreifen.

Die evm und ihre Beteiligungen werden auch in Zukunft in ihren Planungsrechnungen diese Veränderungen im Bedarfsfalle durch Anpassungen berücksichtigen und zum Erreichen der Unternehmensziele geeignete Steuerungsmaßnahmen einleiten.

Die von der evm und ihren Beteiligungen durchgeführten Risikoinventuren sind eine systematische Erfassung von Risiken der Geschäftstätigkeit. Sie bilden daher zusätzlich zum Controlling ein wichtiges Instrument zur Identifizierung und Verfolgung der Risiken unter sich ändernden Rahmenbedingungen. Im Rahmen der strategischen und operativen Unternehmensplanung sind die betrieblichen Risiken und Steuerungsmaßnahmen mit berücksichtigt.

Chancenbericht

Durch eine stetige Beschaffungsoptimierung sollen die an den Energiemärkten aufgrund von Preisschwankungen bestehenden Chancen zur Generierung von Wettbewerbsvorteilen genutzt werden.

Die Stabilisierung beziehungsweise gezielte Ausweitung der vertrieblichen Wertschöpfung mit Strom- und Erdgasprodukten im Bereich Privat- und Gewerbekunden stellt eine Chance dar. Durch zahlreiche Kundenbindungs- und Akquisemaßnahmen soll der Kundenstamm gestärkt werden.

Im Geschäftskundenbereich ergeben sich ebenfalls stetig neue Vertriebschancen. Gewerbekundenberater und Key-Account-Manager werden daher vertrieblich geschult, um hier weiteres Potential zu erschließen. Der Geschäftskundenvertrieb weitet das Angebotsspektrum für energienahe Dienstleistungen stetig aus. Diese Dienstleistungen werden den Kunden ertragsbringend angeboten. Gleichzeitig wird die gute Kundenbeziehung genutzt, um Energielieferverträge abzuschließen.

Das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende löst erhebliche Veränderungen im Energiemarkt aus. So wird aufgrund neuer gesetzlicher Vorgaben der Messstellenbetrieb eine zentrale Rolle einnehmen. Die evm-Gruppe plant, die Rolle des wettbewerblichen Messstellenbetreibers einzunehmen und ihren Kunden entsprechende Produktangebote zu machen. Es besteht die Möglichkeit, dass die evm damit – insbesondere bei Kunden mit einer modernen Messeinrichtung – Wettbewerbsvorteile erzielen kann, die in verstärkter Kundenbindung und möglicher Erschließung von Akquisepotenzial münden. Ebenso ermöglicht eine zielgerichtete Nutzen-Kommunikation eine erhöhte Kundenloyalität.

Der Ausbau des Projektgeschäfts und die Entwicklung neuer kerngeschäftsnaher Dienstleistungen und Geschäftsfelder bieten ebenfalls Möglichkeiten positive Deckungsbeiträge zu erwirtschaften.

Weitere Chancen ergeben sich insbesondere aus neuen Beteiligungen und Kooperationsprojekten.

Erklärung nach § 312 AktG

Für das Geschäftsjahr 2016 haben wir gemäß § 312 AktG den Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen erstellt.

In dem Bericht erklären wir abschließend entsprechend § 312 Absatz 3 AktG: Bei den im Berichtsjahr vorgenommenen und gemäß § 312 AktG berichtspflichtigen Rechtsgeschäften haben wir – soweit uns nach den Umständen im Zeitpunkt der Durchführung des Rechtsgeschäfts bekannt – in jedem Einzelfall eine angemessene Gegenleistung im Sinne dieser Vorschrift erhalten. Durch die getroffenen Maßnahmen wurde die Gesellschaft nicht benachteiligt.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Konzessionsabgaben:	5.424.637,45 €
Grundsteuer:	142.851,57 €

Die Zahlen basieren auf gezahlten Beträgen in 2016.

Mit der EKO2 GmbH besteht eine steuerliche Organschaft.

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2016

Aufsichtsrat:	508 T€
Beirat:	43 T€

Auf eine Angabe der Bezüge des Vorstandes wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Absatz 1 GemO.

Stadtverwaltung Koblenz Beteiligungsbericht 2017

EKO2 GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

5. Oktober 2012; der Gesellschaftsvertrag wurde zuletzt am 21. November 2014 geändert

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

Stammkapital am 31.12.2016

6.512.770,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an der Koblenzer Elektrizitätswerk und Verkehrs-Aktiengesellschaft („KEVAG“) sowie der Energieversorgung Mittelrhein GmbH („EVM“) oder deren Rechtsnachfolger.

Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesellschaft sind beteiligt:

SWK	3.256.863,00 €	50,007 %
Thüga	2.603.002,00 €	39,968 %
EBM	652.805,00 €	10,023 %
Stadt Koblenz	100,00 €	0,002 %

Besetzung der Organe am 31.12.2016

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafter entsenden ihre Vertreter in die Gesellschafterversammlung.

Aufsichtsrat

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig
 Dr. Gerhard Holtmeier
 Dr. Matthias Cord
 Petra Ensel

Geschäftsführung

Josef Rönz - Vorsitzender -
 Dr. Karlheinz Sonnenberg
 Bernd Wieczorek

Beteiligungen des Unternehmens

evm AG

83,704 %

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Die Gesellschaft erfüllt zum 31. Dezember 2016 die Kriterien für Kleinstkapitalgesellschaften gemäß § 267 a Absatz 1 HGB.

Nach § 264 a Absatz 2 HGB in Verbindung mit § 267 Absatz 1 und § 264 Absatz 1 HGB brauchen Kleinstkapitalgesellschaften den Lagebericht nicht aufzustellen.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs**Bilanz**

<i>Bilanz (in €)</i>	2015	2016
A. Anlagevermögen	298.866.870,01	298.866.870,01
I. Finanzanlagen	298.866.870,01	298.866.870,01
B. Umlaufvermögen	55.459.021,39	60.574.007,66
I. Vorräte	0,00	0,00
II. Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	54.235.686,87	54.727.344,74
III. Kassenbestand	1.259.334,52	5.846.662,92
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	354.361.891,40	359.440.877,67
A. Eigenkapital	229.787.719,10	234.242.834,93
I. Gezeichnetes Kapital	6.512.770,00	6.512.770,00
II. Kapitalrücklage	180.078.093,00	180.078.093,00
III. Gewinnrücklagen	2.636.901,39	8.336.901,39
IV. Jahresgewinn/ -verlust	40.559.954,71	39.315.070,54
C. Rückstellungen	1.064.627,58	2.433.482,03
D. Verbindlichkeiten	123.509.544,72	122.764.560,71
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	354.361.891,40	359.440.877,67

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV (in €)	2015	2016
Sonstige betriebliche Erträge	23.885,61	34.661,57
Sonstige betr. Aufwendungen	109.812,75	158.023,45
Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00
Erträge aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrags	43.553.213,72	40.369.310,54
An die Organschaft weiterbelastete Organsteuern	15.206.254,10	17.196.270,46
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	12.077,00
Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.742.232,32	3.160.353,41
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	14.371.353,65	15.838.826,88
Ergebnis nach Steuern	40.559.954,71	38.455.115,83
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	40.559.954,71	38.455.115,83

Bilanzkennzahlen**Ertragslage**

<u>Rentabilität</u>		2015	2016
Eigenkapitalrentabilität	%	17,7	16,4
Gesamtrentabilität	%	12,5	11,6

		2015	2016
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	---	--

Vermögensaufbau

		2015	2016
Anlagenintensität	%	84,3	83,1
Intensität des Umlaufvermögens	%	15,7	16,9

Anlagenfinanzierung

		2015	2016
Anlagendeckung I	%	76,9	78,4
Anlagendeckung II	%	81,2	86,1

Kapitalausstattung

		2015	2016
Eigenkapitalquote	%	64,8	65,2
Fremdkapitalquote	%	35,2	34,8

Liquidität

		2015	2016
Liquiditätsgrad	%	50,2	59,3

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Gemäß Gesellschafterbeschluss vom 19.12.2012 wurde das Stammkapital der Gesellschaft von 25.000,00 € auf 1.000.100,00 € erhöht.

Die Gesellschafter erbrachten gemäß Beschluss vom 19.12.2012 Zuzahlungen in die Kapitalrücklage in Höhe von 109.749.900,00 €.

Gemäß Vertrag vom 25. Oktober 2013 haben die Gesellschafter SWK und Thüga Anteile an der EVM in Höhe von 41.451.200,00 € (SWK) und 23.945.300,00 € (Thüga) zu Buchwerten in die Gesellschaft eingebracht.

Im Gegenzug erhielt die SWK einen neuen Geschäftsanteil in Höhe von 3.036.863,00 € und die Thüga einen neuen Geschäftsanteil in Höhe von 1.754.318,00 € an der EKO2.

Kapitalerhöhung in 2014:

Stadtwerke Mayen: 56.174,00 €

Stadtwerke Andernach: 103.631,00 €

Thüga: 561.684,00 €

Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt

Gewerbsteuer (inkl. verrechneter Erstattungen): 1.970.630,00 €

Zwischen evm AG und EKO2 besteht ein EAV sowie eine steuerliche Organschaft.

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2016

Die Gesellschafterversammlung erhält keine Bezüge.

Die Geschäftsführer erhalten keine Bezüge von der Gesellschaft.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Absatz 1 GemO.

Stadtverwaltung Koblenz Beteiligungsbericht 2017

Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH

Rechtsform

gGmbH

Gegründet

24.08.2004; Neufassung des Gesellschaftsvertrages am 23. Juli 2014

Die Gesellschaft ist als übernehmender Rechtsträger nach Maßgabe des Verschmelzungsvertrages vom 23. Juli 2014 nebst Ergänzung vom 11. August 2014 mit der Stiftungsklinikum Mittelrhein GmbH, Koblenz, verschmolzen (Verschmelzung durch Aufnahme).

Der Verschmelzungstichtag wurde auf den 01.01.2014 0,00 Uhr festgelegt.

Stammkapital am 31.12.2016

20.480.000,00 €

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

Gegenstand des Unternehmens

Der Betrieb von im Krankenhausplan des Landes Rheinland-Pfalz aufgenommenen Krankenhäusern zwecks bedarfsgerechter Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhausleistungen nach Maßgabe des jeweiligen Feststellungsbescheides, sonstiger zur Gesundheitsversorgung bestimmter Einrichtungen sowie der zugehörigen Ausbildungsstätten, Nebeneinrichtungen und Nebenbetrieben.

Darüber hinaus ist der Betrieb von stationären Altenhilfepflegeeinrichtungen Gegenstand der Gesellschaft.

Beteiligungsverhältnisse

Stadt Koblenz	5.120.000,00 €	25,00 %
Landkreis Mayen Koblenz	5.120.000,00 €	25,00 %
Stiftung Ev. Stift St. Martin	5.851.429,00 €	28,58 %
Stiftung Seniorenhaus zum Heiligen Geist	1.462.857,00 €	7,14 %
Stiftung Hospital zum Heiligen Geist	1.462.857,00 €	7,14 %
Diakoniegemeinschaft Paulinenstift	1.462.857,00 €	7,14 %

Besetzung der Organe am 31.12.2016

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafter sind seit der konstituierenden Sitzung vom 23. September 2014 wie folgt in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Stadt Koblenz 3 Vertreter
Landkreis Mayen-Koblenz – 3 Vertreter
Stiftung Evangelisches Stift St. Martin – 3 Vertreter
Stiftung Hospital zum Heiligen Geist – 1 Vertreter
Stiftung Seniorenhaus zum Heiligen Geist – 1 Vertreter
Diakoniegemeinschaft Paulinenstift – 1 Vertreter
Den Vorsitz führt Herr Hans-Jürgen Gutenberger

Aufsichtsrat

Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig - 1. Vorsitzender
Otto Eggeling - 2. Vorsitzender
Dr. Olaf Döscher
Dr. Adolf Weiland (bis 6.04.2016)
Landrat Dr. Alexander Saftig
Leo Biewer
Anita Weis
Karin Küsel-Ferber
Lambert Aßmann (bis 07.03.2017)
Corinna Wehran-Itschert
Alfred-W. Hardt
Ferdinand Benner
Burkhard Naurorth (bis 06.04.2016)
Bernd Vöhl (seit 16.03.2017)

Arbeitnehmervertretung

Dr. Christoph Bernhard
Gerold Schmidt
Gisela Simon
Jutta Wagner

Geschäftsführung

Bernhard Mauel (bis 27.10.2016)
Dr. Moritz Hemicker (ab 01.04.2016)
Martin Stein (ab 15.07.2016)

Beteiligungen des Unternehmens

Gesundheitszentrum zum Heiligen Geist GmbH	100,00 %
GZ-Service am Evangelischen Stift Koblenz GmbH	100,00 %
Medizinisches Versorgungszentrum Mittelrhein GmbH	100,00 %
GK Service GmbH	100,00 %
Diakonisches Bildungszentrum Mittelrhein-Mosel gGmbH i.L.	51,00 %

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Grundlagen der Gesellschaft

Die Gesellschafter des Gemeinschaftsklinikums Kemperhof Koblenz - St. Elisabeth Mayen gGmbH (GKKM) und der Stiftungsklinikum Mittelrhein GmbH (SKM) haben in 2014 einen Gesellschaftsvertrag zur Verschmelzung der beiden Gesellschaften beschlossen. Der

notarielle Verschmelzungsvertrag wurde am 23. Juli 2014 abgeschlossen, Verschmelzungstichtag war der 01. Januar 2014, die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 26. August 2014.

Mit dem Vertrag hat die Stiftungsklinikum Mittelrhein GmbH als übertragende Rechtsträgerin ihr Vermögen als Ganzes mit allen Rechten und Pflichten unter Auflösung der Gesellschaft im Wege der Verschmelzung durch Aufnahme gemäß §§ 2 Nr. 1, 46 ff. UmwG auf die Gemeinschaftsklinikum Kemperhof Koblenz – St. Elisabeth Mayen gGmbH, als übernehmende Rechtsträgerin, übertragen. Die GKGM wurde sodann in Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH umfirmiert.

Durch die Fusion entstand eine wirtschaftlich starke Einheit an den Standorten Koblenz, Mayen, Boppard und Nastätten. Fünf Krankenhäuser an vier Standorten (Koblenz, Boppard, Nastätten und Mayen), zwei medizinische Versorgungszentren und drei Senioreneinrichtungen sorgen für eine wohnortnahe und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung der Bewohner und Patienten. Die neue Gesellschaft ist als frei-gemeinnütziger, karitativer Träger Mitglied im Diakonischen Werk Rheinland, der als Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege fungiert.

Das landesweit vierte Klinikum der Maximalversorgung betreibt 1.347 stationäre Betten und 35 teilstationäre Plätze.

Mit der Zusammenlegung medizinischer Kompetenzen und Leistungsbereiche sowie der Bildung zusätzlicher Fachabteilungen kann das Behandlungsspektrum erweitert und eine medizinische Versorgung auf höchstem Niveau sichergestellt werden. Darüber hinaus stärkt das neue Unternehmen die gesamte Region Mittelrhein/Westerwald als einen herausragenden Gesundheitsstandort in Rheinland-Pfalz, so dass die Bevölkerung von den verbesserten Behandlungsmöglichkeiten im Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein profitieren wird.

Das Gemeinschaftsunternehmen sieht sich mit seinen Krankenhäusern, Senioreneinrichtungen und ambulanten Versorgungsstrukturen als verlässlicher, von Verantwortung und starken Werten getragener Versorgungspartner.

Geschäftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Der Gesundheitssektor ist eine Wachstumsbranche. Stetig wachsende ökonomische Bedeutung mit großen Zukunftschancen charakterisiert den Gesundheitsmarkt. Nach wie vor zeichnet sich eine steigende Nachfrage nach medizinischen Leistungen ab. Die Lage der deutschen Krankenhäuser verbesserte sich jedoch nicht. Nach einer Studie des DKI klassifizierten im Frühjahr 2016 nur 34,0% der Krankenhäuser ihre wirtschaftliche Lage als gut. Für das Jahr 2015 erreichten nur 57,5 % (Vj. 56,0 %) der Krankenhäuser einen Jahresüberschuss und 10,0 % (Vj. 12,5 %) ein ausgeglichenes Ergebnis. Im Vergleich zum Jahr 2014 zeichnet sich dabei ein uneinheitliches Bild. So ist das Jahresergebnis im Jahr 2015 im Vergleich zu 2014 zwar in 36,6 % (Vj. 29,0 %) der Krankenhäuser gesunken, bei 26,0 % (Vj. 23,0 %) aber konstant geblieben und in 36,6 % (48,0%) der Krankenhäuser gestiegen. (Quelle: DKI).

Als Herausforderung für die wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser bleibt insbesondere die sogenannte „Tariflohn-Erlös-Schere“ bestehen. Diese hat sich im Jahr 2016 nur gering geschlossen, da tarifbedingte Kostensteigerungen durch Preissteigerungen lediglich leicht überkompensiert wurden. Gerade kleinen Einrichtungen fehlt es an Effizienzreserven, deren Hebung der weiterhin bestehenden Schere entgegenwirken könnte.

Entsprechend fallen nach der DKI-Studie die Zukunftserwartungen der Krankenhäuser insgesamt pessimistisch aus. Nur noch 24,1 % (Vj. 19,0 %) erwarten eine Verbesserung, jedoch 36,1 % (39,0 %) der Krankenhäuser eine Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Situation.

Um die stetig steigenden Ausgaben im Gesundheitswesen zu begrenzen, werden zunehmend die Versorgungsstrukturen überprüft und mögliche Kostensenkungspotenziale identifiziert. Verstärkt werden marktwirtschaftliche Elemente in das Gesundheitswesen eingeführt, um Anreize für kosten- und qualitätsbewusstes Handeln zu schaffen. Durch das Gesetz zur

Reform der Strukturen der Krankenhausversorgung (Krankenhausstrukturgesetz KHSG), das zum 01. Januar 2016 in Kraft getreten ist, sollen durch eine Erhöhung der Behandlungsqualität und die Optimierung der medizinischen Abläufe, sowie durch strukturell wirkende Maßnahmen (z. B. Zweitmeinung bei mengenanfälligen planbaren Eingriffen, Qualitätssicherungsmaßnahmen und Mengensteuerung) die Behandlungskosten insgesamt reduziert werden.

Zur Stärkung der Pflege am Bett wird ein Pflegestellen-Förderprogramm eingerichtet. In den Jahren 2016 bis 2018 belaufen sich die Fördermittel auf insgesamt bis zu 660 Mio. EUR. Ab 2019 stehen dauerhaft bis zu 330 Mio. EUR pro Jahr zur Verfügung.

Der Versorgungszuschlag von 500 Mio. EUR wird ab 2017 durch einen Pflegezuschlag ersetzt. Er wird nach den Pflegepersonalkosten der Krankenhäuser verteilt.

Die Qualität der Krankenhausversorgung spielt zukünftig eine noch größere Rolle und wird noch strenger kontrolliert und konsequent verbessert. Qualität wird als Kriterium bei der Krankenhausplanung eingeführt.

Die Mengensteuerung in der stationären Versorgung wird in zwei Stufen neu ausgerichtet. In einer ersten Stufe wurden im Jahr 2016 die mit dem GKV-Versorgungsstärkungsgesetz beschlossenen Regelungen zur Einholung von Zweitmeinungen bei mengenanfälligen planbaren Eingriffen eingeführt. Zudem ist durch die Vertragsparteien auf Bundesebene die Bewertung bei Leistungen mit wirtschaftlich begründeten Fallzahlsteigerungen abzusenken oder abzustufen. In einer zweiten Stufe wird ab dem Jahr 2017 die Mengensteuerung von der Landes- auf die Krankenhausebene verlagert. Kostenvorteile, die bei der Erbringung zusätzlicher Leistungen entstehen, werden dann nicht mehr mindernd auf Landesebene berücksichtigt. Vielmehr werden diese zukünftig verursachungsgerecht durch einen grundsätzlich dreijährigen Abschlag (Fixkostendegressionsabschlag) beim einzelnen Krankenhaus berücksichtigt, das diese Leistungen vereinbart. Die Höhe des Abschlags wird auf der Landesebene vereinbart. Ausgenommen von dem Abschlag sind bestimmte Leistungen (z. B. Transplantationen, Versorgung von Frühgeborenen). Für Leistungen, die nicht mengenanfällig sind und für Leistungszuwächse, die durch eine Verlagerung zwischen Krankenhäusern entstehen, gilt ein hälftiger Abschlag.

Zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen wurde ein Strukturfonds eingerichtet, mit dem Überkapazitäten abgebaut werden sollen. Dazu werden einmalig Mittel in Höhe von 500 Mio. EUR aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds zur Verfügung gestellt. Mit diesen Mitteln werden Vorhaben der Länder gefördert, wenn diese sich mit einem gleich hohen Betrag beteiligen. So wird maximal ein Volumen in Höhe von 1 Milliarde EURO zur Verfügung gestellt. Die Krankenhäuser erhalten die Fördergelder zusätzlich zu der notwendigen Investitionsförderung durch die Bundesländer.

Auch im Bereich der ambulanten Notfallversorgung werden Krankenhäuser stärker unterstützt. Die Kassenärztlichen Vereinigungen sollen zur Sicherstellung des Notdienstes entweder vertragsärztliche Notdienstpraxen in oder an Krankenhäusern als erste Anlaufstelle einrichten oder Notfallambulanzen der Krankenhäuser unmittelbar in den Notdienst einbinden.

Die Vergütungsregelungen werden entsprechend angepasst. Zudem wird der Investitionskostenabschlag für Kliniken bei der ambulanten Vergütung aufgehoben.

Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, gab es in Deutschland im Jahr 2015 1.956 (2014 1.980) Krankenhäuser. Die Anzahl der Krankenhausbetten belief sich auf 499.351 (2014 500.680). Zunehmende Verdrängungspolitik und das damit verbundene Ausscheiden nicht konkurrenzfähiger Krankenhäuser vom Krankenhausmarkt, ist die Ursache tendenziell sinkender Bettenzahlen. Ebenso wird eine kontinuierlich abnehmende Krankenhausverweildauer notiert.

Dem gegenüber stehen steigende Fallzahlen. Ein wesentlicher Grund dafür ist der demografische Wandel mit einer immer älter werdenden Bevölkerung.

Auf dieser Basis wird ein deutlich erhöhter Bedarf an Pflegefachkräften erwartet. Aktuelle Zahlen zeigen bereits einen deutlichen Rückgang an Auszubildenden in der Kranken- und Gesundheitspflege. Prognosen erwarten für die nächsten Jahre ein erhebliches Defizit an Pflegefachkräften. Deshalb hat das Bundeskabinett den in 2015 vorgelegten Gesetzentwurf

zur Reform der Pflegeberufe am 13.01.2016 beschlossen. Menschen, die sich für den Pflegeberuf entscheiden, soll eine qualitativ hochwertige und zukunftsfähige Ausbildung geboten werden, die ein breites Spektrum an Einsatz- und Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz (in €)	2015	2016
A. Anlagevermögen	142.363.678,79	137.831.098,75
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	596.155,71	445.847,48
II. Sachanlagen	137.722.976,45	133.205.147,58
III. Finanzanlagen	4.044.546,63	4.180.103,69
B. Umlaufvermögen	66.040.194,72	62.112.206,63
I. Vorräte	8.883.548,19	8.543.902,76
II. Forderungen u. sonst. Verm.	52.985.594,41	51.339.182,19
III. Wertpapiere des Umlaufvermögens	56.521,57	56.675,53
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	4.114.530,55	2.172.446,15
C. Ausgleichsposten nach dem KHG	6.062.878,96	6.197.372,51
D. Rechnungsabgrenzungsposten	124.296,96	136.797,60
Bilanzsumme	214.591.049,43	206.277.475,49
A. Eigenkapital	56.698.127,27	57.848.905,34
I. Gez. Kapital	20.480.000,00	20.480.000,00
II. Kapitalrücklage	19.879.771,01	19.879.771,01
III. Gewinnrücklage	22.335.267,59	21.921.192,72
V. Bilanzgewinn, -verlust	-5.996.911,33	-4.432.058,39
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	76.244.204,10	71.442.591,19
C. Rückstellungen	19.510.704,92	19.110.658,30
D. Verbindlichkeiten	56.121.935,42	52.456.964,22
E. Ausgleichsposten nach dem KHG	5.827.415,93	5.275.659,59
F. Rechnungsabgrenzungsposten	188.661,79	142.696,85
Bilanzsumme	214.591.049,43	206.277.475,49

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV (in €)	2015	2016
Erlöse aus allg. Krankenhausleistung	214.173.383,97	221.698.281,51
Erlöse aus Wahlleistungen	2.897.932,50	2.897.377,20
Erlöse aus ambulanten Leistungen	3.742.191,73	4.331.941,22
Nutzungsentgelte u. sonstige Abgaben der Ärzte	8.978.743,69	8.759.894,04
Umsatzerlöse nach § 277 Abs 1 HGB	0,00	25.404.612,56
Veränderung Bestand unfertige Leistungen	921.266,15	-214.079,22
Zuweisungen und Zuschüsse	26.608,26	19.505,03
sonstige Erträge	34.088.602,64	8.472.188,75
Materialaufwand	72.179.867,76	74.784.194,19
a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	52.892.776,80	53.974.764,60
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	19.287.090,96	20.809.429,59
Personalaufwand	161.253.213,93	163.337.383,73
Erträge aus Zuwendungen zur Finanz. von Investition.	4.233.995,47	3.919.556,29
Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	62.957,00	44.989,00
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verb. nach dem KHG u. aufgrund sonst. Zuwendungen	6.405.092,96	6.323.619,91
Erträge aus der Auflösung des Ausgleichspostens aus Darlehensförderung	876.087,42	827.949,44
Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/ Verb. nach dem KHG und aufgrund sonst. Zuwend.	3.435.340,93	3.072.770,99
Aufwendungen für nach dem KHG geförderte Nutzungen von Anlagegegenstände	319.292,72	424.447,42
Abschreibungen	11.082.495,88	10.952.345,66
sonstige betr. Aufwendungen	31.964.261,11	27.296.512,99
Erträge aus Beteiligungen	7.500,00	7.500,00
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	157.493,63	48.418,98
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	1.232.894,44	1.041.664,68
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	697.288,44	370.557,53
Ergebnis nach Steuern	-5.592.799,79	1.261.877,52
sonstige Steuern	414.695,92	111.099,45
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-6.007.495,71	1.150.778,07

Bilanzkennzahlen**Ertragslage**

<u>Rentabilität</u>		2015	2016
Eigenkapitalrentabilität	%	-10,6	2,0
Gesamtrentabilität	%	-2,2	1,1

		2015	2016
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	68,4	77,9

Vermögensaufbau

		2015	2016
Anlagenintensität	%	66,3	66,8
Intensität des Umlaufvermögens	%	33,7	33,2

Anlagenfinanzierung

		2015	2016
Anlagendeckung I	%	39,8	42,0
Anlagendeckung II	%	106,4	104,2

Kapitalausstattung

		2015	2016
Eigenkapitalquote	%	26,4	28,0
Fremdkapitalquote	%	73,6	72,0

Liquidität

		2015	2016
Liquiditätsgrad	%	51,9	51,1

Lage des Unternehmens**Geschäftsverlauf**

Im Berichtsjahr 2016 konnten die Erlöse trotz der nach wie vor herausfordernden Rahmenbedingungen im Gesundheitssektor gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. So stiegen sowohl die Fallzahlen von 53.688 auf 54.118 (nur DRG) als auch die effektiven Bewertungsrelationen von 55.093,591 auf 55.457,169 (nur DRG). Die Gesamterlöse des Jahres 2016 belaufen sich auf 271.370 T€ (Vorjahr: 263.881 T€). Bei gestiegenen Personal- und Materialkosten sowie gesunkenen sonstigen Aufwendungen ergibt sich insgesamt ein Jahresüberschuss von 1.151 T€.

Die im Vorjahr angegebene Prognose ist erwartungsgemäß eingetreten.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse (Nummern 1 bis 4a) belaufen sich im Jahr 2016 unter Berücksichtigung der Ausweisanpassungen durch das Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) auf 263.092 T€. Bei Anpassung der Vorjahreszahlen (253.820 T€) bedeutet dies einen Anstieg um 3,7 %. Die Personalkosten liegen bei 163.337 T€ und sind gegenüber Vorjahr um 2.084 T€ gestiegen. Die Personalaufwandsquote beläuft sich bei unveränderter Mitarbeiteranzahl auf 62,1 %. Der Materialaufwand belief sich im Geschäftsjahr auf 74.784 T€ (Vorjahr: 72.180 T€), die Materialaufwandsquote liegt bei 28,5 % und erhöhte sich gegenüber Vorjahr um 0,7 Prozentpunkte (bei Anpassung Vorjahreszahlen). Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (einschl. sonstige Steuern) ist ein Rückgang um 4.971 T€ zu verzeichnen, der vor allem auf die Einmaleffekte im Jahr 2015 zurückzuführen ist.

Damit wurde ein Jahresergebnis von 1.151 T€ erzielt, das sich im Vergleich zum Vorjahr um 7.158 T€ verbessert hat. Ursächlich für die Verbesserung waren vor allem die Einmaleffekte aus dem Vorjahr.

Finanzlage

Die flüssigen Mittel belaufen sich zum Ende des Geschäftsjahres auf 2.172 T€ (Vorjahr: 4.115 T€). Die Gesellschaft verfügt über eine Betriebsmittellinie von 6.400 T€.

Die kurzfristig realisierbaren Vermögensgegenstände übersteigen die kurzfristigen Verbindlichkeiten und Rückstellungen um 11.429 T€. Die Liquidität auf kurze Sicht blieb nahezu unverändert gegenüber dem Vorjahr.

Die Eigenmittelquote (Eigenkapital + Sonderposten aus Investitionsförderung + Gesellschafterdarlehen) beträgt im Jahr 2016 63,8 % (Vorjahr: 63,0 %).

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt 206.277 T€ und verminderte sich damit im Vergleich zum Vorjahr um 8.314 T€ (-3,9 %).

Das Vermögen verteilt sich zu 66,8 % auf das Anlage- und zu 33,2 % auf das Umlaufvermögen. Das Anlagevermögen ist zu 116,0 % (Vorjahr: 118,1 %) durch Eigenmittel und langfristiges Fremdkapital (Anlagendeckungsgrad II) gedeckt.

Die Investitionen belaufen sich im Berichtsjahr auf 6.497 T€ und betreffen vor allem Bauvorhaben sowie Einrichtungsgegenstände. Durch Abschreibungen in Höhe von 10.952 T€ verminderte sich das Anlagevermögen insgesamt auf 137.831 T€ (Vorjahr: 142.365 T€).

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Das Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein wird als Verbundkrankenhaus mit Maximalversorgerstatus geführt. Um diesem Status gerecht zu werden, sind zahlreiche Herausforderungen organisatorischer und baulicher Art zu bewältigen.

Zur langfristig zukunftsicheren Aufstellung des Klinikums ist die Umsetzung des medizinischen Konzeptes, das die Entwicklung im Rahmen der Fusion aus Sicht der medizinisch-strategischen Ausrichtung vorgibt, von größter Wichtigkeit. Dazu gehört u.a. die erfolgreiche Umsetzung anstehender Baumaßnahmen.

In medizinischen Zentren werden zukünftig unterschiedliche Disziplinen, Leistungen und Kompetenzen der verschiedenen Häuser gezielt zusammengeführt. Bestehende Stärken der kleineren Häuser werden weiter ausgebaut und mit den neuen Zentren verzahnt.

Die Erreichung der in der Planung fixierten Ergebnisziele für das Jahr 2017 beinhaltet vor allem eine Leistungsausweitung in einzelnen Abteilungen sowie die Umsetzung bereits identifizierter Projekte, die kurzfristig den größten Ergebniseffekt erwarten lassen. Durch ein striktes Kostenmanagement sowie das Zusammenwachsen der einzelnen Häuser und Verwaltungsabteilungen in sogenannten Dienstleistungszentren werden Synergien genutzt und dass sich das Ergebnis im nächsten Jahr durch Erlössteigerungen und Kostenoptimierungen zukünftig weitere Potentiale erschlossen. Daher geht die Geschäftsführung davon aus, leicht positiv entwickelt.

Um die Zielerreichung kontinuierlich zu überwachen und zu gewährleisten sowie Risiken frühzeitig zu erkennen, werden Monatsabschlüsse mit der Darstellung der Kosten- und Ertragslage, leistungsbezogenen Kennzahlen und sonstigen Statistiken erstellt.

Die breit gefächerten vorgehaltenen Fachdisziplinen und die zertifizierten Zentren gewährleisten weiterhin die gute Stellung am Markt. Umfangreiche qualitätssichernde Maßnahmen gewährleisten zudem die weiterhin hohe Nachfrage.

Tarifsteigerungen sowie der Preisanstieg von Verbrauchsmaterialien und Energiekosten werden die Gesellschaft finanziell belasten, da diese Mehrkosten nicht vollumfänglich von Pflegesatzerhöhungen refinanziert werden können. Bestandsgefährdende Risiken bestehen derzeit nicht.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Als Gegenleistung für die Verschmelzung im Rahmen einer Sachkapitalerhöhung hat die Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH (GKKM) den Gesellschaftern der Stiftungsklinikum Mittelrhein GmbH (SKM) folgende neu zu schaffende Geschäftsanteile in 2014 gewährt:

Stiftung Ev. Stift St. Martin	5.851.429,00 €
Stiftung Seniorenhaus zum Heiligen Geist	1.462.857,00 €
Stiftung Hospital zum Heiligen Geist	1.462.857,00 €
Stiftung Diakoniegemeinschaft Paulinenstift	1.462.857,00 €

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Koblenz

Grundsteuer:	34.643 €
Gewerbsteuer:	213.898 €

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2016

Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung erhalten keine Bezüge.

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die nicht wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Abs. 4 Nr. 4 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2017**



Koblenz-Stadtmarketing

Koblenz Stadtmarketing GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

15. März 2001; Gesellschaftsvertrag zuletzt geändert am 06. Juli 2004

Stammkapital am 31.12.2016

25.500,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Koordination, Durchführung und Umsetzung von Aktivitäten und Maßnahmen des Stadtmarketings in Koblenz.

Ziel ist, die regionale Positionierung und Entwicklung der Stadt Koblenz als Einkaufs-Kultur- und Freizeitstadt zu fördern. Das Unternehmen will in konstruktivem und partnerschaftlichem Verhältnis mit allen Gruppen der Stadt Koblenz, die diesen Zweck anstreben, zusammenarbeiten.

Zur Erreichung seiner Ziele stellt sich das Unternehmen insbesondere folgende Aufgaben:

- a) Organisation und Durchführung der verkaufsoffenen Sonntage mit Rahmenprogramm
- b) Vorbereitung und Durchführung imagefördernder Maßnahmen,
bspw. Weihnachtswerbung, Shopping- & Genussführer, informierende Websites
(bspw. koblenz-local.de, koblenz-baut.de, koblenz-branchen.de)
- c) Durchführung von Veranstaltungen, bspw. „SchängelMarkt“
- d) Verbesserung bestehender und Schaffung neuer Angebote für die Innenstadt,
bspw. neue Veranstaltungsformate, umfassende Imagekampagne

Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesellschaft sind beteiligt:

Koblenzer Bürgerverein e.V.	8.500,00 €	33,33	%
Stadt Koblenz	8.500,00 €	33,33	%
Alle lieben Koblenz-Stadtforum e.V.	8.500,00 €	33,34	%

Besetzung der Organe am 31.12.2016

Gesellschafterversammlung

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig

Dr. Markus Artz

Christian Hoernchen

Frank Ortmann

Herbert Bocklet

Marc Ferdinand

Carl-Günther Benninghoven

Christian Altmaier

Sabine Bonah

Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Geschäftsführung

Claus Hoffmann

Christoph Krepele

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Die Gesellschaft erfüllt zum 31. Dezember 2016 die Kriterien für eine kleine Kapitalgesellschaft gemäß § 267 HGB.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses wurde von der größenabhängigen Erleichterung des § 267 a HGB Gebrauch gemacht.

Ein Lagebericht wurde nicht erstellt.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz (in €)	2015	2016
A. Anlagevermögen	1.963,50	256,50
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.125,00	4,00
II. Sachanlagen	838,50	252,50
B. Umlaufvermögen	50.264,00	68.698,20
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	20.633,92	29.725,43
II. Kassenbestand	29.630,08	38.972,77
C. Rechnungsabgrenzungsposten	394,00	382,10
Bilanzsumme	52.621,50	69.336,80
A. Eigenkapital	34.891,25	51.410,62
I. Gez. Kapital	25.500,00	25.500,00
II. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	8.355,95	9.391,25
III. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	1.035,30	16.519,37
B. Rückstellungen	3.732,54	7.397,00
C. Verbindlichkeiten	13.827,71	10.529,18
D. Rechnungsabgrenzungsposten	170,00	0,00
Bilanzsumme	52.621,50	69.336,80

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV (in €)	2015	2016
Umsatzerlöse	102.433,76	101.616,00
sonstige Erträge	146.763,05	146.865,92
Materialaufwand	9.708,60	30.000,00
Personalaufwand	116.540,36	87.215,54
Abschreibungen	3.047,00	1.707,00
sonstige betr. Aufwendungen	118.640,50	108.618,25
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	44,75	93,51
Sonst. Zinsen u. ähnliche. Aufwendungen	0,00	0,00
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	269,80	4.515,27
Ergebnis nach Steuern	1.035,30	16.519,37
sonstige Steuern	0,00	0,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.035,30	16.519,37

Bilanzkennzahlen**Ertragslage**

<u>Rentabilität</u>		2015	2016
Eigenkapitalrentabilität	%	3,0	32,1
Gesamtrentabilität	%	2,0	23,8

		2015	2016
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	51,2	33,9

Vermögensaufbau

		2015	2016
Anlagenintensität	%	3,7	0,4
Intensität des Umlaufvermögens	%	96,3	99,6

Anlagenfinanzierung

		2015	2016
Anlagendeckung I	%	1.777	20.043,1
Anlagendeckung II	%	1.777	20.043,1

Kapitalausstattung

		2015	2016
Eigenkapitalquote	%	66,3	74,1
Fremdkapitalquote	%	33,7	25,9

Liquidität

		2015	2016
Liquiditätsgrad	%	285,7	385,4

Lage des Unternehmens

Die Gesellschaft ist nicht gewinnorientiert. Die verfügbaren Mittel werden auftragsgemäß vollumfänglich zu Stadtmarketing-Zwecken verwendet.

Sie erwirtschaftet Umsatzerlöse aus Veranstaltungen. Die hierdurch nicht gedeckten Kosten werden durch Betriebsmittelzuschüsse der Gesellschafter Stadt Koblenz und Alle lieben Koblenz – Stadtforum e.V. ausgeglichen.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Zuschusszahlungen	2014	75.000,00 €
(durch die Koblenz Touristik):	2015	75.000,00 €
	2016	75.000,00 €

Gewerbsteuer: 1.176,00 €

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2016

Die Gesellschafterversammlung erhält keine Bezüge.

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die nicht wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Abs. 4 Nr. 1 GemO.

Stadtverwaltung Koblenz Beteiligungsbericht 2017



Romantischer Rhein Tourismus GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

23. Oktober 2002 als Mittelrhein-Lahn-Tourismus GmbH;
Gesellschaftsvertrag zuletzt geändert am 05. November 2012

Stammkapital am 31.12.2016

25.200,00 €

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Stärkung und Weiterentwicklung der durch die Gesellschafter vertretenen Tourismusregion. Ziel der Gesellschaft ist die Entwicklung einer eigenen touristischen Dachmarke „Romantischer Rhein“. Die Gesellschaft hat die Aufgabe, in Zusammenarbeit mit der Rheinland-Pfalz-Tourismus GmbH als deren Gesellschafter sowie im Auftrage ihrer Gesellschafter Verkaufsförderung, Marketing sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Art und Umfang der Werbungs-, Verkaufs- und Veranstaltungsaktivitäten sollen so ausgerichtet werden, dass Doppelarbeit vermieden und für die in der Geschäftsregion tätigen Gemeinden, Tourismusverbände und Tourismusunternehmen ein möglichst günstiges Kosten-/Nutzungsverhältnis geschaffen wird.

Beteiligungsverhältnisse

Stadt Koblenz	8.400,00 €	33,33 %
Touristikgemeinschaft „Im Tal der Loreley“ e.V.	8.400,00 €	33,33 %
„Romantischer Rhein – vom Drachenfels zum Deutschen Eck“ e.V.	8.400,00 €	33,33 %

Besetzung der Organe am 31.12.2016

Gesellschafterversammlung

Achim Hütten –Vorsitzender-
Hans-Peter Ackermann
Manfred Bastian
Manfred Diehl
Thomas Feser
Werner Groß
Christian Heller
Claus Hoffmann
Georg Hollmann
Peter Labonte
Martin Tillmann
Lothar Weinand

Aufsichtsrat

Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig - Vorsitzender -
Christian Altmaier
Dr. Walter Bersch
Herbert Bocklet
Dr. Marlon Bröhr
Thomas Bungert
Anja Hoffmann
Werner Prümm
Frank Puchtler
Michael Schwippert
Bernd Weidenbach
Patrick Zwiernick

Geschäftsführung

Claudia Schwarz (bis 13. März 2016)
Jeanette Dornbusch (ab 14. März 2016)

Beteiligungen des Unternehmens

Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH 6 %

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Grundlagen des Unternehmens

Die touristische Regionalagentur hat die Aufgabe, in Zusammenarbeit mit der Rheinland-Pfalz-Tourismus GmbH als deren Gesellschafter sowie im Auftrag ihrer Gesellschafter Verkaufsförderung, Marketing sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Sie definiert ihre Ziele und Aufgaben im Rahmen der Tourismusstrategie 2015 des Landes sowie der regionalen Tourismusstrategie 2010:

Wirtschaftliche Stärkung und Weiterentwicklung der Region Entwicklung der Dachmarke Romantischer Rhein Produktbildung, Marketing, Verkaufsförderung sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Ausrichtung aller Aktivitäten, so dass Doppelarbeit mit und für die Gemeinden vermieden und gleichzeitig ein möglichst günstiges Kosten- und Nutzenverhältnis geschaffen wird.

Die Romantischer Rhein Tourismus GmbH erfüllt ihre Aufgaben mit 12 Mitarbeitern am Standort Koblenz. Die Gesellschaft verfolgt keine eigenwirtschaftlichen Zwecke und ist nicht auf Gewinn gerichtet.

Gesamtwirtschaftliche branchenbezogene Rahmenbedingungen

Der rheinland-pfälzische Tourismus konnte im vergangenen Jahr das gute Vorjahresergebnis noch verbessern, dies macht sich auch in der Region des Romantischen Rheins bemerkbar. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes in Bad Ems konnten in der Zeit von Januar bis Dezember 2016 mehr als 2,6 Millionen Übernachtungen in den Beherbergungsbetrieben einschließlich der Campingplätze ermittelt werden. Das entspricht einem Wachstum von 2,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Unter den Gästen aus dem Ausland bilden traditionell die Besucherinnen und Besucher aus den Niederlanden die mit Abstand größte Gruppe. An zweiter und dritter Stelle folgen Gäste aus Großbritannien/Irland, fast gleichauf mit den USA und Belgien. Neben dem Übernachtungsaufkommen im Mittelrheintal spielt aber auch der Tagestourismus eine wichtige Rolle, welcher im Jahr 2015 vom DWIF mit 7,5 Tagesreisen pro Übernachtung berechnet wurde, das einen Umfang von 25,5 Millionen Aufenthaltstage entspricht. Insgesamt resultiert aus der touristischen Nachfrage mehr als 1,07 Milliarden Euro Bruttoumsatz und damit einhergehend ein bedingtes Steueraufkommen von fast 100 Millionen Euro.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz (in €)	2015	2016
A. Anlagevermögen	27.329,00	17.908,00
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.197,00	173,00
II. Sachanlagen	20.132,00	11.735,00
III. Finanzanlagen	6.000,00	6.000,00
B. Umlaufvermögen	103.150,82	98.362,07
I. Vorräte	66.534,00	59.906,87
II. Forderungen u. sonst. Verm.	30.404,52	18.424,37
III. Kassenbestand	6.212,30	20.030,83
C. Rechnungsabgrenzungsposten	3.789,08	2.700,00
Bilanzsumme	134.268,90	118.970,07
A. Eigenkapital	22.603,31	24.176,00
I. Gez. Kapital	25.200,00	25.200,00
II. Kapitalrücklage	10.000,00	10.000,00
III. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-7.485,54	-12.596,69
IV. Jahresüberschuss	-5.111,15	1.572,69
B. Rückstellungen	17.371,00	22.722,30
C. Verbindlichkeiten	81.294,59	72.071,77
D. Rechnungsabgrenzungsposten	13.000,00	0,00
Bilanzsumme	134.268,90	118.970,07

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV (in €)	2015	2016
Umsatzerlöse	518.315,29	898.434,84
sonstige Erträge	481.957,29	6.440,55
Materialaufwand	358.860,07	275.714,73
Personalaufwand	424.363,65	432.903,38
Abschreibungen	11.027,49	9.972,64
sonstige betr. Aufwendungen	211.051,71	184.659,89
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	0,12	3,67
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	80,89	55,80
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	0,04	-0,07
Ergebnis vor Steuern	-5.111,15	1.572,69
sonstige Steuern	0,00	0,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-5.111,15	1.572,69

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

<u>Rentabilität</u>		2015	2016
Eigenkapitalrentabilität	%	-22,6	6,5
Gesamtrentabilität	%	-3,7	13,4

		2015	2016
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	51,8	74,9

Vermögensaufbau

		2015	2016
Anlagenintensität	%	20,4	15,1
Intensität des Umlaufvermögens	%	79,6	84,9

Anlagenfinanzierung

		2015	2016
Anlagendeckung I	%	82,7	135,0
Anlagendeckung II	%	82,7	135,0

Kapitalausstattung

		2015	2016
Eigenkapitalquote	%	16,8	20,3
Fremdkapitalquote	%	83,2	79,7

Liquidität

		2015	2016
Liquiditätsgrad	%	95,8	106,6

Lage des Unternehmens

Geschäftsverlauf und Ertragslage

Zum 13. März 2016 wurde die Geschäftsführerin Claudia Schwarz in den Ruhestand verabschiedet, ihre Nachfolgerin Jeanette Dornbusch übernahm zum 14. März die Geschäfte der Romantischen Rhein Tourismus GmbH.

Das operative Geschäftsvolumen der GmbH ist im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Im Jahr 2016 konnte eine Gesamtleistung von rund 898 T€ Umsatz realisiert werden (im Vergleich zum Vorjahr von rund 1.000 T€). Die Umsatzerlöse, die aus Projektförderungen sowie wirtschaftlichen Tätigkeiten resultieren, betrugen 500,8 T€. Sie liegen um -17,5 T€ unter denen des Vorjahres, was bedingt durch geringere Einnahmen im Bereich der Anzeigenverkäufe in den regionalen Broschüren sowie auf geringere Einnahmen im Bereich der Pauschalen/Reservierungen zurückzuführen ist. Insbesondere die Beiträge der Gesellschafter von rund 398 T€ waren um rund 47 T€ gegenüber dem Vorjahresniveau erheblich geringer ausgefallen (Vorjahr 445 T€). Dies begründet sich darin, dass im Februar 2016 durch den Geschäftsführerwechsel eine Trennung zwischen der GmbH und seinem Gesellschafter Tal der Loreley vollzogen wurde, wodurch sowohl die bisherige Bürobeteiligung, aber auch die Abwicklung verschiedener Maßnahmen nicht mehr über die Regionalagentur sondern in Eigenregie umgesetzt wurden (z.B. Tal to Tal, Rheingebblätter, Mittelrheinkirsche). In der Folge mussten auch der Materialaufwand im Jahresverlauf um 83 T€ auf 276 T€ (Vorjahr 359 T€) und die Werbe- und Reisekosten um weitere 37 T€ auf 78 T€ (Vorjahr 115 T€) reduziert werden.

Diese Zahlen belegen, dass die GmbH neben den Projektförderungen und wirtschaftlichen Tätigkeiten nicht wie in den Jahren zuvor zusätzliche Projektfinanzierungen durch ihre Gesellschafter beibehalten konnte. Eine wirtschaftliche Tragfähigkeit der GmbH in allen Aufgabenfeldern ohne Gesellschafterunterstützung wäre nicht möglich, da die Romantischer Rhein Tourismus GmbH viele Aufgabenfelder mit wirtschaftsförderndem Charakter, im Sinne von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse abwickelt und nicht auf Gewinnerzielung ausgelegt ist.

Neben den gewöhnlichen Geschäftstätigkeiten musste sich die Geschäftsführung mit zwei Strafsachen bzgl. Bildrechteverletzung sowie unlauterem Wettbewerb auseinandersetzen, die sowohl gegen die frühere wie auch die nachfolgende Geschäftsführerin gestellt worden sind. Unter Zuhilfenahme der Rechtsanwälte Redeker und Sellner konnte im Laufe des Jahres auf die Sachlage eingegangen werden und beide Strafverfahren wurden am 02.11.2016 von der Staatsanwaltschaft in Koblenz eingestellt. Parallel zu den beiden Strafanzeigen hat dasselbe Unternehmen zwei zivilrechtliche Abmahnungen per Rechtsanwalt an die Gesellschaft gestellt. Die Abmahnung zwecks Bildrechteverletzung hat die Geschäftsführung akzeptiert und eine Zahlung in Höhe von 1,4 T€ veranlasst. Die zweite Abmahnung zum Wettbewerbsrecht wurde in Abstimmung mit den Rechtsanwälten abgewiesen und auf das bis zu dem Zeitpunkt noch offene Strafverfahren hingewiesen. Die nichtgeplanten Gesamtkosten beliefen sich auf 5,4 T€ brutto.

Die Personalkosten der GmbH bewegen sich mit 432 T€ leicht über dem geplanten Niveau. Die Betriebsaufwendungen (ohne Materialaufwand) belaufen sich auf 658 (Vorjahr 646 T€) und sind nahezu gleichgeblieben.

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr mit einem Gewinn in Höhe von 1,7 T€ (Vorjahr Verlust 5,1 T€) ab.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit belief sich auf +18 T€, der Cashflow aus der Investitionstätigkeit betrug -1 T€ und der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit betrug +25 T€, so dass sich der Finanzmittelfonds um 42 T€ auf +10 T€ erhöht hat.

Liquidität

Auf Basis einer Liquiditätsplanung und Überprüfung der Einnahmen- / Ausgabenverhältnisse konnte von Seiten der Geschäftsführung im August 2016 ein künftiger Liquiditätsengpass für das vierte Quartal 2016 festgestellt werden. Demnach wurden kurzfristig der Aufsichtsratsvorsitzende sowie die Vertreter der Gesellschafterversammlungen über die aktuelle Lage informiert, welche eine Sonderprüfung durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer veranlassten. Ziel der Sonderprüfung war die Ursachenklärung für den Liquiditätsengpass. Die Firma Dornbach und Partner GmbH erhielt den Zuschlag, und hielt als Ursache eine nichtausreichende Darstellung von Investitionen sowie die Rückzahlung von Darlehen im Wirtschaftsplan fest, welche sich in den vergangenen Jahren sukzessive aufgebaut hatten und nicht durch die gewöhnliche Geschäftstätigkeit aufgefangen wurden. Handlungsempfehlungen der Wirtschaftsprüfer sahen Anpassungen in der Struktur des Wirtschaftsplans in Anlehnung an die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung, eine Ergänzung um eine Investitions- und Finanzierungsplanung sowie eine Steuerung des Cash-Flows durch ein adäquates Forderungs- und Verbindlichkeitsmanagement vor. Diesen Empfehlungen kam die Geschäftsführung mit dem Wirtschaftsplan 2017 nach, bzw. wurden Anpassungen in den Forderungs- und Verbindlichkeitsprozessen umgesetzt.

Kurzfristig betrachtet konnte die Geschäftsführung auf Basis eines Beschlusses das nominelle Stammkapital in Höhe von 25.200 € für die Geschäftstätigkeit aufzehren. Des Weiteren wurde ein Gesellschafter-Darlehen vom Romantischen Rhein e.V. in Höhe von 25.000 € zur Verfügung gestellt, welches auf zwei Jahre zurückzuzahlen ist.

Nichtfinanzielle Indikatoren

Das Geschäftsjahr 2016 war geprägt von dem Geschäftsführerwechsel aber auch von der Durchführung verschiedener Kooperations-Projekte. Es waren jedoch keine leadergeförderten Projekte wie in den Jahren zuvor inbegriffen. Auf Grund der geringeren zur Verfügung stehenden Mittel für Marketingaktivitäten, musste in der zweiten Jahreshälfte eine Konsolidierung stattfinden, wodurch geplante Maßnahmen sowie verschiedene Kooperationspartnerschaften nicht mehr fortgeführt oder nur in einem geringeren Maße umgesetzt werden konnten. Denn weitere Projektfinanzierungen durch die Gesellschafter wurden ausgeschlossen.

Im Herbst 2015 wurde die Limes-Kooperation in Rheinland-Pfalz realisiert, die sich seitdem um die Bündelung der Aktivitäten und um ein gemeinsam abgestimmtes Marketing zum UNESCO Welterbe Obergermanisch-Raetischer Limes kümmert. Das Projekt, finanziert von den kommunalen Vertretern, ist auf drei Jahre ausgelegt. Danach erfolgt eine Evaluierung. Die vertragliche und finanzielle Abwicklung erfolgt über Romantischer Rhein Tourismus GmbH. Die Westerwaldtouristik Service GmbH stellt kostenlos einen Arbeitsplatz zur Verfügung.

Zwei neue EU-finanzierte Projekte konnten zum Thema Rheinradweg im Herbst 2015 beantragt und angegangen werden. Im Januar 2015 endete das von der EU geförderte Projekt DEMARRAGE, das sich der touristischen Infrastruktur und Vermarktung des Rheinradweges von der Quelle bis zur Mündung widmete. Die 18 Projektpartner haben entschieden, auch nach Ende des Projektes zusammen zu arbeiten. Seit Herbst 2015 koordiniert die Romantischer Rhein Tourismus GmbH in enger Abstimmung mit dem ECF (European Cyclist Federation) die laufenden Aktivitäten in den Bereichen Presse-, Social Media, Printprodukte und fungiert zudem als Koordinator.

Darüber hinaus beteiligte sich die Romantischer Rhein Tourismus GmbH an dem

Projekt „Silver Cyclist“, das auf 1 Jahr ausgelegt war. Ziel des Projektes ist es, das Thema Fahrrad fahren auch nachhaltig weiter zu entwickeln und für die älter werdende Gesellschaft attraktive und innovative Urlaubsangebote zu kreieren. Die anvisierten Projektmaßnahmen wurden im November 2016 abgeschlossen, der Verwendungsnachweis erstreckte sich noch bis in den Februar 2017 hinein.

Die Romantischer Rhein Tourismus GmbH hat zudem weitere Themen im Prozess mit der Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH vorbereitet und initiiert. Dies betrifft beispielsweise den Prozess des Zielgruppenmarketings, damit regionales sowie landesweites Marketing sich optimal verzahnen und die Abstimmung auch auf Ebene der Orte/Gesellschafter ausgedehnt werden kann.

Risiko- und Prognosebericht

Im Berichtsjahr wurde intensiv an der Minimierung von Beihilferisiken gearbeitet. Grundlage ist hierfür die von der Geschäftsführung erstellte Trennungsrechnung. Demnach mussten potenziell beihilfeschädliche Projektstrukturen in 2017 überarbeitet und angepasst werden, die insbesondere zu einer Umstrukturierung der Kooperationsprojekte „MittelrheinRieslingCharta“ sowie „Meisterwerke zwischen Rhein und Mosel“ geführt hat. Im Ergebnis muss eine konsequentere Trennung zwischen DAWI und wirtschaftlichen Tätigkeitsfeldern nachvollziehbar umgesetzt werden.

Der Aspekt der Betrauung der Romantischer Rhein Tourismus GmbH durch ihre Gesellschafter wird in 2017 eruiert und besprochen. Hierbei gilt es zu klären, wie eine Betrauung der beiden Vereine umgesetzt werden kann, ohne bzw. mit geringem Risiko, dass die echten Zuschüsse im Sinne eines Austausches aufgefasst werden und dadurch umsatzsteuervergährdet sind. Der Prozess soll bis Herbst 2017 abgeschlossen sein, um eine Entscheidung hinsichtlich der Betrauung aller drei Gesellschafter treffen zu können.

Im Herbst 2016 haben EU-Kommissare gemeinsam mit der ADD leadergeförderte Projekte geprüft. Hierunter wurde per Zufallsprinzip das durch die Romantische Rhein Tourismus GmbH durchgeführte Projekt Burgennetzwerk aus den Jahren 2013-2015 geprüft. Entsprechende Belege oder Nachweise zum Vergaberecht konnten durch die Geschäftsführung nachgereicht werden. Aktuell liegt noch kein endgültiges Ergebnis der Verwendungsnachweisprüfung vor, jedoch bestehen bisher keine Anhaltspunkte für eine Verpflichtung zur Rückzahlung von Leadermitteln durch die Gesellschaft.

Für das Geschäftsjahr 2017 wurde ein ausgeglichener Wirtschaftsplan vorgelegt, der Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 856 T€ vorsieht.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Zuschusszahlung lt. Gesellschaftsvertrag	2014	92.426,93 €
(durch den EB Touristik):	2015	104.038,69 €
	2016	110.744,44 €

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2016

Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung erhalten keine Bezüge.

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Absatz 1 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2017**



TZK-TechnologieZentrum Koblenz GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

13. Dezember 1990; Gesellschaftsvertrag zuletzt geändert 28. Januar 2015

Stammkapital am 31.12.2016

868.900,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens sind Errichtung und Betrieb eines Technologiezentrums mit dem Zweck, junge, technologieorientierte und/oder innovative Unternehmen aufzunehmen und/oder zu unterstützen und zu beraten.

Das Angebot besteht in einer zeitlich befristeten Bereitstellung von Mietflächen mit moderner Kommunikationsinfrastruktur und der Vorhaltung umfassender Dienstleistungen.

Die Gesellschaft darf alle Geschäfte vornehmen, die der Erreichung und Förderung des Gesellschaftszweckes dienlich sein können. Die Gesellschaft ist berechtigt, sich an anderen Unternehmen gleicher oder verwandter Art des In- und Auslandes zu beteiligen, sowie solche Unternehmen zu gründen oder zu erwerben.

Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesellschaft sind beteiligt:

Land Rheinland-Pfalz	434.600,00 € =	50,02 %
Stadt Koblenz	246.700,00 € =	28,39 %
Wirtschaftsförderungsgesellschaft am Mittelrhein mbH	87.600,00 € =	10,08 %
Wirtschaftsförderungsgesellschaft Koblenz mbH	100.000,00 € =	11,51 %

Besetzung der Organe am 31.12.2016

Gesellschafterversammlung

Der Gesellschafterversammlung gehört jeweils ein bevollmächtigter Vertreter der Gesellschafter an.

Aufsichtsrat

Dr. Joe Weingarten - Vorsitzender -
Landrat Dr. Alexander Saftig - stellvertretender Vorsitzender -
Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig
Regierungsrätin Barbara Fischer
Vera Krupinski

Geschäftsführung

Wolfgang Hoffmann bis 30.06.2016
Jan Hagge ab 01.07.2016

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Grundlage des Unternehmens und Rechtliche Verhältnisse

Am 13.12.1990 hat das Land Rheinland-Pfalz gemeinsam mit der Stadt Koblenz die TZK-TechnologieZentrum Koblenz GmbH gegründet.

1992 kommt der Landkreis Mayen-Koblenz (deren Anteile jetzt die WFG am Mittelrhein mbH übernommen hat) und 2011 die Aufbaugesellschaft Koblenz GmbH (jetzt Wirtschaftsförderungsgesellschaft Koblenz mbH) als Gesellschafter hinzu.

Aufgabe der TZK GmbH ist der Betrieb eines TechnologieZentrums mit dem Schwerpunkt Vermietung von Büros an innovative Existenzgründer, wobei das TZK auch die Beratung der Existenzgründer übernimmt.

Wirtschaftsbericht - Geschäftsverlauf 2016

Anlässlich der 63. Aufsichtsratssitzung am 27. April 2016 empfiehlt der Aufsichtsrat der Gesellschafterversammlung, den Prüfbericht mit Lagebericht und PCG Bericht für das Jahr 2015 entgegenzunehmen und den Jahresabschluss 2015 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 89.442,92 € festzustellen und auf neue Rechnung vorzutragen.

Bei der 64. Aufsichtsratssitzung am 13. Juli 2016 ging es auch um die Genehmigung der Beschlussfassung im Briefumlaufverfahren zur Anstellung des neuen Geschäftsführers Jan Hagge und um die Vorstellung des überarbeiteten Budgets für das Jahr 2016.

Die 65. Aufsichtsratssitzung am 28. September 2016 fand gemeinsam mit dem Beirat statt und diente vorwiegend dem gegenseitigen Kennenlernen.

In seiner 66. Aufsichtsratssitzung am 16. November 2016 genehmigt der Aufsichtsrat der TZK GmbH u.a. den Wirtschaftsplan 2017.

Zum Jahresende 2016 mieten 32 Unternehmen mit ca. 130 Mitarbeitern im TZK ein. Hinzu kommen noch 2 Räume für die Inkubatoren und 2 Räume (Großraumbüro) als Relaxraum und 2 Räume (Großraumbüro) als Kreativraum. Der Verwaltung stehen 4 Büros zur Verfügung.

Die Einrichtung sowohl des Relaxraums als auch des Kreativraums wurde begonnen und soll im aktuellen Jahr beendet werden. Dann werden diese Räume den Mietern im TZK zur Verfügung stehen. Die hier verwendeten Gelder waren im Budget 2016 eingestellt.

Darüber hinaus wurde die Versorgung der allen Mietern zur Verfügung stehenden Räume mit WLAN fertig gestellt, sodass nun der Seminarraum, die Besprechungsräume und die Cafeteria mit kostenlosem WLAN ausgestattet sind. (Ein entsprechendes WLAN-Passwort kann man bei Verwaltung erfragen.)

Ebenfalls wurden in den genannten Räumen (außer der Cafeteria) hochwertige Präsentationsbildschirme installiert. Im Seminarraum wurde der vorhandene Beamer gegen einen hochwertigeren Beamer ausgetauscht:

Von den zur Vermietung zur Verfügung stehenden 110 Büros sind zum Geschäftsjahresende 2016 103 Büros belegt. Das entspricht einer Belegungsquote von ca. 94 %. Im Laufe des Jahres 2016 sind 5 Firmen ins TZK eingezogen (davon 4 Firmen als Existenzgründer), 8 Firmen sind ausgezogen.

Im Jahr 2016 gab es zahlreiche öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen im TZK, die zum einen den Bekanntheitsgrad des TechnologieZentrums Koblenz steigern und zum anderen der Information für Existenzgründer dienen sollen:

- 02.03.2016 **Marktforschung** mit einfachen Mitteln, vorgestellt von Günter Funk
- 23.03.2016 **Beratertag** mit Stefan Wings, Beratungsbüro Wirtschaft GmbH, Lahnstein
- 13.04.2016 Vortrag von RA Elmar Kloss über **Urheber- Marken- und Designrecht**
- 07.07.2016 Besuch von Studenten des **Welcome-Centers der Uni** im TZK
- 11.08.2016 **Gründertreff** mit Minister Dr. Volker Wissing im TZK.
- 10.11.2016 Vorstellung eines Projekts der Firma **Tutorize** zur besseren **Vernetzung und Förderung des Wissenstransfers** von Unternehmen vor Firmen des TZK
- 14.11.2016 Infoveranstaltung der Business-Angels RLP im TZK zum Thema **„Alternative Finanzierungsformen“** mit Grußwort von Minister Dr. Volker
- 16.11.2016 gemeinsamer **Imbiss mit Mietern und Mietgliedern des Aufsichtsrats** im TZK
- 22.11.2016 workshop **„sustainable business canvas“** (Geschäftsmodelle nachhaltig gestalten) im TZK
- 23.11.2016 **Informationsveranstaltung** zum Thema „Urheber- und Markenrecht“ mit RA. Elmar Kloss
- 22.12.2016 **Weihnachtsparty der Mieter** im TZK

Darüber hinaus war die TZK GmbH auf zahlreichen Veranstaltungen vertreten wie z.B.

- 29. 04 bis 30.04.2016 **IT2KO, Stand bei der** IT-Messe in der Rhein-Mosel Halle,
- 10.09.2016 **Vorstellung des TZK bei einer Infoveranstaltung der „Jungen Liberalen**, Adaccio, Koblenz
- 21.09.2016 **Stand des TZK bei der Gründungsveranstaltung der Wirtschafts- und Wissenschaftsallianz**
- 30.09.2016 Teilnahme an der Preisverleihung des **„Regionalen Gründerpreises“** der Sparkasse Koblenz
- 12.11.2016 **Existenzgründertag der IHK** mit Stand des TZK

Insgesamt war der Geschäftsverlauf im Jahr 2016 geregelt und verlief ohne besondere Vorkommnisse. Der Wechsel in der Geschäftsführung verlief reibungslos und geregelt.

Der Schlussverwendungsnachweis für die Neubaumaßnahme TZK ist seitens der ISB geprüft und hat abschließend eine Zinsforderung wegen überzahlter Zuschüsse in Höhe von 22.152,88 € und nicht fristgerechter Verwendung der Zuschüssen in Höhe von 17.512,76 € ergeben. Diese Beträge wurden mit der im Voraus geschätzten Überzahlung der Fördergelder, die bereits zurück gezahlt wurden, verrechnet.

Damit ist die Neubaumaßnahme mit der Standortverlagerung des TZK von Maria Trost in die Universitätsstraße abgeschlossen.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz (in €)	2015	2016
A. Anlagevermögen	403.996,65	439.216,65
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	737,00	0,50
II. Sachanlagen	357.029,65	392.986,15
III. Finanzanlagen	46.230,00	46.230,00
B. Umlaufvermögen	768.713,03	755.763,08
I. Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	28.094,55	20.881,30
II. Kassenbestand	740.618,48	734.881,78
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.446,66	3.073,61
Bilanzsumme	1.174.156,34	1.198.053,34
A. Eigenkapital	1.090.855,28	1.109.513,36
I. Gez. Kapital	868.900,00	868.900,00
II. Kapitalrücklage	70.234,60	70.234,60
III. Verlustvortrag/Gewinnvortrag	62.277,76	151.720,68
IV. Jahresüberschuss	89.442,92	18.658,08
B. Rückstellungen	43.884,00	43.122,00
C. Verbindlichkeiten	39.417,06	45.417,98
Bilanzsumme	1.174.156,34	1.198.053,34

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV (in €)	2015	2016
Umsatzerlöse	480.833,17	479.449,40
sonstige Erträge	11.343,35	10.749,71
Materialaufwand	146.247,14	138.882,60
a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	64.110,37	59.342,26
b) sonstige bezogene Aufwendungen	82.136,77	79.540,34
Personalaufwand	112.566,41	102.373,70
Abschreibungen	30.913,74	32.988,07
sonstige betr. Aufwendungen	114.391,51	158.687,83
Erträge aus Wertpapieren u. Ausleihg. Finanzverm.	900,00	1.000,00
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	4.074,68	221,44
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	524,34	39.665,64
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-0,62	-0,37
Ergebnis nach Steuern	92.508,68	18.823,08
sonstige Steuern	3.065,76	165,00
Jahresüberschuss	89.442,92	18.658,08

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

<u>Rentabilität</u>		2015	2016
<i>Eigenkapitalrentabilität</i>	%	8,2	1,7
<i>Gesamtrentabilität</i>	%	7,7	4,9

		2015	2016
<i>Umsatz pro Mitarbeiter</i>	T€	120,2	119,9

Vermögensaufbau

		2015	2016
<i>Anlagenintensität</i>	%	34,4	36,7
<i>Intensität des Umlaufvermögens</i>	%	65,6	63,3

Anlagenfinanzierung

		2015	2016
<i>Anlagendeckung I</i>	%	270,0	252,6
<i>Anlagendeckung II</i>	%	270,0	252,6

Kapitalausstattung

		2015	2016
<i>Eigenkapitalquote</i>	%	892,9	92,6
<i>Fremdkapitalquote</i>	%	7,1	7,4

Liquidität

		2015	2016
<i>Liquiditätsgrad</i>	%	924,5	857,1

Lage des Unternehmens

Ertragslage und Leistungsindikatoren

Die Gesellschaft weist für 2016 einen Jahresüberschuss in Höhe von T€ 19 aus, der sich wie folgt errechnet:

	2016	2015
	T€	T€
Umsatzerlöse	479	481
Sonstige Erträge	1	2
Betriebsaufwendungen	429	403
Operatives Ergebnis	51	80
Periodenfremdes Ergebnis	-32	9
Unternehmensergebnis vor Zinsen u. Ertragssteuern	19	89
Finanzergebnis	0	4
Sonstige Steuern	0	3
Ertragsteuern	0	0
Jahresergebnis	19	90

Vermögens- und Finanzlage

	2016	2015
	T€	T€
Anlagevermögen	439	404
Umlaufvermögen, RAP	759	770
Aktiva	1.198	1.174
Eigenkapital	1.110	1.091
Mittel- und kurzfristiges Fremdkapital	88	83
Passiva	1.198	1.174

Die Entwicklung der Vermögenslage stellt sich wie folgt dar:

Die Anlagenintensität beläuft sich zum 31. Dezember 2016 auf 37 % und hat sich gegenüber dem Vorjahr (34 %) erhöht. Das langfristige Anlagevermögen ist durch Eigenkapital finanziert.

Der Finanzmittelbestand beträgt am 31. Dezember 2016 insgesamt T€ 735 und hat sich wie folgt entwickelt:

	T€
Stand am 01.01.2016	741
Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit	62
Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	68
Stand am 31.12.2016	735

Prognose- und Risikobericht

a) Prognosebericht

Die Geschäftsführung ist zuversichtlich, trotz des Auszug eines Großmieters, der Firma Ari fleet GmbH, im Frühjahr 2017 die Belegungsquote des TZK auf hohem Niveau halten zu können, wenn die Entwicklung aller Firmen im TZK weiterhin positiv bleibt und die Nachfrage nach Büroräumen durch Existenzgründer anhält.

Aufgrund der aktuellen Wirtschaftslage entwickeln sich die im TZK einmietenden Firmen gut. Infolgedessen hofft die Geschäftsführung, weiterhin ein positives oder zumindest ausgeglichenes Jahresergebnis erzielen zu können. Die Nachfrage nach Bürofläche für reine Existenzgründer im Jahr 2016 ist im Vergleich zum Vorjahr leicht angestiegen.

b) Risikobericht

Die Geschäftsführung sieht die TZK GmbH auf einem guten Weg und erkennt zurzeit keine unmittelbaren Risiken oder Gefahren.

Nachdem in 2016 der Wechsel in der Geschäftsführung ohne besondere Vorkommnisse vollzogen wurde, steht für die 2. Jahreshälfte 2017 eine personelle Umstrukturierung an. Diese ist notwendig, um die Geschäftsführung zu entlasten und das Ausscheiden der derzeitigen Assistentin der Geschäftsführung zum Jahresanfang 2019 rechtzeitig zu kompensieren.

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass im Geschäftsjahr 2017 der TZK GmbH wiederum ein Jahresüberschuss erzielt werden kann.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Grundsteuer: 19.224,37 €

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2016

Vergütung für Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung:	1,9 T€
Vergütung Beirat:	1,8 T€

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Absatz 1 GemO.

Stadtverwaltung Koblenz Beteiligungsbericht 2017



Verkehrsverbund Rhein-Mosel GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

21. Dezember 1995; Gesellschaftsvertrag zuletzt geändert am 18. Mai 2015

Stammkapital am 31.12.2016

27.609,76 €

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft dient der gemeinsamen Planung und Gestaltung des regionalen öffentlichen Personenverkehrsverbund Rhein-Mosel. Sie erstellt den Nahverkehrsplan gemäß § 8 des Landesgesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Rheinland-Pfalz (NVG) vom 01. Januar 1996, berät die Gesellschafter und koordiniert die Schnittstellen mit dem Schienenpersonennahverkehr (SPNV), den lokalen Verkehren und dem Individualverkehr. Sie nimmt insbesondere folgende Aufgaben wahr:

- Verkehrsplanung, Verkehrskonzeption und technische Standards
- Rahmenplanung für Angebote
- Koordination und Organisation des regionalen öffentlichen Personennahverkehrs
- Verbundtarif, tarifliche Zusammenarbeit und Beförderungsbedingungen
- Marketing, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, Fahrgastinformation
- Vertriebssystem
- Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen
- verbundbezogene Untersuchungen
- mittelfristige Verbundplanung

Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesellschaft sind beteiligt:

Stadt Koblenz	3.067,76 €	11,11 %
Landkreis Ahrweiler	3.067,75 €	11,11 %
Landkreis Altenkirchen	3.067,75 €	11,11 %
Landkreis Cochem-Zell	3.067,75 €	11,11 %
Landkreis Mayen-Koblenz	3.067,75 €	11,11 %
Landkreis Neuwied	3.067,75 €	11,11 %
Rhein-Hunsrück-Kreis	3.067,75 €	11,11 %
Rhein-Lahn-Kreis	3.067,75 €	11,11 %
Westerwaldkreis	3.067,75 €	11,11 %

Besetzung der Organe am 31.12.2016

Gesellschafterversammlung

Jeder Gesellschafter entsendet einen Vertreter in die Gesellschafterversammlung:

Landkreis Mayen-Koblenz:	Landrat Dr. Alexander Saftig - Vorsitzender –
Rhein-Lahn-Kreis:	Landrat Frank Puchtler - stellvertretender Vorsitzender -
Rhein-Hunsrück-Kreis:	Landrat Dr. Marlon Bröhr
Stadt Koblenz:	Beigeordneter Martin Prümm (bis 30.08.2016)
	Beigeordneter Bert Flöck (ab 01.09.2016)
Landkreis Ahrweiler:	Landrat Dr. Jürgen Pföhler
Landkreis Altenkirchen:	Landrat Michael Lieber
Landkreis Cochem-Zell:	Landrat Manfred Schnur
Landkreis Neuwied:	Erster Kreisbeigeordneter Achim Hallerbach
Westerwaldkreis:	Landrat Achim Schwickert

Aufsichtsrat

Gemäß Gesellschafterbeschluss vom 19.05.1998 soll vorerst noch kein Aufsichtsrat berufen werden.

Geschäftsführung

Stephan Pauly

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell des Unternehmens

Die VRM GmbH ist Dienstleister für ein modernes Mobilitätsangebot in der Region „Nördliches Rheinland-Pfalz“. In Rheinland-Pfalz sind die Landkreise und kreisfreien Städte per Nahverkehrsgesetz des Landes als Aufgabenträger im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) definiert. Nach § 5 des Nahverkehrsgesetzes (NVG) sind sie im Rahmen einer freiwilligen Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung zuständig für die Ausgestaltung der Verkehrsbedienung. Die Landkreise und kreisfreien Städte nehmen diese Aufgaben im

Rahmen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit wahr. Um einen attraktiven ÖPNV in der Region anzubieten, haben sich die Aufgabenträger zusammengeschlossen und zum 1. Januar 2002 einen einheitlichen Verbundtarif auf dem Gebiet des Verkehrsverbundes Rhein-Mosel (VRM) eingeführt. Vorausgegangen waren der Einführung des Gemeinschaftstarifs im VRM jahrelange Vorbereitungen, die auf die Gründung der VRM GmbH als Verbundvorbereitungsgesellschaft am 21. Dezember 1995 zurückgehen. Der lange Vorlauf verdeutlicht die großen planerischen und konzeptionellen Herausforderungen, neun Aufgabenträger und über 40 Verkehrsunternehmen unter einem gemeinsamen Dach zu vereinen.

Aufgabe des VRM ist es, eine ausgeglichene Balance zwischen flächendeckender Mobilität und bezahlbaren Fahrpreisen für die Fahrgäste sowie wirtschaftliche Einnahmen für die Verkehrsunternehmen zu finden. Daher untersucht der Verbund jährlich sein Angebot sowie die interne und externe Preisentwicklung. Nachdem aufgrund der allgemeinen Kostenentwicklung im Jahr 2014 eine moderate Erhöhung des Verbundtarifs um durchschnittlich 2,7% vorgenommen wurde und zum 01.01.2015 keine weitere Tarifierhöhung erfolgte, beschlossen die kommunalen Aufgabenträger in Anwendung der zum 19.12.2014 novellierten „Allgemeinen Vorschrift über einen einheitlichen Verbundtarif im Verkehrsverbund Rhein-Mosel (VRM)“ zur Stabilisierung des Preisgefüges und zur Kundenbindung im VRM zum 01.01.16 eine geringe Tarifierhöhung um 1,4% vorzunehmen.

Forschung und Entwicklung

Gegenstand der Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten der VRM GmbH ist die Entwicklung innovativer und kundenfreundlicher Tarifbestandteile im Fahrausweissortiment des VRM.

Das seit Ende 2012 in gemeinsamer Zusammenarbeit mit dem Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur, dem Zweckverband SPNV Rheinland-Pfalz Nord und dem Verkehrsverbund Region Trier bei dem Ingenieurbüro IGDB (Dreieich/Taunus) beauftragte „ÖPNV-Konzept Rheinland-Pfalz Nord“, wurde im Jahr 2016 im Rahmen weiterer Wettbewerbsverfahren fortgeführt. Das Konzept selbst und die damit verbundenen Planungsvorgaben wurden teilweise bereits Ende des Jahres 2015 umgesetzt. So wurde durch die Verbandsversammlung des Zweckverbandes SPNV Nord (ZV) im Dezember 2015 das „Regiolinien-Konzept“ des ZV als integrativer Bestandteil des ÖPNV-Konzept Rheinland-Pfalz Nord“ beschlossen. Zukünftig können somit Regiolinien im Sinne des rheinland-pfälzischen Nahverkehrsgesetzes (NVG) nur noch dann umgesetzt werden, wenn sie in ein sog. „Linienbündel“ im Rahmen der jeweiligen Vergabeverfahren eingebunden sind.

Des Weiteren hat die Umsetzungsphase des „ÖPNV-Konzeptes Rheinland-Pfalz Nord“ innerhalb des VRM mit der erfolgreichen Ausschreibung und der Betriebsaufnahme in den beiden Linienbündeln „Loreley“ und „Blaues Ländchen“ im Rhein-Lahn-Kreis zum Fahrplanwechsel am 15.12.2015 bereits begonnen. In intensiver Zusammenarbeit mit der Kreisverwaltung des Rhein-Lahn-Kreises wurden im Jahr 2015 in Folge der entsprechenden Vorabbekanntmachungen die beiden Ausschreibungsverfahren vorbereitet, abgestimmt und nach Veröffentlichung im EU-Amtsblatt durchgeführt. Als weitere Wettbewerbsverfahren seien hierbei die zum 11.12.2016 umgesetzten bzw. abgeschlossenen Ausschreibungsverfahren für die Bündel „Bad Ems-Nassau“ und „Diez“ genannt, die im ersten Fall von der Fa. Martin Becker GmbH & Co. KG und im zweiten Fall von der Rhein-Mosel Busgesellschaft gewonnen wurden. Weitere erfolgreich umgesetzte Linienbündel sind u. a. das „Linienbündel Maifeld“ sowie „Stadtverkehr Bendorf“ im Landkreis Mayen-Koblenz.

Ein wesentlicher und sehr bedeutender Schritt für die weitere Entwicklung des VRM war der wegweisende und in die Zukunft gerichtete Beschluss im Kreistag des Westerwaldkreises am 08.07.2016, den VRM-Tarif ab dem 01.01.2017 auch im Westerwaldkreis flächendeckend einzuführen. Damit ging eine 6 ½ jährige Planungsphase zu Ende, die durch

einen entsprechenden Kreistagsbeschluss im Dezember des Jahres 2010 angeregt und initiiert wurde. Zugleich mündete das Ende des politischen Abstimmungsprozesses in einer fünf Monate umfassenden Vorbereitungs- und Einführungsphase des Tarifs ein, an der auch 12 Verkehrsunternehmen im Kreisgebiet sowie die Unternehmensgesellschaft UVRM GmbH zu beteiligen war. Der Landkreis hatte u. a. für die Einführungs- und Startkampagne 194.565,- € zur Verfügung gestellt, zu denen zusätzlich 80.000,- € für die Förderung der Fahrscheindrucker im Kreisgebiet bereitgestellt wurden. Beide Förderprojekte waren als Maßnahmenpaket für die Bekanntmachung und den erforderlichen Vertrieb des VRM-Tarifs im Westerwaldkreis vorgesehen.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz (in €)	2015	2016
A. Anlagevermögen	42.979,00	60.183,07
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	21.997,00	11.140,00
II. Sachanlagen	20.982,00	49.043,07
B. Umlaufvermögen	1.224.058,12	683.836,92
I. Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	135.097,29	181.802,46
II. Kassenbestand	1.088.960,83	502.034,46
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	1.267.037,12	744.019,99
A. Eigenkapital	27.609,76	27.609,76
I. Gez. Kapital	27.609,76	27.609,76
II. Jahresüberschuss	0,00	0,00
B. Rückstellungen	406.900,08	25.540,00
C. Verbindlichkeiten	832.527,28	690.870,23
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	1.267.037,12	744.019,99

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV (in €)	2015	2016
Umsatzerlöse/Ausgleichszahlungen an Verkehrsunternehmen	1.796.419,67	2.035.995,47
sonstige betriebliche Erträge	2.252,00	0,00
Sachaufwand	632.667,71	779.104,41
Personalaufwand	807.663,71	876.807,04
a) Löhne und Gehälter	665.891,60	717.625,74
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	141.772,11	159.181,30
Abschreibungen	27.225,69	27.338,12
sonstige betr. Aufwendungen	331.230,49	352.607,68
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	362,54	121,85
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	246,61	260,07
Ergebnis nach Steuern	0,00	0,00
sonstige Steuern	0,00	0,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00

Bilanzkennzahlen**Ertragslage**

<u>Rentabilität</u>		2015	2016
Eigenkapitalrentabilität	%	--	---
Gesamtrentabilität	%	--	---

		2015	2016
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	---	--

Vermögensaufbau

		2015	2016
Anlagenintensität	%	3,4	8,1
Intensität des Umlaufvermögens	%	96,6	91,9

Anlagenfinanzierung

		2015	2016
Anlagendeckung I	%	64,2	45,9
Anlagendeckung II	%	64,2	45,9

Kapitalausstattung

		2015	2016
Eigenkapitalquote	%	2,2	3,7
Fremdkapitalquote	%	97,8	96,3

Liquidität

		2015	2016
Liquiditätsgrad	%	98,8	95,5

Lage des Unternehmens**Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen**

Im VRM-Tarifgebiet lebten im Jahr 2016 rd. 1 Mio. Einwohner. Im Jahr 2015 war ein weiteres Bevölkerungswachstum in der Stadt Koblenz zu verzeichnen. Dies gilt voraussichtlich bzw. ausweislich der neuesten statistischen Daten auch im Gesamtverbundgebiet 2016. In diesem Zusammenhang ist dennoch eine weitere Abschwächung der Schülerzahlen zu

dokumentieren. Gleichzeitig stieg die Zahl der Erwerbstätigen im Vergleich zu den Vorjahren jedoch erneut leicht an. Die Pkw-Verkehrsleistungen haben aufgrund des bereits zuvor konstatierten deutlichen Absinkens der Rohöl- und Treibstoffpreise im Vergleich zu den Vorjahren erneut zugenommen. Dies spiegelt sich auch in der Bestandszunahme der Pkw-Zahlen im Verbundraum wider. Folglich ist die Pkw-Dichte damit im Gesamtverbundraum auch 2016 weiter angestiegen.

Trotz des erneuten Rückgangs der Fahrschülerzahlen von rd. 2% (Schülerjahreskarten) konnte im Jahr 2016 mit rund 4,3% das stärkste Wachstum der Fahrausweiserlöse im ÖPNV des VRM seit Einführung des VRM-Tarifs im Jahr 2002 verzeichnet werden. Die Erlösentwicklung im VRM kann damit für das Jahr 2016 als „hervorragend“ bezeichnet werden.

Der enorme Erlöszuwachs wurde vor allem durch die Einführung des verbundweit gültigen VRM-Semestertickets zum Wintersemester 2016/17 erzielt. Den Studierendenvertretungen, respektive dem Studierendenwerk der Hochschulen in Koblenz, waren zuvor im Sommer des Jahres 2015 zwei Angebote für ein einerseits nur das Stadtgebiet von Koblenz umfassenden und andererseits seitens der VRM GmbH ein zweites auf das Gesamtgebiet des VRM bezogenes Angebot zur Einführung eines Semestertickets vorgelegt worden. Im Rahmen eines aufwendigen und repräsentativen Evaluierungsverfahrens hatten sich die Studierenden für die Annahme des VRM-Angebotes mit großer Mehrheit entschieden.

Die Verwirklichung des verbundweit gültigen VRM-Semestertickets entsprach darüber hinaus auch den verkehrspolitischen Zielen und vielfach geäußerten Wünschen der Aufgabenträger und Gesellschafter der VRM GmbH.

Die endgültigen Daten zur Nachfrage- und Verkehrsentwicklung im VRM werden für das Jahr 2016 im Rahmen der sog. „13. Erlösmeldung“ voraussichtlich im Sommer des Jahres 2017 abschließend vorliegen.

Geschäftsverlauf

Das konjunkturelle Umfeld für den Öffentlichen Personennahverkehr hat sich hinsichtlich der Rahmenbedingungen für den Wettbewerb zwischen MIV und ÖPNV einerseits durch den Rückgang der Schülerzahlen sowie andererseits durch das weiterhin und fortgesetzte niedrige Niveau der Energie- und Kraftstoffpreise erneut verschlechtert. Dies spiegelt sich im Jahresgang auch in verschiedenen Segmenten des Fahrausweissortimentes im VRM wider:

Die Stückzahlen der Schulwegkostenträger-Fahrausweise sind zum Anfang des Schuljahres 16/17 im September 2016 auf einen neuen Tiefstand von 47.701 veräußerten Fahrausweisen abgesunken. In absoluten Zahlen bedeutet dies im Vergleich zum Anfang des Schuljahres 2014/15 im September 2015 einen Rückgang von 48.932 auf 47.701 verkaufte Fahrausweise. Es ist davon auszugehen, dass sich dieser Negativtrend auch in den kommenden 5 Jahren ungebrochen fortsetzen wird!

Die Zahl der veräußerten Schülermonatskarten (Selbstzahler) verzeichnete im Vergleichszeitraum Schuljahr 2014/15 und im Schuljahr 2015/16 mit einem Durchschnittswert um 1.200 veräußerten Fahrkarten je Monat eine Stagnation (2015: 1.199 und 2016: 1.186)!

Die Absatzzahlen der Schülermonatskarten im Abo haben sich erstmals dem vorgenannten Trend angepasst. Zu Beginn des Schuljahres 2015/16 wurden rund 9.200 Schülermonatskarten im Abo veräußert. Im Jahresvergleich 2015/16 wurde im Bereich der Schülermonatskarte im Abo ein leichter Verlust von 221 Stück bzw. 2,3% verzeichnet (2015: 9.457; 2016: 9.236; dies entspricht einem Rückgang von 2,3%).

Mit rund 8.000 im Umlauf befindlichen Schüler-Plus-Tickets in den Jahren 2015 und 2016 ist in diesem Segment weiterhin eine Stagnation zu verzeichnen.

Eine genauere Aufschlüsselung wird hier erst nach Vorlage der abschließenden Jahresmeldung für das Jahr 2016 im Sommer des Jahres 2017 möglich sein.

Ungebrochen erfreulich ist der weitere Absatz bei den Stückzahlen des „60-Plus-Tickets im Abo“ sowie der jeweils monatlich ausgegebenen „60-Plus-Tickets“. Es konnten im Jahr 2016 für einzelne Monate im Berichtszeitraum Rekordzahlen bei der Veräußerung der jeweiligen Monatsabschnitte verzeichnet werden (60-Plus-Ticket 2015: 3.729, 2016: 4.018; +7,8%, 60-Plus-Ticket im Abo 2015: 13.662, 2016: 15.268; +11,7%).

Bei der Nutzung der auf Freizeitverkehre ausgerichteten Fahrausweise konnten erneut die positiven Effekte der im Jahr 2011 im Landkreis Cochem-Zell bzw. den 2014 im Landkreis Ahrweiler und 2015 im Landkreis Mayen-Koblenz neu eingeführten VRM-Gästetickets festgestellt werden. Infolge der verstärkten Inanspruchnahme dieser von den Beherbergungsbetrieben ausgegebenen Netzfahrscheine für den jeweiligen Landkreis gingen die Stückzahlen der veräußerten 3-Tages-Minigruppenkarte soweit zurück, so dass dieses Fahrausweissegment zum 01.01.2016 aus dem Sortiment der VRM-Fahrscheine entfernt wurde.

Allgemein kann darüber hinaus festgestellt werden, dass die Verkaufsrückgänge bei Einzelfahrscheinen gestoppt wurden und der bisherige, jahrelang andauernde Negativtrend in einen leichten Anstieg gewandelt werden konnte. In allen übrigen Segmentbereichen des ermäßigten Einzelfahrscheins, ganz besonders im Bereich des evm-E-Tickets, ist der langjährige Negativtrend mit einem Rückgang von -12,73% vom Jahr 2015 auf das Jahr 2016 ungebrochen.

Im Bereich der veräußerten Monatskarten konnte auch 2016 eine deutliche Zunahme verzeichnet werden. Sowohl hinsichtlich der durchschnittlichen Jahreswerte als auch für Einzelmonate im Jahr 2016 wurden Absatzzahlen auf einem Niveau realisiert, das Rekordwerte seit Einführung des VRM-Tarifs aufwies (2015: 24.820, 2016: 33.121; +33,4%)! Damit ist es auch 2016 gelungen, mehr und mehr Kunden dauerhaft in die Fahrausweissegmente der „Stammkunden“ zu integrieren.

Die tarifplanerischen Entscheidungen der in der VRM GmbH versammelten kommunalen Aufgabenträger im ÖPNV werden auch weiterhin zukunftsicher gestaltet. So haben sich die Gesellschafter der VRM GmbH per Kreistags- und Stadtratsbeschluss sowie per Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 20.05.2014 selbst dazu entschlossen, die zum 01.11.2013 weiterentwickelte und novellierte Allgemeine Vorschrift vom 03.12.2009 über einen einheitlichen Verbundtarif im Verkehrsverbund Rhein-Mosel rechtssicher zu gestalten. So wurde durch den Beschluss aller an der VRM GmbH teilnehmenden Gesellschafter und Aufgabenträger, zuletzt durch den Kreistag des Landkreises Cochem-Zell am 19.12.2014, die Einführung dreier Durchführungsvorschriften zur Allgemeinen Vorschrift entschieden, das Tarifgestaltungsrecht für sog. „bedarfsorientierte Verkehre im VRM“ sowie die Weiterentwicklung des VRM-Tarifs somit auf die Entscheidungsebene der kommunalen Aufgabenträger zu verlagern. Des Weiteren wurde durch eine der drei neuen Durchführungsvorschriften der Verkehrsverbund Rhein-Mosel GmbH die Verpflichtung zugewiesen, im Falle der Nichteinigung der Verkehrsunternehmen auf eine EU-rechtskonforme Einnahmenaufteilung im VRM diese zukünftig selbst vorzugeben.

Der VRM-Tarif ist nunmehr im Rahmen der Höchstattarif-Festsetzung gemäß der EU-VO 1370/2007 ein von allen Verkehrsunternehmen als obligatorischer und zwingend anzuwendender Nahverkehrstarif zu berücksichtigen.

Hinsichtlich der Umsetzung langjährig geplanter und vorbereiteter Tarifmaßnahmen im Jahr 2016 bzw. für das Jahr 2017 (Beitritt des Westerwaldkreises zum VRM-Tarif, Einführung eines verbundweit gültigen Semestertickets für die Hochschulen in Koblenz, Integration des in Hessen gelegenen Bahnhofs Limburg/Lahn an der Lahntalstrecke sowie der Beschluss zur Ausweitung des Gästetickets auf das Gesamtgebiet des VRM) kann das Jahr 2016 zweifelsfrei als das erfolgreichste Geschäftsjahr seit Einführung des VRM-Tarifs im Jahr 2002 bezeichnet werden.

Lage

Die Lage des Unternehmens VRM GmbH ist nach wie vor durch die konzeptionellen Tätigkeiten im Rahmen der Tarif-, Marketing- und Verkehrsplanung geprägt.

Ertragslage

Mit Blick auf die derzeitige Geschäftsentwicklung kann auch für das Geschäftsjahr 2016 davon ausgegangen werden, dass die im Rahmen der Gesellschafterversammlung vom 28.09.2015 beschlossenen finanziellen Rahmenbedingungen erneut planmäßig eingehalten werden. Die liquiden Mittel der VRM GmbH betrugen zum 31.12.2016 rd. 502 T€. Damit ist für das Geschäftsjahr 2017 eine ausreichende Liquidität in Aussicht gestellt. Kredit- und Bankbürgschaften wurden im Geschäfts- und Berichtsjahr 2016 nicht in Anspruch genommen bzw. eingegangen, so dass Darlehen, Tilgungen oder entsprechende Zinsdienste innerhalb des Geschäfts- und Berichtsjahres 2016 nicht anfielen.

Finanzlage

Die Finanzlage der VRM GmbH ist als sehr stabil zu bezeichnen. Das Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestanden zum 31.12.2016 nicht.

Verbindlichkeiten können stets innerhalb der vereinbarten Zahlungsziele beglichen werden.

Investitionstätigkeiten wurden im Rahmen des von den Gesellschaftern vorgegebenen Planumfanges abgewickelt und bezogen sich beinahe ausschließlich auf Bestandteile der Büroausstattung (inkl. EDV).

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten übersteigen die kurzfristigen Forderungen.

Die Liquiditätslage hat sich zum 31.12.2016 im Vergleich zum Berichtsjahr 2015 um T€ 587 aufgrund der erst in 2016 endgültig vertraglich geregelten Einnahmenaufteilung 2015 verschlechtert.

Vermögenslage

Die Vermögenslage der VRM GmbH hat sich gegenüber dem Vorjahr 2015 nicht verändert. Die Struktur des kurzfristig gebundenen Vermögens (Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern) ist aufgrund der Beschlüsse der Gesellschafterversammlung sowie den sich aus dem für das Jahr 2016 beschlossenen Wirtschaftsplan ergebenden Vorgaben unverändert geblieben.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Für die interne Unternehmensteuerung ist die Umsetzung der von den Gesellschaftern der VRM GmbH beschlossenen Bestandteile des Wirtschaftsplanes unerlässliche Voraussetzung.

Die VRM GmbH ist als Dachorganisation zur Planung und Durchführung für den Öffentlichen Personennahverkehr im Norden von Rheinland-Pfalz nicht auf die Erzielung von Umsatzrenditen ausgerichtet.

Die nicht auf Gewinne orientierte Geschäftstätigkeit der VRM GmbH findet durch die zuständigen Finanzbehörden in Form der umsatzsteuerbefreiten Zuwendungen der Gesellschafter (Zuschüsse für die reguläre Geschäftstätigkeit) ihren Niederschlag.

Vor diesem Hintergrund erfolgt an dieser Stelle auch ein Verzicht auf die Ausweisung einer Umsatzrendite, da die Gesellschaft ihr Geschäftsjahr per Definitionem mit einer „schwarzen Null“ abschließt.

Vor diesem Hintergrund kann die wirtschaftliche Lage der VRM GmbH als gut bezeichnet werden.

Nachtragsbericht

Es sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung im Verlaufe des Geschäftsjahres sowie am Ende desselbigem eingetreten. Das Geschäftsjahr 2016 war jedoch von den tiefgreifenden Auseinandersetzungen und Diskussionen der Verkehrsunternehmen untereinander um eine sachgerechte Fortschreibung der Einnahmenaufteilung für die Jahre 2016 und 2017 geprägt. Die zahlreichen und zum überwiegenden Teil sehr langwierigen, zeitaufwendigen, komplexen und schwierigen Verhandlungsrunden (teils mit Beteiligung der kommunalen Aufgabenträger) fanden ihr Ende am 26.02.2016, als die Verkehrsunternehmen evm verkehrs GmbH und KVG dann noch der Einnahmenaufteilung 2015/2016 durch Vertragsabschluss beitraten. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Lageberichtes waren zwei Verkehrsunternehmen im VRM der Einnahmenaufteilung 2017 nicht beigetreten.

Prognosebericht

Das Unternehmen VRM GmbH hat sich in den vergangenen Jahren seit der Etablierung des Bereiches „Verkehr und Wettbewerb“ im Jahr 2012 im Bereich der für die Gesellschafter der VRM GmbH erbrachten Planungsleistungen weiter profilieren können. Die von den Gesellschaftern in den Jahren 2013 gefassten Beschlüsse zur Einführung und Umsetzung sog. „Linienbündel“, die als unabdingbares Instrument der Verkehrsplanung weiterentwickelt wurden, sind zum Fahrplanwechsel am 15.12.2015 erstmals im Zuge der Durchführung europaweiter Wettbewerbsverfahren erfolgreich umgesetzt worden.

Die vorbereitenden Tätigkeiten zur Ausschreibung von Wettbewerbsverfahren und die damit verbundenen Beratungen der kommunalen Gremien aller Gesellschafter zur Durchführung von Ausschreibungs- und Wettbewerbsverfahren werden auch Zukünftig einen wesentlichen Anteil an den Geschäftsvorfällen innerhalb der VRM GmbH ausmachen. Damit hat sich das Tätigkeitsspektrum der Geschäftsstelle von den bereits etablierten Aufgabenbereichen „Tarif und Finanzen“ sowie „Marketing und Information“ weiterentwickelt und umfasst nunmehr alle wesentlichen Tätigkeitsfelder einer klassischen Verbundgesellschaft des Öffentlichen Personennahverkehrs.

Weitere für die Folgejahre 2017 und 2018 beschlossene Linienbündel in den Landkreisen Ahrweiler (2017), Rhein-Hunsrück (2018) und Altenkirchen (2018) werden derzeit auf der konzeptionellen Ebene durch die Geschäftsstelle der VRM GmbH vorbereitet.

Im Zusammenhang mit der vermehrten Ausschreibungstätigkeit und dem Abschluss weiterer Geschäftsbesorgungsverträge mit den Gesellschaftern der VRM GmbH haben die Gesellschafter der VRM GmbH am 29.09.2016 beschlossen, für die Geschäftsstelle in einem ersten Schritt ab dem Jahr 2017 die unbefristete Einstellung und Vollbeschäftigung weiterer sechs Mitarbeiter zu ermöglichen und über den zu diesem Zeitpunkt beschlossenen Wirtschafts- und Stellenplan für das Jahr 2017 abzusichern. Die Stufen 2 und 3 des

Personalkonzeptes sehen die Einstellung von bis zu vier weiteren Mitarbeitern für die Bereiche „Verkehrsplanung“, „Qualitätssysteme“ und „Erlössicherung“ vor. Das Land Rheinland-Pfalz hatte in einem Verhandlungsgespräch am 12.09.2017 im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau dieser Vorgehensweise zugestimmt, nachdem eine Einigung über den vorgelegten Stellenplan und dessen Finanzierung erzielt worden war.

Darüber hinaus sind keine wesentlichen Änderungen in der Geschäftspolitik geplant.

Die voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens VRM GmbH wird positiv beurteilt. Trotz weiterhin stark sinkender Rohöl- und Kraftstoffpreise sowie der auch zukünftig rückläufigen Schülerzahlen wird sich der Verkehrsmarkt für den Öffentlichen Personennahverkehr mittel- bis langfristig weiter positiv entwickeln. Dabei wird es im Wesentlichen zu einer deutlichen Veränderung der Finanzierungsstruktur des Öffentlichen Personennahverkehrs kommen. Mehr und mehr werden bislang durch die Verkehrsunternehmen eigenwirtschaftlich erbrachte Verkehrsleistungen durch gemeinwirtschaftlich finanzierte Angebote im ÖPNV abgelöst werden.

Voraussetzung hierfür ist die Bereitschaft der kommunalen Aufgabenträger im ÖPNV sowie des Landes Rheinland-Pfalz, entsprechende Finanzierungsinstrumente zur Verfügung zu stellen. Am Beispiel des Rhein-Lahn-Kreises und des Kreises Mayen-Koblenz wird deutlich, dass nur mittels der Bereitstellung eigener Haushaltsmittel auch eine flächendeckende Grundversorgung mit Angeboten des Öffentlichen Personennahverkehrs im ländlichen Raum sichergestellt werden kann.

Die Entscheidung des Kreistages des Landkreises Ahrweiler vom 31.03.2016, umfangreiche Verkehrsleistungen im Rahmen von zwei Linienbündeln dem Wettbewerb zuzuführen, ist erneut als strukturpolitische Maßnahme zur Aufwertung des ländlichen Raumes zu verstehen. Mit Blick auf die sich weiter reduzierenden Schülerverkehre werden dem Öffentlichen Personennahverkehr im ländlichen Raum weiterhin Gelder entzogen, so dass nur mittels Zuwendung der Öffentlichen Hand Leistungsangebote im ÖPNV auch weiterhin flächendeckend sichergestellt werden können. Hierzu soll u. a. auch das bereits erwähnte „ÖPNV-Konzept Rheinland-Pfalz Nord“ beitragen.

Chancen- und Risikobericht

Die VRM GmbH hat ausschließlich öffentliche Auftraggeber und Gesellschafter, die dem Grundsatz nach als solvent und zahlungsfähig zu betrachten sind. Risiken bestehen hinsichtlich der Finanzierung des ÖPNV innerhalb des VRM in erster Linie in den von Bund und Ländern, respektive dem in Rheinland-Pfalz, gestalteten Finanzierungsrahmen. Das Risikomanagement der VRM GmbH basiert auf einem monatlichen Berichtswesen, das wesentliche Kennzahlen beinhaltet und die Planzahlen des Unternehmens quartalsmäßig den Ist-Zahlen gegenüberstellt. Dazu gehören auch die Aufwandszahlen einzelner Projekte. Die Abweichungsanalyse dient der Geschäftsführung als Instrument der Unternehmenssteuerung.

Mit Blick auf die seit Jahren kontinuierlich und von den Gesellschaftern bewusst gewünschte Reduzierung der Rücklagen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern wurde im Berichtsjahr 2016 die bereits im Jahr 2011 eingeführte Intensivierung der Liquiditätskontrolle lückenlos fortgesetzt.

Regelmäßige Soll-Ist-Gespräche mit den Verantwortlichen zur Umsatz- und Kostenentwicklung ermöglichen der Geschäftsführung und der Gesellschafterversammlung, über diese Entwicklung einen regelmäßigen und vollständigen Bericht zu geben, zu informieren und gegebenenfalls notwendige Maßnahmen einzuleiten bzw. im erforderlichen Fall entsprechend entgegen zu steuern. Um sicherzustellen, dass die vorhandene Liquidität

ausreicht, wird die Entwicklung der verfügbaren liquiden Mittel regelmäßig überwacht. Risiken im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung sind vor dem Hintergrund der durch das Land Rheinland-Pfalz und der Gesellschafter vereinbarten Finanzierungsregelung vom 30.11.2001 nach Auffassung der Geschäftsführung derzeit nicht ersichtlich.

Die VRM GmbH konnte vor dem Hintergrund der angespannten Situation der Haushalte ihrer Gesellschafter im Rahmen der Wirtschaftsplandiskussion für das Jahr 2017 erreichen, dass die Gesellschafterbeiträge gegenüber 2016 je nach Betroffenheit von der Integrationsmaßnahme Westerwaldkreis konstant bleiben.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen Forderungen, Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern und (im geringfügigeren Maße) Guthaben bei Kreditinstituten.

Die VRM GmbH verfügt über solvente Gesellschafter, mit denen eine langjährige Zusammenarbeit besteht.

Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt.

Die VRM GmbH bedient sich keiner Lieferanten-Kredite, keiner Wertpapiergeschäfte und keiner Kreditlinien der Hausbank.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der GmbH ist die Sicherung des Unternehmenserfolges gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Beim Management der Finanzposition verfolgt das Unternehmen eine konservative Risikopolitik.

Bericht über Zweigniederlassungen

Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Verbundumlage (inkl. Fähre und Schrägaufzug Ehrenbreitstein):	234,5 T€
Gewerbsteuer 2016:	128,00 €
Gewerbsteuer-Nachzahlung:	100,00 €

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2016

Die Gesellschafterversammlung erhält keine Bezüge.

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Absatz 1 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2017**



Ehrenbreitsteiner Schrägaufzug GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

29. März 2011

Stammkapital am 31.12.2016

100.000,00 €

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines Schrägaufzugs von Koblenz-Ehrenbreitstein zur Festung Ehrenbreitstein zum Zwecke der öffentlichen Personenbeförderung.

Beteiligungsverhältnisse

Die Stadtwerke Koblenz GmbH ist Alleingesellschafterin.

Besetzung der Organe am 31.12.2016

Gesellschafterversammlung

Petra Ensel

Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Geschäftsführung
Albert Diehl

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell des Unternehmens

Aufgabe des Unternehmens ist der ganzjährige Betrieb des Schrägaufzuges in Koblenz-Ehrenbreitstein zum Zweck der öffentlichen Personenbeförderung. Der Schrägaufzug verbindet den Ortsteil Ehrenbreitstein mit der im Landesbesitz befindlichen Festung Ehrenbreitstein und dem Familien- und Jugendgästehaus der Jugendherberge Festung Ehrenbreitstein

Forschung und Entwicklung

Die Ehrenbreitsteiner Schrägaufzug GmbH betreibt keine eigene Forschung und Entwicklung.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Hier einige Daten des Schrägaufzuges.

Der Schrägaufzug wurde 2011 in Betrieb genommen

Aufzugskabine Typ „Twinliner“ kann 25 Personen befördern

Nutzlast der Aufzugskabine beträgt 1.875 kg

Horizontale Länge beträgt 245 m

Schräge Länge Fahrbahn 273 m

Schräge Länge Station 264 m

Höhenunterschied zwischen Tal- und Bergstation beträgt 94 m

Der Schrägaufzug ist die schnellste Verbindung zwischen dem Stadtteil Koblenz-Ehrenbreitstein und der Festung Ehrenbreitstein.

Geschäftsverlauf

In 2016 wurden 146 T€ (Vorjahr 126 T€) Umsatzerlöse erzielt. Es handelt sich hauptsächlich um Ticketverkauf für die Personenbeförderung, Zuschuss Verkehrsverbund, Erlöse aus der Auflösung von Zuschuss und Rechnungsabgrenzung. Der Materialaufwand ist hauptsächlich durch höhere Instandhaltungskosten gegenüber dem Vorjahr um 15 T€ gestiegen. Personalaufwand, Abschreibung und die sonstigen Aufwendungen liegen auf Vorjahresniveau.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

<i>Bilanz (in €)</i>	2015	2016
A. Anlagevermögen	1.415.367,00	1.364.396,00
I. Sachanlagen	1.415.367,00	1.364.396,00
B. Umlaufvermögen	160.644,20	189.549,67
I. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	7.112,90	22.394,88
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	1,55	0,00
III. Kassenbestand	153.529,75	167.154,79
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	1.576.011,20	1.553.945,67
A. Eigenkapital	1.081.660,94	1.084.386,40
I. Gez. Kapital	100.000,00	100.000,00
II. Kapitalrücklage	1.000.000,00	1.000.000,00
III. Verlustvortrag	-19.802,70	- 18.339,06
V. Jahresüberschuss	1.463,64	2.725,46
B. Sonderposten für Investitionen des Anlagevermögens	338.060,00	326.060,00
C. Rückstellungen	2.850,00	2.200,00
D. Verbindlichkeiten	16.768,26	17.777,77
E. Rechnungsabgrenzungsposten	136.672,00	123.521,50
Bilanzsumme	1.576.011,20	1.553.945,67

Gewinn- und Verlustrechnung

<i>GuV (in €)</i>	2015	2016
Umsatzerlöse	126.336,95	146.402,75
sonstige betriebliche Erträge	5.013,68	4.756,23
Materialaufwand	42.984,80	58.526,66
a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	14.793,91	17.918,12
b) Aufwendungen. f. bez. Leistungen	28.190,89	40.608,54
Personalaufwand	18.909,50	19.930,39
a) Löhne und Gehälter	14.535,00	15.300,00
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	4.374,50	4.630,39
Abschreibungen	50.971,00	50.971,00
sonstige betr. Aufwendungen	16.943,55	17.424,40
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	6,78	0,00
Sonst. Zinsen u. ähnliche. Aufwendungen	0,00	0,00
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	0,00	0,00
Ergebnis nach Steuern	1.548,56	4.306,53
sonstige Steuern	84,92	1.581,07
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.463,64	2.725,46

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

<u>Rentabilität</u>		2015	2016
<i>Eigenkapitalrentabilität</i>	%	0,1	0,3
<i>Gesamtrentabilität</i>	%	0,1	0,2

		2015	2016
<i>Umsatz pro Mitarbeiter</i>	T€	42,1	48,8

Vermögensaufbau

		2015	2016
<i>Anlagenintensität</i>	%	89,8	87,8
<i>Intensität des Umlaufvermögens</i>	%	10,2	12,2

Anlagenfinanzierung

		2015	2016
<i>Anlagendeckung I</i>	%	76,4	79,5
<i>Anlagendeckung II</i>	%	100,0	112,4

Kapitalausstattung

		2015	2016
<i>Eigenkapitalquote</i>	%	68,6	69,8
<i>Fremdkapitalquote</i>	%	31,4	30,2

Liquidität

		2015	2016
<i>Liquiditätsgrad</i>	%	818,9	948,8

Lage des Unternehmens

Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2016 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 2.725,46 € (Vorjahr 1.463,64 €).

Finanzlage

Das Eigenkapital beläuft sich zum 31.12.2016 auf 1.084 T€ (Vorjahr 1.082 T€). Die Eigenkapitalquote beträgt 69,8 % (Vorjahr 69,5 %).

Die Liquidität ist ausreichend. In 2016 konnte die Gesellschaft jederzeit fristgerecht ihre Zahlungsverpflichtungen erfüllen. Fremdmittel mussten nicht aufgenommen werden.

Vermögenslage

Das Vermögen der GmbH verminderte sich um 22 T€ und beträgt zum Bilanzstichtag 1.554 T€. Beim Anlagevermögen ist eine Senkung von 50 T€ zu verzeichnen und beim Umlaufvermögen eine Erhöhung von 28 T€.

Bericht über Zweigniederlassungen

Die Ehrenbreitsteiner Schrägaufzug GmbH unterhält keine Zweigniederlassungen.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft wird wie in 2016 auch in den Folgejahren durch die Einnahmen aus der Personenförderung geprägt sein. Das Geschäftsjahr 2017 wird aus heutiger Sicht mit einem geringen Jahresüberschuss abschließen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

Durch das bestehende Controlling wird versucht sicherzustellen, dass die gesetzten Ziele erreicht werden.

Bestandsgefährdende Risiken werden nicht gesehen.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die Ehrenbreitsteiner Schrägaufzug GmbH tätigt keine derartigen Geschäfte.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Grundsteuer: 1.581,07 €

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2016

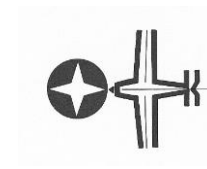
Die Gesellschafterversammlung erhält keine Bezüge.

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Abs. 1 GemO.

Stadtverwaltung Koblenz Beteiligungsbericht 2017



Flugplatz Koblenz-Winningen GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

05. November 1964; Gesellschaftsvertrag zuletzt geändert am 30.01.2014

Stammkapital am 31.12.2016

960.001,64 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens sind die Anlage und der Betrieb eines Verkehrslandeplatzes (Regionalflughafen) und Vornahme aller diesem Zweck unmittelbar förderlichen Geschäfte.

Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesellschaft sind beteiligt:

Stadtwerke Koblenz GmbH	611.505,09 €	63,70 %
Landkreis Mayen-Koblenz	302.787,05 €	31,54 %
Ortsgemeinde Winningen	15.338,76 €	1,60 %
Sparkasse Koblenz	7.669,38 €	0,80 %
Mittelrhein-Verlag GmbH	5.573,08 €	0,58 %
Egen GmbH & Co.KG	4.192,59 €	0,44 %
Rhein-Mosel-Flug GmbH & Co.KG	3.476,78 €	0,36 %
Rhenser Mineralbrunnen GmbH	3.067,75 €	0,32 %
Aero-Club Koblenz e.V.	2.812,11 €	0,29 %
Georg Bollerhey-Albersmann	2.812,11 €	0,29 %
Michael Bocklet	766,94 €	0,08 %

Besetzung der Organe am 31.12.2016

Gesellschafterversammlung

Es sind keine Sitze in der Gesellschafterversammlung vorgesehen. Es wird nach Geschäftsanteilen entschieden.

Aufsichtsrat

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Götting -Vorsitzender-
Landrat Dr. Alexander Saftig -stellvert. Vorsitzender-
Karl-Heinz Rosenbaum
Hermann-Josef Schmidt
Christoph Stoffel

Beirat

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig
Edith Hoernchen
Herbert Bocklet
Marion Lipinski-Naumann
Hans-Peter Ackermann
Christoph Stoffel
Klaus Frevel

Geschäftsführung

Petra Ensel
Henning Schröder

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Ergebnisabführungsvertrag

Mit Wirkung vom 1. Januar 1984 trat ein Ergebnisabführungsvertrag zwischen der Stadtwerke Koblenz GmbH und der Flugplatz Koblenz/Winningen Gesellschaft mit beschränkter Haftung zur Abführung ihres nach handelsrechtlichen Vorschriften ermittelten Jahresüberschusses in Kraft. Demgegenüber verpflichtete sich die Stadtwerke Koblenz GmbH zum Ausgleich von während der Vertragsdauer entstehenden Jahresfehlbeträgen. Die Flugplatz Koblenz/Winningen Gesellschaft mit beschränkter Haftung kann mit Zustimmung der Stadtwerke Koblenz GmbH Beträge aus dem Jahresüberschuss insoweit in die Rücklagen einstellen, als dies bei vernünftiger kaufmännischer Beurteilung wirtschaftlich begründet ist.

Personal- und Sozialbereich

Im Berichtsjahr beschäftigte die Gesellschaft 7 Angestellte. An Löhnen und Gehältern wurden 216.335,92 € gezahlt. Die sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung sowie für Unterstützung betrugen 58.633,56 €.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz (in €)	2015	2016
A. Anlagevermögen	1.898.906,89	1.840.327,92
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	4.494,00	5.019,00
II. Sachanlagen	1.894.412,89	1.835.308,92
B. Umlaufvermögen	320.571,24	421.592,35
I. Vorräte	17.034,38	13.719,25
II. Forderungen u. sonst. Verm.	107.217,04	70.184,55
III. Kassenbestand	196.243,75	337.688,55
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	2.219.478,13	2.261.920,27
A. Eigenkapital	1.543.650,01	1.617.713,14
I. Gez. Kapital	960.001,64	960.001,64
II. Gewinnrücklage	583.648,37	657.711,50
III. Jahresüberschuss	29.023,40	74.063,13
IV. Ergebnisverwendung	-29.023,40	-74.063,13
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	153.758,00	148.158,00
C. Rückstellungen	89.795,00	130.695,00
D. Verbindlichkeiten	430.478,15	363.557,16
E. Rechnungsabgrenzungsposten	1.796,97	1.796,97
Bilanzsumme	2.219.478,13	2.261.920,27

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV (in €)	2015	2016
Umsatzerlöse	631.973,73	640.893,05
sonstige Erträge	8.142,00	18.788,37
Materialaufwand	121.182,17	124.069,01
Personalaufwand	264.554,19	274.969,48
Abschreibungen	71.371,46	68.123,75
sonstige betr. Aufwendungen	78.993,98	71.442,08
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	13,59	0,00
Sonst. Zinsen u. ähnlich Aufwand	24.427,39	12.807,25
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	43.395,00	27.000,00
Ergebnis nach Steuern	36.205,13	81.269,85
sonstige Steuern	7.181,73	7.206,72
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	29.023,40	74.063,13

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

<u>Rentabilität</u>		2015	2016
Eigenkapitalrentabilität	%	1,7	4,2
Gesamtrentabilität	%	2,4	3,8

		2015	2016
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	90,3	91,6

Vermögensaufbau

		2015	2016
Anlagenintensität	%	85,6	81,4
Intensität des Umlaufvermögens	%	14,4	18,6

Anlagenfinanzierung

		2015	2016
Anlagendeckung I	%	89,4	96,0
Anlagendeckung II	%	95,6	102,4

Kapitalausstattung

		2015	2016
Eigenkapitalquote	%	76,5	78,1
Fremdkapitalquote	%	23,5	21,9

Liquidität

		2015	2016
Liquiditätsgrad	%	79,3	111,5

Lage des Unternehmens

Darstellung des Geschäftsverlaufs:

Die Flugplatz Koblenz-Winningen GmbH erwirtschaftet als eine der wenigen Betreibergesellschaften bereits seit Jahren Gewinne. Die Voraussetzungen für eine weitere positive Entwicklung werden auch durch die laufenden Verbesserungen hinsichtlich der Start- und Landebedingungen und der Infrastruktur geschaffen.

Darstellung der Lage

Das Geschäftsjahr 2016 schließt mit einem Jahresüberschuss von 74.063,13 € ab.

Das Bilanzvolumen beläuft sich zum 31.12.2016 auf 2.261.920,27 €. Das Verhältnis Eigenkapital (einschließlich Sonderposten) zu Gesamtkapital beträgt 78,07 % und ist somit anforderungsgerecht.

Die Liquidität ist ausreichend. In 2016 konnte die Gesellschaft jederzeit fristgerecht ihre Zahlungsverpflichtungen erfüllen.

Die Geschäftsführung wird der Gesellschafterversammlung vorschlagen, gemäß § 2 Abs. 2 des Ergebnisabführungsvertrages den Jahresgewinn der Gewinnrücklage zuzuführen.

Wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung

Hinweise auf wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung werden derzeit nicht gesehen. Das gleiche gilt für evtl. bestandsgefährdende Risiken.

Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die Umsatz- und Auftragsentwicklung wird auch für die Zukunft positiv eingestuft.

Bei planmäßigem Verlauf wird auch das Wirtschaftsjahr 2017 mit einem positiven Ergebnis, aber etwas geringer als 2016 abschließen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Keine

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2016

Die Gesellschafterversammlung erhält keine Bezüge.

Aufsichtsrat: 260,00 €

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Absatz 1 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2017**



Kraftwagen-Verkehr Koblenz GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

19. März 1925; Gesellschaftsvertrag zuletzt geändert am 01. Juni 2001

Stammkapital am 31.12.2016

200.000,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Güter- und Personenverkehrs durch Einrichtung von Kraftfahrlinien, durch entsprechende Straßenbauten und durch Maßnahmen aller Art, welche der Hebung und der Erleichterung des Güter- und Personenverkehrs im Interessengebiet zu dienen bestimmt sind.

Beteiligungsverhältnisse

Stadtwerke Koblenz GmbH	90.000,00 €	45,0 %
Landkreis Mayen-Koblenz	64.800,00 €	32,4 %
Energieversorgung Mittelrhein AG (evm)	45.200,00 €	22,6 %

Besetzung der Organe am 31.12.2016

Gesellschafterversammlung

Die Stadtwerke Koblenz GmbH und der Landkreis Mayen-Koblenz entsenden je zwei Vertreter, die evm AG einen Vertreter in die Gesellschafterversammlung.

Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Geschäftsführung

Bernd Wieczorek (bis 30. April 2016)
Wolfgang Hoffmann (bis 30. Juni 2016)
Susanne Püsch (ab 01.07.2016)
Jürgen Czielinski (ab 1. Mai 2016)

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell

Die Kraftwagen-Verkehr Koblenz GmbH (KVG) ist vornehmlich im Linienverkehr mit Kraftfahrzeugen nach § 42 sowie im Gelegenheitsverkehr nach § 46 PBefG tätig. Die Gesellschaft besitzt eine eigene Linienkonzession auf der Linie 301 zwischen Burgen (Macken) und Koblenz. Die Linienkonzession läuft bis 2024.

An der KVG sind die Stadtwerke Koblenz mit 45 Prozent, der Landkreis Mayen-Koblenz mit 32,4 Prozent und die Energieversorgung Mittelrhein AG mit 22,6 Prozent beteiligt. Die evm Verkehrs GmbH ist dienstleistend für die KVG tätig.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Es ist auch weiterhin notwendig, im VRM auf eine hinreichende, sachgerechte und dynamische Einnahmeaufteilung hinzuwirken, die künftig positive Leistungsanreize für den ÖPNV setzt.

Die Mehrzahl der Verkehrsunternehmen im Verkehrsverbund Rhein-Mosel hat sich an der Unternehmensgesellschaft VRM GmbH (UVRM GmbH) beteiligt mit dem Ziel, dass diese GmbH den VRM Unternehmensbeirat ersetzen und die Schnittstelle zum VRM bilden soll. Die Gesellschafter der UVRM GmbH vertreten die Meinung, dass der VRM Unternehmensbeirat zum 31.12.2016 aufgelöst sei.

Die VRM GmbH hat zu Beginn des Jahres 2017 bereits DTV/HV-Mittel an die UVRM GmbH ausbezahlt. Eine Auszahlung an die KVG erfolgte noch nicht.

Geschäftsverlauf

Im VRM wurden die Fahrpreise zum 1. Januar 2016 um 1,4% erhöht.

Die Fahrgastzahlen im Jahr 2016 beliefen sich auf rund 645 Tausend Beförderungsfälle. Die Betriebsleistung lag mit 416 Tausend Rechnungskilometer über dem Vorjahresniveau (392 Tausend Kilometer). Im Berichtszeitraum sank die Zahl der Beschäftigten stichtagsbezogen auf 4 Beschäftigte (2,4 Vollzeitäquivalente). Der eigene Busbestand lag stichtagsbezogen bei 8 Bussen (Vorjahr 8 Busse). Im Berichtszeitraum wurde ein Jahresfehlbetrag von 195 Tausend Euro (Vorjahr 100 Tausend Euro) erwirtschaftet.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs**Bilanz**

Bilanz (in €)	2015	2016
A. Anlagevermögen	578.314,62	808.084,57
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00
II. Sachanlagen	578.314,62	808.084,57
B. Umlaufvermögen	1.808.503,05	1.312.270,62
I. Forderungen u. sonst. Verm.	189.700,12	204.434,95
II. Kassenbestand	1.618.802,93	1.107.835,67
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	6.397,48
Bilanzsumme	2.386.817,67	2.126.752,67
A. Eigenkapital	1.657.067,65	1.462.498,67
I. Gez. Kapital	200.000,00	200.000,00
II. Kapitalrücklage	400.194,79	400.194,79
III. Gewinnrücklage	873.086,92	873.086,92
IV. Gewinnvortrag	283.949,80	183.785,94
V. Jahresfehlbetrag	-100.163,86	-194.568,98
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	15.300,00	15.300,00
C. Rückstellungen	506.675,00	502.542,00
D. Verbindlichkeiten	199.083,52	130.420,87
E. Rechnungsabgrenzungsposten	8.691,50	15.991,13
Bilanzsumme	2.386.817,67	2.126.752,67

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV (in €)	2015	2016
Umsatzerlöse	1.072.008,94	1.122.647,33
sonstige Erträge	11.177,32	42.476,16
Materialaufwand	803.803,22	984.450,67
a) Roh-,Hilfs- u. Betriebsstoffe	82.984,61	49.096,12
b) Aufw. f. bez. Leistungen	720.818,61	935.354,55
Personalaufwand	148.919,09	156.711,06
a) Löhne und Gehälter	127.098,20	122.534,53
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen	21.820,19	34.176,53
Abschreibungen	93.224,68	96.109,45
sonstige betr. Aufwendungen	94.764,63	108.463,43
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	1.568,26	355,72
Sonst. Zinsen u. ähnliche. Aufwendungen	55.108,76	13.707,85
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-10.902,00	-0,27
Ergebnis nach Steuern	-100.163,86	-193.962,98
sonstige Steuern	0,00	606,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-100.163,86	-194.568,98

Bilanzkennzahlen**Ertragslage**

<u>Rentabilität</u>		2015	2016
Eigenkapitalrentabilität	%	-6,0	-13,2
Gesamtrentabilität	%	-1,9	-8,5

		2015	2016
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	214,4	280,7

Vermögensaufbau

		2015	2016
Anlagenintensität	%	24,2	38,0
Intensität des Umlaufvermögens	%	75,8	62,0

Anlagenfinanzierung

		2015	2016
Anlagendeckung I	%	287,9	181,0
Anlagendeckung II	%	374,1	242,2

Kapitalausstattung

		2015	2016
Eigenkapitalquote	%	69,7	69,1
Fremdkapitalquote	%	30,3	30,9

Liquidität

		2015	2016
Liquiditätsgrad	%	839,5	896,3

Lage des Unternehmens**Ertragslage**

Mit 1,12 Millionen Euro wurden 0,5 Mio. Euro höhere Umsatzerlöse als im Vorjahr erwirtschaftet. Davon entfielen 812 Tausend Euro auf den Linienverkehr, 164 Tausend Euro auf Ausgleichsleistungen für den Schüler- beziehungsweise Schwerbehindertenverkehr und 147 Tausend Euro auf sonstige Umsatzerlöse.

Die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen um rund 31 Tausend Euro auf 42 Tausend Euro (Vorjahr 11 Tausend Euro).

Der Materialaufwand erhöhte sich um 181 Tausend Euro auf 984 Tausend Euro. Grund hierfür ist neben zusätzlichen Auftragnehmerleistungen der evm Verkehrs GmbH größere Schäden an den Bussen.

Bedingt durch eine Tarifierhöhung erhöhte sich der Personalaufwand gegenüber dem Vorjahr um rund 8 Tausend Euro auf 157 Tausend Euro.

Der sonstige betriebliche Aufwand stieg um 14 Tausend Euro.

Der Jahresfehlbetrag lag mit 195 Tausend Euro (2015: 100 Tausend Euro) um 95 Tausend Euro über dem Vorjahreswert.

Finanzlage

Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgte wie im Vorjahr aus eigenen Mitteln.

Das Eigenkapital betrug am Bilanzstichtag 1,5 Mio. Euro (2015: 1,7 Mio. Euro). Die Eigenkapitalquote beträgt 68,8 Prozent (Vorjahr 69,4 Prozent). Die Eigenkapitalrentabilität beträgt – 13,3 Prozent (Vorjahr -5,7 Prozent).

Die Rückstellungen verringerten sich um 4 Tausend Euro auf 503 Tausend Euro (2015: 507 Tausend Euro).

Die Verbindlichkeiten sanken insgesamt um 69 Tausend Euro auf 130 Tausend Euro (2015: 199 Tausend Euro).

Um 7 Tausend Euro auf 16 Tausend Euro erhöhten sich die Rechnungsabgrenzungsposten (2015: 9 Tausend Euro). Grund hierfür war die Auszahlung des Semesterticket-Anteils für das Wintersemester 2016/17 durch den Verkehrsverbund.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme verringerte sich um 260 Tausend Euro auf 2,13 Millionen Euro (2015: 2,39 Mio. Euro).

Der Buchwert des Anlagevermögens stieg um 230 Tausend Euro auf 808 Tausend Euro (2015: 578 Tausend Euro).

Das Umlaufvermögen sank um 496 Tausend Euro und betrug zum Stichtag 1,3 Mio. Euro.

Bericht über Zweigniederlassungen

Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

Prognosebericht

Die Einführung eines Preis-Kosten-Ausgleichs nach dem LAGV zum 1. Januar 2014 hat dem Linienverkehr der KVG erhebliche Erlöse entzogen.

In Anbetracht der Gesamtsituation ist die Sicherung der Eigenwirtschaftlichkeit mit zusätzlichen Kostensenkungsmaßnahmen und der kontinuierlichen Prüfung des Leistungsangebots verbunden. Die zukünftige Liquiditätssituation der Kraftwagen-Verkehr GmbH hängt auch von der noch zu vereinbarenden EAV-Übergangsregelung und dem danach einzuführenden Einnahmeaufteilungsverfahren ab.

Für das Jahr 2017 rechnet die Geschäftsführung erneut mit einem negativen Jahresergebnis.

Chancen- und Risikobericht

Risikobericht

Branchenspezifische Risiken

Die Aufgabenträger im VRM haben eine „Allgemeine Vorschrift“ im Sinne der EU-VO 1370/2007 (Artikel 3) nebst dreier ergänzenden Durchführungsvorschriften erlassen. Mit der Umsetzung obliegt die Tarifhoheit gemäß § 39 PBefG nunmehr den kommunalen ÖPNV-Aufgabenträgern.

Die Einführung des Landestariftreuegesetzes (LTTG) und die damit einhergehenden Tarifvorgaben greifen in die Tarifautonomie der Sozialpartner ein. Die Entwicklung des repräsentativen Tarifs wird durch diesen Sachverhalt nachhaltig beeinflusst. Die zunehmenden Anforderungen an die Qualifikation und Ausbildung des Fahrpersonals in Verbindung mit moderaten Vergütungen und eine geringe regionale Arbeitslosigkeit

bedingen eine zunehmend schwierige Personalakquise. Marktbedingte Steigerungen der Personalkosten sind daher möglich.

Das Land Rheinland-Pfalz beabsichtigt eine Revision des Landesnahverkehrsgesetzes. In diesem soll die komplette ÖPNV-Finanzierung neu geregelt werden. Das neue ÖPNV-Förderkonzept des Landes kann Auswirkungen auf die Gesellschaft haben, die nicht zu bewerten sind.

Ertragsorientierte Risiken

Eine künftige Einnahmeaufteilung und die Rahmenbedingungen im VRM können sich ertragsmindernd auswirken. Sollten Schwerbehindertenzahlungen einen gegenüber der Wirtschaftsplanung geringeren Vomhundertsatz ergeben, könnten die Ausgleichsleistungen nach § 148 SGB IX sinken.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Die Einnahmeaufteilung 2016 ist noch nicht final abgerechnet. Wie oben angegeben, hat auch die zukünftige Einnahmeaufteilung für 2017 und Folgejahre Einfluss auf die zukünftige Liquiditäts- und Eigenkapitalsituation der Gesellschaft.

Chancenbericht

Sollte es zur sachgerechten Aufteilung der Erlöse aus dem neuen verbundweiten Semestertickets im VRM kommen, besteht die Chance, künftig höhere Erlöse zu erzielen. Dem stehen allerdings ggfs. zusätzliche Aufwendungen für die Verstärkung des Busangebotes entgegen.

Gesamtaussage

Anbetracht der Marktsituation bedarf es zur Sicherung der Eigenwirtschaftlichkeit der erteilten Linienkonzession erheblicher Anstrengungen.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die Kraftwagen-Verkehr Koblenz GmbH tätigt keine Finanzgeschäfte am Kapitalmarkt. Forderungsausfälle sind die Ausnahme. Uneinbringliche Forderungen werden an Creditreform verkauft. Verbindlichkeiten werden innerhalb der Zahlungsfristen gezahlt.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Keine

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2016

Vergütung für die Gesellschafterversammlung: 1.100,00 €

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Abs. 1 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2017**



Koblenzer Bäder GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

22.04.2016 Gesellschaftsvertrag

Stammkapital am 31.12.2016

25.000,00 €

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr 2016 ist ein Rumpfwirtschaftsjahr (02.02.2016), danach ist das Geschäftsjahr der Gesellschaft das Kalenderjahr.

Gegenstand des Unternehmens

Erwerb und/oder die Errichtung, das Vorhalten und der Betrieb von Schwimmbädern für den Volks- und Breitensport sowie Saunabetrieben im Bereich der Stadt Koblenz, sowie die Ausführung aller im Zusammenhang mit diesen Aufgaben stehenden Tätigkeiten und Dienstleistungen, wie beispielsweise die Bewirtung der Schwimmbadbesucher.

Beteiligungsverhältnisse

Die Stadtwerke Koblenz GmbH ist Alleingesellschafterin.

Besetzung der Organe am 31.12.2016

Gesellschafterversammlung

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig - Vorsitzender -

Andreas Biebricher

Eitel Bohn

Claudia Probst

Monika Sauer

Anna-Maria Schumann-Dreyer

Manfred Bastian

Marion Lipinski-Naumann

Fritz Naumann

Dr. Catharina Weichert

Dr. Michael Gross

Franz-Josef Möhlich

Geschäftsführung

Albert Diehl

Carsten Gelhard

Beteiligungen des Unternehmens

Grundstücksgesellschaft Rauentaler-Moselbogen GbR

65%

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben**Allgemeines**

Auf Grund der Betrauung der Gesellschaft durch den Stadtrat der Stadt Koblenz (BV/0235/2016/2 vom 14.07.2016), darf die Gesellschaft zur Wahrung der betrauten Aufgaben lediglich Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse ausführen (DAWI-Leistungen). Hierdurch sind der Geschäftsführung bis auf weiteres, alle Nicht-DAWI-Leistungen wie z.B. der Betrieb von Saunabetrieben im Bereich der Stadt Koblenz, so wie die Bewirtung der Schwimmbadbesucher untersagt.

Der Unternehmenssitz ist in 56068 Koblenz, Peter-Altmeier-Ufer 50.

Die Gesellschaft ist mit 65% an der Grundstücksgesellschaft Rauentaler-Moselbogen GbR beteiligt. Die Gesellschaft soll als Zwischengesellschaft zum Erwerb des vorgesehenen Hallenbadgrundstückes bis zum endgültigen Zuschnitt der Grundstücksflächen dienen. Die Gesellschaft hat den Geschäftsbetrieb bisher noch nicht aufgenommen.

Personal

Die Gesellschaft beschäftigte im Jahr 2016 kein Personal.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs**Bilanz**

Bilanz (in €)	2016
A. Anlagevermögen	0,00
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00
II. Sachanlagen	0,00
B. Umlaufvermögen	15.530,54
I. Vorräte	0,00
II. Forderungen u. sonst. Verm.	1.592,90
III. Kassenbestand	13.937,64
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00
Bilanzsumme	15.530,54
A. Eigenkapital	13.530,54
I. Gez. Kapital	25.000,00
II. Gewinnvortrag	0,00
III. Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss	-11.469,46
B. Rückstellungen	2.000,00
C. Verbindlichkeiten	0,00
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00
Bilanzsumme	15.530,54

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV (in €)	2016
Umsatzerlöse	0,00
sonstige Erträge	0,00
Materialaufwand	0,00
Personalaufwand	0,00
Abschreibungen	0,00
sonstige betriebliche. Aufwendungen	11.469,46
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00
Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,00
Ergebnis nach Steuern	-11.469,46
sonstige Steuern	0,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-11.469,46

Bilanzkennzahlen**Ertragslage**

<u>Rentabilität</u>		2016
Eigenkapitalrentabilität	%	-84,8
Gesamtrentabilität	%	-73,9

		2016
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	--

Vermögensaufbau

		2016
Anlagenintensität	%	--
Intensität des Umlaufvermögens	%	100,00

Anlagenfinanzierung

		2016
Anlagendeckung I	%	--
Anlagendeckung II	%	--

Kapitalausstattung

		2016
Eigenkapitalquote	%	87,1
Fremdkapitalquote	%	12,9

Liquidität

		2016
Liquiditätsgrad	%	776,5

Lage des Unternehmens**Finanz- und Vermögenslage**

Das Bilanzvolumen beläuft sich auf 15,5 T€.

Die Eigenkapitalausstattung beträgt 87,12 % des Gesamtvermögens und ist somit anforderungsgerecht.

Die Liquidität ist ausreichend. Im Jahr 2016 konnte die Koblenzer Bäder GmbH jederzeit fristgerecht ihre Zahlungsverpflichtungen erfüllen. Fremdmittel mussten nicht aufgenommen werden.

Ertragslage

Die Gesellschaft hat derzeit noch keine Erträge generiert.

Ausblick

Derzeit wartet die Gesellschaft auf die Erteilung einer verbindlichen Auskunft durch das Finanzamt Koblenz. Hierdurch sollen die steuerbaren Leistungsbeziehungen näher definiert werden. Bis dahin ruht der Geschäftsbetrieb. Im Rahmen eines Projektvertrages mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Koblenz mbH bereitet die Gesellschaft derzeit die Einleitung eines zweistufigen Verfahrens zur Vergabe der Sauna und Gastronomie an einen externen Investor vor.

Im Geschäftsjahr 2017 soll das benötigte Grundstück im Rauentaler Moselbogen erworben werden. Zudem soll die Planung zum Bau des Hallenbades vorangetrieben werden.

Stand 30.06.2016: Die Verbindliche Auskunft des Finanzamtes liegt inzwischen vor, die Betrauung wurde nunmehr wirksam in Kraft gesetzt.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Keine

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2016

Keine

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Absatz 1 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2017**



Vereinigte Wasserwerke Mittelrhein GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

18. Dezember 1985; Gesellschaftsvertrag zuletzt geändert am 24. Oktober 2011

Stammkapital am 31.12.2016

7.669.378,22 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Wasserversorgung, Förderung, Aufbereitung, Bezug und die Verteilung von Wasser in den Städten Koblenz und Lahnstein, der Verbandsgemeinde Vallendar sowie in dem Zweckverbandsgebiet Industriepark A61/GVZ Koblenz, ferner die Übernahme der Betriebsführung von Unternehmen der Wasserversorgung befasste Einrichtungen.

Beteiligungsverhältnisse

Stadtwerke Koblenz GmbH	5.660.001,13 €	73,8 %
Stadt Lahnstein	1.073.712,95 €	14,0 %
Verbandsgemeinde Vallendar	935.664,14 €	12,2 %

Besetzung der Organe am 31.12.2016

Gesellschafterversammlung

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig - Vorsitzender -
Oberbürgermeister Peter Labonte, Lahnstein - stellvertr. Vorsitzender -
Bürgermeister Fred Pretz, Vallendar

Monika Artz

Manfred Bastian

Walter Baum

Marcell Collette

Bernd Coßmann

Herbert Dott

Sylvia Enger
Michael Güls
Michael Helbach
Ute Hentschel
Jörg Hilden
Ute Hoffmann
Rudolf Kalenberg
Angela Keul-Göbel
Thomas Kirsch
Ernst Knopp
Julia Maria Kübler
Johannes Lauer
Marion Mühlbauer
Stephan Otto
Thomas Roos
Karl-Heinz Rosenbaum
Kurt Sanner
Bernd Schemmer
Thorsten Schneider
Torsten Schupp
Lennart Siefert
Gerhard Voell
Martina von Berg
Stephan Wefelscheid
Jens Wehran
Dr. Catharina Weichert
Josef Wilbert
Edi Wolf
Patrick Zwiernik
Laura Martin Martorell
Sabine Veidt
Rolf Pontius

Aufsichtsrat

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig - Vorsitzender -
Oberbürgermeister Peter Labonte, Lahnstein – stellvertr. Vorsitzender -
Bürgermeister Fred Pretz, Vallendar
Uwe Diederichs-Seidel
Christian Altmair
Peter Balmes
Vito Contento
Hermann-Josef Schmidt
Anne Schumann-Dreyer

Geschäftsführung

Petra Ensel

Betriebsführung

Energieversorgung Mittelrhein AG

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Geschäftsmodell des Unternehmens

Aufgabe des Unternehmens ist es, den Abnehmern in ausreichender Menge einwandfreies Trinkwasser zur Verfügung zu stellen.

Das Versorgungsgebiet der Vereinigte Wasserwerke Mittelrhein GmbH umfasst das Stadtgebiet Koblenz, das Stadtgebiet Lahnstein, das Gebiet der Verbandsgemeinde Vallendar sowie das Gebiet des Zweckverbandes „Industriepark A 61/ GVZ Koblenz“.

Es erstreckt sich links und rechts des Mittelrheins in Höhenlagen von NN 60 m bis NN 320 m. Im Versorgungsgebiet werden rund 149.730 Einwohner mit Trink- und Brauchwasser versorgt. Die Größe des Versorgungsgebietes umfasst etwa 170 Quadratkilometer.

Forschung und Entwicklung

Die Vereinigte Wasserwerke Mittelrhein GmbH betreibt auf Grund ihres Leistungsprofils keine eigene Forschung und Entwicklung.

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Technische Daten:

Bezeichnung:	
Brunnen	9
Quellen	1
Aufbereitungsanlagen	4
Pumpwerke einschließlich Druckerhöhungsanlagen	31
Hochbehälter / Tiefbehälter	40
Notbrunnen nach dem Wassersicherungsgesetz	19

Die Länge des Rohrnetzes betrug im Berichtsjahr 714,4 km. Für die Hausanschlussleitungen wurden im Versorgungsgebiet der VWM insgesamt 370,6 km vorgehalten. Damit wurde für die Wasserversorgung ein Gesamtrohrnetz mit einer Länge von 1.085 km zum 31. Dezember 2016 betrieben.

Für die Wassermessung sind 32.654 Wasserzähler in den Haushalten bzw. für die Messung der Entnahme über Standrohre (288 Stück) und Großwasserzähler (75 Stück) im Einsatz.

Das Versorgungsgebiet der VWM ist durch die starke landschaftliche Gliederung des Mittelrheingebirges gekennzeichnet. Daher sind im Versorgungsgebiet 66 verschiedene Druckzonen vorhanden. Der spezifische Wasserbedarf (einschließlich der Verluste und des Eigenbedarfs der VWM sowie der unkontrollierten Verbräuche) liegt bei rund 172 Liter/Einwohner/Tag.

Geschäftsverlauf

Die Wasserabgabe betrug in 2016 9.429 Tm³ (Vorjahr 9.683 Tm³). Für den Eigenverbrauch sowie die Verluste wurden 972 Tm³ (Vorjahr 1.350 Tm³) gemessen.

Der Wasserverkauf betrug 8.457 Tm³ (Vorjahr 8.333 Tm³), was im Vergleich zum Vorjahr eine Erhöhung darstellt.

An Rohrbrüchen wurden im vergangenen Jahr im gesamten Versorgungsgebiet der VWM 138 Rohrbrüche lokalisiert und behoben.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz (in €)	2015	2016
A. Anlagevermögen	46.754.633,27	45.788.377,07
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	8.611,67	8.644,78
II. Sachanlagen	46.703.154,85	45.749.175,89
III. Finanzanlagen	42.866,75	30.556,40
B. Umlaufvermögen	5.686.830,97	5.385.603,45
I. Vorräte	17.382,64	16.974,88
II. Forderungen u. sonst. Verm.	4.889.448,23	4.671.159,58
III. Kassenbestand	780.000,10	697.468,99
C. Rechnungsabgrenzungsposten	87.819,00	84.736,00
Bilanzsumme	52.529.283,24	51.258.716,52
A. Eigenkapital	18.707.017,97	18.981.167,11
I. Gez. Kapital	7.669.378,22	7.669.378,22
II. Kapitalrücklage	5.410.968,98	5.410.968,98
III. Gewinnrücklage	4.594.000,00	4.878.000,00
IV. Gewinnvortrag	791,95	670,77
V. Jahresgewinn	1.031.878,82	1.022.149,14
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	1.512.768,83	1.521.942,98
C. Empfangene Ertragszuschüsse	221.220,50	150.015,10
D. Rückstellungen	355.049,00	390.277,00
E. Verbindlichkeiten	31.733.226,94	30.215.314,33
F. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	52.529.283,24	51.258.716,52

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV (in €)	2015	2016
Umsatzerlöse	16.577.161,67	17.011.707,21
sonstige Erträge	509.727,80	413.939,81
Materialaufwand	9.607.656,45	9.905.696,24
a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	1.723.487,53	1.604.419,52
b) Aufwendungen f. bez. Leistungen	7.884.168,92	8.301.276,72
Personalaufwand	0,00	0,00
Abschreibungen	2.643.150,59	2.738.068,53
Konzessionsabgabe	2.146.934,63	2.174.289,13
sonstige betr. Aufwendungen	242.107,89	254.212,51
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	931,05	330,75
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	775.431,22	745.087,29
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	621.141,31	570.624,96
Ergebnis nach Steuern	1.051.398,43	1.037.999,11
sonstige Steuern	19.519,61	15.849,97
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.031.878,82	1.022.149,14

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

<u>Rentabilität</u>		2015	2016
Eigenkapitalrentabilität	%	5,1	5,3
Gesamtrentabilität	%	3,5	3,4

		2015	2016
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	--	--

Vermögensaufbau

		2015	2016
Anlagenintensität	%	89,4	89,3
Intensität des Umlaufvermögens	%	10,6	10,7

Anlagenfinanzierung

		2015	2016
Anlagendeckung I	%	43,7	45,1
Anlagendeckung II	%	77,2	78,5

Kapitalausstattung

		2015	2016
Eigenkapitalquote	%	39,1	40,3
Fremdkapitalquote	%	60,9	59,7

Liquidität

		2015	2016
Liquiditätsgrad	%	34,2	35,7

Lage des Unternehmens

Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2016 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 1.022.149,14 € (Vorjahr 1.031.878,82 €) ab. Unter Hinzurechnung des Gewinnvortrages aus dem Vorjahr in Höhe von 670,77 € ergibt sich ein Bilanzgewinn von 1.022.819,91 € (Vorjahr 1.032.670,77 €).

Finanzlage

Kapitalstruktur

Die Eigenkapitalquote beträgt unter Einbeziehung der Sonderposten und der empfangenen Ertragszuschüsse 40,29 %. Die in der Versorgungswirtschaft als wünschenswert betrachtete Eigenkapitalausstattung in Höhe von 30 bis 40 % ist somit erreicht.

Die langfristigen Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr betragen TEUR 23.791. Sie setzen sich zusammen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von TEUR 23.331 und Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern von TEUR 460.

Investitionen

Der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit lag in den Erneuerungen und Erweiterungen im Rohrnetzbereich. In 2016 wurden TEUR 1.859 investiert. Die Investitionen gliedern sich wie folgt auf: Transportleitungen TEUR 990, Ortsnetz TEUR 557, Pumpwerke TEUR 20, Betriebs- und Geschäftsausstattung TEUR 6, Grundstücke 4 TEUR, Messeinrichtungen 2 TEUR und geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau TEUR 280.

Liquidität

Die Liquidität war ausreichend. In 2016 konnte die Vereinigte Wasserwerke Mittelrhein GmbH jederzeit fristgerecht ihre Zahlungsverpflichtungen erfüllen.

Vermögenslage

Das Vermögen der GmbH verringerte sich um TEUR 1.270 und beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 51.259. Beim Anlagevermögen ist eine Senkung von TEUR 966 zu verzeichnen und beim Umlaufvermögen eine Verringerung von TEUR 301. Der Rechnungsabgrenzungsposten wurde mit TEUR 3 aufgelöst.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht **Prognosebericht**

Die geplanten Investitionen sehen für das Jahr 2017 TEUR 1.600 vor.
Für 2017 zeigt die Wirtschaftsplanung einen Jahresgewinn von TEUR 731.

Risikobericht

Es besteht ein Risikomanagementsystem. Aus heutiger Sicht bestehen keine bestandsgefährdenden und keine sonstigen Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Chancenbericht

Alle Anlagen sind uneingeschränkt nutzbar und werden im Rahmen vorliegender Wartungskonzepte unterhalten.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die Vereinigte Wasserwerke Mittelrhein GmbH tätigt keine derartigen Geschäfte.

Bericht über Zweigniederlassungen

Die Vereinigte Wasserwerke Mittelrhein GmbH unterhält keine Zweigniederlassungen.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Konzessionsabgabe:	1.856.042,26 €
Vorauszahlung Gewerbesteuer für 2016:	191.789,00 €
Grundsteuer:	14.035,36 €

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2016

Aufsichtsratsvergütung/ Sitzungsgelder (auch Gesellschafterversammlung):	27.870,00 €
---	-------------

Die Geschäftsführerin erhält von der Gesellschaft für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Absatz 1 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2017**



Wasserwerk Koblenz/Weißenthurm GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

07. Dezember 1973; Gesellschaftsvertrag zuletzt geändert am 25. Juli 2013

Stammkapital am 31.12.2016

1.278.240,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung von Wasser in den für die Verbandsgemeinde Weißenthurm - Wasserwerk - und die Stadtwerke Koblenz GmbH ausgewiesenen Schutzgebieten sowie die Aufbereitung und die Abgabe von Wasser.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck ermöglichen oder fördern können. Sie kann sich dazu insbesondere anderer Unternehmen bedienen, sie errichten, erwerben oder sich an ihnen beteiligen.

Beteiligungsverhältnisse

Stadtwerke Koblenz GmbH	766.940,00 €	60,0 %
Verbandsgemeindewerke Weißenthurm -Wasser-	511.300,00 €	40,0 %

Besetzung der Organe am 31.12.2016

Gesellschafterversammlung

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig - Vorsitzender -

Bürgermeister Georg Hollmann - stellvertr. Vorsitzender -

Eitel Bohn

Vito Contento

Herbert Dott

Thomas Kirsch

Wilhelm Kohl

Andrea Mehlbreuer

Hans-Josef Reif

Thorsten Schneider
Achim Jacobs
Manfred Moos

Aufsichtsrat

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig - Vorsitzender –
Bürgermeister Georg Hollmann – stellvertr. Vorsitzender -
Manfred Bastian
Uwe Diederichs-Seidel
Dr. Manfred Bretz
Jürgen Karbach
Julia Kübler
Manfred Kuhn
Karl Mannheim
Marion Mühlbauer
Stephan Otto

Geschäftsführung

Petra Ensel
Markus Roth

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Allgemeines

Die Gesellschaft hat auch im Berichtsjahr jederzeit Trinkwasser in der gesetzlich vorgeschriebenen Qualität und in ausreichender Menge zur Verfügung stellen können. Die vorgenommenen Wasseruntersuchungen führten zu keinen Beanstandungen.

Technische Daten

Die Gesellschaft ist ein reines Förderunternehmen. Das Trinkwasser wird den Abnehmern (Vereinigte Wasserwerke Mittelrhein GmbH und Verbandsgemeindewerke Weißenthurm - Wasser -) am Wasserwerk in Kaltenengers übergeben. Diese speisen es über eine Transportleitung in ihre Versorgungsgebiete ein.

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Im Jahre 2016 wurden 5.962.814 Kubikmeter Wasser verkauft. Davon entfielen auf die Vereinigte Wasserwerke Mittelrhein GmbH 3.623.506 Kubikmeter und auf die Verbandsgemeindewerke Weißenthurm - Wasser - 2.339.308 Kubikmeter.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs**Bilanz**

Bilanz (in €)	2015	2016
A. Anlagevermögen	4.745.560,06	4.696.549,88
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	11.204,00	9.906,00
II. Sachanlagen	4.734.356,06	4.686.643,88
B. Umlaufvermögen	671.685,01	910.189,46
I. Vorräte	28.994,38	24.233,38
II. Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	228.337,53	210.231,49
III. Guthaben bei Kreditinstituten	414.353,10	675.724,59
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	5.417.245,07	5.606.739,34
A. Eigenkapital	4.701.012,11	4.942.908,26
I. Gezeichnetes Kapital	1.278.240,00	1.278.240,00
II. Kapitalrücklage	665.602,79	665.602,79
III. Gewinnrücklage	2.596.000,00	2.752.000,00
IV. Gewinnvortrag	4.586,07	5.169,32
V. Jahresüberschuss	156.583,25	241.896,15
B. Rückstellungen	66.020,00	70.320,00
C. Verbindlichkeiten	650.212,96	593.511,08
Bilanzsumme	5.417.245,07	5.606.739,34

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV (in €)	2015	2016
Umsatzerlöse	1.551.203,42	1.550.331,64
sonstige Erträge	151.095,60	226.345,83
Materialaufwand	1.179.649,42	1.156.564,95
a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	604.751,38	547.380,04
b) Aufwendungen f. bezogene Leistungen	574.898,04	609.184,91
Personalaufwand	7.129,81	6.933,78
a) Löhne und Gehälter	3.260,00	3.254,00
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	3.869,81	3.679,78
Abschreibungen	93.636,66	90.569,14
sonstige betriebliche Aufwendungen	163.007,89	151.624,89
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	178,44	261,45
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	32.235,99	24.439,02
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	66.781,96	101.330,02
Ergebnis nach Steuern	160.035,73	245.477,12
sonstige Steuern	3.452,48	3.580,97
Jahresüberschuss	156.583,25	241.896,15

Bilanzkennzahlen**Ertragslage**

<u>Rentabilität</u>		2015	2016
Eigenkapitalrentabilität	%	3,3	4,9
Gesamtrentabilität	%	3,5	4,8

		2015	2016
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	--	--

Vermögensaufbau

		2015	2016
Anlagenintensität	%	87,6	83,8
Intensität des Umlaufvermögens	%	12,4	16,2

Anlagenfinanzierung

		2015	2016
Anlagendeckung I	%	99,1	105,2
Anlagendeckung II	%	104,1	109,4

Kapitalausstattung

		2015	2016
Eigenkapitalquote	%	86,8	88,2
Fremdkapitalquote	%	13,2	11,8

Liquidität

		2015	2016
Liquiditätsgrad	%	140,5	194,0

Lage des Unternehmens**Darstellung der Lage**

Zum 31.12.2016 betrug das Bilanzvolumen 5.606.739,34 €. Das Anlagevermögen betrifft im Wesentlichen die Grundstücke ohne Bauten sowie die Wassergewinnungsanlagen. Die Eigenkapitalausstattung beträgt zum Bilanzstichtag 88,2 %. Die in der Versorgungswirtschaft als wünschenswert betrachtete Eigenkapitalausstattung in Höhe von 30 bis 40 % ist somit vorhanden, bzw. überschritten.

Die Liquidität des Unternehmens war jederzeit gegeben.
Es ist ein Jahresüberschuss von 241.896,15 € zu verzeichnen.

Der Wasserverkauf hat sich im Vergleich zum Vorjahr nur minimal um 3.353 Kubikmeter verringert. Somit liegen die Umsatzerlöse auf Vorjahresniveau.
Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen ist die Erhöhung (75 T€) auf eine Versicherungserstattung zurückzuführen.

Erwähnenswert ist auch, dass der Energiebezug um 57,3 T€ verringert werden konnte. Die im Herbst 2015 in Betrieb genommene Photovoltaikanlage speist die gewonnene Energie nicht in das Stromnetz ein. Der erzeugte Strom wird im Wasserwerk zur Wasserförderung und Aufbereitung verwendet.

Zum Erhalt der Stromsteuererstattung musste die WKW-GmbH ein Energiemanagement-System nach DIN EN ISO 50001:2011 einführen. Die erforderlichen Schritte entsprechend der Spitzenausgleich-Effizienzsystemverordnung -SpaEFV- wurden gemeinsam mit externen Partnern beschritten. Die Auditierung wurde am 05.09.2016 erfolgreich absolviert. Das Zertifikat wurde erteilt, so dass die Stromsteuererstattung weiterhin erfolgt.

Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Die Geschäftsführung geht von einem nahezu gleichbleibenden Wasserverkauf an die Vereinigte Wasserwerke Mittelrhein GmbH und die Verbandsgemeindewerke Weißenthurm - Wasser - aus. Den Wasserabgabepreis auch im Jahre 2017 unverändert zu lassen, hat gute Aussicht auf Erfolg. Seitens der Geschäftsführung wird auch für das Jahr 2017 mit einem positiven Ergebnis gerechnet, jedoch einem geringeren als dem in 2016 erzielten.

Die vor Jahren vollzogene Neuordnung der Brunnenkette hat zu einer Optimierung der Rohwassergewinnung und damit einer wesentlichen Sicherung der Leistungskapazität der gesamten Anlage der Gesellschaft für die nächsten Jahre geführt.

Zur Neuausweisung des linksrheinischen Wasserschutzgebietes „Koblenz-Urmitz“ ist durch die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord eine vorläufige Anordnung erfolgt.

Die Arbeiten zum Erlass der Rechtsverordnung laufen.

Hinweise auf wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung werden derzeit nicht gesehen.
Das gleiche gilt für evtl. bestandsgefährdende Risiken.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Gewerbsteuer 2016: 15.972,00 €

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2016

Aufsichtsratsvergütung/	11.000,00 €
Sitzungsgelder (auch Gesellschafterversammlung):	5.145,00 €

Die Geschäftsführung erhielt keine Vergütung.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Absatz 1 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2017**

Windpark Westerwald GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

19. Dezember 2003, Gesellschaftsvertrag zuletzt geändert am 24.05.2016

Stammkapital am 31.12.2016

1.550.000,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung und der Bau des Windparks Westerwald in der Verbandsgemeinde Rennerod sowie die Erbringung von Betriebsführungs- und Dienstleistungen für den Windpark Westerwald.

Beteiligungsverhältnisse

Energieversorgung Mittelrhein AG, Koblenz	31,75 %
Naturstrom Rheinland-Pfalz GmbH, Koblenz	22,67 %
Stadtwerke Haiger, Haiger	17,78 %
Stadtwerke Herborn GmbH, Herborn	17,78 %
Stadtwerke Koblenz GmbH, Koblenz	10,02 %

Besetzung der Organe am 31.12.2016

Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung üben die Gesellschafter ihre Gesellschaftsrechte durch ihre Vertretungsorgane oder durch von ihnen beauftragte Bevollmächtigte aus.

Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Geschäftsführung

Stefan Dietz

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Grundlagen des Unternehmens

Die Windpark Westerwald GmbH wurde am 19.12.2003 gegründet. Sie betreibt den Windpark Westerwald am Standort Waigandshain/Homberg in der Nähe der Fuchskaute im hohen Westerwald.

Der Windpark besteht aus zwölf Windenergieanlagen (WEA) mit je 1,5 MW elektrischer Leistung. Zehn WEA befinden sich im Eigentum der Energieversorgung Mittelrhein AG (evm AG), zwei WEA besitzt die Gesellschaft. In bewährter Weise wird dieser Windpark als Gemeinschaftskraftwerk im Verbund mit der Energieversorgung Mittelrhein AG betrieben. Die Windkraftanlagen speisen Strom auf der Grundlage der Vergütungsregelung gemäß des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) 2004 in das öffentliche Netz ein.

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die regelmäßigen Wartungsarbeiten im Geschäftsjahr konnten, wie in den vergangenen Jahren, bei windschwacher Witterung durchgeführt werden. Darüber hinaus kam es zu folgenden wesentlichen Instandhaltungsarbeiten: Das im Vorjahr aufgrund einer erhöhten Lagertemperatur auffällig gewordene Rotorlager der WEA 302 wurde instandgesetzt. An drei Windenergieanlagen erfolgte der Austausch der Elastomerbuchsen der Getriebelagerungen. Darüber hinaus wurden Positioniercontroller und Schleifringkörper an jeweils einer WEA gewechselt. An einer weiteren Windenergieanlage erfolgte die Installation einer Nebenstromölfilteranlage.

Im Rahmen der Anforderungen aus der Systemstabilitätsverordnung waren nach Vorgabe des Netzbetreibers Nachrüstungen der Umrichter erforderlich. Die veränderten Abschaltfrequenzen und somit der Betrieb im entsprechenden Frequenzband tragen damit zur Netzstabilität bei und entsprechen nun den gesetzlichen Vorgaben.

Aufgrund eines Getriebeschadens an einem der beiden letzten im Windpark in Betrieb befindlichen ZD-Getriebe musste die WEA 303 Ende November stillgesetzt werden. Die Instandsetzung wird mit einem Eickhoff-Getriebe erfolgen, Lieferung und Tausch des Getriebes sind für Februar 2017 geplant. Darüber hinaus soll zeitgleich der Wechsel des letzten ZD-Getriebes der WEA 308 erfolgen. Beide Maßnahmen sowie der Ertragsausfall werden anteilig durch den Versicherer reguliert.

In den windschwachen Monaten des dritten Quartals wurden die wiederkehrenden Rotorblattinspektionen an fünf der zwölf Windenergieanlagen durchgeführt. Entsprechend notwendige Instandsetzungsarbeiten erfolgten an vier WEA.

Die Befahranlagen aller WEA sind auf Vorgabe des technischen Betriebsführers weiterhin vorübergehend stillgelegt, aufgrund eines Unfalls an einer baugleichen Anlage. Die Generalüberholung der Anlage sowie die damit verbundene wiederkehrende TÜV-Prüfung sind beauftragt.

Die Gesellschaft unterhält mit der evm AG einen langfristigen Geschäftsbesorgungsvertrag über alle Angelegenheiten des Windparks und mit einer ortsansässigen Wartungsfirma einen Dienstleistungsvertrag über die technische Betriebsführung, Wartung sowie Instandhaltung. Er sichert die kurzfristigen Reaktionszeiten aufgrund der räumlichen Nähe des Dienstleisters

zum Windpark Westerwald. Dieser Vertrag wurde im Geschäftsjahr angepasst und wird zu verbesserten Konditionen und mit erweitertem Leistungsspektrum fortgeführt. Unter anderem sind nun jährliche Getriebe-Endoskopien an allen WEA enthalten.

Des Weiteren besteht mit der evm AG und ihrem Netzbetreiber ein Vertrag über die Beistellung kaufmännischer Ressourcen einschließlich der Geschäftsführung sowie ein Wartungsvertrag über die 20 kV-Systeme des Windparks. Damit kann bei der Gesellschaft auf eigenes Personal verzichtet werden. Die Verträge sind planmäßig erfüllt worden.

Der bestehende Direktvermarktungsvertrag mit der evm AG, der die Direktvermarktung gemäß EEG nach dem sogenannten Marktprämienmodell (gemäß Managementprämienverordnung MaPrV) beinhaltet, wurde im Geschäftsjahr planmäßig fortgesetzt.

Der im Vorjahr abgeschlossene Vertrag zur Veräußerung des Geschäftsanteils (1,58%) des Gesellschafters WW-Holding und Dienstleistungen GmbH an die Gesellschafter Stadtwerke Herborn GmbH, Stadtwerke Haiger sowie Stadtwerke Koblenz GmbH wurde mit Wirkung zum 01.01.2016 planmäßig vollzogen.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz (in €)	2015	2016
A. Anlagevermögen	1.945.019,54	1.638.281,10
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	119.588,19	107.910,19
II. Sachanlagen	1.825.431,35	1.530.370,91
B. Umlaufvermögen	1.236.602,19	1.075.650,17
II. Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	1.068.391,59	598.431,07
III. Kassenbestand	168.210,60	477.219,10
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	3.181.621,73	2.713.931,27
A. Eigenkapital	1.771.893,23	1.744.796,11
I. Gez. Kapital	1.550.000,00	1.550.000,00
II. Gewinnvortrag	114.324,49	121.893,23
III. Jahresüberschuss	107.568,74	72.902,88
B. Sonderposten	493.750,00	446.726,19
C. Rückstellungen	29.752,45	35.330,68
D. Verbindlichkeiten	886.226,05	487.078,29
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	3.181.621,73	2.713.931,27

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV (in €)	2015	2016
Umsatzerlöse	3.524.081,06	3.216.562,02
sonstige Erträge	47.024,52	47.148,26
Materialaufwand	3.058.323,23	2.803.366,30
a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	2.621.332,71	2.342.490,13
b) Aufw. f. bez. Leistungen	436.990,52	460.876,17
Personalaufwand	0,00	0,00
Abschreibungen	306.738,43	306.738,44
sonstige betr. Aufwendungen	49.653,70	46.450,31
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	10,17	0,00
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	4.000,61	0,00
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	44.831,04	34.252,35
Ergebnis nach Steuern	107.568,74	72.902,88
sonstige Steuern	0,00	0,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	107.568,74	72.902,88

Bilanzkennzahlen**Ertragslage**

<u>Rentabilität</u>		2015	2016
Eigenkapitalrentabilität	%	5,3	3,7
Gesamtrentabilität	%	3,5	2,7

		2015	2016
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	--	--

Vermögensaufbau

		2015	2016
Anlagenintensität	%	61,1	60,4
Intensität des Umlaufvermögens	%	38,9	39,6

Anlagenfinanzierung

		2015	2016
Anlagendeckung I	%	103,8	120,1
Anlagendeckung II	%	103,8	120,1

Kapitalausstattung

		2015	2016
Eigenkapitalquote	%	63,5	72,6
Fremdkapitalquote	%	36,5	27,5

Liquidität

		2015	2016
Liquiditätsgrad	%	106,3	144,2

Lage des Unternehmens**Wirtschaftliche Lage**

Das Geschäftsjahr 2016 war zunächst durch überdurchschnittliche Winderträge geprägt. Sowohl im Januar (+6%) als auch insbesondere im Februar (+58%) konnten deutlich erhöhte Erzeugungsmengen im Vergleich zur Planung realisiert werden. In der Folge wurden die Planansätze leicht unterschritten (März -12%, Mai -6%) mit Ausnahme des Monats April (+5%). Obwohl der Juni ebenfalls deutlich verminderte Erzeugungsmengen verbuchte, konnte das erste Halbjahr noch auf Planniveau (+4%) abgeschlossen werden. Hingegen konnten im 2. Halbjahr in keinem Monat mehr die durchschnittlichen Erzeugungsmengen der Vorjahre erreicht werden. Während der windarme Sommer aufgrund der saisonal bedingt geringen Windstärken weniger von Bedeutung ist, war insbesondere die sehr schwache Windausbeute des 4. Quartals (Oktober -42%, November -10%, Dezember -26%) ausschlaggebend für die um rund 10% gegenüber dem Vorjahr verminderten Einspeisemengen.

Insgesamt wurde das Geschäftsjahr daher mit 31,4 Mio. kWh und damit einer gegenüber dem Vorjahr um rd. 3,5 Mio. kWh geringeren Einspeisemenge abgeschlossen.

Die Stromeinspeisungen der Windpark Westerwald GmbH (5,23 Mio. kWh) werden im technischen Verbundbetrieb mit den Anlagen der evm AG über eine gemeinsame Messstelle ermittelt und sind deshalb zusammen mit den Einspeiseerträgen der evm AG (26,14 Mio. kWh) dargestellt. Die Einspeiseverluste bis zum Netzverknüpfungspunkt an der Umspannanlage Höhn beliefen sich auf rd. 2%.

Insgesamt hat der Windpark eine Jahresbenutzungsdauer von 1.743 Stunden bzw. rd. 20% erreicht. Durch den Windparkbetrieb konnten rd. 23.600 Tonnen CO₂-Emissionen vermieden werden. Die Parkverfügbarkeit lag bei 99%.

Ertragslage

Die Erlössituation entwickelte sich entsprechend der erzeugten Windenergie. Der durch den Getriebeschaden bereits entstandene Ertragsausfall wird nach Abschluss der Maßnahme mit der weiteren Schadensregulierung erstattet. Darüber hinaus traten keine weiteren Ertragsausfälle auf, die zu einer Entschädigung über die Betriebsunterbrechungsversicherung geführt hätten. Ebenso wurden keine vergütungspflichtigen Abschaltungen seitens Netzbetreiber oder Direktvermarkter vorgenommen.

Die Einspeiseerlöse, bezogen auf die zwei Windenergieanlagen, die sich im Eigentum der Windpark Westerwald GmbH befinden, belaufen sich auf 465 T€ (Vorjahr 521 T€, -10,7%).

Bei den Aufwandspositionen zeigt sich ein Rückgang des Aufwands für Fremdleistungen gegenüber dem Vorjahr, ebenfalls bezogen auf die zwei im Eigentum der Windpark Westerwald GmbH befindlichen Windenergieanlagen auf 38 T€ (Vorjahr 41 T€). Trotz der im Geschäftsjahr durchgeführten Instandhaltung des Rotorlagers der WEA 302 konnten die Aufwendungen, bedingt durch Einsparungen bei der Instandsetzung der Rotorblätter, gesenkt werden. Es wurden planmäßig Rotorblattinspektionen an 5 Anlagen durchgeführt, im Vorjahr an 7 Windenergieanlagen.

Aufgrund des windschwachen Gesamtjahres liegt das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit mit 107 T€ um 30% unter dem Vorjahr (152 T€). Der Jahresüberschuss beträgt 73 T€ (Vorjahr 108 T€).

Vermögenslage

Auf der Aktivseite ist das Sachanlagevermögen mit 1.638 T€ (Vorjahr 1.945 T€) bzw. 60,4 % der Bilanzsumme der größte Posten, auf der Passivseite werden im Fremdkapital die Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen mit 447 T€ (Vorjahr 494 T€) bzw. 16,5 % der Bilanzsumme, die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und gegenüber Gesellschaftern mit 487 T€ (Vorjahr 886 T€) bzw. 17,9 % der Bilanzsumme sowie die Rückstellungen mit 35 T€ (Vorjahr 30 T€) ausgewiesen.

Die Eigenkapitalquote beträgt 64,3 %. Unter Berücksichtigung von 50 % des Sonderpostens ergibt sich eine Quote von 72,6 %. Die Eigenkapitalrentabilität für das Jahr 2016 liegt bei 4,2 %.

Im Geschäftsjahr wurden keine Investitionen getätigt.

Finanzlage

Der Finanzmittelbestand der Gesellschaft lag zum 31.12.2016 bei 477 T€ (Vorjahr 168 T€). Die Gesellschaft verfügt über ausreichend finanzielle Mittel, um jederzeit ihren Verpflichtungen nachkommen zu können. Die Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet.

Risikobericht

Für das im Berichtsjahr ausgefallene Zollern-Dorstener-Getriebe sind Versicherungsleistungen in Aussicht gestellt. Ebenso wird das letzte Getriebe dieses Herstellers an einer weiteren Anlage im neuen Geschäftsjahr getauscht. Alle Getriebe werden in regelmäßigen Abständen endoskopierte, um bei einer wesentlichen Verschlechterung des Zustandes rechtzeitig Maßnahmen ergreifen zu können.

Aufgrund regelmäßiger Pläne der Bundesregierung, das EEG zu reformieren, besteht weiterhin auch das Risiko, dass EEG-Bestandsanlagen finanziell betroffen sein können.

Chancenbericht

Die Validierung der vorgenommenen Leistungskurvenoptimierung an einer WEA wird aktuell in Zusammenarbeit mit dem technischen Dienstleister erstellt. Es liegen erste Ergebnisse vor, die noch final geprüft und beurteilt werden müssen. Eine dadurch mögliche Leistungssteigerung des gesamten Windparks wird untersucht.

Prognose

Eine Windparkerweiterung am Standort Waigandshain/Homberg ist aufgrund genehmigungsrechtlicher Restriktionen nicht geplant. Mögliche Investitionen oder Beteiligungen an anderen Windparkprojekten, insbesondere im Westerwald, werden laufend geprüft. Ebenfalls wird ein vorzeitiger Rückbau mit anschließendem Repowering untersucht.

Im Januar 2017 hat der Windpark Westerwald, im Gegensatz zu den Vorjahren, aufgrund einer windarmen und kalten Witterungsperiode weniger Winderträge als geplant verbuchen können. Zum Monatsende sorgten gute Windverhältnisse für eine verbesserte Ertragslage. Für die folgenden Geschäftsjahre rechnen wir mit stabilen positiven Ergebnissen auf dem Niveau des Jahres 2015.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Gewerbesteuer 2016: 6.515,04 €

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2016

Keine

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Absatz 1 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2017**

**Diakonisches Bildungszentrum
Mittelrhein-Mosel gGmbH**

Rechtsform

gGmbH

Gegründet

19. September 2005

Stammkapital am 31.12.2016

30.000,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung und Durchführung von Ausbildung und Bildung sowie die Weiterbildung in allen diakonischen Berufen des Gesundheits- und Sozialwesens, besonders der Gesundheits- und Krankenpflege, der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege sowie der Altenpflege und der Beruf der Erziehungshilfe sowie der Hilfe für Menschen mit Behinderungen.

Alle Aktivitäten der GmbH dienen der Achtung vor dem menschlichen Leben nach den Aussagen der Bibel und den reformatorischen Bekenntnissen.

Zur Erfüllung ihres Zweckes erwirbt, errichtet und betreibt die Gesellschaft Ausbildungsstätten und erforderlichenfalls auch Wohnräume mit Hotelbetrieb für die Schülerinnen und Schüler und andere Personen.

Die Gesellschaft kann alle Geschäfte eingehen, die zur Erreichung oder Förderung des Gesellschaftszwecks dienlich sind.

Beteiligungsverhältnisse

Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH	15.300,00 €	51,0 %
Rheinische Gesellschaft für Innere Mission und Hilfswerk GmbH	3.000,00 €	10,0 %
Ev. und Johanniter-Krankenhaus Dierdorf/Selters gGmbH	1.500,00 €	5,0 %
Evangelische Altenhilfe und Krankenpflege Nahe-Hunsrück-Mosel gGmbH	1.500,00 €	5,0 %
Stiftung Bethesda-St. Martin	1.500,00 €	5,0 %
Verein der Schmiedelanstalten e. V.	1.500,00 €	5,0 %
Ev. Elisabeth-Krankenhaus Trier gGmbH	1.500,00 €	5,0 %

Frauenhilfs-Diakonieschwesternschaft im Rheinland e. V.	1.500,00 €	5,0 %
Diakonisches Werk der ev. Kirche im Rheinland e. V.	1.700,00 €	5,7 %
Diakonisches Werk an der Saar gGmbH	200,00 €	0,9 %
Evangelischer Kirchenkreis, Trier	100,00 €	0,3 %
Evangelische Kirche im Großherzogtum Luxemburg	100,00 €	0,3 %
Protestantisch-Reformierte Kirche von Luxemburg	100,00 €	0,3 %
Evangelischer Kirchenkreis Koblenz	100,00 €	0,3 %
Evangelischer Kirchenkreis Simmern-Trarbach	100,00 €	0,3 %
Evangelischer Kirchenkreis Braunsfeld	100,00 €	0,3 %
Evangelischer Kirchenkreis Wetzlar	100,00 €	0,3 %
Evangelischer Kirchenkreis Obere Nahe	100,00 €	0,3 %

Besetzung der Organe am 31.12.2016

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafter entsenden ihre Vertreter in die Gesellschafterversammlung.

Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Geschäftsführung

Herr Falko Rapp

Herr Pfarrer i. R. Klaus Schneidewind

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Gegenstand des Unternehmens ist die Aus- und Weiterbildung in allen diakonischen Berufen des Gesundheits- und Sozialwesens.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Wirtschaftsbericht

Geschäftsverlauf

Die Gesellschafter haben am 31.05.2016 beschlossen, die Gesellschaft zu liquidieren. Zu den Liquidatoren wurden Herr Dipl.-Kfm. Falko Rapp und Herr Schneidewind bestellt.

Der Geschäftsbetrieb wurde eingestellt.

Bilanz

Bilanz (in €)	2015	2016
A. Anlagevermögen	728,49	0,00
I. Sachanlagen	728,49	0,00
B. Umlaufvermögen	113.660,11	113.421,86
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	5.967,14	1.504,00
II. Guthaben bei Kreditinstituten	107.692,97	111.917,86
Bilanzsumme	114.388,60	113.421,86
A. Eigenkapital	52.338,60	48.371,86
I. Gezeichnetes Kapital	30.000,00	30.000,00
II. Gewinnrücklagen	900,00	900,00
III. Gewinnvortrag	31.253,79	21.438,60
IV. Jahresfehlbetrag/-überschuss	-9.815,19	-3.966,74
B. Rückstellungen	4.200,00	7.200,00
C. Verbindlichkeiten	57.850,00	57.850,00
Bilanzsumme	114.388,60	113.421,86

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV (in €)	2015	2016
Umsatzerlöse	0,00	0,00
sonstige Erträge	3.985,93	5.394,26
Materialaufwand	0,00	0,00
Personalaufwand	0,00	0,00
Abschreibungen	168,11	167,66
sonstige betr. Aufwendungen	6.490,35	9.224,54
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	40,25	31,20
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	0,00	0,00
Ergebnis nach Steuern	-9.815,19	-3.966,74
sonstige Steuern	0,00	0,00
Jahresfehlbetrag/-überschuss	-9.815,19	-3.966,74

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

Rentabilität		2015	2016
Eigenkapitalrentabilität	%	-8,6	-8,2
Gesamrentabilität	%	-8,6	-3,5

		2015	2016
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	--	--

Vermögensaufbau

		2015	2016
Anlagenintensität	%	0,6	0,0
Intensität des Umlaufvermögens	%	99,4	100,0

Anlagenfinanzierung

		2015	2016
Anlagendeckung I	%	7.184,5	--
Anlagendeckung II	%	7.184,5	--

Kapitalausstattung

		2015	2016
Eigenkapitalquote	%	45,8	42,6
Fremdkapitalquote	%	54,2	57,4

Liquidität

		2015	2016
Liquiditätsgrad	%	183,2	174,4

Der Jahresabschluss per 31.12.2016 war zum Zeitpunkt der Aufstellung des Beteiligungsberichtes noch nicht testiert.

Lage des Unternehmens

Ertragslage

Die Gesellschaft erwirtschaftete im Geschäftsjahr einen Jahresfehlbetrag von 3.966,74 € (im Vorjahr: -10 T€).

Bestehende Forderungen wurden im Geschäftsjahr soweit als möglich realisiert. Das Anlagevermögen der Gesellschaft wurde veräußert. Es wurden Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens in Höhe von 439,17 € erzielt.

Vermögens- und Finanzlage

Der Finanzmittelfonds beträgt am Ende der Periode 112 T€ gegenüber T€ 108 zu Beginn der Periode. Unter Berücksichtigung der ausstehenden Verbindlichkeiten ist die Liquidität der Gesellschaft gesichert.

Nachtragsbericht

Berichtspflichtige Geschäftsvorfälle liegen nicht vor.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Aus Sicht der gesetzlichen Vertreter bestehen für den Prognosezeitraum keine Risiken.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Keine

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2016

Die Gesellschafterversammlung erhält keine Bezüge.

Die Geschäftsführer erhalten keine Bezüge von der Gesellschaft.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die nicht wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Abs. 4 Nr. 4 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2017**

Gesundheitszentrum zum Heiligen Geist GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

12. September 2002; Gesellschaftsvertrag zuletzt geändert am 11. Juni 2008

Stammkapital am 31.12.2016

100.000,00 €

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand ist der Betrieb eines Krankenhauses und eines Seniorenhauses in Boppard. Die Gesellschaft kann außerdem eine Krankenpflegeschule betreiben; und sich als Lehrkrankenhaus an der Ausbildung des ärztlichen Nachwuchses beteiligen. Die Gesellschaft betreibt außerdem ein Seniorenhaus in Boppard und widmet sich auch im Übrigen nach Möglichkeit der Pflege und Betreuung und auch der seelsorgerischen Begleitung von kranken, alten, altersschwachen, körperlich gebrechlichen und hilfsbedürftigen Menschen sowie Aufgaben der Geburtshilfe.

Beteiligungsverhältnisse

Die Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH ist Alleingesellschafterin.

Besetzung der Organe am 31.12.2016

Gesellschafterversammlung

Der Alleingesellschafter entsendet seine Vertreter in die Gesellschafterversammlung.

Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Geschäftsführung

Bernhard Mauel (bis 21.09.2016)

Dr Moritz Hemicker (ab 31.09.2016)

Martin Stein (ab 21.09.2016)

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Grundlagen der Gesellschaft

Die Gesundheitszentrum zum Heiligen Geist GmbH ist eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH. Seit 01. Januar 2014 sind in ihr die Altenhilfe-Einrichtungen an den drei Standorten Boppard, Koblenz und Nastätten zusammengefasst.

Am Standort Boppard betreibt die Gesundheitszentrum zum Heiligen Geist GmbH das Wohnstift zum Heiligen Geist, Belgrano, eine vollstationäre Pflegeeinrichtung mit 100 vollstationären Pflegeplätzen. Des Weiteren betreibt die Pflegeeinrichtung eine Kurzzeitpflege-Abteilung mit 16 Plätzen sowie 6 Tages- und 6 Nachtpflegeplätze.

Im April 2014 wurde im Dechant-Berger-Haus das neue Betreute Wohnen eröffnet. Insgesamt entstanden dort 30 Eigentumswohnungen in unterschiedlichen Größen. Die Gesundheitszentrum zum Heiligen Geist GmbH bietet die Grund-Service-Leistungen an, wie z. B. die 24-Stunden-Notruf-Möglichkeit.

Im April 2015 wurden in der ersten Etage des Josefshauses die Räumlichkeiten für eine Beatmungs-WG fertig gestellt. Seit dem 01.03.2016 sind die Räumlichkeiten an die AWI Ambulante Weaning und Intensivversorgung GmbH Koblenz vermietet.

In der südlichen Vorstadt von Koblenz liegt die vollstationäre Pflegeeinrichtung Wohnstift St. Martin mit 44 Plätzen, inklusive einem Kurzzeitpflegeplatz. Darüber hinaus verfügt die Pflegeeinrichtung Wohnstift St. Martin über acht Wohnungen Betreutes Wohnen. Hier ist die Gesundheitszentrum zum Heiligen Geist GmbH sowohl Vermieter als auch Anbieter der Service-Leistungen. Des Weiteren werden die Grundleistungen für den benachbarten - 123 Wohnungen umfassenden - „Wohnpark am Stift“ abgedeckt.

Am Standort in Nastätten betreibt die Gesundheitszentrum zum Heiligen Geist GmbH ebenfalls eine vollstationäre Pflegeeinrichtung, den Wohnpark am Paulinenstift mit 73 Plätzen, inklusive 10 Kurzzeitpflegeplätzen. Des Weiteren gibt es 10 integrierte Tagespflegeplätze und 11 Wohnungen des Betreuten Wohnens.

Geschäftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

An den allgemeinen Rahmenbedingungen in der Altenhilfe haben sich im Vergleich zu 2015 keine großen Veränderungen ergeben. Nach wie vor problematisch ist der Fachkräftemangel in der Alten- und Krankenpflege.

Um dem Fachkräftemangel entgegen zu steuern, wird in der Gesundheitszentrum zum Heiligen Geist GmbH verstärkter Wert auf die Ausbildung von eigenen Altenpflegefachkräften gelegt.

Maßgeblich für die Altenhilfe sind das Sozialgesetzbuch XI (Pflegeversicherung) und das Landesgesetz über Wohnformen und Teilhabe (LWTG), welches im Jahr 2009 das vorher geltende Heimgesetz abgelöst hat. Die näheren Ausführungen zu diesem Gesetz sind in der im Jahr 2013 in Kraft getretenen Landesverordnung zur Durchführung des Landesgesetzes über Wohnformen und Teilhabe festgeschrieben.

Kontrolliert werden die gesetzlichen Auflagen durch die Beratungs- und Prüfbehörde des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung, deren Vertreter auch im Jahr 2016 Überprüfungen in den Häusern durchgeführt haben.

Im November 2015 hat der Bundestag das Zweite Pflegestärkungsgesetz beschlossen. Damit wurden zahlreiche Verbesserungen für Pflegebedürftige, Angehörige und Pflegekräfte auf den Weg gebracht. Grundlage dafür sind vor allem die Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes und des neuen Begutachtungsinstruments (Neues Begutachtungsassessment – NBA). Letzteres orientiert sich in Zukunft ausschließlich an den Beeinträchtigungen der Selbstständigkeit oder der Fähigkeiten der Betroffenen.

Die größte Veränderung ist jedoch, dass fünf Pflegegrade die bisherigen vier Pflegestufen ersetzen. Dies macht es möglich, Art und Umfang der Leistungen der Pflegeversicherung genauer auf den Bedarf abzustimmen.

In Rheinland-Pfalz hat die Pflegekammer in 2016 ihre Tätigkeit aufgenommen. Die Gremien sind gewählt und die Registrierung aller Pflegekräfte abgeschlossen. Die ersten Treffen der einzelnen Arbeitsgruppen haben bereits stattgefunden.

Zu den wichtigsten übergreifenden politischen Aufgaben gehört die weitere Ausgestaltung der Rahmenbedingungen für die Altenhilfe. Der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff stuft pflegebedürftige Menschen entsprechend ihrer Selbstständigkeit bezogen auf Aktivitäten und Lebensgestaltung in 5 Pflegegrade ein. Außerdem wurde ein einheitlicher Eigenanteil für die Bewohnerinnen festgelegt und eingeführt. Dies bedeutet, dass jeder Bewohner – egal welcher Pflegegrad – den gleichen Eigenanteil zu zahlen hat. Dies wird zur Folge haben, dass Personen mit einem geringen Hilfebedarf im Vergleich zu heute einen deutlich höheren Eigenanteil und die stark hilfebedürftigen Bewohner einen niedrigeren Eigenanteil zu zahlen haben, was wiederum eine Veränderung der Bewohnerstruktur bewirken wird. In den vollstationären Einrichtungen werden eher stark pflegebedürftige Personen versorgt, während die Personen mit einem eher geringen Hilfebedarf eher ambulante Angebote oder Betreutes Wohnen in Anspruch nehmen werden.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz (in €)	2015	2016
A. Anlagevermögen	1.303.629,41	1.315.605,83
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	5.932,78	5.020,20
II. Sachanlagen	1.297.696,63	1.310.585,63
B. Umlaufvermögen	1.565.106,86	1.355.172,63
I. Forderungen u. sonst. Verm.	610.635,36	1.187.619,40
II. Kassenbestand	954.471,50	167.553,23
C. Ausgleichsposten aus Betriebsüberlassung	259.229,26	259.229,26
D. Rechnungsabgrenzungsposten	11.110,10	8.492,06
Bilanzsumme	3.139.075,63	2.938.499,78
A. Eigenkapital	2.323.056,45	2.192.315,82
I. Gez. Kapital	100.000,00	100.000,00
II. Kapitalrücklage	5.138.835,85	5.138.835,85
III. Gewinnrücklagen	79.000,00	79.000,00
IV. Verlustvortrag	-1.884.393,83	-2.994.779,40
V. Jahresfehlbetrag/-überschuss	-1.110.385,57	-130.740,63
B. SoPo zur Finanzierung des Sachanlageverm.	3.197,79	1.586,25
C. Rückstellungen	596.700,00	497.600,00
D. Verbindlichkeiten	187.819,53	218.287,45
E. Rechnungsabgrenzungsposten	28.301,86	28.710,26
Bilanzsumme	3.139.075,63	2.938.499,78

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV (in €)	2015	2016
Umsatzerlöse	8.483.172,91	9.659.630,99
sonstige Erträge	608.889,44	80.583,31
Materialaufwand	1.320.658,80	1.889.622,27
a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	733.703,89	723.329,37
b) Aufw. f. bez. Leistungen	586.954,91	1.166.292,90
Personalaufwand	5.324.281,01	6.071.521,89
Abschreibungen	159.420,60	140.394,71
sonstige betr. Aufwendungen	3.390.621,03	1.766.080,99
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	48,93	164,97
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	7.515,41	3.500,04
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,00	0,00
Ergebnis nach Steuern	-1.110.385,57	-130.740,63
sonstige Steuern	0,00	0,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-1.110.385,57	-130.740,63

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

<u>Rentabilität</u>		2015	2016
Eigenkapitalrentabilität	%	-47,8	-6,0
Gesamtrentabilität	%	-35,4	-4,4

		2015	2016
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	50,5	46,0

Vermögensaufbau

		2015	2016
Anlagenintensität	%	41,5	44,8
Intensität des Umlaufvermögens	%	49,9	55,2

Anlagenfinanzierung

		2015	2016
Anlagendeckung I	%	178,2	166,6
Anlagendeckung II	%	195,2	166,8

Kapitalausstattung

		2015	2016
Eigenkapitalquote	%	74,1	74,7
Fremdkapitalquote	%	25,9	25,3

Liquidität

		2015	2016
Liquiditätsgrad	%	264,9	182,0

Lage des Unternehmens

Geschäftsverlauf

Im Berichtsjahr 2016 konnten die Erlöse trotz der nach wie vor herausfordernden Rahmenbedingungen im Gesundheitssektor gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Im stationären Bereich konnten 84.531 Berechnungstage (Vorjahr: 83.924) erbracht werden. Die Auslastung lag somit bei 99,4 % (Vorjahr: 98,4 %). Die Gesamterträge des Jahres 2016 belaufen sich auf 9.740 T€ (Vorjahr: 9.092 T€). Bei gestiegenen Personal- und Materialkosten aber deutlich gesunkenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen ergibt sich insgesamt ein Jahresergebnis von -131 T€ (Vorjahr: - 1.110 T€).

Die im Vorjahr angegebene Prognose ist erwartungsgemäß eingetreten.

Die Zahl der Mitarbeiter hat sich in 2016 (gegenüber 2015) erhöht. Die in den Seniorenhäusern tätigen Mitarbeiter in den Bereichen Hauswirtschaft und Reinigung, die bisher überwiegend in einer Tochtergesellschaft angestellt waren, wurden zum 01.02.2016 in die GHZ übernommen.

Im Qualitätsmanagement sind alle drei Altenhilfeeinrichtungen gut aufgestellt.

Seit 2009 werden gesetzlich vorgeschriebene Transparenzberichte über die Pflegeeinrichtungen im Internet veröffentlicht. Sie sollen verständlich, übersichtlich und vergleichbar über die von Pflegeeinrichtungen erbrachten Leistungen und ihre Qualität informieren.

Im November 2016 fand erfolgreich das Überwachungsaudit im Rahmen der DIN-EN-ISO 9001-2008 Zertifizierung statt. Im Oktober wurden an allen drei Standorten die jährlichen Qualitätsbefragungen der Bewohner, Mitarbeiter und Angehörigen durchgeführt und ausgewertet.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse belaufen sich im Jahr 2016 unter Berücksichtigung der Ausweisanpassungen durch das Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) auf 9.660 T€. Bei Anpassung der Vorjahreszahlen (9.034 T€) bedeutet dies einen Anstieg um 6,9 %.

Die Personalkosten liegen bei 6.072 T€ und sind gegenüber Vorjahr um 747 T€ gestiegen. Die Personalaufwandquote beläuft sich bei gestiegener Mitarbeiteranzahl auf 62,9 %.

Der Materialaufwand belief sich im Geschäftsjahr auf 1.890 T€ (Vorjahr: 1.321 T€), die Materialaufwandquote liegt bei 19,6 % und erhöhte sich gegenüber Vorjahr um 4,9 Prozentpunkte. Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist ein Rückgang um 1.619 T€ zu verzeichnen, der vor allem auf Einmaleffekte im Jahr 2015 zurückzuführen ist. Damit wurde ein Jahresergebnis von -131 T€ erzielt, das sich im Vergleich zum Vorjahr um 980 T€ verbessert hat. Ursächlich für die Verbesserung waren überwiegend die Einmaleffekte aus dem Vorjahr.

Finanzlage

Die flüssigen Mittel belaufen sich zum Ende des Geschäftsjahres auf 168 T€ (Vorjahr: 954 T€). Den Zahlungsverpflichtungen konnte jederzeit nachgekommen werden. Die Liquidität II. Grades beträgt zum Stichtag 835 T€ (Vorjahr: 1.011 T€).

Die Eigenmittelquote (Eigenkapital + Sonderposten) beträgt im Jahr 2016 74,7 % (Vorjahr: 74,1 %).

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt 2.939 T€ und verminderte sich damit im Vergleich zum Vorjahr um 201 T€ (-6,4 %).

Das Vermögen verteilt sich zu 44,8 % auf das Anlage- und zu 55,2 % auf das Umlaufvermögen. Das Anlagevermögen ist zu 166,8 % (Vorjahr: 178,4 %) durch Eigenmittel und langfristiges Fremdkapital (Anlagendeckungsgrad II) gedeckt.

Die Investitionen belaufen sich im Berichtsjahr auf 152 T€ und betreffen vor allem Bauvorhaben sowie Einrichtungsgegenstände. Da die Abschreibungen (140 T€) geringer waren als die Investitionen, erhöhte sich das Anlagevermögen insgesamt auf 1.316 T€ (Vorjahr: 1.304 T€).

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Aufgrund der Umstellung auf die Pflegegrade ab 01.01.2017 und die damit erwartete Veränderung der Bewohnerstruktur in den Häusern im Laufe des Jahres 2017 dürfen die Heimentgelte um einen weiteren Prozentsatz je nach Anteil der Bewohner mit einer eingeschränkten Alltagskompetenz erhöht werden.

Aus dem auch politisch favorisierten Vorrang ambulanter Versorgungsformen resultiert ein Belegungsrisiko für stationäre Einrichtungen. Dieses Risiko wird in großstädtischen Einzugsgebieten durch ggf. vorhandene Überkapazitäten weiter verschärft. Daher muss ein besonderer Fokus auf die Ausweitung der Tagespflege und der Kurzzeitpflege gelegt werden. Eine Ausweitung der Möglichkeiten für Kurzzeit- und auch Tagespflege am Gesundheitszentrum zum Heiligen Geist GmbH wird überdacht bzw. angegangen.

Die Anforderungen an eine ausführliche Bewohnerdokumentation steigen immer weiter, was zu Lasten der effektiven Pflegezeiten bei den Bewohnern geht. Daher ist die Einführung der entbürokratisierten Pflegedokumentation (Strukturierte Informationssammlung) geplant, sowie die Etablierung der neuen Begutachtungsrichtlinien, verbunden mit der Auswahl der hierfür am besten geeigneten Software. Dies ist eine große Chance, die Ressource „Pflegepersonal“ effektiver zu nutzen. Die Fachlichkeit der Pflegekräfte wird deutlich stärker gefordert und gefördert, es wird weniger dokumentiert, so dass mehr Zeit für den Bewohner vorhanden ist und die Zufriedenheit der Bewohner und der Mitarbeiter dadurch steigen wird. Insbesondere der Zufriedenheit der Mitarbeiter und der Personalentwicklung kommt künftig eine zentrale Bedeutung zu, da sich die Wettbewerbssituation im Personalbereich durch den Fachkräftemangel weiter verschärfen wird. Hierin ist ein zentrales Risiko zu sehen, dem die Gesellschaft mit der Ausbildung von Pflegefachkräften begegnet. Ob die aktuell gültigen Personalschlüssel weiterhin Bestand haben, werden die Träger-Dachverbände mit den Kostenträgern Mitte 2017 gemeinsam eruiert und dann eventuell Veränderungen beschließen. In 2017 werden in Koblenz die Planungen zum Umbau der 3. Etage im Wohnstift St. Martin vom Betreuten Wohnen hin zu 14 vollstationären Plätzen mit dem Schwerpunkt der Palliativversorgung weitergeführt.

Erlösseitig sind leichte Steigerungen der Pflegesätze zu erwarten, die insbesondere aus dem erwarteten Anstieg der Veränderungen in der Pflegegradstruktur resultieren dürfte.

Tarifsteigerungen sowie der Preisanstieg von Verbrauchsmaterialien und Energiekosten werden die Gesellschaft finanziell belasten, da diese Mehrkosten möglicherweise nicht vollumfänglich von Pflegesatzerhöhungen refinanziert werden können.

Um die Zielerreichung kontinuierlich zu überwachen und zu gewährleisten, sowie Risiken frühzeitig zu erkennen, werden Monatsabschlüsse mit der Darstellung der Kosten- und Ertragslage, leistungsbezogenen Kennzahlen und sonstigen Statistiken erstellt. Planabweichungen werden mit den verantwortlichen Mitarbeitern zeitnah kommuniziert und entsprechende Gegenmaßnahmen eingeleitet.

Im Rahmen der Zuordnung der verschiedenen Geschäftsbereiche wurde zum 01.01.2017 der Bereich der ambulanten Pflege (Stiftmobil) aus der Tochtergesellschaft GZ-Service am Evangelischen Stift GmbH ausgegliedert und in die GHZ überführt. Diese Eingliederung wird im nächsten Jahr zu einer Ergebnisverschiebung führen. Damit ist das gesamte Portfolio der Altenhilfe in einer einzigen Tochtergesellschaft des Gemeinschaftsklinikums Mittelrhein gGmbH gebündelt. Durch ein gleichartiges Management-Know-How können Synergien besser genutzt werden.

Bestandsgefährdende Risiken bestehen derzeit nicht, insgesamt ist die Risikolage als niedrig einzuschätzen.

Für das Geschäftsjahr 2017 wird mit einem mindestens ausgeglichenen Jahresergebnis gerechnet.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Keine

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2016

Keine

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die nicht wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Abs. 4 Nr. 4 GemO.

Stadtverwaltung Koblenz Beteiligungsbericht 2017

GK Service GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

21. April 2004; der Gesellschaftsvertrag wurde am 12. November 2008 zuletzt geändert

Stammkapital am 31.12.2016

25.000,00 €

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist das Erbringen von Dienst- und Serviceleistungen aller Art für die Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH, Koblenz und deren Einrichtungen sowie für fremde Dritte.

Beteiligungsverhältnisse

Die Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH ist Alleingesellschafterin.

Besetzung der Organe am 31.12.2016

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterin entsendete ihre Vertreter in die Gesellschafterversammlung.

Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Geschäftsführung

Dr. Moritz Hemicker
Martin Stein

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Geschäftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Der Gesundheitssektor ist eine Wachstumsbranche. Stetig wachsende ökonomische Bedeutung mit großen Zukunftschancen charakterisiert den Gesundheitsmarkt. Nach wie vor zeichnet sich eine steigende Nachfrage nach medizinischen und pflegerischen Leistungen ab. Gleichzeitig steigen die Kosten der gesundheitlichen Versorgung. Um die stetig steigenden Ausgaben im Gesundheitswesen zu begrenzen, werden zunehmend die Versorgungsstrukturen überprüft und mögliche Kostensenkungspotenziale identifiziert. Qualität, Leistung und Transparenz erweisen sich immer mehr als Wettbewerbsinstrument. Ansteigende Anzahlen an Fusionen und die damit verbundenen Synergieeffekte, sowie die Erweiterung des Leistungsspektrums, sind Maßnahmen der Kliniken um sich konkurrenzfähig am deutschen Krankenhausmarkt zu etablieren.

Das Erbringen von qualitativ hochwertigen Serviceleistungen durch die GK-Service GmbH, Koblenz hat wesentlich zur erfolgreichen Positionierung der Krankenhäuser im Konzernverbund beigetragen.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz (in €)	2015	2016
A. Anlagevermögen	31.162,03	25.841,93
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00
II. Sachanlagen	31.162,03	25.841,93
B. Umlaufvermögen	333.222,89	358.394,00
I. Vorräte	4.159,54	3.715,63
II. Forderungen u. sonst. Verm.	253.806,18	140.698,70
III. Kassenbestand	75.257,17	213.979,67
C. Rechnungsabgrenzungsposten	113,34	179,50
Bilanzsumme	364.498,26	384.415,43
A. Eigenkapital	137.109,19	172.834,85
I. Gez. Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Gewinnvortrag	69.907,94	112.109,19
III Jahresüberschuss	42.201,25	35.725,66
B. Rückstellungen	59.544,41	47.310,92
C. Verbindlichkeiten	167.844,66	164.269,66
Bilanzsumme	364.498,26	384.415,43

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV (in €)	2015	2016
Umsatzerlöse	3.925.283,28	3.948.479,75
sonstige Erträge	11.044,58	13.925,18
Materialaufwand	224.994,40	1.594.502,41
a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	14.660,48	19.311,88
b) Aufw. f. bez. Leistungen	210.333,92	1.575.190,53
Personalaufwand	2.104.211,62	2.199.434,21
Abschreibungen	6.966,04	9.115,48
sonstige betr. Aufwendungen	1.538.257,62	107.835,47
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	4,43	0,00
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	19.577,36	15.669,86
Ergebnis nach Steuern	42.325,25	35.847,50
sonstige Steuern	124,00	121,84
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	42.201,25	35.725,66

Bilanzkennzahlen**Ertragslage**

<u>Rentabilität</u>		2015	2016
Eigenkapitalrentabilität	%	30,8	20,7
Gesamtrentabilität	%	11,6	9,3

		2015	2016
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	38,1	35,3

Vermögensaufbau

		2015	2016
Anlagenintensität	%	8,5	6,7
Intensität des Umlaufvermögens	%	91,5	93,3

Anlagenfinanzierung

		2015	2016
Anlagendeckung I	%	440,0	668,8
Anlagendeckung II	%	440,0	668,8

Kapitalausstattung

		2015	2016
Eigenkapitalquote	%	37,6	45,0
Fremdkapitalquote	%	62,4	55,0

Liquidität

		2015	2016
Liquiditätsgrad	%	146,6	169,5

Lage des Unternehmens**Geschäftsverlauf**

Da die Leistungserbringung der GK Service hauptsächlich in Einrichtungen der Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein erfolgt, unterliegen diese kaum Schwankungen. Im Berichtsjahr wurden daher Erlöse auf Vorjahresniveau erzielt. Die Gesamterlöse des Jahres 2016 belaufen sich auf 3.962 T€ (Vorjahr: 3.936 T€). Bei leicht gestiegenen Personal- und leicht gesunkenen Sachkosten ergibt sich insgesamt ein Jahresüberschuss von 36 T€. Die im Vorjahr angegebene Prognose ist erwartungsgemäß eingetreten.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse belaufen sich im Jahr auf 3.948 T€ (Vorjahr: 3.925 T€), was ein Anstieg um 0,6 % bedeutet.

Die Personalkosten liegen bei 2.199 T€ und sind gegenüber Vorjahr um 95 T€ gestiegen. Die Personalaufwandquote beläuft sich bei leicht erhöhter Mitarbeiteranzahl auf 55,7 %.

Der Materialaufwand belief sich im Geschäftsjahr auf 1.595 T€ (Vorjahr: 225 T€), die Materialaufwandquote liegt bei 40,4 %. Der starke Anstieg erklärt sich mit einer Ausweisänderung von den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (108 T€; Vorjahr: 1.538 T€) zum Materialaufwand. Die Sachkostenquote verringerte sich leicht auf 43,1 %.

Damit wurde ein Jahresergebnis von 36 T€ erzielt, das sich im Vergleich zum Vorjahr um 6 T€ verringert hat.

Finanzlage

Die flüssigen Mittel belaufen sich zum Ende des Geschäftsjahres auf 214 T€ (Vorjahr: 75 T€).

Die Zahlungsverpflichtungen konnten jederzeit erfüllt werden. Die Liquidität II. Grades beträgt zum Stichtag 151 TEUR (Vorjahr: 112 TEUR).

Die Eigenmittelquote (Eigenkapital) beträgt im Jahr 2016 45,0 % (Vorjahr: 37,6 %).

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt 384 T€ und erhöhte sich damit im Vergleich zum Vorjahr um 20 T€ (5,2 %).

Das Vermögen verteilt sich zu 6,7 % auf das Anlage- und zu 93,3 % auf das Umlaufvermögen. Das Anlagevermögen ist zu 668,8 % (Vorjahr: 441,9 %) durch Eigenmittel und langfristiges Fremdkapital (Anlagendeckungsgrad II) gedeckt.

Die Investitionen belaufen sich im Berichtsjahr auf 6 T€ und betreffen Einrichtungsgegenstände. Durch Abschreibungen in Höhe von 9 T€ verminderte sich das Anlagevermögen insgesamt auf 26 T€ (Vorjahr: 31 T€).

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Durch eine Umstrukturierung bzw. eine bessere Ausbildung/Einarbeitung der Mitarbeiter soll im Geschäftsjahr 2017 eine Erhöhung der Produktivität je Mitarbeiter erreicht werden. Neben Personalkostenreduzierungen, sind unter anderem auch weitere Einsparungen durch Produktstandardisierung im Bereich der Sachkosten geplant. Daher bewegt sich die Gewinnerwartung für 2017 über der Basis 2016.

Die Personalkosten für Verwaltung werden künftig über zentrale Dienstleistungen dargestellt.

Durch die geplante Überprüfung der Reinigungsleistungsverzeichnisse hinsichtlich Rhythmus, Beschaffenheit, Größe der Objekte, Einsatz von Maschinen, wird das Leistungsverzeichnis neu erstellt und monetär bewertet. Um eine Vergleichbarkeit der Reinigungsleistungen zu erhalten, werden Benchmarkzahlen von 30 Einrichtungen des Gesundheitswesens zu Grunde gelegt.

Die Chancen und Risiken des wirtschaftlichen Erfolgs werden im Wesentlichen durch die wirtschaftliche Entwicklung des Mutterunternehmens beeinflusst.

Bestandsgefährdende Risiken bestehen derzeit nicht, insgesamt ist die Risikolage als niedrig einzuschätzen.

Für das Geschäftsjahr 2017 wird mit einem leicht verbesserten Jahresergebnis gerechnet.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Grundsteuer:	0 €
Gewerbsteuer:	5.491 €

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2016

Die Gesellschafterversammlung hat keine Bezüge erhalten.

Der Geschäftsführer hat keine Bezüge von der Gesellschaft erhalten.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die nicht wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Abs. 4 Nr. 4 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2017**

**GZ-Service
am Evangelischen Stift Koblenz GmbH**

Rechtsform

GmbH

Gegründet

21. November 1995

Stammkapital am 31.12.2016

25.564,59 €

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft übernimmt Dienstleistungsfunktionen der Gesellschafterin. Hierzu gehören alle Dienstleistungen, die das Krankenhaus bzw. das Altenheim benötigt und bisher von ihr selbst erbracht wurden, aber auch inzwischen durch Dritte am Markt angeboten werden. Im Berichtsjahr betrafen die Dienstleistungen folgende Bereiche: -Wirtschaft –Versorgung – EDV –Reinigung -sowie die ergänzenden ambulanten Dienstleistungen und der Betrieb von medizinischen Dienstleistungsbereichen.

Beteiligungsverhältnisse

Die Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH ist Alleingesellschafterin.

Besetzung der Organe am 31.12.2016

Gesellschafterversammlung

Die Alleingesellschafterin entsendet ihre Vertreter in die Gesellschafterversammlung.

Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Geschäftsführung

Dr. Moritz Hemicker (ab 08. Dezember 2016)

Martin Stein (ab 08. Dezember 2016)

Bernhard Mauel (bis 08. Dezember 2016)

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Grundlagen der Gesellschaft

Die GZ-Service am Evangelischen Stift Koblenz GmbH ist eine 100%-ige Tochtergesellschaft der Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH. Die Gesellschaft erbringt Serviceleistungen für die Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH bzw. deren Tochtergesellschaften und Leistungen gegenüber Dritten. Das Leistungsportfolio umfasst die Bereiche:

- Küche/Gastronomie
- EDV
- Technik/Bau/Versorgung
- RehaFit/RehaMobil
- Reinigung
- Hauswirtschaft
- StiftMobil

Der Dienstleistungsvertrag mit der Gesundheitszentrum zum Heiligen Geist GmbH, Boppard, (GHZ) für den Bereich Hauswirtschaft wurde zum 31.01.2016 gekündigt. Das Personal wurde von der Gesundheitszentrum zum Heiligen Geist GmbH übernommen. Diese Maßnahme trägt zur Optimierung der Prozesse in den Altenhilfeeinrichtungen bei. Hierdurch verringert sich der monatliche Umsatz der Gesellschaft um ca. 67.500 € und die Anzahl der Mitarbeiter wurde um ca. 27 Vollzeitkräfte reduziert.

Der Bereich der ambulanten Pflege (Stiftmobil) wurde zum 01.01.2017 aus der GZ-Service ausgegliedert und in die Gesundheitszentrum zum Heiligen Geist GmbH überführt.

Dadurch, dass die Bereiche der ambulanten Pflege (Stiftmobil) und stationären Pflege (Gesundheitszentrum zum Heiligen Geist) organisatorisch und führungstechnisch zusammengefasst werden, sollen Synergien besser genutzt werden.

Geschäftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Der Gesundheitssektor ist eine Wachstumsbranche. Stetig wachsende ökonomische Bedeutung mit großen Zukunftschancen charakterisiert den Gesundheitsmarkt. Nach wie vor zeichnet sich eine steigende Nachfrage nach medizinischen und pflegerischen Leistungen ab.

Gleichzeitig steigen die Kosten der gesundheitlichen Versorgung. Um die stetig steigenden Ausgaben im Gesundheitswesen zu begrenzen, werden zunehmend die Versorgungsstrukturen überprüft und mögliche Kostensenkungspotenziale identifiziert. Verstärkt werden marktwirtschaftliche Elemente in das Gesundheitswesen eingeführt, um Anreize für kosten- und qualitätsbewusstes Handeln zu schaffen. Durch eine Erhöhung der Behandlungsqualität und die Optimierung der medizinischen und pflegerischen Abläufe sollen die Behandlungskosten insgesamt reduziert werden.

Qualität, Leistung und Transparenz erweisen sich immer mehr als Wettbewerbsinstrument. Ansteigende Anzahlen an Fusionen und die damit verbundenen Synergieeffekte, sowie die

Erweiterung des Leistungsspektrums, sind Maßnahmen der Kliniken um sich konkurrenzfähig am deutschen Krankenhausmarkt zu etablieren.

Das Erbringen von qualitativ hochwertigen Serviceleistungen durch die GZ-Service am Evangelischen Stift Koblenz GmbH hat wesentlich zur erfolgreichen Positionierung der Krankenhäuser und der Altenhilfe im Konzernverbund beigetragen. Darüber hinaus erbringt die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2016 eigenständige Leistungen der ambulanten Rehabilitation und der ambulanten Pflege.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz (in €)	2015	2016
A. Anlagevermögen	694.750,49	721.792,36
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	103.723,72	203.369,63
II. Sachanlagen	591.026,77	518.422,73
B. Umlaufvermögen	1.164.673,34	1.188.130,50
I. Vorräte	37.985,26	41.750,55
II. Forderungen u. sonst. Verm.	894.567,78	855.587,46
III. Kassenbestand	232.120,30	290.792,39
C. Rechnungsabgrenzungsposten	5.279,50	23.898,74
Bilanzsumme	1.864.703,33	1.933.821,60
A. Eigenkapital	158.871,79	93.952,47
I. Stammkapital	25.564,59	25.564,59
II. Gewinnrücklagen	143.536,89	143.536,89
III. Verlustvortrag	0,00	-10.229,69
IV. Jahresfehlbetrag/-überschuss	-10.229,69	-64.919,32
B. Rückstellungen	875.600,00	811.000,00
C. Verbindlichkeiten	830.231,54	1.028.869,13
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	1.864.703,33	1.933.821,60

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV (in €)	2015	2016
Umsatzerlöse	14.233.641,84	13.024.806,63
sonstige betriebliche Erträge	441.196,19	171.747,13
Materialaufwand	2.125.716,88	5.271.497,22
a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	1.954.459,90	1.761.124,59
b) Aufw. f. bez. Leistungen	171.256,98	3.510.372,63
Personalaufwand	7.463.495,84	6.624.152,13
a) Löhne und Gehälter	6.274.716,14	5.537.305,87
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	1.188.779,70	1.086.846,26
Abschreibungen	233.513,62	261.099,26
sonstige betr. Aufwendungen	4.579.432,39	1.081.458,91
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	3.138,63	8.918,82
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	75.350,00	3.350,00
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	189.000,00	26.317,76
Ergebnis nach Steuern	11.467,93	-62.402,70
sonstige Steuern	21.697,62	2.516,62
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-10.229,69	-64.919,32

Bilanzkennzahlen**Ertragslage**

<u>Rentabilität</u>		2015	2016
Eigenkapitalrentabilität	%	-6,4	-69,1
Gesamtrentabilität	%	3,5	-3,4

		2015	2016
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	46,5	52,7

Vermögensaufbau

		2015	2016
Anlagenintensität	%	37,3	37,3
Intensität des Umlaufvermögens	%	62,7	62,7

Anlagenfinanzierung

		2015	2016
Anlagendeckung I	%	22,9	13,0
Anlagendeckung II	%	31,6	13,0

Kapitalausstattung

		2015	2016
Eigenkapitalquote	%	8,5	4,9
Fremdkapitalquote	%	91,5	95,1

Liquidität

		2015	2016
Liquiditätsgrad	%	71,1	65,9

Lage des Unternehmens**Geschäftsverlauf**

Auch im Geschäftsjahr 2016 hat die GZ-Service am Ev. Stift Koblenz GmbH Leistungen im erheblichen Umfang für die Muttergesellschaft erbracht. Durch eine Reorganisation und Restrukturierung ist die Erbringung zentraler Dienstleistungen rückläufig. Der Bereich StiftMobil konnte vor allem aufgrund des Fachkräftemangels nicht das erwartete Ergebnis bringen. Die Gesamterträge des Jahres 2016 belaufen sich auf 13.205 T€ (Vorjahr: 14.677 T€). Bei gesunkenem Personal- und leicht gesunkenen Sachkosten ergibt sich insgesamt ein Jahresfehlbetrag von -65 T€.

Die im Vorjahr angegebene Prognose konnte nicht erreicht werden, da durch die Umstrukturierungsmaßnahmen die Erlössteigerung sowie Kostenreduzierung noch nicht im gewünschten Maß umgesetzt werden konnte.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse belaufen sich im Jahr auf 13.025 T€ (Vorjahr: 14.234 T€), was ein Rückgang um 8,5 % bedeutet. Bei angepassten Vorjahreszahlen gemäß BilRUG ergibt sich ein Rückgang um 8,6 %.

Die Personalkosten liegen bei 6.624 T€ und sind gegenüber Vorjahr um 839 T€ gesunken. Die Personalaufwandquote beläuft sich auf 50,9 %.

Der Materialaufwand belief sich im Geschäftsjahr auf 5.271 T€ (Vorjahr: 2.126 T€), die Materialaufwandquote liegt bei 40,5 %. Der starke Anstieg erklärt sich mit einer Ausweisänderung von den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (1.081 T€; Vorjahr: 4.580 T€) zum Materialaufwand. Insgesamt war ein Rückgang der Sachaufwendungen um rund 371 T€ zu verzeichnen. Die Sachkostenquote erhöhte sich leicht auf 48,8 %.

Damit wurde ein Jahresergebnis von -65 T€ erzielt, das sich im Vergleich zum Vorjahr um 55 T€ verschlechtert hat.

Finanzlage

Die flüssigen Mittel belaufen sich zum Ende des Geschäftsjahres auf 291 T€ (Vorjahr: 232 T€). Die Zahlungsverpflichtungen konnten jederzeit erfüllt werden. Die Liquidität II. Grades beträgt insbesondere aufgrund formal kurzfristiger Gesellschafterverbindlichkeiten zum Stichtag - 548 T€ (Vorjahr - 454 T€).

Die Eigenmittelquote (Eigenkapital) beträgt im Jahr 2016 4,9 % (Vorjahr: 8,5 %).

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt 1.934 T€ und stieg damit im Vergleich zum Vorjahr um 69 T€ (+3,7 %).

Das Vermögen verteilt sich zu 37,3 % auf das Anlage- und zu 62,7 % auf das Umlaufvermögen. Das Anlagevermögen ist zu 13,0 % (Vorjahr: 23,3 %) durch Eigenmittel und langfristiges Fremdkapital (Anlagendeckungsgrad II) gedeckt. Die Investitionen belaufen sich im Berichtsjahr auf 288 T€ und betreffen Einrichtungsgegenstände und Software. Sie überstiegen die Abschreibungen in Höhe von 261 T€, so dass sich das Anlagevermögen insgesamt auf 722 T€ (Vorjahr: 695 T€) erhöhte.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Durch die Fortführung der Reorganisation aller Geschäftsfelder im Gesamtkonzern wird sich die Struktur der GZ-Service im Folgejahr ändern, was wiederum Auswirkungen auf das Jahresergebnis haben wird. Durch Ausgliederung der patientenbezogenen Bereiche Stiftmobil (1. Januar 2017) und Rehafit (geplant zum 1. Juli 2017) werden die Erlöse entsprechend sinken. Gleichzeitig werden jedoch auch die korrespondierenden Personal- und Sachkosten sinken.

In den Servicebereichen Küche und zentrale Dienstleistungen werden Optimierungen in der Kostenstruktur durch Standardisierung bestmöglich genutzt.

Da die Gesellschaft in erheblichen Umfang Leistungen innerhalb des Konzernverbundes erbringt, werden die Chancen und Risiken des wirtschaftlichen Erfolgs wesentlich durch die wirtschaftliche Entwicklung des Mutterunternehmens beeinflusst. Dies wird sich durch die Umstrukturierungen zukünftig weiter verstärken. Die Planungen für das Wirtschaftsjahr 2017 gehen von einem verbesserten, aber noch negativen Jahresergebnis aus.

Um die Zielerreichung kontinuierlich zu überwachen und zu gewährleisten sowie Risiken frühzeitig zu erkennen, werden Monatsabschlüsse mit der Darstellung der Kosten- und Ertragslage, leistungsbezogenen Kennzahlen und sonstigen Statistiken erstellt.

Bestandsgefährdende Risiken bestehen derzeit nicht, insgesamt ist die Risikolage als überschaubar einzuschätzen.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Gewerbesteuer: 12.298 €

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2016

Die Gesellschafterversammlung erhält keine Bezüge.

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die nicht wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Abs. 4 Nr. 4 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2017**

**Medizinisches Versorgungszentrum
Mittelrhein GmbH**

Rechtsform

GmbH

Gegründet

12. Februar 1999; Gesellschaftsvertrag zuletzt geändert am 10. Januar 2008

Stammkapital am 31.12.2016

25.000,00 €

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Medizinischen Versorgungszentrums im Sinne des § 95 Sozialgesetzbuch V (SGB V), insbesondere im Rahmen der fachärztlichen Versorgung sowie die sonstigen ärztlichen Tätigkeiten

Beteiligungsverhältnisse

Die Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH ist Alleingesellschafterin.

Besetzung der Organe am 31.12.2016

Gesellschafterversammlung

Der Alleingesellschafter entsendet seine Vertreter in die Gesellschafterversammlung.

Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat

Geschäftsführung

Dr. Moritz Hemicker (ab 20.09.2016)

Martin Stein (ab 20.09.2016)

Bernhard Mauel (bis 20.09.2016)

Beteiligungen des Unternehmens

Medizinisches Versorgungszentrum Görresplatz GmbH (seit 01.09.2015)

100 %

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Grundlagen der Gesellschaft

Die Medizinische Versorgungszentrum Mittelrhein GmbH verfolgt den Zweck, die ambulante ärztliche Versorgung zu sichern. Die Geschäftstätigkeit des Gesamtbetriebes ist mit den von der Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH betriebenen Krankenhäusern eng verbunden. Das Medizinische Versorgungszentrum Mittelrhein ist eine 100%ige Tochtergesellschaft der Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH.

Die Medizinische Versorgungszentrum Mittelrhein GmbH ist an den Standorten Koblenz, Boppard, Nastätten und Mayen vertreten. Die folgenden Leistungen sind im Geschäftsjahr 2016 angeboten worden:

- Neurochirurgie
- Chirurgie
- Orthopädie
- Gynäkologie
- Nuklearmedizin
- Psychosomatische Medizin und Psychotherapie
- Innere Medizin, Hausärztliche Versorgung
- Institut für Integrierte Medizin

Wirtschaftsbericht

Geschäftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das am 23. Juli 2015 in Kraft getretene Versorgungsstärkungsgesetz (kurz: VSG) bietet Medizinischen Versorgungszentren zahlreiche Möglichkeiten für die zukünftige Gestaltung, insbesondere im Hinblick auf strategische Gesichtspunkte (z.B. Gründung von Zweigpraxen).

Am 04.05.2016 hat das BSG für die Medizinischen Versorgungszentren relevante Entscheidungen getroffen (B 6 KA 120/15 R). Danach müssen Ärzte, die auf ihre Zulassung zugunsten der Anstellung in einem MVZ verzichten, nunmehr mindestens 3 Jahre im MVZ angestellt bleiben. Des Weiteren wird in dem Urteil die Nachbesetzung von Arztsitzen im MVZ näher geregelt.

Gemäß Beschluss des Erweiterten Bewertungsausschusses zwischen der Kassenärztlichen Bundesvereinigung und dem GKV Spitzenverband wurde der Orientierungswert für den Punktwert zum 1. Januar 2016 auf 10,4361 ct festgelegt. Für 2017 beträgt der Orientierungswert 10,5300 ct (+0,9 %).

Geschäftsverlauf

Zum 10.11.2016 wurde ein weiterer Orthopäde und Unfallchirurg in der MVZ-Zweigpraxis in Nastätten zugelassen. Dieser führt die Zweigpraxis seit dem 01.01.2017 alleine weiter.

Zum 01.07.2016 erfolgte die Verlegung der Praxis Frauenheilkunde/Geburtshilfe in die Koblenzer Str. 163. Gleichzeitig erfolgte eine ärztliche Neubesetzung durch zwei Fachärzte, die gleichzeitig auch weiterhin in der Klinik am Standort Kemperhof stationär tätig bleiben. Durch die räumliche Nähe zur Hauptfachabteilung des Gemeinschaftsklinikums entsteht so eine bessere intersektorale Verzahnung sowie ein strategischer Wettbewerbsvorteil.

Im Bereich der Psychosomatischen Medizin erfolgte im Oktober 2016 am Standort Koblenz eine Neubesetzung durch eine Fachärztin für Psychotherapeutische Medizin und Innere Medizin.

Auch im Bereich Neurochirurgie wurde im Februar 2016 eine von drei Arztstellen neu besetzt.

Am 31.12.2016 wurde das Institut für Integrierte Medizin aufgelöst, weil die Ärztin in Ruhestand getreten ist. Dieser Teilbereich hat keine negative Auswirkung auf das Gesamtergebnis.

Mit den genannten Schritten erfolgten somit im Berichtsjahr die Sicherstellung der Kontinuität sowie eine Ausweitung der Patientenversorgung innerhalb der MVZ Mittelrhein GmbH.

In wirtschaftlicher Hinsicht gestaltete sich das Geschäftsjahr 2016 äußerst schwierig. Die Erlöse aus der ambulanten Krankenversorgung konnten leicht gesteigert werden (+4,4 %). Die sonstigen Erträge sind jedoch im Vergleich zum Vorjahr (ohne Ausweis-Anpassungen nach BilRUG) um 886 T€ gesunken. Dies liegt an Sondereffekten im Vorjahr sowie weggefallenen Weiterberechnungen von Personalkosten.

Bei geringfügig gestiegenen Personalkosten und leicht gestiegenen Sachkosten ergab sich am Ende des Geschäftsjahres ein Jahresfehlbetrag in Höhe von -937 T€.

Insgesamt beurteilt die Geschäftsführung die Geschäftsentwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr als nicht zufriedenstellend. Die im Vorjahr angegebene Prognose wurde nicht erreicht, da insbesondere die Verschmelzung der beiden MVZ-Gesellschaften noch nicht durchgeführt werden konnte.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz (in €)	2015	2016
A. Anlagevermögen	464.741,53	413.037,01
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	440.752,35	400.424,55
II. Sachanlagen	23.988,18	12.611,46
III. Finanzanlagen	1,00	1,00
B. Umlaufvermögen	301.690,33	428.913,88
I. Forderungen u. sonst. Verm.	197.726,98	195.767,73
II. Kassenbestand	103.963,35	233.146,15
C. nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00	908.024,82
Bilanzsumme	766.431,86	1.749.975,71
A. Eigenkapital	28.770,55	0,00
I. Gez. Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Gewinnrücklagen	55.087,55	55.087,55
III. Verlustvortrag	0,00	-51.317,00
IV. Jahresüberschuss	-51.317,00	-936.795,37
V nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00	908.024,82
B. Rückstellungen	72.500,00	78.400,00
C. Verbindlichkeiten	665.161,31	1.671.575,71
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	766.431,86	1.749.975,71

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV (in €)	2015	2016
Umsatzerlöse	1.315.070,31	1.372.310,14
sonstige Erträge	924.266,10	38.396,48
Materialaufwand	272.855,31	246.444,75
a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	87.990,76	89.955,19
b) Aufw. f. bez. Leistungen	184.864,55	156.489,56
Personalaufwand	1.601.844,20	1.603.296,42
Abschreibungen	57.661,30	54.225,12
sonstige betr. Aufwendungen	353.992,60	440.426,48
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	0,00	0,00
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	4.300,00	3.109,22
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,00	0,00
Ergebnis nach Steuern	-51.317,00	-936.795,37
sonstige Steuern	0,00	0,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-51.317,00	-936.795,37

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

<u>Rentabilität</u>		2015	2016
Eigenkapitalrentabilität	%	-178,4	--
Gesamtrentabilität	%	6,7	-53,5

		2015	2016
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	57,2	39,2

Vermögensaufbau

		2015	2016
Anlagenintensität	%	60,6	23,6
Intensität des Umlaufvermögens	%	39,4	76,4

Anlagenfinanzierung

		2015	2016
Anlagendeckung I	%	6,2	--
Anlagendeckung II	%	40,9	8,0

Kapitalausstattung

		2015	2016
Eigenkapitalquote	%	3,8	--
Fremdkapitalquote	%	96,5	100,0

Liquidität

		2015	2016
Liquiditätsgrad	%	42,8	25,0

Lage des Unternehmens

Ertragslage

Die Umsatzerlöse belaufen sich im Jahr auf 1.372 T€ (Vorjahr: 1.315 T€), was einem Anstieg von 4,4 % entspricht. Bei angepassten Vorjahreszahlen gemäß BilRUG ergibt sich ein Rückgang um 36,2 %.

Die Personalkosten liegen bei 1.603 T€ und sind gegenüber Vorjahr um 1 T€ gestiegen. Die Personalaufwandquote beläuft sich auf 116,8 % (Vorjahr: 121,8 %).

Der Materialaufwand belief sich im Geschäftsjahr auf 246 T€ (Vorjahr: 273 T€), die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen bei 440 T€ (Vorjahr: 354 T€).

Damit wurde insgesamt ein Jahresergebnis von -937 T€ erzielt, das sich im Vergleich zum Vorjahr um 886 T€ verschlechtert hat.

Finanzlage

Die flüssigen Mittel belaufen sich zum Ende des Geschäftsjahres auf 233 T€ (Vorjahr: 104 T€).

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten übersteigen die kurzfristigen Vermögenswerte um 1.120 T€ (Vorjahr: 219 T€). Die Liquidität II. Grades beträgt zum Stichtag - 938 T€ (Vorjahr: - 251 T€).

Die Zahlungsfähigkeit war im Jahr 2016 durch die Liquiditätsunterstützung des Gesellschafters und verbundener Unternehmen gewährleistet.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt 842 T€ und stieg damit im Vergleich zum Vorjahr um 76 T€ (+9,9 %). Das Vermögen verteilt sich zu 49,1 % auf das Anlage- und zu 50,9 % auf das Umlaufvermögen.

Die Investitionen belaufen sich im Berichtsjahr auf 2.521 € und betreffen Einrichtungsgegenstände. Da die Abschreibungen in Höhe von 54 T€ höher waren, verringerte sich das Anlagevermögen insgesamt auf 413 T€ (Vorjahr: 465 T€).

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Die Gesellschaft ist in ihrem Markt stets mit latenten Risiken aus der Gesundheitspolitik der Bundes- und Landesregierung konfrontiert. Unternehmensspezifisch bestehen Risiken unter anderem aus Angebotsveränderungen im Hinblick auf niedergelassene Ärzte und Wettbewerber-MVZs. Die leistungswirtschaftlichen Risiken sind geprägt durch die Entwicklung des EBM-Punktwertes und der GOÄ.

In der ambulanten und stationären Gesundheitswirtschaft ist die Gewinnung qualifizierten Personals ein zentrales Risiko.

Aufgrund der für das Jahr 2017 vorgesehenen Verschmelzung der MVZ Görresplatz GmbH auf die MVZ Mittelrhein GmbH sehen die Planungen – unter Berücksichtigung der vorgesehenen Verschmelzung – einen deutlichen Anstieg der Erlöse vor.

Im Zuge der Zusammenführung können so Synergieeffekte, wie die gemeinschaftliche Nutzung von Personal und Räumlichkeiten, genutzt werden. Insbesondere wird die Verlagerung des Fachbereichs Psychosomatik vom Standort Kurfürstenstraße 80 an den Görresplatz möglich, wodurch die vorhandenen Räumlichkeiten deutlich besser ausgelastet werden.

Ebenfalls wird die Fortführung der Verzahnung der Fachbereiche innerhalb des ambulanten Zentrums als auch intersektoral in Zusammenarbeit mit dem Gemeinschaftsklinikum voranschreiten.

Für das Folgejahr sind weitere Maßnahmen in der Umsetzung bzw. schon umgesetzt:

- Übernahme einer Kinderarztpraxis in Mayen ab 01.01.2017. Für die Zukunft ist eine enge Zusammenarbeit mit der Kinderklinik des Gemeinschaftsklinikums Mittelrhein angestrebt.
- In den Fachdisziplinen Gynäkologie und Psychosomatik sind die vakanten Stellen bis Anfang April besetzt, so dass hier bereits zusätzliche Erlöse generiert werden. Eine Besetzung in der Neurochirurgie erfolgt noch im ersten Halbjahr.
- Geplant ist auch die Übernahme einer Hausarztpraxis in Nastätten mit 3 KV-Sitzen. Das MVZ Mittelrhein möchte die hausärztliche Versorgung in der Region Nastätten weiter sicherstellen.
- Optimierung der Prozesse hinsichtlich Patientenströme und ausgeweiteter Erreichbarkeit

Aufgrund des gesamten Maßnahmenpaketes ist für das Jahr 2017 mit einem deutlichen Anstieg der Erlöse zu rechnen, jedoch auch mit einem leichten Anstieg der Personalkosten. Die verschmolzenen MVZ werden auch im Folgejahr noch einen Jahresfehlbetrag erwirtschaften, jedoch in geringerem Ausmaß als im Geschäftsjahr 2016.

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass die Verschmelzung mit der MVZ Görresplatz GmbH eine sinnvolle Ergänzung zum Leistungsportfolio der Medizinisches Versorgungszentrum Mittelrhein GmbH sowie der Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH ist und die MVZs mittelfristig einen positiven Ergebnisbeitrag für den Gesamtkonzern haben werden. Es besteht ein mehrjähriger Business Plan, der dazu führen wird, dass die MVZ-Bereiche das Angebot des GKM nicht nur strategisch abrunden, sondern auch ergebnismäßig wieder auf eine gesunde Basis stellen wird.

Insgesamt ist davon auszugehen, dass der Bestand des Unternehmens nicht gefährdet ist, da weiterhin die finanzielle Unterstützung durch die Muttergesellschaft zur Gewährung der Zahlungsfähigkeit gewährleistet ist.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Keine

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2016

Die Gesellschafterversammlung erhält keine Bezüge.

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die nicht wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Abs. 4 Nr. 4 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2017**

MVZ Görresplatz GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

Die patiodoc MVZ Koblenz-Görresplatz GmbH wurde zum 01.09.2015 vollständig von der Medizinisches Versorgungszentrum Mittelrhein GmbH übernommen; und durch Neufassung des Gesellschaftsvertrages vom 22. Dezember 2015 umbenannt.

Stammkapital am 31.12.2016

25.000,00 €

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege. Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch den Betrieb des Medizinischen Versorgungszentrums MVZ Görresplatz im Sinne des § 95 SGB V, insbesondere im Rahmen der fachärztlichen Versorgung sowie der sonstigen ärztlichen Tätigkeiten.

Beteiligungsverhältnisse

Die Medizinisches Versorgungszentrum Mittelrhein GmbH ist seit 1. September 2015 Alleingesellschafterin.

Besetzung der Organe am 31.12.2016

Gesellschafterversammlung

Die Alleingesellschafterin entsendet ihre Vertreter in die Gesellschafterversammlung.

Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Geschäftsführung

Dr. Moritz Hemicker (ab 01. September 2016)

Martin Stein (ab 01. September 2016)

Bernhard Mauel (bis 31. August 2016)

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Grundlagen der Gesellschaft

Die MVZ Görresplatz GmbH verfolgt den Zweck, die ambulante ärztliche Versorgung zu sichern. Die Geschäftstätigkeit des Gesamtbetriebes ist mit der MVZ Mittelrhein GmbH sowie mit den durch die Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH betriebenen Krankenhäusern eng verbunden.

Mit Wirkung zum 01.09.2015 wurde die patiodoc MVZ Koblenz-Görresplatz GmbH durch die MVZ Mittelrhein GmbH als 100% Tochtergesellschaft vollständig übernommen und durch Neufassung des Gesellschaftsvertrags am 22. Dezember 2015 in Medizinisches Versorgungszentrum Görresplatz GmbH umbenannt.

Die MVZ Görresplatz GmbH ist im Innenstadtbereich der Stadt Koblenz ansässig. Die folgenden Leistungen sind im Geschäftsjahr 2016 angeboten worden:

- Anästhesie / Schmerztherapie
- Orthopädie
- Psychotherapie

Wirtschaftsbericht

Geschäftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das am 23. Juli 2015 in Kraft getretene Versorgungsstärkungsgesetz (kurz: VSG) bietet Medizinischen Versorgungszentren zahlreiche Möglichkeiten für die zukünftige Gestaltung, insbesondere im Hinblick auf strategische Gesichtspunkte (z.B. Gründung von Zweigpraxen).

Am 04.05.2016 hat das BSG für die Medizinischen Versorgungszentren relevante Entscheidungen getroffen (B 6 KA 120/15 R). Danach müssen Ärzte, die auf ihre Zulassung zugunsten der Anstellung in einem MVZ verzichten, nunmehr mindestens 3 Jahre im MVZ angestellt bleiben. Des Weiteren wird in dem Urteil die Nachbesetzung von Arztsitzen im MVZ näher geregelt.

Gemäß Beschluss des Erweiterten Bewertungsausschusses zwischen der Kassenärztlichen Bundesvereinigung und dem GKV Spitzenverband wurde der Orientierungswert für den Punktwert zum 1. Januar 2016 auf 10,4361 ct festgelegt. Für 2017 beträgt der Orientierungswert 10,5300 ct (+0,9 %).

Geschäftsverlauf

Angestrebt war der Umzug des Fachbereichs Psychosomatische Medizin sowie des Instituts für Integrierte Medizin vom Standort Kurfürstenstraße 80 in Koblenz an den Görresplatz. Aufgrund der nicht vollzogenen Verschmelzung konnte eine Verlagerung dieser Bereiche in 2016 nicht erfolgen.

In wirtschaftlicher Hinsicht gestaltete sich das Geschäftsjahr 2016 äußerst schwierig. Aufgrund nicht besetzter Arztsitze (Allgemeinmedizin) konnten die Erlöse nicht auf Vorjahresniveau

gehalten werden. Die Sachkosten konnten jedoch nicht im gleichen Maße vermindert werden, so dass im operativen Geschäft eine geringfügige Verschlechterung zu verzeichnen ist (-9 T€). Aufgrund von ergebnisbelastenden Einmaleffekten im Vorjahr erzielte die Gesellschaft im Jahr 2017 ein verbessertes Jahresergebnis in Höhe von -297 T€.

Insgesamt beurteilt die Geschäftsführung die Geschäftsentwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr als nicht zufriedenstellend. Die im Vorjahr angegebene Prognose wurde u.a. nicht erreicht, da die Verschmelzung der beiden MVZ-Gesellschaften noch nicht durchgeführt werden konnte.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz (in €)	2015	2016
A. Anlagevermögen	184.883,93	120.783,36
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	107.479,71	76.506,82
II. Sachanlagen	77.404,22	44.276,54
B. Umlaufvermögen	42.926,49	61.298,28
I. Forderungen u. sonst. Verm.	73.542,13	52.339,47
II. Kassenbestand	31.268,70	8.958,81
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	117.850,30	414.390,47
Bilanzsumme	407.545,06	596.472,11
A. Eigenkapital	0,00	0,00
I. Gez. Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Kapitalrücklage	2.180.000,00	2.180.000,00
III. Verlustvortrag	-1.887.814,33	-2.322.850,30
IV. Jahresfehlbetrag	-435.035,97	-296.540,17
V. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	117.850,30	414.390,47
B. Rückstellungen	11.600,00	27.700,00
C. Verbindlichkeiten	395.945,06	568.772,11
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	407.545,06	596.472,11

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV (in €)	2015	2016
Umsatzerlöse	576.356,09	453.756,93
sonstige betriebliche Erträge	102.221,54	18.978,29
Materialaufwand	34.600,83	32.913,11
a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	9.726,46	23.986,98
b) Aufw. f. bez. Leistungen	24.874,37	8.926,13
Personalaufwand	553.435,45	423.208,02
Abschreibungen	218.338,05	65.342,45
sonstige betr. Aufwendungen	304.111,77	239.036,81
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	0,00	0,00
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	3.127,50	8.775,00
Steuern v. Einkommen und Ertrag	0,00	0,00
Ergebnis nach Steuern	-435.035,97	-296.540,17
sonstige Steuern	0,00	0,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-435.035,97	-296.540,17

Bilanzkennzahlen**Ertragslage**

<u>Rentabilität</u>		2015	2016
Eigenkapitalrentabilität	%	--	--
Gesamtrentabilität	%	-106,0	-48,2

		2015	2016
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	192,1	37,8

Vermögensaufbau

		2015	2016
Anlagenintensität	%	45,4	20,2
Intensität des Umlaufvermögens	%	54,6	79,8

Anlagenfinanzierung

		2015	2016
Anlagendeckung I	%	--	--
Anlagendeckung II	%	--	--

Kapitalausstattung

		2015	2016
Eigenkapitalquote	%	--	--
Fremdkapitalquote	%	100,0	100,0

Liquidität

		2015	2016
Liquiditätsgrad	%	54,6	79,8

Lage des Unternehmens**Geschäftsverlauf**

Angestrebt war der Umzug des Fachbereichs Psychosomatische Medizin sowie des Instituts für Integrierte Medizin vom Standort Kurfürstenstraße 80 in Koblenz an den Görresplatz. Aufgrund der nicht vollzogenen Verschmelzung konnte eine Verlagerung dieser Bereiche in 2016 nicht erfolgen.

In wirtschaftlicher Hinsicht gestaltete sich das Geschäftsjahr 2016 äußerst schwierig. Aufgrund nicht besetzter Arztsitze (Allgemeinmedizin) konnten die Erlöse nicht auf Vorjahresniveau gehalten werden. Die Sachkosten konnten jedoch nicht im gleichen Maße vermindert werden, so dass im operativen Geschäft eine geringfügige Verschlechterung zu verzeichnen ist (-9 T€). Aufgrund von ergebnisbelastenden Einmaleffekten im Vorjahr erzielte die Gesellschaft im Jahr

2017 ein verbessertes Jahresergebnis in Höhe von -297 T€.

Insgesamt beurteilt die Geschäftsführung die Geschäftsentwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr als nicht zufriedenstellend. Die im Vorjahr angegebene Prognose wurde u.a. nicht erreicht, da die Verschmelzung der beiden MVZ-Gesellschaften noch nicht durchgeführt werden konnte.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse belaufen sich im Jahr auf 454 T€ (Vorjahr: 576 T€), was einen Rückgang um 21,3 % bedeutet. Bei angepassten Vorjahreszahlen gemäß BilRUG ergibt sich ein Rückgang um 28,9%.

Die Personalkosten liegen bei 423 T€ und sind gegenüber Vorjahr um 130 T€ gesunken. Die Personalaufwandquote beläuft sich auf 93,3 % (Vorjahr: 96,0 %).

Der Materialaufwand belief sich im Geschäftsjahr auf 33 T€ (Vorjahr: 35 T€), die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen bei 239 T€ (Vorjahr: 304 T€).

Damit wurde insgesamt ein Jahresergebnis von -297 T€ erzielt, das sich im Vergleich zum Vorjahr um 138 T€ verbessert hat.

Finanzlage

Die flüssigen Mittel belaufen sich zum Ende des Geschäftsjahres auf 9 T€ (Vorjahr: 31 T€).

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten übersteigen die kurzfristigen Vermögenswerte um 507 T€ (Vorjahr: 291 T€). Die Liquidität II. Grades beträgt zum Stichtag - 536 TEUR (Vorjahr: - 297 TEUR).

Die Zahlungsfähigkeit war im Jahr 2016 durch die Liquiditätsunterstützung des Gesellschafters und verbundener Unternehmen gewährleistet.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt 596 T€ und stieg damit im Vergleich zum Vorjahr um 189 T€ (+46,4 %).

Das Vermögen verteilt sich zu 20,2 % auf das Anlage- und zu 79,8 % auf das Umlaufvermögen.

Es besteht ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag in Höhe von 414 T€ (Vorjahr: 118 T€), der durch einen Rangrücktritt im Konzern aufgefangen wird. Die Investitionen belaufen sich im Berichtsjahr auf 1.242 € und betreffen Einrichtungsgegenstände. Da die Abschreibungen in Höhe von 65 T€ höher waren, verringerte sich das Anlagevermögen insgesamt auf 121 T€ (Vorjahr: 185 T€).

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Die Gesellschaft ist in ihrem Markt stets mit latenten Risiken aus der Gesundheitspolitik der Bundes- und Landesregierung konfrontiert. Unternehmensspezifisch bestehen Risiken unter anderem aus Angebotsveränderungen im Hinblick auf niedergelassene Ärzte und Wettbewerber-MVZs. Die leistungswirtschaftlichen Risiken sind geprägt durch die Entwicklung des EBM-Punktwertes und der GOÄ.

In der ambulanten und stationären Gesundheitswirtschaft ist die Gewinnung qualifizierten Personals ein zentrales Risiko.

Aufgrund der für das Jahr 2017 vorgesehenen Verschmelzung der MVZ Görresplatz GmbH auf die MVZ Mittelrhein GmbH sehen die Planungen – unter Berücksichtigung der vorgesehen Verschmelzung – einen deutlichen Anstieg der Erlöse vor.

Im Zuge der Zusammenführung können so Synergieeffekte, wie die gemeinschaftliche Nutzung von Personal und Räumlichkeiten, genutzt werden. Insbesondere wird die Verlagerung des Fachbereichs Psychosomatik vom Standort Kurfürstenstraße 80 an den Görresplatz möglich, wodurch die vorhandenen Räumlichkeiten deutlich besser ausgelastet werden.

Ebenfalls wird die Fortführung der Verzahnung der Fachbereiche innerhalb des ambulanten Zentrums als auch intersektoral in Zusammenarbeit mit dem Gemeinschaftsklinikum voranschreiten.

Darüber hinaus hat sich die MVZ Görresplatz GmbH um einen neurologischen KV-Sitz zum 01.04.2017 beworben. Damit wäre eine Komplettierung des Leistungsspektrums im ambulanten Bereich möglich.

Infolgedessen geht die Geschäftsführung davon aus, dass der Erwerb der MVZ Görresplatz GmbH eine sinnvolle Ergänzung zum Leistungsportfolio der Medizinische Versorgungszentrum Mittelrhein GmbH sowie der Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH ist und mittelfristig im Zuge der Verschmelzung einen positiven Ergebnisbeitrag für den Gesamtkonzern haben wird. Es besteht ein mehrjähriger Business Plan, der dazu führen wird, dass die MVZ-Bereiche das Angebot des GKM nicht nur strategisch abrunden, sondern auch ergebnismäßig wieder auf eine gesunde Basis stellen wird. Die verschmolzenen MVZ werden auch im Folgejahr noch einen Jahresfehlbetrag erwirtschaften, jedoch in geringerem Ausmaß als im Geschäftsjahr 2016.

Aufgrund der vorgesehenen Umsetzung der Verschmelzung auf die Medizinische Versorgungszentrum Mittelrhein GmbH, deren Zahlungsfähigkeit durch die Unterstützung des Gesellschafters aufrecht erhalten wird, bestehen für die MVZ Görresplatz GmbH keine bestandsgefährdenden Risiken, die Auswirkung auf den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 haben.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Keine

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2016

Die Gesellschafterversammlung erhält keine Bezüge.

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die nicht wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Abs. 4 Nr. 4 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2017**

BEE Bioenergieerzeugung Koblenz GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

26. Juli 2010

Stammkapital am 31.12.2016

3.984.064,00 €

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens sind der Bau von Biogasanlagen sowie der Erwerb, die Erzeugung, der Transport und die Veräußerung von biogenen Gasen sowie jede damit zusammenhängende wirtschaftliche und technische Tätigkeit im regionalen Umfeld der Energieversorgung Mittelrhein AG, Koblenz.

Beteiligungsverhältnisse

Alleinige Gesellschafterin ist die Energieversorgung Mittelrhein AG.

Besetzung der Organe am 31.12.2016

Gesellschafterversammlung

In die Gesellschafterversammlung werden Vertreter der evm AG entsandt.

Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Geschäftsführung

Philipp Pinger

Dr. Steffen Weil

Beteiligungen des Unternehmens

Die BEE Bioenergieerzeugung Koblenz GmbH hält keine eigenen Beteiligungen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Grundlagen des Unternehmens

Die BEE betreibt im Gewerbepark Hellerwald eine Biogasanlage. Die Anlage wurde 2012 fertig gestellt und kann bei Volllast rund 60 Mio. kWh Bio-Erdgas produzieren.

Das Biogas wird aus pflanzlichen Rohstoffen gewonnen und anschließend auf Erdgasqualität aufbereitet, welches in das öffentliche Gasnetz eingespeist wird.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche branchenbezogenen Rahmenbedingungen

Die BEE produziert auf Basis des Erneuerbaren Energien Gesetzes (EEG) 2012 Biomethan. Dieses Gas ist sowohl für die Industrie als auch für öffentliche und private Energieverbraucher nutzbar und kann wahlweise zur Strom- und Wärmeerzeugung sowie als Kraftstoff fungieren. Der größte Anteil des produzierten Biomethans entfällt auf die KWK-Nutzung in Blockheizkraftwerken (BHKW).

Durch die Novellierung des EEG im Jahr 2014 (EEG 2014) hat sich die Vergütung für die Stromerzeugung aus Biogasanlagen grundlegend geändert. Der Gasaufbereitungsbonus sowie Boni für bestimmte Einsatzstoffe wurden gestrichen und die Vergütung für Strom aus Biogasanlagen im EEG 2014 deutlich gesenkt. Dadurch ist der Ausbau der Stromerzeugung aus Biogas deutlich zurückgegangen. Für Anlagen, die auf Basis der Regelungen des EEG 2012 in Betrieb genommen wurden, besteht allerdings ein Bestandsschutz.

Somit ergibt sich für BEE ein auf Produzenten- und Abnahmeseite abgeschlossener Markt für Biomethan der Spezifikation des EEG 2012. Die Preisentwicklung auf diesem Markt, natürlich begrenzt durch die maximalen Vergütungssätze des EEG, wird maßgeblich durch das schwer einzuschätzende zukünftige Verhältnis von Angebot und Nachfrage bestimmt werden. Im Geschäftsjahr 2016 war das Preisniveau insgesamt stabil.

Der Preisindex für den Weizenpreis in Deutschland wird u.a. als Referenzgröße für Preise von nachwachsenden Rohstoffen für die Biogasproduktion herangezogen. Dieser Index zeigt insbesondere in den letzten zwei Jahren das gesunkene Preisniveau ggü. den Vorjahren. Auf Basis dieser Preisentwicklungen konnte BEE den Betrieb bisher sicherstellen.

Die Entwicklungen der vergangenen Jahre und die aktuellen politischen Rahmenbedingungen zeigen jedoch, dass eine Prognose für die zukünftige Preisentwicklung landwirtschaftlicher Produkte schwierig ist.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz (in €)	2015	2016
A. Anlagevermögen	5.667.143,53	5.403.418,64
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	297.048,66	279.180,32
II. Sachanlagen	5.370.094,87	5.124.238,32
B. Umlaufvermögen	2.967.993,76	2.937.342,50
I. Vorräte	226.896,46	238.706,02
II. Forderungen u. sonst. Verm.	373.549,17	249.961,99
III. Guthaben bei Kreditinstituten	2.367.548,13	2.448.674,49
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	232,05
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	15.030.780,53	14.425.233,46
Bilanzsumme	23.665.917,82	22.766.226,65
A. Eigenkapital	0,00	0,00
I. Gez. Kapital	3.984.064,00	3.984.064,00
II. Verlustvortrag	-18.131.042,87	-19.014.844,53
III. Jahresgewinn/-verlust	-883.801,66	605.547,07
IV. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	15.030.780,53	14.425.233,46
B. Rückstellungen	346.378,05	144.025,16
D. Verbindlichkeiten	23.319.539,77	22.622.201,49
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	23.665.917,82	22.766.226,65

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV (in €)	2015	2016
Umsatzerlöse	3.240.259,18	4.128.826,68
sonstige betr. Erträge	95.122,73	299.263,37
Materialaufwand	3.313.152,64	3.138.438,20
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.523.198,35	2.519.077,90
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	789.954,29	619.360,30
Personalaufwand	0,00	0,00
Abschreibungen	322.410,03	288.084,90
Sonstige betr. Aufwendungen	212.397,64	93.850,40
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.140,00	1.087,00
Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	378.099,22	318.658,60
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	-11.453,08	-10.373,00
Ergebnis nach Steuern	-878.084,54	600.517,95
sonstige Steuern	5.717,12	-5.029,12
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-883.801,66	605.547,07

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

<u>Rentabilität</u>		2015	2016
Eigenkapitalrentabilität	%	--	--
Gesamtrentabilität	%	- 2,1	4,0

		2015	2016
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	--	--

Vermögensaufbau

		2015	2016
Anlagenintensität	%	23,9	23,7
Intensität des Umlaufvermögens	%	76,1	76,3

Anlagenfinanzierung

		2015	2016
Anlagendeckung I	%	0,0	0,0
Anlagendeckung II	%	76,1	76,3

Kapitalausstattung

		2015	2016
Eigenkapitalquote	%	0,0	0,0
Fremdkapitalquote	%	100,0	100,0

Liquidität

		2015	2016
Liquiditätsgrad	%	14,8	14,5

Lage des Unternehmens**Geschäftsverlauf**

Der Betrieb der Biogasanlage Hellerwald konnte durch Optimierungsmaßnahmen der Anlagentechnik weiter stabilisiert und die Erlöse aufgrund der hohen Verfügbarkeit der Anlage gesteigert werden. Insgesamt wurden 46,1 Mio. kWh Biomethan in das Netz der Energienetze Mittelrhein GmbH & Co. KG eingespeist.

Durch die Neuverhandlung von Verträgen konnten die Betriebskosten reduziert werden, wodurch sich die Liquiditätssituation der BEE weiterhin positiv entwickelt hat.

Die Arbeiten am Sanierungskonzept dauern an.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage**Ertragslage**

Im Geschäftsjahr 2016 hat die BEE einen Jahresüberschuss von 606 T€ erwirtschaftet.

Bedingt durch eine höhere Anlagenauslastung liegen die Erlöse aus dem Biomethan-Verkauf mit 4,1 Mio. € um 0,9 Mio. € über dem Vorjahr.

Darüber hinaus ergeben sich sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 0,3 Mio. € welche i.W. aus der Auflösung von Rückstellungen, bedingt durch die Übernahme

der betreffenden Kosten durch die Versicherung, sowie aus Entschädigungszahlungen resultieren.

Der Materialaufwand beträgt 3,1 Mio. € und liegt somit um 0,2 Mio. € unter dem Vorjahr. Aufwandsreduzierend wirkt insbesondere die Neuverhandlung von Verträgen. Im Materialaufwand finden sich u.a. die Kosten für Substrate, Transport, Gärrestausbringung, Wartung und Betriebsführung.

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind von rd. 0,2 auf rd. 0,1 Mio. € gesunken.

Das Zinsergebnis ist, wie im Vorjahr, wesentlich durch die Zinszahlungen an die Commerzbank geprägt.

Finanzlage

Der Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit ist, auch bedingt durch die hohe Anlagenverfügbarkeit, erneut positiv. Außergewöhnliche Effekte aufgrund von Vorratsveränderung sind im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht zu berichten.

Wesentliche Investitionen oder Desinvestitionen haben im Geschäftsjahr 2016 nicht stattgefunden.

Im Geschäftsjahr 2016 hat die evm der BEE ein Darlehen in Höhe von 1 Mio. € zur Finanzierung der Zins- und Tilgungsverpflichtungen gegenüber der Commerzbank, die Ende des ersten Halbjahres fällig waren, gewährt. Durch die positive Liquiditätsentwicklung in 2016 konnte die BEE die im Dezember fällige Zahlung der Zins- und Tilgungsverpflichtungen, ohne zusätzliche Kreditgewährung durch den Gesellschafter, aus dem operativen Cashflow zahlen. Diese Zins- und Tilgungsverpflichtungen wurde erst Anfang Januar 2017 von der Commerzbank abgebucht. Dies begründet, wie im Vorjahr, das stichtagsbedingt hohe Guthaben bei Kreditinstituten i.H.v. 2,4 Mio. €.

Die Liquiditätssituation der BEE wird laufend überwacht. Aufgrund der aktuellen Liquiditätsplanung, und vor dem Hintergrund der bestehenden Planung, gehen wir von einer planmäßigen Bedienung aller bestehenden Verbindlichkeiten aus.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme der Gesellschaft beträgt 22,8 Mio. €. Davon entfallen rd. 5,4 Mio. € bzw. rd. 23,7 % auf das Anlagevermögen. Durch die Verluste der vergangenen Jahre, im Wesentlichen bedingt durch die in 2014 getätigte Sonderabschreibung auf das Anlagevermögen, ist der ausgewiesene – nicht durch Eigenkapital gedeckte – Fehlbetrag in Höhe von 14,4 Mio. € entstanden. Aufgrund der bestehenden Rangrücktrittsregelungen mit dem Gesellschafter evm ist die BEE im Sinne der Insolvenzordnung (§ 19 InsO) nicht überschuldet.

Wie bereits im Rahmen der Erläuterungen zur Finanzlage dargestellt, begründet sich das ausgewiesene Guthaben bei Kreditinstituten durch die erst im Januar 2017 von der Commerzbank abgebuchten Zins- und Tilgungsverpflichtungen.

Der Rückgang der Rückstellungen resultiert aus dem vergleichsweise hohen Volumen ausstehender Rechnungen zum 31.12.2015. Diese wurden im Berichtsjahr vollständig in Anspruch genommen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern haben entsprechend der Kreditgewährung von 1 Mio. € zugenommen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich planmäßig um rd. 1,7 Mio. von rd. 9,4 auf rd. 7,7 Mio. € verringert.

Gesamtaussage

Insgesamt hat sich die wirtschaftliche Situation der BEE weiter stabilisiert.

BEE plant mittelfristig mit einer kontinuierlichen wirtschaftlichen Produktion von Biogas. Zur wirtschaftlichen Stärkung ist die Erweiterung der geschäftlichen Tätigkeit durch den Gesellschafter geplant.

Dennoch wird BEE vermutlich, aufgrund der Verpflichtungen gegenüber der Commerzbank, auf den Gesellschafter evm angewiesen sein.

Prognosebericht

Aufgrund der positiven wirtschaftlichen Entwicklung ist auch ein langfristiger Betrieb der Biogasanlage nicht ausgeschlossen. Daher verfolgt die BEE die Zielsetzung, weitere Substrate zu wirtschaftlichen Konditionen am Markt zu beschaffen und damit den Betrieb der Biogasanlage auch über das Jahr 2017 hinaus weiterzuführen.

Um die wirtschaftliche Situation der BEE zu stärken, wird derzeit geprüft, im Rahmen der Ausweitung des Geschäftsbetriebes, zehn Windenergieanlagen des Gesellschafters evm auf die BEE zu übertragen. Durch die geplanten Aktivitäten und die aus den Maßnahmen des Sanierungskonzepts eingetretene Ergebnisentwicklung gehen wir von der Fortführung der Gesellschaft aus.

Chancen und Risiken

Als Betreiber einer Biogasanlage wird die BEE maßgeblich auf die Verfügbarkeit nachwachsender Rohstoffe zu wirtschaftlichen Konditionen angewiesen sein. Die Entwicklungen auf den betreffenden Märkten sind nicht vorhersehbar. Obwohl aufgrund der aktuellen Preisentwicklung für landwirtschaftliche Produkte, Chancen auch für BEE als Biogasanlagenbetreiber bestehen.

Bei der Vermarktung von Biomethan ergeben sich aktuell Hinweise auf steigende Biomethanpreise. Die langfristige Entwicklung auf der Vermarktungsseite birgt jedoch sowohl Chancen als auch Risiken.

Risiken bestehen weiterhin hinsichtlich der dauerhaften technischen Verfügbarkeit der Anlage sowie Gesetzesänderungen (z.B. Düngemittel VO) oder Auflagen der Genehmigungsbehörden.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Keine

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2016

Die Gesellschafterversammlung hat keine Bezüge erhalten.

Die Geschäftsführer haben keine Bezüge von der Bioenergieerzeugung Koblenz GmbH erhalten.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Abs. 1 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2017**

**Energiebeteiligungsgesellschaft Mittelrhein
mbH**

Rechtsform

GmbH

Gegründet

27. September 2012; der Gesellschaftsvertrag wurde zuletzt am 06.11.2015 geändert

Stammkapital am 31.12.2016

25.208,00 €

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, das unmittelbare oder mittelbare Halten und die Verwaltung von Anteilen an der im Handelsregister des Amtsgerichts Koblenz unter HRB 23288 eingetragenen EKO2 GmbH mit dem Sitz in Koblenz oder deren Rechtsnachfolger.

Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesellschaft sind beteiligt:

evm AG	10.808,00 €	42,875 %
Stadtwerke Mayen GmbH	4.901,00 €	19,442 %
Stadtwerke Andernach GmbH	4.893,00 €	19,411 %
Stadt Mülheim-Kärlich	1.745,00 €	6,922 %
Verbandsgemeinde Weißenthurm	1.047,00 €	4,154 %
Landkreis Cochem- Zell	698,00 €	2,769 %
Verbandsgemeinde Ulmen	698,00 €	2,769 %
Ortsgemeinde Lautzenbrücken	244,00 €	0,968 %
Ortsgemeinde Staudt	174,00 €	0,690 %

Besetzung der Organe am 31.12.2016

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafter entsenden ihre Vertreter in die Gesellschafterversammlung.

Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Geschäftsführung

Jörg Schneider
Christian Schröder

Beteiligungen des Unternehmens

EKO2

10,023 %

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Allgemeines Umfeld

Die Energiebeteiligungsgesellschaft Mittelrhein mbH (EBM) wurde in 2012 durch die Energieversorgung Mittelrhein GmbH zwecks der Beteiligung an der EKO2 GmbH (EKO2) gegründet. EBM und EKO2 sind Gesellschaften, die kein operatives Geschäft betreiben und zum Zwecke des Erwerbs der Koblenzer Elektrizitätswerk und Verkehrs-Aktiengesellschaft (KEVAG) gegründet wurden. In 2013 haben Stadtwerke Koblenz und Thüga ihre Anteile an der Energieversorgung Mittelrhein GmbH (EVM) in die EKO2 eingebracht. Nach der Verschmelzung von EVM und KEVAG zur Energieversorgung Mittelrhein AG (evm), hat Thüga in 2014 ihre verbliebenen evm-Anteile auf die EKO2 übertragen und im Gegenzug weitere Anteile an der EKO2 erhalten.

Die Stadtwerke Mayen GmbH (SWM) und Stadtwerke Andernach GmbH (SWA) brachten in 2014 ihre evm-Anteile über die EKO2 in die EBM ein. Neben der Einbringung von Anteilen durch SWM über die EKO2, beteiligte sich SWM darüber hinaus auch über einen Anteilstausch mit der evm an der EBM.

In 2015 veräußerte evm EBM-Anteile an die Stadtwerke Andernach GmbH, die Verbandsgemeinde Weißenthurm sowie die Stadt Mülheim-Kärlich. Weitere Veräußerungen folgten in 2016 an die Stadtwerke Mayen GmbH, den Landkreis Cochem-Zell, die Verbandsgemeinden Ulmen und Weißenthurm, die Stadt Mülheim-Kärlich sowie die Ortsgemeinden Lautzenbrücken und Staudt.

Nach Ablauf des Sperrjahres, wurde die Kapitalherabsetzung mit Eintragung im Handelsregister am 28.12.2015 vollzogen. Die mit der Kapitalherabsetzung bezweckte Rückzahlung an die Gesellschafter erfolgte am 12.01.2016.

Energiebeteiligungsgesellschaft Mittelrhein mbH

Zum 31.12.2016 ergibt sich folgende Gesellschafterstruktur:

Anteils-Nr.	Gesellschafter	Nennbetrag der Anteile
1	Energieversorgung Mittelrhein AG, Koblenz	477,00 €
2 (aufgeteilt in 3 und 4)		
3 (aufgeteilt in 7 bis 10)		
4	Stadtwerke Mayen GmbH, Mayen	2.391,00 €
	Stadtwerke Andernach GmbH, Andernach	3.986,00 €
6	Stadtwerke Mayen GmbH, Mayen	2.161,00 €
7 (aufgeteilt in 11 bis 14)		
8	Stadt Mülheim-Kärlich mit ihrem Sondervermögen Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Freizeit- /Wirtschaftsunternehmen der Stadt Mülheim-Kärlich, Mülheim-Kärlich	1.047,00 €
9	Stadtwerke Andernach GmbH, Andernach	907,00 €
10	Verbandsgemeinde Weißenthurm mit ihrem Sondervermögen Eigenbetrieb Verbandsgemeindewerke Weißenthurm Betriebszweig Abwasserwerk	698,00 €
11 (aufgeteilt in 15 bis 20)		
12	Landkreis Cochem-Zell, Cochem	698,00 €
13	Verbandsgemeinde Ulmen, Ulmen	698,00 €
14	Ortsgemeinde Staudt, Staudt	174,00 €
15 (aufgeteilt in 16 bis 19)		
16	Stadt Mülheim-Kärlich mit ihrem Sondervermögen Eigenbetriebsähnliche Einrichtung, Freizeit-/Wirtschaftsunternehmen der Stadt Mülheim-Kärlich, Mülheim-Kärlich	698,00 €
17	Verbandsgemeinde Weißenthurm mit ihrem Sondervermögen Eigenbetrieb Verbandsgemeindewerke Weißenthurm Betriebszweig Abwasserwerk	349,00 €
18	Stadtwerke Mayen GmbH, Mayen	349,00 €
19 (aufgeteilt in 21 bis 22)		
20	Ortsgemeinde Lautzenbrücken, Lautzenbrücken	244,00 €
21	Energieversorgung Mittelrhein AG, Koblenz	8.587,00 €
22	Energieversorgung Mittelrhein AG, Koblenz	1.744,00 €
Stammkapital		25.208,00 €

Zum allgemeinen Umfeld der Energiebranche, durch welches die Geschäftsentwicklung der evm und damit alle zukünftig zu erwartenden Beteiligungserträge der EBM maßgeblich beeinflusst werden, verweisen wir an dieser Stelle auf den Lagebericht der operativ wirtschaftenden Gesellschaft (evm).

Grundzüge des Geschäftsverlaufs**Bilanz**

Bilanz (in €)	2015	2016
A. Anlagevermögen	71.247.290,00	71.247.290,00
I. Finanzanlagen	71.247.290,00	71.247.290,00
B. Umlaufvermögen	3.751.800,04	2.273.143,27
I. Kassenbestand	3.751.800,04	2.273.143,27
Bilanzsumme	74.999.090,04	73.520.433,27
A. Eigenkapital	71.283.000,00	71.283.000,00
I. Gezeichnetes Kapital	25.208,00	25.208,00
II. Kapitalrücklage	10.502,00	10.502,00
III. Gewinnrücklagen	71.247.290,00	71.247.290,00
IV. Jahresgewinn/ -verlust	0,00	0,00
B. Rückstellungen	217.000,00	301.825,75
C. Verbindlichkeiten	3.499.090,04	1.935.607,52
Bilanzsumme	74.999.090,04	73.520.433,27

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV (in €)	2015	2016
Sonstige betr. Erträge	50,00	50,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	86.501,34	64.156,23
Erträge aus Beteiligungen	3.407.976,95	3.407.976,93
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	9.387,91	41.673,88
Steuern vom Einkommen und Ertrag	458.000,00	468.701,79
Ergebnis nach Steuern	2.854.137,70	2.833.495,03
Abführung auf Grund eines Gewinnabführungs v.	2.854.137,70	2.833.495,03
Jahresüberschuss	0,00	0,00

Bilanzkennzahlen**Ertragslage**

<u>Rentabilität</u>		2015	2016
Eigenkapitalrentabilität	%	4,0	4,0
Gesamtrentabilität	%	3,8	3,9

		2015	2016
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	--	--

Vermögensaufbau

		2015	2016
Anlagenintensität	%	95,0	96,9
Intensität des Umlaufvermögens	%	5,0	3,1

Anlagenfinanzierung

		2015	2016
Anlagendeckung I	%	100,1	100,1
Anlagendeckung II	%	100,1	100,1

Kapitalausstattung

		2015	2016
Eigenkapitalquote	%	95,0	97,0
Fremdkapitalquote	%	5,0	3,0

Liquidität

		2015	2016
Liquiditätsgrad	%	101,0	101,6

Lage des Unternehmens

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Zur Vermögenslage der Gesellschaft ist festzuhalten, dass im Geschäftsjahr 2016 keine Investitionen oder Desinvestitionen stattgefunden haben.

Die Kapitalherabsetzung wurde nach Ablauf des Sperrjahres gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 3 GmbHG mit Eintragung im Handelsregister am 28.12.2015 vollzogen. Die mit der Kapitalherabsetzung bezweckte Rückzahlung an die Gesellschafter erfolgte am 12.01.2016.

Auf der Aktivseite beläuft sich der Anteil der langfristigen Vermögenswerte (Beteiligung an der EKO2 GmbH) an der Bilanzsumme auf 96,9 % (Vorjahr: 95,0 %). Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft beträgt am Bilanzstichtag 97,0 % (Vorjahr: 95,1 %). Das Fremdkapital beinhaltet im Wesentlichen Steuerrückstellungen von rd. 292 T€ und Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern von 1.935 T€. Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern beinhalten die Ergebnisabführung an die evm.

Die Finanz- und Ertragslage ist geprägt durch die Beteiligungserträge aus der EKO2 GmbH in Höhe von rd. 3.408 T€ (Vorjahr: rd. 3.408 T€). Unter Berücksichtigung der Kosten für die Verwaltung der Gesellschaft von rd. 64 T€ (Vorjahr: rd. 87 T€), der Zinsaufwendungen von rd. 42 T€ (Vorjahr: rd. 9 T€) sowie der Steuern i. H. v. rd. 469 T€ (Vorjahr: 458 T€), ergibt sich ein Jahresergebnis vor Ergebnisabführung von rd. 2.833 T€ (Vorjahr: 2.854 T€).

Die Verwaltungskosten beinhalten im Wesentlichen Notargebühren, Prüfungskosten sowie Dienstleistungsentgelte.

Chancen und Risiken

Die Chancen und Risiken der Gesellschaft sind maßgeblich bestimmt durch die auf Ebene der evm bestehenden Chancen und Risiken für Unternehmen der Energiebranche. Der zukünftig zu erwartende Beteiligungsertrag wird maßgeblich durch die Geschäftsentwicklung der evm bestimmt sein. Auch an dieser Stelle möchten wir daher auf die im Rahmen des Lageberichts von evm ausführlich beschriebenen Chancen und Risiken verweisen.

Zusätzlichen Risiken, welche durch die anteilige Fremdfinanzierung des Kaufpreises auf Ebene der EKO2 GmbH begründet sind, werden durch eine Teilkonzernmittelfristplanung inkl. Liquiditätsplanung analysiert.

Ausblick

In den kommenden Geschäftsjahren rechnen wir regelmäßig mit positiven Geschäftsergebnissen aus dem Beteiligungsertrag der EKO2 GmbH. Die evm beabsichtigt, weitere Anteile an der EBM an kommunale Partner zu veräußern.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Bei Gründung

Stammkapital 1.000.000,00 € durch EVM GmbH

Erhöhung in 2014

Stammkapital 209.114,00 € durch Stadtwerke Andernach GmbH

Stammkapital 113.352,00 € durch Stadtwerke Mayen GmbH

Minderung in 2015

Kapitalherabsetzung in Höhe von 1.297.258,00 €

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Mit der Energieversorgung Mittelrhein AG besteht eine steuerliche Organschaft.

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2016

Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung erhalten keine Bezüge.

Die Geschäftsführung erhält keine Vergütung.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Absatz 1 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2017**

Energiegesellschaft Görgeshausen mbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

13. Februar 2013

Stammkapital am 31.12.2016

25.000,00 €

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Projektierung, die Finanzierung, der Bau und der Betrieb von Anlagen der Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen in Görgeshausen.

Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar und mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann sich an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen beteiligen und sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben Dritter bedienen.

Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesellschaft sind beteiligt:

evm AG	12.500,00 €	50 %
Ortsgemeinde Görgeshausen	12.500,00 €	50 %

Besetzung der Organe am 31.12.2016

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafter entsenden ihre Vertreter in die Gesellschafterversammlung.

Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Geschäftsführung

Theodor Burkard

Dr. Steffen Weil

Beteiligungen des Unternehmens

Keine

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die Anlage läuft seit der Inbetriebnahme am 29.05.2013 reibungslos und ohne wesentliche Ertragsausfälle.

Die Gesellschaft hat mit der evm einen Vertrag über die Beistellung kaufmännischer Dienstleistungen und mit der Ortsgemeinde Görgeshausen einen technischen Dienstleistungsvertrag abgeschlossen. Damit kann bei der Gesellschaft auf eigenes Personal verzichtet werden. Die Verträge sind planmäßig erfüllt worden.

Mit der evm wurde ein Direktvermarktungsvertrag abgeschlossen.

Wirtschaftliche Lage

Im Geschäftsjahr 2016 wurden insgesamt 1.333.550 kWh umweltfreundlicher Strom produziert. Daraus ergibt sich ein spezifischer Ertrag von 1.005 kWh pro installiertem Kilowatt-Peak (kWp).

Die Ist-Erträge lagen im August und September deutlich über den Planansätzen. In den ertragsschwächsten Monaten Januar und Dezember lagen die Erträge unter den Monatsprognosen, was auf die unterdurchschnittliche Solareinstrahlung in diesen Monaten zurückzuführen ist.

Insgesamt liegen die Erträge kumuliert mit + 0,5 % über Plan.

Der Solarpark hat in 2016 eine Jahresbenutzungsdauer von 1.005 Stunden bzw. rd. 11,5 % erreicht. Durch den Solarpark konnte der Jahresstrombedarf von über 380 Durchschnittshaushalten (à 3.500 kWh/Jahr) gedeckt werden und rd. 714 Tonnen CO₂-Emissionen (auf Basis des CO₂-Emissionsfaktors 2015 für den Strommix in Deutschland) vermieden werden.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs**Bilanz**

Bilanz (in €)	2015	2016
A. Anlagevermögen	1.172.172,63	1.109.841,39
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00
II. Sachanlagen	1.172.172,63	1.109.841,39
III. Finanzanlagen	0,00	0,00
C. Umlaufvermögen	113.597,13	102.091,36
I. Vorräte	0,00	0,00
II. Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	3.404,31	6.966,45
III. Kassenbestand	110.192,82	95.124,91
D. Rechnungsabgrenzungsposten	5.423,59	3.088,44
Bilanzsumme	1.291.193,35	1.215.021,19
A. Eigenkapital	50.838,55	35.068,38
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Kapitalrücklage	0,00	0,00
III. Gewinnvortrag	11.174,67	838,55
IV. Jahresgewinn/-verlust	14.663,88	9.229,83
B. Rückstellungen	3.272,00	9.258,00
C. Verbindlichkeiten	1.237.082,80	1.170.694,81
Bilanzsumme	1.291.193,35	1.215.021,19

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV (in €)	2015	2016
Umsatzerlöse	158.199,68	146.957,11
sonstige Erträge	0,00	1.385,25
Materialaufwand	15.322,90	16.064,12
a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	3.114,90	3.552,12
b) Aufwendungen f. bezogene Leistungen	12.208,00	12.512,00
Personalaufwand	0,00	0,00
Abschreibungen	67.958,29	67.625,34
sonstige betr. Aufwendungen	9.850,70	8.444,89
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	46,81	24,13
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	44.139,74	42.261,44
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	6.310,98	4.740,87
Ergebnis nach Steuern	14.663,88	9.229,83
sonstige Steuern	0,00	0,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	14.663,88	9.229,83

Bilanzkennzahlen**Ertragslage**

<u>Rentabilität</u>		2015	2016
Eigenkapitalrentabilität	%	28,8	26,3
Gesamtrentabilität	%	4,6	4,2

		2015	2016
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	--	--

Vermögensaufbau

		2015	2016
Anlagenintensität	%	90,8	91,3
Intensität des Umlaufvermögens	%	9,2	8,7

Anlagenfinanzierung

		2015	2016
Anlagendeckung I	%	4,3	3,2
Anlagendeckung II	%	73,4	76,1

Kapitalausstattung

		2015	2016
Eigenkapitalquote	%	3,9	2,9
Fremdkapitalquote	%	96,1	97,1

Liquidität

		2015	2016
Liquiditätsgrad	%	26,4	29,2

Lage des Unternehmens

Ertragslage

Die Erlössituation entwickelte sich entsprechend der erzeugten Solarenergie. Die Einspeiseerlöse belaufen sich insgesamt auf 147 T€. Für das Geschäftsjahr 2016 ergibt sich ein Gewinn in Höhe von 9,2 T€.

Vermögenslage

Das Vermögen der Gesellschaft besteht zu 91,5 % aus Sachanlagevermögen. Die Finanzierung erfolgt durch Eigenkapital (2,9 %), Bankdarlehen (39,2 %) und Gesellschafterdarlehen (57,2 %).

Finanzlage

Der Finanzmittelbestand der Gesellschaft liegt zum 31.12.2016 bei 95 T€. Es bestehen zum 31.12.2016 Verbindlichkeiten gegenüber Lieferanten nur in untergeordnetem Umfang.

Die Gesellschaft verfügt über ausreichend finanzielle Mittel, um ihren Verpflichtungen nachkommen zu können. Die Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet.

Risikobericht

Risiken der Stromerzeugung bestehen naturgemäß hinsichtlich der geplanten jährlichen Sonnenscheindauer. Zudem bestehen Risiken bezüglich der dauerhaften technischen Verfügbarkeit der Anlage.

Ausblick

In den kommenden Geschäftsjahren wird mit positiven Geschäftsergebnissen gerechnet. Die EGG plant für 2017 eine Erweiterung der bestehenden PV-Anlage um ca. 300 kW. Die Erweiterung könnte bei positivem Verlauf der Planungen bereits im 2. Quartal 2017 in Betrieb gehen.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Keine

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2016

Die Gesellschafterversammlung erhält keine Bezüge.

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Absatz 1 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2017**



Energienetze Mittelrhein GmbH & Co. KG

Rechtsform

GmbH & Co. KG

Gegründet

Gesellschaftsvertrag vom 18. Juni 2015

Im Geschäftsjahr 2015 wurde die EVM Netz GmbH auf die Energienetze Mittelrhein GmbH verschmolzen. Anschließend erfolgte die Umwandlung in die Energienetze Mittelrhein GmbH & Co. KG (enm).

Kommanditkapital am 31.12.2016

525.000,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, die Errichtung, der Betrieb, die Wartung, der Ausbau, der Erwerb, die Vermarktung und die Nutzung von Netzanlagen und sonstigen Speicherungs- und Verteilungssystemen für Energie (insbesondere Strom und Gas), Energieträger, Wärme und Wasser, sonstige wasserwirtschaftliche Anlagen (einschließlich Abwasserbeseitigung) sowie die Erbringung und Vermarktung von Dienstleistungen auf diesen Gebieten.

Beteiligungsverhältnisse

Energieversorgung Mittelrhein AG	524.750,00 €	99,952 %
Gasversorgung Westerwald GmbH	250,00 €	0,048 %

Besetzung der Organe am 31.12.2016

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafter entsenden ihre Vertreter in die Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat

Geschäftsführer

Die Energienetze Mittelrhein GmbH & Co.KG hat keine Geschäftsführer. Die Geschäftsführung erfolgt durch die Energienetze Mittelrhein-Verwaltungs GmbH. Geschäftsführer der Energienetze Mittelrhein- Verwaltungs GmbH sind Herr Dr. Andreas Hoffknecht und Herr Ulrich Krekel.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Energienetze Mittelrhein GmbH & Co. KG ist alleinige Gesellschafterin ihrer Komplementärin, der Energienetze Mittelrhein-Verwaltungs GmbH.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell des Unternehmens

Energienetze Mittelrhein GmbH & Co. KG (enm) ist Netzbetreiber für die von der Energieversorgung Mittelrhein AG (evm) und der Gasversorgung Westerwald GmbH (GVW) gepachteten Strom- und Gasverteilnetze in über 400 Kommunen des Landes Rheinland-Pfalz.

In der enm erfolgt die Planung und Errichtung, Betrieb und Wartung sowie den Ausbau von Energienetzen und Verteilsystemen; ebenso deren Vermarktung und Nutzung. Sie sorgt für einen sicheren und zuverlässigen Betrieb der Strom- und Erdgasnetze und ist verantwortlich für 7.064 Kilometer Stromleitungen, 6.142 Kilometer Erdgasleitungen und einige Hundert Verteil- und Umspannsysteme. Sie versorgte zum Stichtag 31.12.2016 rund 177.514 Kunden mit Erdgas und 234.921 Kunden mit Strom. Zusätzlich ist sie im Auftrag für die evm für zwei Trinkwasserverteilnetze und ein Abwasserwerk tätig.

Das Strom- und Gasnetzgeschäft der enm ist staatlich reguliert und unterliegt der Aufsicht und Genehmigung der Bundesnetzagentur.

Komplementär der Gesellschaft ist die Energienetze Mittelrhein Verwaltungs-GmbH. Kommanditisten sind die Energieversorgung Mittelrhein AG (99,952 Prozent) und die Gasversorgung Westerwald GmbH (0,048 Prozent).

Forschung und Entwicklung

Eigene Forschung und Entwicklung wird aufgrund des Tätigkeitsbereichs der Gesellschaft nicht durchgeführt.

Gesamtwirtschaftliche branchenbezogene Rahmenbedingungen

Konjunktur

Im Jahr 2016 ist die deutsche Wirtschaftsleistung (gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt) um 1,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr gewachsen und hat sich damit wieder erfreulich entwickelt. Die Leistungssteigerung wurde in 2016 von allen Wirtschaftsbereichen getragen. Überdurchschnittlich entwickelte sich dabei mit 2,8 Prozent das Baugewerbe. Das Produzierende Gewerbe, das gut ein Viertel der gesamten Bruttowertschöpfung erwirtschaftet, entwickelte sich mit + 1,6 Prozent moderat. Einige Dienstleistungsbereiche verzeichneten ein deutliches Wachstum. Die gegenüber dem Vorjahr um einen Tag höhere Anzahl der Arbeitstage führte ebenfalls zu einer Steigerung der

Wirtschaftsleistung im vergangenen Jahr. Der Außenbeitrag reduzierte sich aufgrund des höheren Anstiegs der Importe im Vergleich zu den Exporten und hatte somit einen leicht negativen Effekt auf das Bruttoinlandsprodukt.

Auf der Verwendungsseite bildeten der staatliche (+ 4,2 Prozent) und der private Konsum (+ 2,0 Prozent) die wichtigsten Einflussfaktoren. Daneben stiegen auch die Investitionen von Unternehmen und Staat deutlich. Dabei erreichten die Ausrüstungsinvestitionen einen Anstieg um 1,1 Prozent, die Bauinvestitionen im Wesentlichen bedingt durch den Anstieg der Wohnbauten einen deutlich höheren Anstieg um 3,0 Prozent. Der Vorratsabbau bremste das Wachstum um rund 0,4 Prozent.

Witterung

Sowohl für die Energienachfrage als auch für die regenerative Erzeugung spielt die Witterung eine wesentliche Rolle. Insbesondere wegen der besonders kalten Monate im vierten Quartal war das Jahr 2016 im Vergleich zu den außergewöhnlich warmen Vorjahren 2014 und 2015 etwas kälter, aber dennoch wärmer als das langjährige Mittel.

Insgesamt fielen in Deutschland im Jahr 2016 durchschnittlich 736 Liter Niederschlag pro Quadratmeter. Gegenüber dem Vorjahr (1.723 Sonnenstunden) war die Sonnenscheindauer im Jahr 2016 mit 1.585 Sonnenstunden deutlich geringer. Aufgrund des weiteren Zubaus von PV-Anlagen sank die Einspeisung in das öffentliche Netz im Vergleich zum Vorjahr jedoch nur um 1,0 Prozent.

Das Windaufkommen in 2016 war vergleichbar mit dem Vorjahr, aber weiterhin auf niedrigem Niveau. Die Stromproduktion durch Windenergieanlagen lag trotz des Zubaus von Anlagen an Land in Höhe von rd. 4,5 GW minimal, nämlich 0,6 TWh, über dem Wert von 2015.

Primärenergieverbrauch in Deutschland

Die im Vergleich zum Vorjahr etwas kühlere Witterung, der Schalttag, die weiterhin positive wirtschaftliche Entwicklung sowie das migrationsbedingte Bevölkerungswachstum führten dazu, dass der Primärenergieverbrauch in Deutschland in 2016 um 1,1 Prozent auf 456,7 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE) anstieg. Gleichzeitig dämpften Verbesserungen in der Energieeffizienz den Verbrauchsanstieg.

Vor allem aufgrund der kühleren Witterung im 4. Quartal sowie des Mehreinsatzes von Erdgas in Kraftwerken - besonders in Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung - stieg der Erdgasverbrauch in 2016 um 9,5 Prozent auf 103,1 Millionen Tonnen SKE. Die erneuerbaren Energien erhöhten ihren Beitrag zur Energiebilanz um 0,2 Prozentpunkte auf insgesamt 12,6 Prozent. Rückgänge waren vor allem bei der Kernenergie, aber auch bei Braun- und Steinkohle zu verzeichnen. Bereinigt um den Witterungseinfluss wäre der Primärenergieverbrauch um etwa 0,6 Prozent im Vergleich zu 2015 gestiegen.

Energiepolitik

Im Jahr 2016 hat der Gesetzgeber wieder viele Änderungen und Ergänzungen des Energierechts vorgenommen. U.a. wurde die Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG 2017) beschlossen, die Anreizregulierungsverordnung geändert sowie das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende und das Strommarktgesetz erlassen.

Mit der Novellierung des EEG wurde in erster Linie die Bezuschussung der Erzeugung aus Erneuerbaren Energien auf eine wettbewerbliche Vergabe umgestellt. Einen Zuschlag nach Ausschreibungen erhalten künftig die Projekte, die zu den niedrigsten Kosten erzeugen können. Dadurch wird der weitere Anstieg der Umlagefinanzierung und des Strompreises abgebremst, aber nicht gestoppt. Mithilfe einer Regionalisierungskomponente wurde zusätzlich die mangelnde Synchronisation des Netzausbaus mit dem Zubau von Windenergieanlagen angegangen.

Das deutsche System der Anreizregulierung hat sich bisher bewährt, wenn es darum ging, die Preisentwicklung der Netzentgelte im Sinne der Verbraucher zu kontrollieren und

gleichzeitig die Netzbetreiber zu größerer Effizienz anzureizen. Jedoch wurde im Zuge des Fortschreitens der Energiewende eine Novellierung notwendig. So wurde der „Kapitalkostenaufschlag“ eingeführt, der den Zeitverzug zwischen den Investitionen in die Netze und der Refinanzierung verringern soll, indem Kosten für Investitionen in notwendige Anlagen nun jährlich – also nicht mehr mit mehrjähriger Verzögerung – berücksichtigt werden können. Ein wichtiger Faktor für die Berechnung der Netzentgelte ist die kalkulatorische Eigenkapitalverzinsung. Die Verzinsung des von Betreibern von Elektrizitäts- und Gasversorgungsnetzen eingesetzten Eigenkapitals erfolgt im Wege einer kalkulatorischen Eigenkapitalverzinsung auf Grundlage des betriebsnotwendigen Eigenkapitals. Die Höhe der Verzinsung wird von der Bundesnetzagentur (BNetzA) als zuständiger Regulierungsbehörde festgelegt. In 2016 beschloss die BNetzA eine Senkung der Verzinsung von derzeit 9,05 Prozent auf 6,91 Prozent für Neuanlagen und von 7,14 Prozent auf 5,12 Prozent für Altanlagen. Gültigkeit erfährt dies ab der nächsten Regulierungsperiode, die für Gasnetzbetreiber im Jahr 2018 und für Stromnetzbetreiber im Jahr 2019 beginnt.

Mit dem Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende wurde der Rechtsrahmen für intelligente Messsysteme (Smart Meter) geregelt. Das Gesetz beinhaltet Regelungen zum zukünftigen Messstellenbetrieb, zur Datenkommunikation und zum Rollout der Smart Meter, der nach Jahresverbrauch bzw. -erzeugung gestaffelt ist. Zwischen 2017 bis spätestens 2032 sollen alle mechanischen Ferraris-Zähler durch elektronische Zähler ersetzt werden, die Verbrauchern Informationen über Stromflüsse, Energieverbrauch und tatsächliche Nutzungszeiten anzeigen, um Energiesparpotenziale zu identifizieren.

Mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung des Strommarktes (Strommarktgesetz) zielte die Bundesregierung darauf ab, in einem abgestimmten Prozess auf vielschichtige Veränderungen im Energieversorgungssystem zu reagieren und neue Rahmenbedingungen zu setzen. Als Rahmengesetz bestimmte es Änderungen in bestehenden Gesetzen. Betroffen waren u.a. das Erneuerbare Energien Gesetz, das Energiewirtschaftsgesetz und die Stromnetzzugangsverordnung sowie die Reservekraftwerksverordnung. Diesem umfassenden energiewirtschaftlichen Änderungskatalog ging ein langer, kontroverser Konsultationsprozess voran, der bereits 2014 mit dem Grünbuch zum Strommarkt Fahrt aufnahm und bis zum Beschluss des Gesetzes 2016 die Energiebranche mit ihren Verbänden stark bewegte.

Entwicklung der Gesellschaft

Die Erdgas- und Stromverteilnetze der evm und der GVW sind an enm verpachtet und werden von enm eigenständig betrieben. Die Zahl der Netzanschlüsse konnte im Erdgas- und im Stromverteilnetz im Vorjahresvergleich weiter gesteigert werden.

Im Jahr 2016 konnte der Verpächter evm die Gaskonzessionsverträge in 18 Gemeinden um weitere 20 Jahre verlängern. Erstmals für 20 Jahre erlangte evm die Stromkonzession im Stadtgebiet Mayen, deren Stromnetz die enm zukünftig pachten wird.

Der positive Trend der Vorjahre mit Netzverfügbarkeiten, die deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegen, konnte aufgrund der nachhaltigen Betriebs-, Instandhaltungs- und Erneuerungsstrategien in den Verteilnetzen auch in 2016 fortgesetzt werden.

Um der Versorgungsaufgabe im Gas- und Stromverteilnetz gerecht zu werden, mussten Netzerweiterungen und Netzanschlüsse in allen Druckstufen bzw. Spannungsebenen durchgeführt werden. Hervorzuheben sind die Investitionen im Rahmen der Dükerung des Rheins für das Hochdruck-Erdgasnetz sowie der Neubau einer 110/20-kV-Umspannanlage in Koblenz-Rübenach. Gegenüber der Vergangenheit sind bei Netzanschlüssen keine deutlichen Trendabweichungen im Zubau festzustellen. Für die zukünftig in weiten Teilen

des Netzgebietes der enm anstehende Marktraumumstellung von L- auf H-Gas wurden wichtige Projektschritte eingeleitet, insbesondere hinsichtlich der Umsetzungsabstimmung mit dem vorgelagerten Fernleitungsnetzbetreiber, aber auch beim eigentlichen Projektmanagement.

Mit der Energiewende schreitet die Integration von dezentralen Energieerzeugungsanlagen in die Gas- und Stromnetze weiter voran. Dabei haben die Vergütungshöhen, aber auch die raumordnerischen Vorgaben bedeutenden Einfluss auf die Investitionsbereitschaft von Anlagenbetreibern. Insgesamt ist festzustellen, dass der Zuwachs an stromerzeugenden Anlagen nahezu gleichgeblieben ist, die neu installierte Leistung der einzelnen Anlagen aber geringer ausfiel. Das liegt vor allem daran, dass die Kunden aufgrund der verringerten Einspeisevergütung ihren Eigenbedarf an Strom decken, aber nicht darüber hinaus produzieren möchten. Im Jahr 2016 wurden 181 Photovoltaikanlagen im Netzgebiet der enm mit einer Leistung von rd. 5,5 MWp und 3 Großwindenergieanlagen mit 7,6 MW in das Stromverteilnetz integriert. Die Gesamtanzahl von regenerativen Erzeugungsanlagen im enm-Verteilnetz liegt bei rund 6.200 Anlagen mit einer Gesamtleistung von ca. 287 MW. Zur Gewährleistung der Netzintegration der zweiten betreibereigenen Bio-Erdgasanlage im Netzgebiet der enm, Netzregion Plaidt, wurden in 2016 die grundlegenden netztechnischen und vertraglichen Voraussetzungen geschaffen. Die Anlage wird voraussichtlich Ende 2017 in Betrieb gehen.

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz (in €)	2015	2016
A. Anlagevermögen	12.253.226,83	12.777.285,57
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	365.808,83	517.299,80
II. Sachanlagen	11.862.418,00	12.232.123,48
III. Finanzanlagevermögen	25.000,00	27.862,29
B. Umlaufvermögen	32.516.851,55	30.294.911,08
I. Vorräte	3.102.933,69	2.722.709,79
II. Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	29.413.917,86	27.572.201,29
C. Rechnungsabgrenzungsposten	30.224.143,38	32.803.919,33
Bilanzsumme	74.994.221,76	75.876.115,98
A. Eigenkapital	7.818.365,02	7.793.365,02
I. Gez. Kapital	525.000,00	525.000,00
II. Rücklagen	7.293.365,02	7.268.365,02
B. Sonderposten	388.586,37	366.634,60
C Ausgleichsposten f. aktivierte Eigene Anteile	0,00	25.000,00
D. Rückstellungen	25.204.000,00	26.563.773,94
E. Verbindlichkeiten	11.332.862,02	8.271.611,26
F. Rechnungsabgrenzungsposten	30.250.408,35	32.855.731,16
Bilanzsumme	74.994.221,76	75.876.115,98

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV (in €)	2015	2016
Umsatzerlöse	259.032.859,64	289.614.305,24
Bestandsveränderungen	-26.809,53	0,00
andere aktivierte Eigenleistungen	7.150,08	16.947,27
sonstige betriebliche Erträge	908.501,36	515.205,55
Materialaufwand	205.933.675,51	243.589.938,60
Personalaufwand	42.191.249,49	39.791.151,22
Abschreibungen	1.557.781,87	1.997.631,71
sonstige betriebliche Aufwendungen	10.179.870,67	5.869.691,73
Zinserträge	75.773,83	51.844,05
Zinsaufwendungen	456.627,12	274.155,28
Steuern vom Einkommen u. Ertrag	3.785.000,00	3.745.394,16
Ergebnis nach Steuern	-4.106.729,28	-5.069.660,59
Sonstige Steuern	113.577,10	162.367,62
Aufgrund Ergebnisabführungsvertr. abgef. Gewinne	4.220.306,38	5.232.028,21
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00

Bilanzkennzahlen**Ertragslage**

<u>Rentabilität</u>		2015	2016
Eigenkapitalrentabilität	%	0,0	0,0
Gesamtrentabilität	%	0,6	0,4

		2015	2016
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	0,6	0,6

Vermögensaufbau

		2015	2016
Anlagenintensität	%	16,3	16,8
Intensität des Umlaufvermögens	%	83,7	83,2

Anlagenfinanzierung

		2015	2016
Anlagendeckung I	%	63,8	61,0
Anlagendeckung II	%	69,7	62,4

Kapitalausstattung

		2015	2016
Eigenkapitalquote	%	10,7	10,5
Fremdkapitalquote	%	89,3	89,5

Liquidität

		2015	2016
Liquiditätsgrad	%	92,7	93,3

Lage des Unternehmens

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage: Darstellung, Analyse, Beurteilung

Ertragslage

Das Netzgeschäft stellt sich bezogen auf das Geschäftsjahr 2016 trotz eines Jahresfehlbetrages als stabil dar.

Der ausgewiesene Jahresfehlbetrag resultiert überwiegend aus der hohen Gewerbesteuerlast aufgrund der Hinzurechnung von Pachtzahlungen für die Verteilnetze zum Gewerbeertrag. Die Gewerbesteuerlast fällt entsprechend bei den Verpächtern, die gleichzeitig die Kommanditisten sind, niedriger aus. Der Jahresfehlbetrag wird aufgrund einer Verlustübernahmeerklärung der Gesellschafter ausgeglichen.

Die Zunahme der Umsatzerlöse ist durch die Umstellung der Mehr- und Mindermengenabrechnung, der Investitionstätigkeit in die gepachteten Verteilnetze und durch die Umlagen verursacht, die auf die Stromnetzentgelte erhoben werden. Diese Zunahmen schlagen sich entsprechend im Materialaufwand nieder. Gegenüber dem Vorjahr wurden darüber hinaus witterungsbedingt mehr Gasnetzentgelte in der Gassparte vereinnahmt.

Die höheren sonstigen betrieblichen Erträge resultieren im Vorjahr im Wesentlichen aus periodenfremden Erträgen.

Die Zunahmen des Materialaufwandes und der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ergeben sich aus den unter den Umsatzerlösen genannten Gründen und aus höheren Kosten für die vorgelagerten Netze.

Der Rückgang des Personalaufwandes von 42.191 T€ auf 39.791 T€ beruht wesentlich auf geringere Aufwendungen für die Altersvorsorge.

Der Abnahme der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist aus einer niedrigeren Miet- und Pachtbelastung bedingt, da die evm im Vorjahr die von der Netzgesellschaft genutzten Immobilien in das Anlagevermögen eingebracht hat. Zudem entwickelten sich die Aufwendungen aus der Zuführung zu den Rückstellungen gegenüber dem Vorjahr rückläufig.

Die Zunahme der Abschreibungen ist investitionsbedingt.

Die Verzinsung langfristiger regulatorischer Verpflichtungen führte zu dem ausgewiesenen Zinsaufwand.

Der nach Abzug von Steuern vom Einkommen und vom Ertrag sowie Sonstiger Steuern entstandene Verlust in Höhe von 5.232 T€ (VJ: 4.220 T€) wird aufgrund eines Gesellschafterbeschlusses für 2016 anteilig von den Kommanditisten evm und GVW ausgeglichen.

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme der enm erhöhte sich um 882 T€ auf 75.876T€. Der Anstieg ist insbesondere auf die zusätzlich vereinnahmten Netzanschlusskostenbeiträge und Baukostenzuschüsse im passiven Rechnungsabgrenzungsposten zurückzuführen.

Für die Betrachtung der Finanzierungsstruktur ist die Bilanz um den aktiven und passiven Rechnungsabgrenzungsposten aus den vereinnahmten und an die Verpächter weitergeleiteten Hausanschlusskostenbeiträgen und Baukostenzuschüssen (32.804 T€) zu bereinigen, da die enm über diese Mittel nicht verfügen kann. Betriebswirtschaftlich haben die Posten den Charakter eines durchlaufenden Postens. Es ergibt sich eine bereinigte Bilanzsumme von 43,072 T€, wovon 29,7 Prozent in Anlagevermögen gebunden ist. Der Anteil des Eigen- und langfristigen Fremdkapitals an der bereinigten Bilanzsumme beträgt zum 31. Dezember 2016 32,0 Prozent.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der gesamte Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit, der Investitions- und Finanzierungstätigkeit um 569 T€ auf 3.138 T€ verbessert.

Die Finanzlage (in T€) stellt sich wie folgt dar:

Kapitalflussrechnung

In T€

	31.12.2016	31.12.2015
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	2.660	3.021
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-2.413	-1.705
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	322	-765
Veränderung der zahlungswirksamen Liquidität	569	551
Liquidität zum Jahresanfang	2.569	2.018
Liquidität zum Jahresende	3.138	2.569

Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Unternehmensstrategie bildet die Grundlage zur Steuerung des Unternehmens. Als wichtiger finanzieller Leistungsindikator für die Steuerung wird das Ergebnis vor Steuern verwendet.

Zur Bestimmung der Finanzlage wird der Cashflow geplant, prognostiziert und analysiert. Da die enm in das Cash-Management-System der evm eingebunden ist, tragen die Ergebnisse aus dem Cashflow zur Innenfinanzierung und zu den Finanzierungsmöglichkeiten der evm-Gruppe am Banken- und Kapitalmarkt bei.

Bei Investitionsmaßnahmen ist neben der Versorgungssicherheit und Funktionsfähigkeit der netztechnischen Anlagen die Analyse der zu erwartenden Gesamt- und Eigenkapitalrendite

als finanzielle Leistungsindikatoren von zentraler Bedeutung. An diesen Kennzahlen werden die geplanten und getätigten Investitionen prospektiv und retrospektiv gemessen.

Die vorstehenden Kennzahlen sind im Wesentlichen im Rahmen der Erläuterung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beschrieben worden oder aus dem Jahresabschluss ableitbar.

Umwelt- und Energiedatenmanagement

Als Netzbetreiber sieht die enm sich in einer besonderen Verantwortung für die Sicherheit der Anlagen, den Schutz der Umwelt und einen effizienten Energieeinsatz. Zu diesem Zweck wird ein Umwelt- und Energiemanagementsystem eingesetzt.

Im Rahmen der Zertifizierung beider Systeme finden regelmäßig interne und externe Audits statt, in denen die Verantwortlichkeiten geprüft und die Arbeitsweisen kontinuierlich verbessert werden. Die enm hat im Geschäftsjahr 2016 die Zertifizierungsverfahren erfolgreich absolviert und somit die Umwelt- und Energiemanagementzertifikate nach DIN EN 14001 und 50001 erhalten.

Arbeits- und Gesundheitsschutz

Arbeitssicherheit hat für die enm oberste Priorität. Sämtliche Aspekte der Arbeitssicherheit sowie des Gesundheitsschutzes werden in einem jährlich erscheinenden Bericht des hierfür zuständigen Unternehmensbeauftragten dargestellt. Bei der Konzeption konkreter Maßnahmen zur Arbeitssicherheit und zum Gesundheitsschutz wird Wert auf präventive Ansätze der Unfallvermeidung mittels verbindlicher Schulungen eines jeden Mitarbeiters durch die jeweiligen Führungskräfte gelegt. Ziel dieser Vorgehensweise ist es, das Arbeitssicherheitsmanagement als Führungsaufgabe sowie als essentiellen Bestandteil der Unternehmenskultur weiterzuentwickeln. Die niedrigen Unfallzahlen der enm, die weit unterhalb des Branchendurchschnitts liegen, sind ein Indiz für den sicheren Betrieb der Anlagen, abgestimmte Arbeitsabläufe sowie für gut ausgebildete und geschulte Mitarbeiter.

Zur Erhaltung der Arbeitskraft der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen hat sich die evm-Gruppe in 2016 intensiv mit der Weiterentwicklung des betrieblichen Gesundheitsmanagements auseinandergesetzt.

Das neue Konzept sieht neben der Einberufung eines regelmäßigen Gesundheitskreises zahlreiche Gesundheitsmaßnahmen vor. Der Erfolg dieser Maßnahmen lässt sich insbesondere an der überdurchschnittlich hohen Gesundheitsquote von 94,7 Prozent im Jahr 2016 ablesen.

Mitarbeiter

Zum Stichtag 31. Dezember 2016 beschäftigte die enm 541 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (inklusive Mitarbeiter in der Passivphase der Altersteilzeit), darunter 53 Auszubildende. Im Vergleich zu 548 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zum Stichtag 31. Dezember 2015 (Auszubildende: 51) verzeichnete das Unternehmen somit eine Reduzierung der Mitarbeiteranzahl um 1,3 Prozent. Dies ist insbesondere auf die im Rahmen des Zusammenschlusses der Ursprungsgesellschaften durchgeführten unternehmensübergreifenden Neuordnungen und Straffungen der Unternehmensprozesse zurückzuführen. Die Personalreduzierungen erfolgen sozialverträglich, hauptsächlich durch Verzicht auf Nachbesetzung von durch Renteneintritt oder Altersteilzeit betroffenen Stellen.

Die Identifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit dem Unternehmen ist ein wichtiger Erfolgsfaktor für die Leistungsfähigkeit des Unternehmens. Diese zeigt sich in der durchschnittlichen Betriebszugehörigkeit von 20,9 Jahren innerhalb der enm sowie der ungesteuerten Fluktuationsquote der enm. Sie betrug in 2016 niedrige 0,6 Prozent und verringerte sich somit sogar gegenüber dem Vorjahr (2015: 1,2 Prozent).

Das Nachfolge- und Personalentwicklungskonzept der enm dient der mittel- und langfristigen Fachkräftesicherung und verfolgt das vorrangige Ziel, die Erfahrungen und das Wissen

altersbedingt ausscheidender Mitarbeiter an kompetenten Nachwuchs weiterzugeben. Im Kontext dieses Konzeptes wurde allen 15 Auszubildenden, die in 2016 ihre Ausbildung beendet haben, eine Weiterbeschäftigung angeboten.

Mit 53 Auszubildenden und einer Ausbildungsquote von 9,8 Prozent (2015: 51 / 9,3 Prozent) zum Geschäftsjahresende 2016 übernimmt die enm Verantwortung dafür, jungen Menschen den Start ins Berufsleben zu ermöglichen. Sie bildet junge Menschen in den Berufen Anlagenmechaniker, Bachelor of Engineering, Elektroniker für Betriebstechnik, IT Systemelektroniker/in, Metallbauer, Fachkraft für Lagerlogistik aus.

Zur bedarfsgerechten Qualifizierung und Vorbereitung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf künftige Herausforderungen hat die evm-Gruppe in 2016 eine umfangreiche betriebliche Vereinbarung zur Förderung von Entwicklungsmaßnahmen abgeschlossen. Daneben hat das Change-Management eine zentrale Bedeutung bei der Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rahmen des Zusammenschlusses sowie der gesamten Organisation bei der Bewältigung der neuen Anforderungen eingenommen. Bis Ende 2016 wurden alle Führungskräfte der enm zu Führungsinstrumenten und einem einheitlichen Führungsverständnis geschult.

In 2016 wurden für die Weiterbildung der enm-Mitarbeiter 1.124 Weiterbildungstage investiert, gleichzeitig wurde das Angebot interner Weiterbildungsmaßnahmen erweitert.

Prognosebericht

Ausblick Gesamtwirtschaft

Für das Jahr 2017 erwartet die Deutsche Bundesbank wie im Vorjahr einen Anstieg der kalenderbereinigten Wirtschaftsleistung um 1,8 Prozent. Die positive Konjunkturentwicklung wird insbesondere von der Binnennachfrage getrieben. Die bisher hohe Beschäftigung wird in 2017 weniger stark zulegen als in den Vorjahren, dadurch kommt es zu höheren Zuwächsen bei den Löhnen. Gleichzeitig steigen die Verbraucherpreise stärker, so dass die realen Einkommenszuwächse insgesamt verhaltener ausfallen werden. Das Exportgeschäft der deutschen Unternehmen wird zwar im Vergleich zum Vorjahr wachsen, das Wachstum wird aber langsamer verlaufen als das der globalen Absatzmärkte. Im Laufe des Jahres 2017 wird eine leichte Wachstumsverstärkung auf den Absatzmärkten innerhalb des Euroraums erwartet. Die Absatzmärkte außerhalb des Euroraums werden sich hingegen etwas rückläufig entwickeln. Die Deutsche Bundesbank erwartet für das Jahr 2017 einen leichten, aber stetigen Anstieg der Rohölpreise, sodass mit einer Inflationsrate von 0,3 Prozent in 2017 gerechnet wird, Tendenz steigend. Die Kaufkraft der privaten Haushalte wird durch steigende Energiepreise geschmälert werden. Aufgrund der konjunkturbedingt hohen Steuereinnahmen und sinkender Zinsausgaben bei expansiver fiskalischer Ausrichtung werden die deutschen Staatsfinanzen nach Einschätzung der Bundesbank in 2017 voraussichtlich in einem moderaten Überschuss bleiben.

Ausblick enm

Die Umsatzerlöse werden sich aufgrund der regulatorischen Rahmenbedingungen rückläufig entwickeln. Zu nennen sind hier zum einen der Effizienzwertabbau, aber auch eine Reduzierung der Eigenkapitalzinssätze durch die Bundesnetzagentur, die sich in den Netzentgelten für Gas und Strom, aber auch aufwandsseitig in den Pachtentgelten widerspiegeln. Umsatzerhöhend werden sich dagegen steigende Einnahmen aus EEG-Vergütungen auswirken. Zusätzlich werden ab 2020 die Erlöse aus der Marktraumumstellung steigen. Diesen beiden Erlöspositionen stehen entsprechende wälzungsfähige Kosten gegenüber.

Gemäß § 4 ARegV sind Netzbetreiber verpflichtet, zum 1. Januar eines Kalenderjahres die festgelegte Erlösobergrenze zu überprüfen und bei Änderungen der in § 4 Abs. 3 ARegV

genannten Parameter anzupassen. Zum 15. Oktober 2016 erfolgte die Veröffentlichung voraussichtlicher Netzentgelte Gas und Strom gem. § 20 Abs. 1 Satz 2 EnWG.

Nach Vorliegen aller Eingangsparameter zur Bestimmung der Erlösobergrenze wurden dann zum Jahresende die endgültigen Netzentgelte mit Gültigkeit ab dem 1. Januar 2017 veröffentlicht.

enm rechnet für die Folgejahre mit einem positiven Ergebnis vor Steuern. Das Ergebnis vor Steuern wird sich damit voraussichtlich gegenüber dem Geschäftsjahr 2016 leicht verbessern. Die enm geht davon aus, dass aufgrund der Rechtsform bei der enm anfallende und zu einem Verlust führende Gewerbesteuerbelastungen von den Kommanditisten übernommen werden.

Die Bau- und Projektplanung für das Geschäftsjahr 2017 legt in der Sparte "Erdgas" einen besonderen Fokus auf die Erneuerung von Rohrleitungsabschnitten, die aufgrund erreichter technischer Nutzungsdauer zu ersetzen sind. Unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit sollen auch weitere Neubau- und Gewerbegebiete an das Erdgas-Verteilnetz der evm-Gruppe angebunden werden. Neue Netzanschlüsse sind vor allem in bereits berohrten Netzgebieten vorgesehen. Für netzstrategische Entscheidungen über Netzerweiterungen des Erdgas-Verteilnetzes und Erdgas-Netzanschlüsse werden Effizienzvorgaben und Klimaschutzziele weiter an Bedeutung gewinnen.

Zusätzlich wird in Folge der versiegenden L-Gasvorkommen in den Niederlanden, eine Marktraumumstellung von L- auf H-Gas in Deutschland erforderlich. Hiervon sind auch die im Netzgebiet der enm bestehenden L-Gasabnahmestellen betroffen. Die Umstellung erfolgt voraussichtlich in den Geschäftsjahren 2021 bis 2023. Enm hat maßgebende Projektschritte eingeleitet, insbesondere hinsichtlich der Umstimmungsabstimmung mit dem vorgelagerten Übertragungsnetzbetreiber, aber auch beim eigentlichen Projektmanagement. So werden im Jahr 2017 die Ressourcen für die Geräteerhebung und Geräteanpassung in einer EU-weiten Dienstleistungsausschreibung gesichert werden.

Aus der Marktraumumstellung angefallene wälzungsfähige Kosten werden über eine bundesweite Marktraumumstellungsumlage finanziert.

In der Sparte "Strom" werden im Verteilnetz Nieder- und Mittelspannungsnetzanlagen erneuert, soweit dies technisch erforderlich ist. Im Netzbereich Selters wird aufgrund einer Leistungserhöhung der dort ansässigen Industrie eine neue 110/20-kV-Umspannanlage nötig, in Koblenz wird eine Schaltstation nach Stand der Technik durch eine wartungsärmere Anlage ersetzt werden. Die in 2016 mit Erfolg durchgeführten Pilotprojekte zu intelligenten Stromnetzen (regelbarer Ortsnetztransformator, Niederspannungslängsregler) werden auf andere Netzbereiche übertragen.

Der Aufbau zur Versorgung des Neubaugebietes Rheinquartier in Lahnstein wird weitergeführt werden. Überlegungen zu innovativen Netzkomponenten und IT-Unterstützung werden die "Netz-Toolbox" ergänzen, um neue Herausforderungen der Energiewende sicher und wirtschaftlich bewältigen zu können. Das Projekt "im@enm" zur Umsetzung des Gesetzes zur Digitalisierung der Energiewende wird planmäßig vorangetrieben. Der Rollout von Smart Metern ist abhängig von der Verfügbarkeit von durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik zertifizierten Geräten und wird voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2017 beginnen. Bis dahin werden netzseitig die technische und organisatorische Umsetzung weiter vorangetrieben.

Chancen- und Risikobericht

enm ist durch eine standardisierte Chancen- und Risikoberichterstattung in das Chancen- und Risikomanagementsystem der evm eingebunden und erfüllt die Anforderungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG). Im Rahmen einer systematischen Chancen- und Risikoerhebung werden bei enm alle wesentlichen

Chancen und Risiken identifiziert, analysiert und überwacht, mit dem Ziel, möglichst frühzeitig geeignete Maßnahmen ergreifen zu können. enm leitet bei Bedarf entsprechende Maßnahmen ein. Für den Berichtszeitraum bestanden keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Risiken.

Folgende Risikofelder können die Geschäftsentwicklung maßgeblich beeinflussen und wurden im Rahmen des Risikomanagementsystems als wesentlich identifiziert:

Betriebsrisiken und Chancen

Die Versorgungssicherheit und Funktionsfähigkeit der netztechnischen Anlagen werden durch kontinuierliche Sanierung, Ausbau des Netzes und durch ein systematisches Schulungs- und Weiterbildungssystem für die Mitarbeiter gewährleistet. Unvermeidliche Restrisiken aus dem Betrieb der Netzinfrastrukturen sind im Hinblick auf Sach- und Personenschäden durch einen angemessenen Versicherungsschutz abgesichert.

Chancen sieht enm im Konzessionswettbewerb um die Gas- und Stromnetze sowohl im Stammgebiet als auch in den angrenzenden Gebieten, da aufgrund der Unternehmensgröße und jahrzehntelanger Erfahrung vielfältiges technisches und fachliches Know-how vorgewiesen werden kann. Im Bereich der Netzinfrastuktur ist enm verstärkt Ansprechpartner für kommunale Dienstleistungen.

Das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende löst erhebliche Veränderungen im Energiemarkt aus. So wird aufgrund neuer gesetzlicher Vorgaben der Messstellenbetrieb eine zentrale Rolle einnehmen. Die enm plant die Rolle des intelligenten grundzuständigen Messstellenbetreibers einzunehmen und sich zu positionieren. Darüber hinaus tritt die enm als Technologie-Dienstleister für die evm auf, welche die Rolle als intelligenter wettbewerblicher Messstellenbetreiber ausüben wird. Die enm beteiligt sich an entsprechenden Pilotprojekten und kann dadurch frühzeitig über entsprechendes Know-how verfügen.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Auf der Grundlage der Unternehmenskonzeption der enm wird die operative Finanzplanung zusammen mit dem Finanzmanagementsystem der evm durchgeführt. Das Cash-Management (Cash-Pooling-Vereinbarung) wird im Rahmen von Geschäftsbesorgungs- / Dienstleistungs-verträgen durch die evm abgewickelt.

Die enm betreibt ein reguliertes Netzgeschäft. Für den Zeitraum der dritten Regulierungsperiode (Gas ab 2018, Strom ab 2019) werden die Netzkosten – aus denen die Erlösobergrenzen abgeleitet und die Höhe der Netzentgelte kalkuliert werden – neu festgelegt. Die Neufestlegung ist wegen der Ergebnisse der Kostenprüfung und einer uneinheitlichen Rechtsanwendung durch die Bundesnetzagentur ungewiss und risikobehaftet. Chancen ergeben sich allerdings aus der Novellierung der Anreizregulierungsverordnung, da sie durch die Beseitigung des Zeitverzugs grundsätzlich zu einer schnelleren Refinanzierung und damit zu einer Verbesserung des Investitionsklimas beiträgt.

Sonstige Chancen und Risiken

Betriebs- und Organisationsrisiken, insbesondere bedingt durch Verlustgefahren infolge Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern und Systemen sowie externer Ereignisse, rechtlicher Risiken und Informationsrisiken, wird im Rahmen des beschriebenen Risikomanagementprozesses begegnet.

Bestandsgefährdende Risiken / Gesamtrisiko

Zum Zeitpunkt der Risikoinventur bestanden keine bestandsgefährdenden Risiken für die enm. In ihrem Bestand wäre die enm gefährdet, sofern sie nach Risikoeintritt nachhaltig die unternehmerischen Aufgaben nicht mehr durchführen könnte. Solche Entwicklungen sind derzeit weder durch gesetzliche und vertragliche Rahmenbedingungen oder durch betriebliche Gründe erkennbar.

Aus den erkannten Risiken wird kein akuter Handlungsbedarf für die enm abgeleitet. Die bestehenden organisatorischen Vorkehrungen werden entsprechend der Markterfordernisse und den gesetzlichen Verordnungen weiter entwickelt.

Die organisatorischen Anpassungen werden derzeit als ausreichend eingeschätzt, um Risiken zeitnah verfolgen und im Schadensfall zielgerichtet handeln zu können.

Die enm wird den Anforderungen des EnWG gerecht werden und entsprechende Maßnahmen ergreifen.

Die enm wird auch in Zukunft in ihren Planungsrechnungen Veränderungen im Bedarfsfalle durch Anpassungen berücksichtigen und zum Erreichen der Unternehmensziele geeignete Steuerungsmaßnahmen einleiten.

Die von der Muttergesellschaft evm und ihren Beteiligungen durchgeführten Risikoinventuren sind eine systematische Erfassung von Risiken der Geschäftstätigkeit. Sie bilden daher zusätzlich zum Controlling ein wichtiges Instrument zur Identifizierung und Verfolgung der Risiken unter sich ändernden Rahmenbedingungen. Im Rahmen der strategischen und operativen Unternehmensplanung sind die betrieblichen Risiken und Steuerungsmaßnahmen mit berücksichtigt.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Kapitalerhöhung in 2015 im Rahmen der Fusion mit EVM Netz GmbH um 500.000,00 € auf 525.000,00 €

Bareinlage GVW ins Rücklagenkonto in 2015:	10 T€
Einbringung Grundstücke zu Gunsten des Rücklagenkontos:	7.283 T€

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Mit der Energieversorgung Mittelrhein AG bestand bis 2015 eine steuerliche Organschaft.

Gewerbsteuer 2016:	3.775 T€
--------------------	----------

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2016

Die Gesellschafterversammlung erhält keine Bezüge.

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 85 Abs 1 GemO.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2017

Energienetze Mittelrhein Verwaltungs-GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

18.06.2015; letzte Fassung Gesellschaftsvertrag 23.07.2015

Stammkapital am 31.12.2016

25.000,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin an der Energienetze Mittelrhein GmbH & Co. KG (vormals Energienetze Mittelrhein GmbH) mit Sitz in Koblenz.

Beteiligungsverhältnisse

Die Energienetze Mittelrhein GmbH & Co. KG ist Alleingesellschafterin.

Besetzung der Organe am 31.12.2016

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung hat die ihr durch Gesetz und Gesellschaftsvertrag zugewiesenen Befugnisse.

Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Geschäftsführung

Dr. Andreas Hoffknecht
Ulrich Krekel

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.
Die Gesellschaft ist persönlich haftende Gesellschafterin der Energienetze Mittelrhein GmbH & Co. KG.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Grundlagen des Unternehmens

Die Energienetze Mittelrhein Verwaltungs-GmbH wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 18.06.2015 als persönlich haftende Gesellschafterin der Energienetze Mittelrhein GmbH & Co. KG gegründet. Sie ist bis auf die Einlage ohne eigenes Vermögen. Sie ist persönlich haftende Gesellschafterin (Komplementärin) der Energienetze Mittelrhein GmbH & Co. KG und vertritt diese im Außenverhältnis.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Ertragslage

Die alleinige Tätigkeit der Gesellschaft als Geschäftsführerin und persönlich haftende Gesellschafterin der Energienetze Mittelrhein GmbH & Co. KG spiegelt sich in der Ertragslage, die im Wesentlichen die Aufwendungen, die der Gesellschaft im Zusammenhang mit der Geschäftsführung der Energienetze Mittelrhein GmbH & Co. KG entstehen und deren Weiterbelastung beinhaltet, wieder.

Die Gewinn- und Verlustrechnung erzielt ein ausgeglichenes Jahresergebnis.

Finanz- und Vermögenslage

Die Eigenkapitalquote liegt bei 96,8 %, bei einer Bilanzsumme von 24.779,77 €.

Der Finanzmittelbestand der Gesellschaft liegt zum 31.12.2016 bei 24.644,29 €. Die Gesellschaft verfügt über ausreichend finanzielle Mittel, um ihren Verpflichtungen nachkommen zu können.

Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres 2016 sind keine Vorgänge eingetreten, die zu einer anderen Beurteilung führen würden, als sie durch den Jahresabschluss und den Lagebericht vermittelt werden.

Chancen und Risiken

Die Geschäftsfelder der GmbH liegen weiterhin rein auf Handlungen, die der gewöhnliche Geschäftsverkehr der Energienetze Mittelrhein GmbH & Co. KG mit sich bringt. Hierfür hat die Energienetze Mittelrhein Verwaltungs-GmbH einen Anspruch auf Erstattung aller Aufwendungen, die für die Führung der Geschäfte der Gesellschaft erforderlich sind. Zusätzlich besteht ein Anspruch auf Haftungsvergütung, sofern die Energienetze Mittelrhein GmbH & Co. KG nach Steuern einen Jahresüberschuss erwirtschaftet.

Für die Gesellschaft sind derzeit keine bestandsgefährdenden Risiken aus vergangenen oder aus künftigen Entwicklungen ersichtlich.

Risiken aus der Komplementärstellung bei der Energienetze Mittelrhein GmbH & Co. KG sind derzeit nicht bekannt.

Ausblick

In den kommenden Geschäftsjahren rechnen wir mit einem ausgeglichenen Geschäftsverlauf.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

2015 Stammkapital	25.000,00 €
-------------------	-------------

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Keine

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2016

Die Gesellschafterversammlung erhält keine Bezüge.

Die Geschäftsführer erhalten keine Bezüge von der Gesellschaft.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 85 Abs 1 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2017**



evm Verkehrs GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

17. Februar 1995; der Gesellschaftsvertrag wurde zuletzt am 17.06.2014 geändert.

Stammkapital am 31.12.2016

350.000,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Beförderung von Personen und die Durchführung von Dienstleistungen im Personennahverkehr einschließlich der Erbringung von Werkstatteleistungen, auch für Dritte.

Beteiligungsverhältnisse

Alleinige Gesellschafterin ist die Energieversorgung Mittelrhein AG.

Besetzung der Organe am 31.12.2016

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschaft entsendet Mitglieder des Vorstandes der evm AG oder Vertreter der evm AG in die Gesellschafterversammlung.

Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Geschäftsführer

Hansjörg Kunz
Jürgen Czielinski

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell

Die evm Verkehrs GmbH mit Sitz in Koblenz ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Energieversorgung Mittelrhein AG (evm). Eingetragen im Handelsregister ist das Unternehmen am Amtsgericht Koblenz unter HRB 4491. Sie ist vornehmlich im Linienverkehr mit Kraftfahrzeugen nach § 42 PBefG überwiegend im Verkehrsverbund Rhein Mosel (VRM) und § 43 PBefG sowie im Gelegenheitsverkehr nach § 46 PBefG tätig. Die Gesellschaft besitzt eigene Linienkonzessionen (Mitkonzessionär) im Wesentlichen im Verkehrsverbund Rhein-Mosel (VRM). Die Aufteilung der Erlöse aus Linienverkehr zwischen allen im VRM-Gebiet tätigen Verkehrsunternehmen erfolgt auf Grundlage eines Einnahmenaufteilungsvertrages (EAV) zwischen allen Verkehrsunternehmen. In Summe befördert die evm Verkehrs GmbH in Koblenz und der Region auf ihren Linienkonzessionen jährlich rund 11 Millionen Fahrgäste.

Die evm Verkehrs GmbH ist darüber hinaus dienstleistend für die Kraftwagen-Verkehr Koblenz GmbH (KVG) tätig. So erbringt die evm Verkehrs GmbH auch Fahrleistungen im Auftrag der KVG. Die evm Verkehrs GmbH betreibt zudem eine eigene Werkstatt und bietet entsprechende Dienstleistungen auf dem freien Markt an.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die demografische Entwicklung, der steigende Wettbewerb, rechtliche Rahmenbedingungen sowie der Umweltschutz und die ÖPNV-Finanzierung in Rheinland-Pfalz beeinflussen den Markt.

Die evm Verkehrs GmbH ist bis zum 31.12.2016 mit Ausnahme der Linie 7 im Gebiet des Verkehrsverbunds Rhein-Mosel (VRM) tätig. Mit der Integration des Landkreises Westerwald zum 01.01.2017 wird die Gesellschaft ausschließlich im Gebiet des Verkehrsverbundes Rhein-Mosel tätig sein. Die Grundlage für die Anwendung des VRM-Tarifs bildet im Wesentlichen ein bilateraler Kooperationsvertrag mit der VRM GmbH. Die Verkehrsunternehmen im VRM arbeiten seit vielen Jahren an der Realisierung eines zukunftsfähigen Einnahmenaufteilungsverfahrens (EAV). So wurde in der Annahme, dass bis zum 1. Januar 2015 ein neues vertriebsdatengestütztes EAV-Verfahren erarbeitet werden könnte, der alte Einnahmenaufteilungsvertrag (Anlage 11 des Kooperationsvertrags) einvernehmlich zum 31. Dezember 2014 gekündigt. Das angestrebte Verfahren konnte jedoch noch nicht umgesetzt werden. Daher hat die evm Verkehrs GmbH Verhandlungen über eine mögliche Übergangsregelung initiiert. Im Ergebnis konnte eine EAV-Übergangsregelung für die Jahre 2015 und 2016 erreicht werden. Die Einnahmenaufteilung für 2016 wurde zunächst fehlerhaft berechnet. Bis zum Bilanzstichtag ist noch keine Abrechnung des EAV für das Jahr 2016 erfolgt.

Aufgrund fehlender Grundlagen im VRM kann das neue vertriebsdatengestützte Einnahmenaufteilungsverfahren erst frühestens 2018 umgesetzt werden. Bis zur Realisierung des neuen Verfahrens muss eine weitere Übergangsregelung vereinbart werden.

Es ist auch weiterhin notwendig, im VRM auf eine hinreichende, sachgerechte und dynamische Einnahmenaufteilung hinzuwirken, die künftig positive Leistungsanreize für den ÖPNV setzt.

Die Mehrzahl der Verkehrsunternehmen im Verkehrsverbund Rhein-Mosel hat sich an der Unternehmensgesellschaft VRM GmbH (UVRM GmbH) beteiligt mit dem Ziel, dass diese GmbH den VRM Unternehmensbeirat ersetzen und die Schnittstelle zum VRM bilden soll. Die Gesellschafter der UVRM GmbH vertreten die Meinung, dass der VRM Unternehmensbeirat zum 31.12.2016 aufgelöst sei. evm Verkehrs GmbH hat sich nicht an der UVRM GmbH beteiligt und geht nach rechtlicher Prüfung davon aus, dass der Unternehmensbeirat fortbesteht.

Die VRM GmbH hat zu Beginn des Jahres 2017 bereits DTV/HV-Mittel an die UVRM GmbH ausgezahlt. Eine Auszahlung an die evm Verkehrs GmbH erfolgte noch nicht. Die evm Verkehrs GmbH prüft auch den Rechtsweg als mögliche Handlungsoption.

Tendenziell ist zu erwarten, dass Linienverkehre nach § 42 PBefG zunehmend gemeinwirtschaftlich werden. Die Umsetzung des Verkehrskonzepts Rheinland-Pfalz Nord hat bereits zu wettbewerblichen Linienbündelvergaben der Aufgabenträger auf Bruttopreisbasis und zu einem Zuschussbedarf der kommunalen ÖPNV-Aufgabenträger geführt.

Geschäftsverlauf

Die Einführung eines Preis-Kosten-Ausgleichs nach dem LAGV zum 1. Januar 2014 hat insbesondere dem städtischen Verkehr erhebliche Erlöse entzogen. Aufgrund der positiven Dieselpreisentwicklung, erfolgreicher Kostensenkungsmaßnahmen und verschiedener Einmaleffekte konnte die Gesellschaft 2016 ein erfreuliches Ergebnis erwirtschaften.

Im VRM wurden die Fahrpreise zum 1. Januar 2016 um 1,4% erhöht.

Die Fahrgastzahlen im Jahr 2016 beliefen sich auf rund 11 Millionen Beförderungsfälle. Die Betriebsleistung blieb mit rund 3,5 Millionen Wagenkilometer (Vorjahr 3,5 Millionen Kilometer) konstant. Etwa 3,4 Millionen Kilometer wurden in Eigenregie erbracht. Die restliche Leistung von circa 0,1 Millionen Kilometer wurde an Auftragnehmer vergeben. Im Berichtszeitraum sank die Zahl der Beschäftigten stichtagsbezogen um 5 auf 224 Beschäftigte (188 Vollzeitäquivalente). Der eigene Busbestand lag stichtagsbezogen unverändert bei 76 Bussen. Aufgrund der Niedrigzinspolitik der EZB wurden keine Zinserträge generiert. Im Berichtszeitraum wurde ein Jahresüberschuss von 422.765,47 Euro (Vorjahr 322.416,09 Euro) erwirtschaftet.

Im VRM wurden die Fahrpreise zum 1. Januar 2015 nicht erhöht.

Aufgrund der Beendigung der Kooperation mit der Rhein-Mosel Verkehrsgesellschaft mbH (RMV) zum 31. Dezember 2014 haben sich die Kennzahlen im Kerngebiet entsprechend verändert.

Die Fahrgastzahlen im Jahr 2015 belaufen sich auf rund 11,3 Millionen Beförderungsfälle. Die Betriebsleistung sank auf rund 3,5 Millionen Wagenkilometer (Vorjahr: 5,3 Millionen Kilometer). Grund für den starken Rückgang war das Ende der Kooperation mit der RMV. Etwa 3,4 Millionen Kilometer wurden in Eigenregie erbracht. Die restliche Leistung von ca. 0,1 Mio. Kilometer wurde an Auftragnehmer vergeben.

Im Berichtszeitraum stieg die Zahl der Beschäftigten stichtagsbezogen um 12 auf 229 Beschäftigte (197 Vollzeitäquivalente). Der eigene Busbestand sank stichtagsbezogen von 80 auf 76 Busse. Aufgrund der Niedrigzinspolitik der EZB wurden keine Zinserträge generiert.

Im Berichtszeitraum wurde ein Jahresüberschuss von 322.416,09 Euro (Vorjahr: 897.197,36 Euro) erwirtschaftet.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs**Bilanz**

Bilanz (in €)	2015	2016
A. Anlagevermögen	7.739.252,89	8.128.905,12
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00
II. Sachanlagen	7.739.252,89	8.128.905,12
B. Umlaufvermögen	6.150.552,14	3.631.961,43
I. Vorräte	100.555,55	86.120,93
II. Forderungen u. sonst. Verm.	6.003.759,96	3.512.577,38
II. Kassenbestand	46.236,63	33.263,12
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	13.889.805,03	11.760.866,55
A. Eigenkapital	7.481.960,42	7.904.725,89
I. Gez. Kapital	350.000,00	350.000,00
II. Kapitalrücklage	4.311.180,00	4.311.180,00
III. Gewinnrücklagen	2.000.000,00	2.000.000,00
IV. Gewinnvortrag	0,00	820.780,42
V. Jahresüberschuss	0,00	422.765,47
VI. Bilanzgewinn	820.780,42	0,00
B. Sonderposten	258.000,00	258.000,00
C. Rückstellungen	3.488.578,35	2.076.909,00
D. Verbindlichkeiten	1.708.304,42	1.117.613,40
E. Rechnungsabgrenzungsposten	952.961,84	403.618,26
Bilanzsumme	13.889.805,03	11.760.866,55

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV (in €)	2015	2016
Umsatzerlöse	14.650.485,74	14.843.917,59
sonstige betriebliche Erträge	438.325,35	191.570,14
Materialaufwand	4.479.538,46	4.173.621,29
Personalaufwand	7.525.768,03	7.790.848,30
Abschreibungen	986.709,69	1.032.358,09
sonstige betr. Aufwendungen	1.624.428,82	1.455.213,42
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	0,00	1.674,16
Sonst. Zinsen u. ähnliche. Aufwendungen	14.984,00	8.363,00
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	131.769,00	150.488,32
Ergebnis nach Steuern	325.613,09	426.269,47
sonstige Steuern	3.197,00	3.504,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	322.416,09	422.765,47

Bilanzkennzahlen**Ertragslage**

<u>Rentabilität</u>		2015	2016
Eigenkapitalrentabilität	%	4,5	5,5
Gesamtrentabilität	%	2,4	3,7

		2015	2016
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	64,3	66,3

Vermögensaufbau

		2015	2016
Anlagenintensität	%	55,7	69,1
Intensität des Umlaufvermögens	%	44,3	30,9

Anlagenfinanzierung

		2015	2016
Anlagendeckung I	%	98,7	99,1
Anlagendeckung II	%	101,1	99,1

Kapitalausstattung

		2015	2016
Eigenkapitalquote	%	53,9	67,2
Fremdkapitalquote	%	46,1	32,8

Liquidität

		2015	2016
Liquiditätsgrad	%	104,1	100,9

Lage des Unternehmens**Ertragslage**

Das Rohergebnis der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Millionen Euro auf 10,8 Millionen Euro erhöht (+ 2,3 %). Die Umsatzerlöse erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 1,2 %. Mit dem Umsatzanstieg einher geht eine Verminderung des Materialaufwandes aufgrund gegenüber dem Vorjahr rückläufiger Aufwendungen für Treibstoff.

Bedingt durch eine Tarifierhöhung erhöhte sich der Personalaufwand gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Mio. Euro auf 7,8 Mio. Euro.

Der sonstige betriebliche Aufwand verringerte sich um 0,2 Mio. Euro auf 1,4 Millionen Euro.

Der Jahresüberschuss lag mit 0,4 Mio. Euro (2015: 0,3 Mio. Euro) um 0,1 Mio. Euro über dem Vorjahreswert.

Finanzlage

Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgte wie im Vorjahr aus eigenen Mitteln.

Das Eigenkapital betrug am Bilanzstichtag 7,9 Mio. Euro (2015: 7,5 Mio. Euro). Die Eigenkapitalquote beträgt 67,3 Prozent (Vorjahr 54,0 Prozent). Die Eigenkapitalrentabilität beträgt 5,6 Prozent (Vorjahr 4,5 Prozent).

Die Rückstellungen verringerten sich um 1,4 Mio. Euro auf 2,1 Mio. Euro (2015: 3,5 Mio. Euro). Der Rückgang wurde insbesondere durch die Inanspruchnahme einer Rückstellung für die Auszahlung einbehaltener Fahrgeldeinnahmen aufgrund der im Vorjahr noch fehlenden Einnahmeaufteilung für 2015 verursacht.

Die Verbindlichkeiten sanken um 0,6 Mio. Euro auf 1,1 Mio. Euro (2015: 1,7 Mio. Euro).

Um 0,5 Mio. Euro auf 0,4 Mio. Euro verringerten sich die Rechnungsabgrenzungsposten (2015: 0,9 Mio. Euro). Grund hierfür war in 2015 eine Vorauszahlung des Landesbetriebs Mobilität für Schülerausgleichsleistungen für das Jahr 2016.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme verringerte sich auf 11,8 Mio. Euro (2015: 13,9 Mio. Euro).

Der Buchwert des Anlagevermögens stieg um 0,4 Mio. Euro auf 8,1 Mio. Euro (2015: 7,7 Mio. Euro).

Investitionen in das Anlagevermögen wurden im Wesentlichen im Bereich der Fahrzeugausstattung durchgeführt und betreffen vier Linienbusse sowie sonstige Fahrzeugausstattung (1,2 Mio. Euro).

Das Umlaufvermögen sank um 2,5 Mio. Euro und betrug zum Stichtag 3,6 Mio. Euro. Grund hierfür ist insbesondere die Auszahlung einbehaltener Fahrgeldeinnahmen aufgrund der fehlenden Einnahmeaufteilung 2015, die die Forderung gegenüber der evm AG aus dem Cashpool verringerte. In diesem Zusammenhang wurde eine Rückstellung in Anspruch genommen.

In der Bilanzposition sonstige Rückstellung ist eine Rückstellung für Zahlungsverpflichtungen aus der Abrechnung des EAV 2016 enthalten.

Prognosebericht

Die Aufwendungen für Beraterleistungen zur Realisation einer notwendigen Übergangslösung und der neuen Einnahmeaufteilung werden das Ergebnis der Gesellschaft auch zukünftig belasten. Zudem ist nicht auszuschließen, dass die künftige Einnahmeaufteilung auf dem Rechtsweg geklärt werden muss.

Es ist unklar, was eine Revision des Antragsverfahrens zum LAGV-Antrag (Mittel des Landes Rheinland-Pfalz gemäß § 45a PBefG) künftig bedeuten wird. Bis zur Finalisierung des Verfahrens, auf das die Gesellschaft keinen direkten Einfluss nehmen kann, ist die Höhe der künftigen Ausgleichsleistung nicht genau zu beziffern. Auch die Novellierung des Landesnahverkehrsgesetzes kann sich auf die Gesellschaft auswirken.

Der Landkreis Westerwald wurde zum 01.01.2017 in den VRM integriert. Zudem wurde zum 01.10.2016 ein verbundweit gültiges Semesterticket eingeführt. Aus ersten Erhebungen wurde auf den relevanten Linien ein Fahrgastzuwachs von rund 15% festgestellt. Die notwendige Verstärkerleistung wurde vom VRM bisher nicht vergütet. Weiterhin realisiert der VRM zum 01.04.2017 ein ebenfalls verbundweit gültiges VRM-Gästeticket.

Alle Maßnahmen werden auch vor dem Hintergrund der fehlenden Einnahmearaufteilung ab dem 01.01.2017 wirtschaftliche Auswirkungen auf evm Verkehrs GmbH haben.

In Anbetracht der Gesamtsituation ist die Sicherung der Eigenwirtschaftlichkeit mit zusätzlichen Kostensenkungsmaßnahmen und der kontinuierlichen Prüfung des Leistungsangebots verbunden. Die zukünftige Liquiditätssituation der evm Verkehr GmbH hängt auch von der noch zu vereinbarenden EAV-Übergangsregelung und dem danach einzuführenden Einnahmearaufteilungsverfahren ab.

Sofern neben diesen Maßnahmen ein sachgerechter Erlösanspruch vereinbart würde, wird ein positives Ergebnis während der Konzessionslaufzeit erwartet.

Chancen- und Risikobericht

Risikobericht

Als 100-prozentige Tochtergesellschaft der evm ist die evm Verkehrs GmbH in deren Risikomanagement eingebunden.

Branchenspezifische Risiken

Die Aufgabenträger im VRM haben eine „Allgemeine Vorschrift“ im Sinne der EU-VO 1370/2007 (Artikel 3) nebst dreier ergänzenden Durchführungsvorschriften erlassen. Mit der Umsetzung obliegt die Tarifhoheit gemäß § 39 PBefG nunmehr den kommunalen ÖPNV-Aufgabenträgern beziehungsweise der VRM GmbH.

Die Einführung des Landestariftreuegesetzes (LTTG) und die damit einhergehenden Tarifvorgaben greifen in die Tarifautonomie der Sozialpartner ein. Die Entwicklung des repräsentativen Tarifs wird durch diesen Sachverhalt nachhaltig beeinflusst. Die zunehmenden Anforderungen an die Qualifikation und Ausbildung des Fahrpersonals in Verbindung mit moderaten Vergütungen und eine geringe regionale Arbeitslosigkeit bedingen eine zunehmend schwierige Personalakquise. Marktbedingte Steigerungen der Personalkosten sind daher möglich.

Das Land Rheinland-Pfalz beabsichtigt eine Revision des Landesnahverkehrsgesetzes. In diesem soll die komplette ÖPNV-Finanzierung neu geregelt werden. Das neue ÖPNV-Förderkonzept des Landes kann Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft haben.

Ertragsorientierte Risiken

Eine künftige Einnahmearaufteilung und die Rahmenbedingungen im VRM können sich ertragsmindernd auswirken. Sollten Schwerbehindertenzahlungen einen gegenüber der Wirtschaftsplanung geringeren Vomhundertsatz ergeben, könnten die Ausgleichsleistungen nach § 148 SGB IX sinken.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Die Einnahmearaufteilung 2016 ist noch nicht final abgerechnet, da Rechenfehler durch das die UVRM GmbH beratende Ingenieurbüro zu korrigieren waren. Wie oben angegeben, hat

die zukünftige Einnahmeaufteilung für 2017 und Folgejahre Einfluss auf die zukünftige Liquiditäts- und Eigenkapitalsituation der Gesellschaft.

Chancenbericht

Sollte es zur sachgerechten Aufteilung der Erlöse aus dem neuen verbundweiten Semestertickets im VRM kommen, besteht die Chance, künftig höhere Erlöse zu erzielen. Dem stehen allerdings zusätzliche Aufwendungen für die Verstärkung des Busangebotes auf den hochschulrelevanten Buslinien entgegen.

Gesamtaussage

In Anbetracht der Marktsituation bedarf es zur Sicherung der Eigenwirtschaftlichkeit der erteilten Linienkonzessionen erheblicher Anstrengungen. Die Linienkonzessionen enden zum 11. Dezember 2020.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die evm Verkehrs GmbH tätigt keine Finanzgeschäfte am Kapitalmarkt. Die Gesellschaft nimmt am Cash Pool der Unternehmensgruppe evm teil, der die Liquidität der Gesellschaft sicherstellt.

Forderungsausfälle sind die Ausnahme. Uneinbringliche Forderungen werden an Creditreform verkauft. Verbindlichkeiten werden innerhalb der Zahlungsfristen gezahlt.

Bericht über Zweigniederlassungen

Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Gewerbesteuer: 72.394,00 €

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2016

Die Gesellschafterversammlung erhält keine Bezüge.

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 85 Abs 1 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2017**

evm Windpark Schneifelhöhe GmbH & Co.KG

Rechtsform

GmbH & Co. KG

Gegründet

30.10.2013;
Übernahme Anteile durch evm AG am 13.06.2016

Kommanditkapital am 31.12.2016

1.000,00 €

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

Gegenstand des Unternehmens

Planung, Errichtung und Betrieb von Windenergieanlagen

Beteiligungsverhältnisse

Kommanditisten sind:
die Energieversorgung Mittelrhein AG (Einlage 333,00 €),
die ENOVA TEVEN Beteiligungs-GmbH & Co. KG (Einlage 333,00 €) sowie
die THEE Projektentwicklungs GmbH & Co. KG (vormals THEE PE-Beteiligungs GmbH & Co. KG, Einlage 334,00 €).

Komplementärin ist die evm Windpark Schneifelhöhe Verwaltungs GmbH.

Besetzung der Organe am 31.12.2016

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafter entsenden Vertreter in die Gesellschafterversammlung.

Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat bisher noch keinen Aufsichtsrat eingerichtet.

Geschäftsführer

Die evm Windpark Schneifelhöhe GmbH & Co.KG hat keine Geschäftsführer. Die Geschäftsführung erfolgt durch die evm Windpark Schneifelhöhe Verwaltungs GmbH. Geschäftsführer der evm Windpark Schneifelhöhe Verwaltungs GmbH sind Herr Thomas Walther, Herr Dirk Warnecke und Herr Dr. Steffen Weil (ab 01.09.2016).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Allgemeines Umfeld

Die Gesellschaft plant derzeit die Errichtung von mehreren Windenergieanlagen im Windpark Schneifelhöhe in der Eifel. Sie wirkt somit am erfolgreichen Gelingen der Energiewende in Deutschland mit.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz (in €)	2015	2016
A. Anlagevermögen	0,00	231.141,52
I. Sachanlagen	0,00	231.141,52
B. Umlaufvermögen	490.959,56	207.853,09
I. Vorräte	176.021,87	160.194,81
II. Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	17.311,35	9.673,37
III. Kassenbestand	297.626,34	37.984,91
C. nicht d. Vermögenseinl. gedeckter Fehlbetrag	44.118,23	104.916,22
Bilanzsumme	535.077,79	543.910,83
A. Eigenkapital	0,00	0,00
I. Kapitalanteile d. Kommanditisten	-44.118,23	-104.916,22
II. nicht d. Vermögenseinl. gedeckte Verlustanteile.	44.118,23	104.916,22
C. Rückstellungen	4.040,00	4.026,00
D. Verbindlichkeiten	531.037,79	539.884,83
Bilanzsumme	535.077,79	543.910,83

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV (in €)	2015	2016
Sonstige betriebliche Erträge	204,00	14,00
Sonstige betriebl. Aufwendungen	11.337,77	18.061,99
Zinsen und ähnl. Aufwendungen	17.931,26	42.750,00
Ergebnis nach Steuern	-29.065,03	-60.797,99
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-29.065,03	-60.797,99

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

<u>Rentabilität</u>		2015	2016
Eigenkapitalrentabilität	%	--	--
Gesamtrentabilität	%	-5,3	-11,2

		2015	2016
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	--	--

Vermögensaufbau

		2015	2016
Anlagenintensität	%	--	42,5
Intensität des Umlaufvermögens	%	100,0	57,5

Anlagenfinanzierung

		2015	2016
Anlagendeckung I	%	--	--
Anlagendeckung II	%	--	--

Kapitalausstattung

		2015	2016
Eigenkapitalquote	%	--	--
Fremdkapitalquote	%	100,0	100,0

Liquidität

		2015	2016
Liquiditätsgrad	%	98,4	57,5

Lage des Unternehmens

Die Gesellschaft plant derzeit die Errichtung von mehreren Windenergieanlagen im Windpark Schneifelhöhe in der Eifel. Die Fertigstellung wird für 2019 erwartet.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Zum 13.06.2016 erfolgte die Übertragung eines Anteils der Kommanditbeteiligung von der THEE PE-Beteiligungs GmbH & Co. KG (jetzt THEE Projektentwicklungs GmbH & Co. KG) i.H.v. 333,00 € an die Energieversorgung Mittelrhein AG.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Keine

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2016

Keine

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 85 Abs 1 GemO.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2017

evm Windpark Schneifelhöhe Verwaltungs GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

29.10.2013

Stammkapital am 31.12.2016

25.000,00

Geschäftsjahr

Kalenderjahr

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist die Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin (Komplementärin) an der evm Windpark Schneifelhöhe GmbH & Co.KG.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter sind die Energieversorgung Mittelrhein AG (Geschäftsanteil 8.333,00 €), die ENOVA TEVEN Beteiligungs-GmbH & Co. KG (Geschäftsanteil 8.333,00 €) sowie die THEE Projektentwicklungs GmbH & Co. KG (vormals THEE PE-Beteiligungs GmbH & Co. KG, Einlage 8.334,00 €).

Besetzung der Organe am 31.12.2016

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafter entsenden Vertreter in die Gesellschafterversammlung.

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Geschäftsführer
Thomas Walter
Dirk Warnecke
Dr. Steffen Weil

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Lage des Unternehmens

Die Gesellschaft hat keine angabepflichtigen Sachverhalte im Sinne des § 264 Absatz 1 Satz 5 HGB Vermögenslage

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Zum 13.06.2016 erfolgte die Übertragung eines Geschäftsanteils von der THEE PE-Beteiligungs GmbH & Co. KG (jetzt THEE Projektentwicklungs GmbH & Co. KG) i.H.v. 8.333,00 € an die Energieversorgung Mittelrhein AG.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Keine

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2016

Keine

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 85 Abs 1 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2017**

Fernwärmeversorgung Mayen GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

27. Oktober 1998

Stammkapital am 31.12.2016

900.000,00 €

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Beschaffung, der Bau und Betrieb von Fernwärmeversorgungsanlagen und die Belieferung von Abnehmern in Mayen aus diesen Anlagen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, sämtliche Geschäfte zu betreiben, die geeignet sind, den Sinn und Zweck und die Unternehmung der Gesellschaft zu fördern.

Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesellschaft sind beteiligt:

STEAG New Energies GmbH, Saarbrücken	405.000,00 €	45 %
Stadtwerke Mayen GmbH, Mayen	270.000,00 €	30 %
Energieversorgung Mittelrhein AG, Koblenz	90.000,00 €	10 %
Moritz J. Weig GmbH & Co.KG, Mayen	45.000,00 €	5 %
Kreissparkasse Mayen, Mayen	45.000,00 €	5 %
Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH, Koblenz	45.000,00 €	5 %

Besetzung der Organe am 31.12.2016

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafter entsenden je einen Vertreter in die Gesellschafterversammlung.

Aufsichtsrat

Wolfgang Treis, Oberbürgermeister der Stadt Mayen (Vorsitzender)

Ralf Tabellion (stellvertretender Vorsitzender)

Gerd Angel

Bernhard Mauel

Martin Stein

Dr. Moritz Hemicker

Josef Rönz

Franz Grober

Christoph Rosenbaum

Rolf Schäfer

Karl Josef Weber

Xaver Weig

Geschäftsführung

Dipl. Verwaltungswirt (FH) Heinz Stoll

Dipl. Ingenieur Stefan Theobald (bis 26.11.2016)

Dipl. Ingenieur Andreas Jochem (ab 03.03.2017)

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Geschäftsentwicklung im Überblick

Zum 31.12.2016 versorgt die FWM einen Anschlusswert von rd. 15,4 MW (Vorjahreswert: 15,2 MW). Der Wärmeabsatz von insgesamt 18.343 MWh liegt witterungsbedingt um 484 MWh unter dem Vorjahresvergleichswert.

Für das Geschäftsjahr 2016 weist die Gesellschaft ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von rd. 354 T€ aus, gegenüber rd. 289 T€ im Vorjahresvergleichszeitraum.

Diese Ergebnisentwicklung resultiert im Wesentlichen aus geringeren Aufwendungen im Bereich Instandhaltung sowie einer rückläufigen Abschreibung. Die absatz- und infolge des gesunkenen Preisniveaus von Primärenergie preisbedingten Erlöseinbußen konnten dadurch mehr kompensiert werden.

Die von der Gesellschaft getätigten Investitionen belaufen sich auf rd. 86 T€. Die Investitionen stehen im Zusammenhang mit Verdichtungsmaßnahmen sowie dem Ausbau des Prozessleitsystems.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz (in €)	2015	2016
A. Anlagevermögen	2.939.731,52	2.769.059,34
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	39.168,00	35.835,00
II. Sachanlagen	2.900.563,52	2.733.224,34
B. Umlaufvermögen	492.912,31	519.662,92
I Forderungen aus L u. L	47.680,52	32.104,31
II. Forderungen an Gesellschafter	110.301,08	4.211,77
III. Sonstige Vermögensgegenstände	8.251,85	42.834,58
IV. Kassenbestand	326.678,86	440.512,26
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	4.696,93
Bilanzsumme	3.432.643,83	3.293.419,19
A. Eigenkapital	1.688.697,00	1.892.801,24
I. Gezeichnetes Kapital	900.000,00	900.000,00
II. Gewinn-/Verlustvortrag	499.942,33	638.697,00
III. Jahresgewinn/-verlust	288.754,67	354.104,24
B. Sonderposten mit Rücklagenanteil	47.128,38	34.740,44
C. Rückstellungen	103.655,67	36.162,12
D. Verbindlichkeiten	1.533.920,16	1.313.583,26
E. Rechnungsabgrenzungsposten	59.242,62	16.132,13
Bilanzsumme	3.432.643,83	3.293.419,19

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV (in €)	2015	2016
Umsatzerlöse	1.441.604,22	1.351.113,79
sonstige betr. Erträge	2.101,17	614,50
Materialaufwand	468.291,72	388.996,47
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	290.835,28	298.094,96
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	177.456,44	90.901,51
Personalaufwand	22.335,28	21.725,29
Abschreibungen	353.967,34	256.970,70
Sonstige betr. Aufwendungen	139.484,01	149.265,34
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	18,42	0,00
Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	50.017,08	33.600,00
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	122.030,73	147.066,25
Ergebnis nach Steuern	287.597,65	354.104,24
sonstige Steuern	1.157,02	0,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	288.754,67	354.104,24

Bilanzkennzahlen**Ertragslage**

		2015	2016
Rentabilität			
Eigenkapitalrentabilität	%	16,9	18,7
Gesamtrentabilität	%	9,9	11,8

		2015	2016
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	288,3	270,2

Vermögensaufbau

		2015	2016
Anlagenintensität	%	85,6	84,1
Intensität des Umlaufvermögens	%	14,4	15,9

Anlagenfinanzierung

		2015	2016
Anlagendeckung I	%	57,4	68,4
Anlagendeckung II	%	76,6	88,7

Kapitalausstattung

		2015	2016
Eigenkapitalquote	%	49,9	57,4
Fremdkapitalquote	%	50,1	42,6

Liquidität

		2015	2016
Liquiditätsgrad	%	43,5	57,2

Lage des Unternehmens

Liquiditäts- und Vermögenslage der Gesellschaft entwickelten sich positiv. Die Eigenkapitalquote hat sich um 8,2 %-Punkte auf 57,4 % verbessert.

Ausblick

Nach Abschluss des Geschäftsjahres ergaben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung.

Durch Verdichtungsmaßnahmen im bestehenden Fernwärmenetz erwartet die Gesellschaft in der Zukunft leicht steigende Anschlusswerte.

Die Mittelfristplanung der Gesellschaft weist für 2017 und die Folgejahre bis 2021 positive Jahresergebnisse aus. Das Risiko hinsichtlich eines Rückgangs der kostengünstigen Wärmelieferung durch die Fa. Weig und der damit verbundenen Ergebnisminderung ist zurzeit nicht erkennbar. Die Liquidität der Gesellschaft ist gesichert.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Keine

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2016

Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung erhalten keine Bezüge.

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Absatz 1 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2017**



Gasversorgung Westerwald GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

26. Juni 1953; Gesellschaftsvertrag zuletzt geändert 05. August 2002

Stammkapital am 31.12.2016

11.400.000,00 €

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Energie- und Wasserversorgung, die Entsorgung sowie die Tätigkeit im Netzbereich leitungsgebundener Kommunikationssysteme, die Errichtung und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen, die Pachtung und Verpachtung, der Erwerb und die Veräußerung derartiger Unternehmen, ferner die Übernahme der Betriebsführung und von Aufgaben der oben genannten Tätigkeiten und die Beteiligung an anderen Unternehmen in der oben genannten Art und Betrieb aller dem Gesellschaftszweck mittelbar und unmittelbar dienenden Geschäfte.

Beteiligungsverhältnisse

Die Energieversorgung Mittelrhein AG, Koblenz ist Alleingesellschafterin.

Besetzung der Organe am 31.12.2016

Gesellschafterversammlung

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig - Vorsitzender -
Josef Rönz

Aufsichtsrat

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig - Vorsitzender -
Josef Rönz - stellvertretender Vorsitzender -
Petra Ensel
Dr. Gerhard Holtmeier
Christian Schröder

Geschäftsführung

Gerd Thewalt (einzelvertretungsberechtigt)

Beteiligungen des Unternehmens

6,96 % an Kom9 GmbH & Co.KG, Freiburg im Breisgau

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Grundlagen und Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Gasversorgung Westerwald GmbH (GVW) ist eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der Energieversorgung Mittelrhein AG (evm).

Das Netzgeschäft der GVW ist – wie vom Gesetzgeber vorgeschrieben – einer eigenständigen Netzgesellschaft übertragen, der Energienetze Mittelrhein GmbH & Co. KG (enm). Sie sorgt für einen sicheren und zuverlässigen Betrieb der Erdgasnetze. Der Vertriebs- und Servicebereich ist an die Energieversorgung Mittelrhein AG (evm) verpachtet und wird personell von den Mitarbeitern der evm abgewickelt.

Nach Verpachtung ihrer Vertriebs- und Netzaktivitäten betreibt die GVW seit 2015 kein operatives Geschäft mehr. Sie fungiert als eine Vermögensgesellschaft ohne eigenes Personal, die neben der Verpachtung des Netzes und des Vertriebsgeschäfts eine Beteiligung an der KOM9 / Thüga hält.

Gesamtwirtschaftliche branchenbezogene Rahmenbedingungen

Im Jahr 2016 ist die deutsche Wirtschaftsleistung (gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt) um 1,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr gewachsen und hat sich damit wieder erfreulich entwickelt. Die Leistungssteigerung wurde in 2016 von allen Wirtschaftsbereichen getragen. Überdurchschnittlich entwickelte sich dabei mit 2,8 Prozent das Baugewerbe. Das Produzierende Gewerbe, das gut ein Viertel der gesamten Bruttowertschöpfung erwirtschaftet, entwickelte sich mit + 1,6 Prozent moderat. Einige Dienstleistungsbereiche verzeichneten ein deutliches Wachstum. Die gegenüber dem Vorjahr um einen Tag höhere Anzahl der Arbeitstage führte ebenfalls zu einer Steigerung der Wirtschaftsleistung im vergangenen Jahr. Der Außenbeitrag reduzierte sich aufgrund des höheren Anstiegs der Importe im Vergleich zu den Exporten und hatte somit einen leicht negativen Effekt auf das Bruttoinlandsprodukt.

Da sich das Kerngeschäft der GVW weiterhin auf die Verpachtung von Netz und Vertrieb einerseits und die Beteiligung an der KOM9 andererseits stützt, sind die Rahmenbedingungen als nahezu unverändert zum Vorjahr anzusehen.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz (in €)	2015	2016
A. Anlagevermögen	88.080.297,51	87.706.792,75
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	9.226,66	0,00
II. Sachanlagen	25.098.439,90	24.734.161,80
III. Finanzanlagen	62.972.630,95	62.972.630,95
B. Umlaufvermögen	509.409,39	74.622,56
I. Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	509.489,21	74.622,56
II. Kassenbestand	- 79,82	0,00
Bilanzsumme	88.589.706,90	87.781.415,31
A. Eigenkapital	73.242.459,73	73.242.459,73
I. Gez. Kapital	11.400.000,00	11.400.000,00
II. Kapitalrücklage	61.842.459,73	61.842.459,73
III. Jahresüberschuss	0,00	0,00
B. Empfangene Ertragszuschüsse	0,00	0,00
C. Sonderposten f. Investitionszuwendungen	1.244.317,86	1.153.830,86
D. Rückstellungen	952.196,00	798.823,00
E. Verbindlichkeiten	8.062.487,87	7.456.005,66
F. Rechnungsabgrenzungsposten	5.088.245,44	5.130.296,06
Bilanzsumme	88.589.706,90	87.781.415,31

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV (in €)	2015	2016
Umsatzerlöse	12.419.430,15	11.866.504,14
aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00
sonstige Erträge	2.502.673,79	370.044,46
Materialaufwand	109.016,03	62.032,72
a) Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	61.682,86	6.495,98
b) Aufwendungen für bezogene Leist.	47.333,17	55.536,74
Personalaufwand	356.230,42	105.447,61
Abschreibungen	2.025.500,09	1.992.059,62
sonstige betriebliche Aufwendungen	935.582,38	556.949,88
Erträge aus Beteiligungen	6.163.672,51	6.748.030,36
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	32.369,45	20.026,44
Aufwendungen aus Verlustübernahme	0,00	2.491,44
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	16.078,53	8.419,00
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	2.242.656,71	1.210.730,07
Ergebnis nach Steuern	15.433.081,74	15.066.475,06
sonstige Steuern	10.463,93	54.533,67
abgeführter Gewinn/Ergebnisabführung	15.422.617,81	15.011.941,39
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00

Bilanzkennzahlen**Ertragslage**

<u>Rentabilität</u>		2015	2016
Eigenkapitalrentabilität	%	20,0	20,5
Gesamtrentabilität	%	17,4	17,1

		2015	2016
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	--	--

Vermögensaufbau

		2015	2016
Anlagenintensität	%	99,4	99,9
Intensität des Umlaufvermögens	%	0,6	0,1

Anlagenfinanzierung

		2015	2016
Anlagendeckung I	%	87,5	87,8
Anlagendeckung II	%	90,9	83,1

Kapitalausstattung

		2015	2016
Eigenkapitalquote	%	86,9	87,7
Fremdkapitalquote	%	13,1	12,3

Liquidität

		2015	2016
Liquiditätsgrad	%	6,0	1,0

Lage des Unternehmens**Vermögens-, Finanz- und Ertragslage**

Die Umsatzerlöse betragen 11,9 Mio. € und beinhalten im Wesentlichen Pachterträge (Netz/Vertrieb) und die Auflösung empfangener Ertragszuschüsse. Gegenüber dem Vorjahr war ein leichter Rückgang von 4,5 % zu verzeichnen, der im Wesentlichen auf niedrigere Vertriebspacht-Erlöse zurückzuführen ist.

Die sonstigen betrieblichen Erträge belaufen sich auf 0,4 Mio. € (Vj. 2,5 Mio. €) und beinhalten hauptsächlich die Auflösung von Rückstellungen. 2015 wurden erheblich höhere Auflösungsbeträge von Rückstellungen sowie Erträge aus Gutschriften und Erstattungen von Sanierungsgeld unter den sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst.

Größter Aufwandsposten sind die Abschreibungen mit 2,0 Mio. €, daneben fielen Personalkosten (0,1 Mio.€), Materialaufwendungen (0,1 Mio.€) und sonstige betriebliche Aufwendungen (0,6 Mio. €) an. Diese Aufwandsposten waren gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig und führten zu einer Kompensation des Ergebniseffektes aus dem Rückgang der Umsatzerlöse, so dass das Betriebsergebnis in Höhe von Mio. € 9,5 in etwa nur um die Minderung der sonstigen betrieblichen Erträge (Mio. € -2,1) reduziert wurde.

Das Finanzergebnis beinhaltet die Vereinnahmung von Erträgen aus der Beteiligung an der KOM9 GmbH & Co. KG, Freiburg i.Br. und ist um 0,6 Mio. € auf 6,7 Mio. € gestiegen.

Nach Abzug der Steuerumlagen von 1,3 Mio. € ergibt sich ein Jahresergebnis von 15,0 Mio. € (Vorjahr Mio. € 15,4), das im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrages an die evm abgeführt wird.

Die Investitionen im Sachanlagenvermögen von 1,6 Mio. € im Jahr 2016 betrafen überwiegend den Ersatz und die Erweiterung von Erdgasbezugs- und Verteilungsanlagen. Die Finanzierung der Investitionen erfolgte durch eigene Mittel.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war während des gesamten Berichtsjahres gegeben.

Die Bilanzsumme 2016 ist gegenüber dem Vorjahr um 0,8 Mio. € auf 87,8 Mio. € gesunken. Der Anteil des mittel- und langfristig gebundenen Vermögens am Gesamtvermögen erhöhte sich dabei auf 99,9 %.

Der prozentuale Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital beträgt 83,5 %.

Personalbericht

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal.

Prognosebericht

Es ist vorgesehen, dass der Netzpächter enm in 2017 insgesamt 1,8 Mio. € in die Anlagen der GVW investiert.

Insgesamt wird für das Jahr 2017 ein Ergebnis vor Steuern von 14,9 Mio. € erwartet, das im Wesentlichen aus Pacht- und Beteiligungserträgen resultiert.

Chancen- und Risikobericht

Die bei GVW bestehenden Risiken sind im Risikoatlas der evm integriert. Es bestehen zurzeit keine bestandsgefährdenden Risiken.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

2015	5.000.000,00 €
------	----------------

Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt Koblenz

Keine

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2016

Die Gesellschafterversammlung erhält keine Vergütung.

Aufsichtsrat:

26 T€

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Abs. 1 GemO.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2017

GkD Gesellschaft für kommunale Dienstleistungen mbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

13.10.2015

Stammkapital am 31.12.2016

51.200,00 €

Geschäftsjahr

2015 war ein Rumpfwirtschaftsjahr.
Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist die Erbringung von Beratungs- und sonstigen Dienstleistungen, insbesondere Infrastrukturdienstleistungen mit oder ohne eigene Hardware, vorzugsweise für Unternehmen aus dem Bereich der Energiewirtschaft.

Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesellschaft sind beteiligt:

rhenag Rheinische Energie AG	25.600,00 €	50 %
Energieversorgung Mittelrhein AG	25.600,00 €	50 %

Besetzung der Organe am 31.12.2016

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafter entsenden ihre Vertreter in die Gesellschafterversammlung.

Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Geschäftsführung

Eugeniy Ivanov (bis 31.08.2016)

Andreas Weingarten (01.09.2016)

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Bei der Gesellschaft handelt es sich um eine Kleinstkapitalgesellschaft gemäß § 267a Abs.1 HGB. Die Erstellung eines Lageberichts ist nicht erforderlich.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	2015	2016
	T€	€
A. Anlagevermögen	13,3	28.000,60
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00
II. Sachanlagen	0,0	0,00
III. Finanzanlagen	13,3	28.000,60
C. Umlaufvermögen	211,2	245.003,12
I. Vorräte	0,0	0,00
II. Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	33,1	45.901,74
III. Guthaben bei Kreditinstituten	178,1	199.101,38
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	7.890,00
Bilanzsumme	224,5	280.893,72
A. Eigenkapital	51,1	54.774,96
I. Gezeichnetes Kapital	51,1	51.200,00
II. Kapitalrücklage	0,0	0,00
III. Gewinnvortrag	3,2	2,92
IV. Jahresgewinn/ -verlust	-3,2	3.572,04
B. Rückstellungen	100,9	147.013,00
C. Verbindlichkeiten	72,5	79.105,76
Bilanzsumme	224,5	280.893,72

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV	2015	2016
	T€	€
Umsatzerlöse	0,0	1.400.833,83
sonstige Erträge	263,1	0,06
Materialaufwand	0,0	492.464,24
a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	0,0	0,00
b) Aufwendungen f. bezogene Leistungen	0,0	492.464,24
Personalaufwand	261,9	876.740,41
Abschreibungen	0,00,	0,00
sonstige betr. Aufwendungen	1,7	27.444,50
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	0,0	22,41
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	0,0	0,00
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	2,7	635,11
Ergebnis nach Steuern	-3,2	3.572,04
sonstige Steuern	0,0	0,0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-3,2	3.572,04

Bilanzkennzahlen**Ertragslage**

<u>Rentabilität</u>		2015	2016
Eigenkapitalrentabilität	%	-6,3	6,5
Gesamtrentabilität	%	-1,4	1,3

		2015	2016
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	--	--

Vermögensaufbau

		2015	2016
Anlagenintensität	%	5,9	10,0
Intensität des Umlaufvermögens	%	94,1	90,0

Anlagenfinanzierung

		2015	2016
Anlagendeckung I	%	384,2	195,6
Anlagendeckung II	%	384,2	195,6

Kapitalausstattung

		2015	2016
Eigenkapitalquote	%	22,8	19,5
Fremdkapitalquote	%	77,2	80,5

Liquidität

		2015	2016
Liquiditätsgrad	%	121,8	3,5

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Stammkapital 31.12.2015 51.129,19 €
Zuführung durch die rhenag 70,81 € in 2016
Stammkapital 31.12.2016 51.200,00 €

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Keine

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2016

Die Gesellschafterversammlung erhält keine Bezüge.

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Absatz 1 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2017**



KEVAG Telekom GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

04. Juni 1997; Gesellschaftsvertrag zuletzt geändert am 15.10.2013

Stammkapital am 31.12.2016

365.700,00 €

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist

- a) die Planung, Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Telekommunikationsanlagen, und zwar aufgrund von leitungsgebundenen oder drahtlosen Kommunikations-Netzen,
- b) die Erbringung von Leistungen und Diensten auf dem Gebiet der Telekommunikation sowie
- c) der Erwerb von Beteiligungen an Unternehmen, die auf dem Gebiet der Telekommunikation tätig sind oder über Kommunikationsinfrastrukturen verfügen.

Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesellschaft sind beteiligt:

evm AG	182.850,00 €	50,0 %
Süwag	182.850,00 €	50,0 %

Besetzung der Organe am 31.12.2016

Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung üben die Gesellschafter ihre Gesellschaftsrechte durch ihre Vertretungsorgane oder durch von ihnen beauftragte Bevollmächtigte aus.

Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Geschäftsführer

Gerd Thewalt

Bernd Gowitzke

Beteiligungen des Unternehmens

Keine

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Grundlagen der Gesellschaft

Geschäftsmodell

Die KEVAG Telekom ist ein regionales Telekommunikationsunternehmen im nördlichen Rheinland-Pfalz. Als Tochtergesellschaft kommunaler Energieversorger bietet sie ihren Kunden auf der Basis eigener Netzinfrastrukturen ein breites Leistungsspektrum an hochmodernen und innovativen Telekommunikationsprodukten und Dienstleistungen an.

Zu ihren Kunden zählen sowohl Privatpersonen als auch kleine bzw. mittelständische bis hin zu großen Unternehmen über alle Branchen hinweg.

Als sogenannter Full-Service-Provider erfüllt KEVAG Telekom sämtliche telekommunikationsspezifischen und gesetzlichen sowie regulatorischen Voraussetzungen, um hochleistungsfähige Telekommunikationsnetze errichten und betreiben zu können.

Verbunden mit den hohen Investitionen in den Aufbau der eigenen Netzinfrastruktur, orientiert sich die geografische Ausdehnung der Netze an den Energienetzen der kommunalen Energieversorger.

Das Leistungsangebot besteht z.B. für Privatkunden aus einem ‚Triple-Play-Grundangebot‘ mit Highspeed-Internetanschlüssen in Kombination mit Telefonie- und hochauflösenden TV-Produkten. Ergänzend können auch attraktive Mobilfunktarife hinzugebucht werden.

Geschäftskunden profitieren von bedarfsorientierten und maßgeschneiderten Telekommunikationslösungen, idealerweise basierend auf einer direkten Glasfaseranbindung an das Hochgeschwindigkeitsnetz der KEVAG Telekom. Auch professionelle Industrie-Richtfunkverbindungen z.B. zur Standortvernetzung oder als Zweitweg gehören zum Produktportfolio der KEVAG Telekom.

Neben den reinen infrastrukturbasierten Produkten gewinnen insbesondere Sicherheitslösungen zur Absicherung der Unternehmenskunden zunehmend an Bedeutung. Alles aus einer Hand verbunden mit einem professionellen Vor-Ort-Service rundet das Profil als regionales Telekommunikationsunternehmen ab.

Ziele und Strategien

KEVAG Telekom verfolgt für die Zukunft eine klare Wachstumsstrategie. und konzentriert sich auf organisches Umsatz- und Ergebniswachstum in den nächsten Jahren.

Der rasant ansteigende Bedarf an leistungsfähigen Internetzugängen und der stetige Wandel zur digitalen Gesellschaft erfordern flächendeckend verfügbare und sichere Breitbandnetze (NGA-Netze).

Ausgehend von dieser besonderen Marktperspektive ist die Grundlage für das angestrebte Wachstum erstens der weitere kontinuierliche strategische Netzausbau zur Erweiterung des Absatzgebietes. Der Ausbau soll hierbei stufenweise erfolgen (Koblenz u. Westerwald, Versorgungsgebiete der Gesellschafter, darüber hinaus).

Zweitens sollen die Vermarktungsaktivitäten bei den bereits erreichbaren Kundenpotenzialen (vorhandene Netzgebiete) deutlich intensiviert werden.

Insbesondere die aktuellen NGA-Ausbauprojekte ‚Kabel 3.0 und VG Montabaur‘ führen zu steigenden Kundenzahlen.

Bei den nicht ökonomischen Zielen positioniert sich KEVAG Telekom als der bevorzugte zuverlässige lokale Partner für alle Telekommunikations-Angebote. Vordringliches Ziel ist es, die Bekanntheit des Unternehmens weiter zu erhöhen.

Das Unternehmen versteht sich als Qualitätsanbieter, preislich attraktiv aber nicht aggressiv. Die Differenzierung zwischen Privat- und Geschäftskunden wird auch zukünftig wichtig sein und drückt sich im Produktangebot aus.

Langfristig ist im Rahmen der Vermarktungsaktivitäten auch eine engere Verzahnung mit den Muttergesellschaften geplant.

Steuerungssystem

KEVAG Telekom betreibt ein aktives Planungs-, Informations- und Kontrollsystem, welches kontinuierlich Informationen für die Geschäftsleitung und die Gesellschafter zur Verfügung stellt. Darüber hinaus ist der laufende Informationsaustausch der Geschäftsleitung untereinander und auch der mit den Führungskräften des Unternehmens sichergestellt, so dass eine zeitnahe Weitergabe von erkennbaren Risiken an die Entscheidungsträger gewährleistet ist, um im Bedarfsfall entsprechende Gegenmaßnahmen einleiten zu können.

Im Übrigen ist die KEVAG Telekom als Beteiligungsgesellschaft der evm in das Risikomanagement der evm eingebunden und wird über die Quartalsberichterstattung mit erfasst. In dieser wird über die wesentlichen Kennzahlen (u.a. Umsatz, Materialaufwand, Ergebnis vor Steuern) berichtet.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Deutschland befindet sich auf dem Weg in die Gigabitgesellschaft.

Diese Entwicklung macht sich deutlich auf der Investitionsseite bemerkbar. Die Gesamtinvestitionen in Telekommunikations-Sachanlagen betrugen 2016 rd. 8,1 Mrd. € und stellen damit einen Investitionsrekord dar.

Insbesondere alternative Netzbetreiber wie die KEVAG Telekom investieren in die Netze der Zukunft und leisten mit einem Anteil von 53 Prozent (4,2 Mrd. €) einen erheblichen Beitrag. Demgegenüber kommen Deutsche Telekom und Kabelanbieter auf 38 Prozentpunkte bzw. 9 Prozentpunkte der Gesamtinvestitionen.

Einhergehend mit dem Anstieg der Investitionen konnte in 2016 auch zum zweiten Mal seit 10 Jahren wieder ein Umsatzanstieg im Teilmarkt Festnetze auf 28,7 Mrd. € (+ 1,4 Prozent ggü. Vorjahr) verzeichnet werden. Inwieweit damit eine dauerhafte Trendwende eingeleitet wird, bleibt abzuwarten.

Getragen wird die positive Umsatzentwicklung im Wesentlichen von der anhaltend ansteigenden Nachfrage und Vermarktung von Breitband-Anschlüssen. Die Anzahl der geschalteten Breitband-Anschlüsse in Deutschland betrug Ende 2016 insgesamt 31,2 Mio. Anschlüsse.

Im Vergleich zum Vorjahr beträgt der Zuwachs rd. 500 Tsd. Anschlüsse.

Die Zahl der Haushalte, die über einen direkten Glasfaser-Anschluss (FTTB/H) verfügen hat sich im selben Zeitraum um rd. 30 Prozent auf 2,7 Mio. Anschlüsse erhöht. Das Engagement der alternativen Netzbetreiber wird besonders in diesem Segment deutlich, denn ca. 90

Prozent der FTTB/H-Haushalte werden nicht von der Deutschen Telekom sondern von einem alternativen Anbieter versorgt.

Im Vergleich zur Gesamtzahl der Breitband-Anschlüsse stehen die TK-Anbieter also zukünftig weiter vor der Herausforderung, mehr Kunden für die neuen Hochleistungsanschlüsse zu motivieren.

Insgesamt zieht die Nachfrage nach höheren Bandbreiten deutlich an. Während die Breitbandverfügbarkeit mit Zugangsbandbreiten größer gleich 50 Mbit/s Ende 2016 im Bundesdurchschnitt bei 72 Prozent lag, ging der Marktanteil bei Anschlüssen mit geringen Bandbreiten (weniger als 6 Mbit/s) 2016 um 8,1 Prozent zurück.

Diese Entwicklung lässt sich auch bei der Datennutzung erkennen. 2016 betrug das durchschnittliche Datenvolumen eines Breitbandkunden pro Monat rd. 37 GB. Gegenüber 2015 bedeutet das einen Anstieg um 17 Prozent.

Die Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Netze und die damit verbundenen Infrastrukturinvestitionen werden also auch in 2017 weiter steigen.

Der digitale Wandel in der Gesellschaft ist stetig auf dem Vormarsch und hat inzwischen sämtliche Lebensbereiche erfasst.

Zahlreiche digitale Dienste, ob im privaten Bereich (hochauflösendes Fernsehen UltraHD bzw. 4k) oder auch in den Unternehmen (Industrie 4.0), sind bereits heute verfügbar. Die zunehmende Nachfrage nach digitalen Diensten befeuert die exponentiell ansteigenden Datenverkehre, die u.a. zum großen Teil in Echtzeit übertragen werden müssen.

Für den Transport immer größerer Datenmengen werden digitale Hochgeschwindigkeitsnetze benötigt, die möglichst für jedermann nutzbar, also flächendeckend verfügbar und sicher sind. Inzwischen wurden zahlreiche Initiativen von Bund und Ländern gestartet, um den flächendeckenden Netzausbau im Technologiemix und in wirtschaftlich darstellbaren Stufen zu erreichen.

Die Unternehmen und Kommunen konzentrieren sich weiter auf den kontinuierlichen Auf- bzw. Ausbau der Hochgeschwindigkeitsnetze (NGA-Netze), um perspektivisch sämtliche Gebäude mit einem direkten Glasfaseranschluss zu versorgen.

Das Zwischenziel, 50 Mbit/s flächendeckend, soll bis Ende 2018 erreicht werden und die Umsetzung wird durch vielfältige Landes- und Bundesprogramme zur Breitbandförderung unterstützt. Die NGA-Rahmenregelung des Bundes dient z.B. explizit zur Unterstützung des Aufbaus einer flächendeckenden Next Generation Access (NGA)- Breitbandversorgung und ersetzt die bisherige Bundesrahmenregelung Leerrohre. Geplant ist hierbei auch die Förderung von „Vectoring“, einer Technologie, die auf der kupferbasierten regulierten TAL (Teilnehmer-Anschluss-Leitung) Bandbreiten von bis zu 100 Mbit/s ermöglicht.

Darüber hinaus hat der Bund ein neues Bundesförderprogramm gestartet, um insbesondere Kommunen und Landkreise in unterversorgten Gebieten zu unterstützen, in denen in den nächsten 3 Jahren kein privatwirtschaftlicher Ausbau zu erwarten ist. Die Gelder stammen aus der Frequenz-Versteigerung der sogenannten Digitalen Dividende II. Weiterhin stehen verschiedene Landesmittel zur Umsetzung der NGA-Strategie zur Verfügung. Bundes- und Landesmittel lassen sich in der Regel kombinieren, so dass der Eigenanteil der Kommunen vergleichbar niedrig ausfallen kann. Für die Koordination sämtlicher Aktivitäten stehen die hierfür eingerichteten Breitbandbüros in den Ländern sowie übergeordnet das Breitbandbüro des Bundes bereit.

Insgesamt verstärkt sich somit der Trend, digitale Dienste sowie Dienstleistungsangebote nutzer- und bedarfsorientiert im Netz bereitzustellen. Diese Entwicklung beeinflusst sowohl den digitalen Wandel im Privatkundenmarkt (Cloud-Dienste) als auch die zunehmenden Veränderungen bei professionellen Unternehmensanwendungen (Smart Grids, eHealth, usw.).

Bilanz

Bilanz (in €)	2015	2016
A. Anlagevermögen	5.191.084,49	5.467.477,96
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	47.306,28	90.038,03
II. Sachanlagen	5.143.778,21	5.377.439,93
B. Umlaufvermögen	2.594.956,49	3.384.158,68
I. Vorräte	250.955,54	134.069,24
II. Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstand	1.820.197,34	1.887.111,98
III. Kassenbestand	523.803,61	1.362.977,46
C. Rechnungsabgrenzungsposten	436.036,17	495.534,21
Bilanzsumme	8.222.077,15	9.347.170,85
A. Eigenkapital	2.285.825,53	2.236.420,76
I. Gez. Kapital	365.700,00	365.700,00
II. Kapitalrücklage	4.748,29	4.748,29
III. Gewinnrücklage	1.345.000,00	1.356.000,00
IV. Gewinnvortrag	480,34	377,24
V. Bilanzgewinn	569.896,90	500.595,23
B. Rückstellungen	2.054.833,87	2.374.014,35
C. Verbindlichkeiten	3.386.875,13	4.176.448,43
C. Rechnungsabgrenzungsposten	494.542,62	560.287,31
Bilanzsumme	8.222.077,15	9.347.170,85

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV (in €)	2015	2016
Umsatzerlöse	15.976.209,60	17.253.649,99
Bestandsveränderungen	18.602,34	-32.359,75
andere aktivierte Eigenleistungen	175.138,80	131.675,72
sonstige betriebliche Erträge	120.509,74	123.114,63
Materialaufwand	8.982.900,08	10.119.341,28
a) Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	951.967,01	1.146.771,81
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	8.030.933,07	8.972.569,47
Personalaufwand	4.413.369,84	4.740.389,30
Abschreibungen	902.794,75	996.427,98
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.070.596,74	778.853,59
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	64,39	107,08
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	58.968,81	71.798,07
Steuern vom Einkommen u. Ertrag	289.813,75	266.574,72
Ergebnis nach Steuern	572.080,90	502.802,73
sonstige Steuern	2.184,00	2.207,50
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	569.896,90	500.595,23

Bilanzkennzahlen**Ertragslage**

<u>Rentabilität</u>		2015	2016
Eigenkapitalrentabilität	%	24,9	22,4
Gesamtrentabilität	%	7,6	6,1

		2015	2016
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	168,2	177,9

Vermögensaufbau

		2015	2016
Anlagenintensität	%	63,1	58,5
Intensität des Umlaufvermögens	%	36,9	41,5

Anlagenfinanzierung

		2015	2016
Anlagendeckung I	%	44,0	40,9
Anlagendeckung II	%	57,0	51,7

Kapitalausstattung

		2015	2016
Eigenkapitalquote	%	27,8	23,9
Fremdkapitalquote	%	72,2	76,1

Liquidität

		2015	2016
Liquiditätsgrad	%	57,6	59,5

Lage des Unternehmens

Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf 2016 kann insgesamt als positiv bewertet werden. Das geplante Investitionsvolumen wurde nicht voll ausgeschöpft, das Jahresergebnis liegt über Planniveau. Der Kundenzugang insbesondere im Privatkundenbereich war sehr erfolgreich und liegt ebenfalls über den Planansätzen.

Das Projekt „Kabel 3.0“ wurde planmäßig fortgeführt und aufgrund eines Gesellschafterbeschlusses um 2 Jahre auf Ende 2017 verkürzt.

Ertragslage

Das erzielte Ergebnis liegt unter dem des Vorjahres, allerdings über Planniveau.

Der Gesamtumsatz beträgt 17,3 Mio. € (Vorjahr: 16,0 Mio. €). Im Privatkundensegment konnte der Umsatz im Vergleich zum Vorjahr um 8,6 % auf 10,5 Mio. € (Vorjahr: 9,6 Mio. €) gesteigert werden.

Der erwartungsgemäß anhaltende Rückgang bei den analogen Kabel-TV-Erlösen fällt niedriger aus. Im Vergleich zum Vorjahr sanken die Erlöse um 0,2 Mio. €. Dagegen konnten bei den neuen digitalen TV-Produkten und insbesondere bei den Bündelprodukten (Internet/Telefonie) wieder deutliche Zuwächse verzeichnet werden. Im Vergleich zum Vorjahr konnte eine Umsatzsteigerung in Höhe von 1,3 Mio. € erzielt werden.

Im Geschäftskundensegment konnte das Neugeschäft Bestandsverluste und Preisrückgänge überkompensieren. Im Ergebnis stieg der Umsatz dieser Sparte um 0,5 Mio. € auf 6,8 Mio. €. Im Aufwandsbereich stiegen alle Aufwandsarten planmäßig. Der Materialaufwand erhöhte sich um 1,1 Mio. € auf 10,1 Mio. €, der Personalaufwand um 0,3 Mio. € auf 4,7 Mio. € und die Abschreibungen um 0,1 Mio. € auf 1,0 Mio. €.

Nach Abzug des Ertragsteuer - Aufwandes von 0,3 Mio. € verbleibt für das Geschäftsjahr ein Jahresüberschuss von 501 T€ (Vorjahr: 570 T€).

Finanz- und Vermögenslage

Die finanzielle Lage der Gesellschaft ist solide. Zahlungsverpflichtungen konnten innerhalb der vereinbarten Fälligkeiten erfüllt werden, ohne auf bestehende Kreditlinien zurückgreifen zu müssen.

Der Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftsfähigkeit (cashflow) erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr von 1,7 Mio. € auf 2,2 Mio. €.

Von dem geplanten Investitionsvolumen in Höhe von 1.550 T€ konnten 1.278 T€ umgesetzt werden. Zur Finanzierung der Anlagenzugänge standen Abschreibungen im Volumen von 996 T€ zur Verfügung.

Der Anteil des langfristig gebundenen Vermögens am Gesamtvermögen ist von 63,1 % auf 58,5 % zurückgegangen. Somit ist das langfristige Vermögen der KTK auch weiterhin angemessen finanziert.

Das Gesamtvermögen ist gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Mio. € auf 9,3 Mio. € gestiegen.

Das Eigenkapital verminderte sich durch den Jahresüberschuss von 501 T€ abzüglich der Gewinnausschüttung für das Geschäftsjahr 2015 in Höhe von 550 T€ auf 2,2 Mio. € (Vorjahr: 2,3 Mio. €).

Somit ergibt sich eine Eigenkapitalquote von 24,0 % (Vorjahr: 27,9 %).

Prognosebericht

Das Investitionsbudget 2017 ist mit 1.200 T€ geplant und soll durch eigene Mittel finanziert werden.

Das Jahresergebnis 2017 ist mit 540 T€ geplant.

Risikobericht

Risiken können infolge von erhöhten Anforderungen an die Datensicherheit, von regulatorischen bzw. von gesetzlichen Anforderungen (Ausfallsicherheit, IT-Sicherheitsgesetz) und den Verbraucherschutzvorgaben bestehen. Im TV-Umfeld besteht insbesondere im Zusammenhang mit technischen bzw. Produktinnovationen das Risiko neuer Wettbewerber.

Der stetig zunehmende Wettbewerb erfordert auch im neuen Geschäftsjahr hohe Aufmerksamkeit und konsequentes Handeln (siehe die Ausführungen zum Steuerungssystem).

Wie bereits erwähnt ist die KEVAG Telekom in das Risiko-Managementsystem der evm-Gruppe eingebunden.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind keine Risiken bekannt, die unsere Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich beeinträchtigen und den Fortbestand der KEVAG Telekom gefährden könnten.

Die bestehenden Risiken sehen wir als beherrschbar ein.

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten.

Die KEVAG Telekom setzt Finanzinstrumente ein, um beim Prozess der Leistungserbringung sowie der Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen finanzielle Risiken zu vermeiden bzw. mindestens zu verringern. Hierzu gehört die Bonitätsprüfung bei potentiellen Neukunden sowie kontinuierliche Überwachung des Forderungsbestands im Rahmen des Forderungsmanagements, um mögliche Ausfall- und/oder Liquiditätsrisiken zu minimieren. Forderungsausfälle sind nur in geringfügigem Umfang zu verzeichnen.

Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt.

Chancenbericht

Deutschland ist auf dem Weg zur digitalen Transformation und benötigt dringend Gigabitnetze. Diese Entwicklung gelingt nur mit den regionalen Netzbetreibern als Treiber des Glasfaserausbaus, insbesondere in den ländlichen Regionen. Nach Meinung von Experten gelingt ein BIP-Zuwachs von 0,6-1,2 Mrd. € bei Steigerung der Glasfaserpenetration um einen Prozentpunkt. Das kumulierte Wertschöpfungspotenzial durch Industrie 4.0 beträgt bis 2025 rd. 78 Mrd. €. Glaubt man Prognosen von Cisco, so nutzt jeder Einwohner in 2019 bereits 8,6 vernetzte Geräte im Durchschnitt (aktuell: 4,6).

Damit Deutschland im Vergleich mit anderen führenden Industrienationen nicht weiter zurückfällt, muss die Politik unlängst ein FTTB/H-Infrastrukturziel definieren. Nur die Glasfaser bis ins Gebäude bietet langfristig die erforderliche Kapazität für eine digitalisierte Ökonomie. Zwingende Voraussetzung für Investitionen in den Aufbau von FTTB/H-Netzen ist hierbei ein stabiler Regulierungsrahmen, der den Fortbestand des infrastrukturbasierten Wettbewerbs fördert und sichert. Ein z.B. regulatorisch angeordneter Überbau durch Vectoring II muss verhindert werden.

Eine flächendeckende Breitbandinfrastruktur ist das Grundgerüst für den digitalen Wandel. Die große Bedeutung der Digitalisierung für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung wird durch vielfältige Studien belegt. Aus Sicht der Wirtschaft ist eine leistungsfähige Breitbandinfrastruktur inzwischen der wichtigste Faktor für eine Standortentscheidung, noch vor der Verkehrsanbindung. Und insbesondere für unsere nachfolgenden Generationen hängt die Wahl des eigenen Wohnortes zunehmend von der Verfügbarkeit von Highspeed-Internetanschlüssen ab. Gerade Kommunen, die durch ihre Lage oder mangelnde Verkehrsanbindung Standortnachteile haben, können diese über eine gute Breitbandversorgung abmildern bzw. ausgleichen. Damit wird der Glasfaserausbau zu einem wesentlichen Faktor bei der Verringerung des Stadt-Land-Gefälles und im Standortwettbewerb.

KEVAG Telekom wird sich somit auch in der Zukunft einerseits auf den Ausbau der bestehenden Netze konzentrieren, um die Leistungsfähigkeit weiter zu erhöhen. Darüber hinaus steht andererseits in enger Abstimmung mit den Gesellschaftern und kommunalen Interessen auch die weitere Neuerschließung von unterversorgten Gebieten („weiße Flecken“) im Fokus.

Das Produktportfolio wird unter Berücksichtigung des „digitalen Wandels“ kontinuierlich auf die aktuellen Anforderungen angepasst (z.B. Cloud-Dienste), um auch weiterhin das angestrebte nachhaltige Wachstum umsetzen zu können.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der StadtGewerbesteuer 2016:

Vorauszahlung:	179.732,00 €
Rückforderungsanspruch:	- 34.836,00 €

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2016

Die Gesellschafterversammlung erhält keine Bezüge.

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 85 Abs 1 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2017**



Naturstrom Rheinland-Pfalz GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

07. Januar 2002; der Gesellschaftsvertrag wurde zuletzt am 29. Mai 2008 geändert.

Stammkapital am 31.12.2016

250.000,00 €

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist

- a) die Erzeugung, der Bezug und der Vertrieb von erneuerbaren Energien, die Ausführung von Installationen und der Vertrieb dazugehöriger Geräte,
- b) die Ausführung von Ingenieurleistungen aller Art, Beratungsleistungen (insbesondere Energie- und Effizienzberatung), Energiedienstleistungen (u. a. Erstellung von Energieausweisen), Herausgabe von Eigenzertifikaten und Zertifikatehandel

Beteiligungsverhältnisse

Alleinige Gesellschafterin ist die Energieversorgung Mittelrhein AG, Koblenz (evm AG).

Besetzung der Organe am 31.12.2016

Gesellschafterversammlung

Der Gesellschafter wird vertreten durch den Vorstand der evm AG

Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Geschäftsführer
Philipp Pinger
Dr. Steffen Weil

Beteiligungen des Unternehmens

Windpark Westerwald GmbH, Waigandshain	22,67 %
HSP Hachenburger Solar Park GmbH, Hachenburg	100,00 %
evm Windpark Höhn GmbH & Co.KG, Höhn	66,80 %

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Grundlagen und Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Naturstrom Rheinland-Pfalz GmbH (NRLP) ist eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der Energieversorgung Mittelrhein AG (evm).

NRLP betreibt mehrere Photovoltaik-Anlagen, darunter eine Freiflächenanlage in der Ortsgemeinde Höhn sowie mehrere Dachanlagen in unterschiedlicher Leistungsgröße. Zudem ist NRLP an weiteren regenerativen Erzeugungsgesellschaften im Bereich Wind und Photovoltaik beteiligt.

Die Erzeugungsanlagen der NRLP erhalten eine Vergütung gemäß des Erneuerbaren Energien Gesetzes (EEG). Für die Photovoltaik-Freiflächenanlage in Höhn wurde ein Direktvermarktungsvertrag mit der evm abgeschlossen.

Die NRLP vertrieb in den Jahren 2007-2014 Naturstrom aus regenerativen Anlagen (z.B. aus Windkraft-, Wasserkraft- und Photovoltaikanlagen) an Endkunden. Aufgrund der strategischen Neuausrichtung der evm-Gruppe wurde der Stromvertrieb bei NRLP eingestellt. Im Berichtsjahr gab es noch einige nachgelagerte Abrechnungen die auf den Endkundenvertrieb zurückzuführen sind.

Gesamtwirtschaftliche branchenbezogene Rahmenbedingungen

Im Jahr 2016 hat der Gesetzgeber wieder viele Änderungen und Ergänzungen des Energierechts vorgenommen, so wurde beispielsweise das EEG 2017 beschlossen. Mit der Novellierung des EEG wurde in erster Linie die Förderung der Erzeugung aus Erneuerbaren Energien ab einer bestimmten Leistungsgröße auf ein wettbewerbliches Vergabemodell umgestellt. Einen Zuschlag nach Ausschreibungen erhalten künftig nur noch die Projekte, die zu den niedrigsten Kosten anbieten können.

Nach den ersten sechs Ausschreibungsrunden für Photovoltaik-Freiflächenanlagen (April 2015 bis Dezember 2016) zeichnet sich eine deutliche Tendenz zu sinkenden (durchschnittlichen) Förderhöhen ab. Dadurch wird die wirtschaftliche Umsetzung von Ausschreibungsprojekten bei sinkenden Förderhöhen zunehmend schwieriger.

Das Jahr 2016 war statistisch gesehen im Bundesgebiet ein windschwaches Jahr. Nach einem ertragreichen ersten Quartal lagen die Erträge in den ansonsten starken Herbst- und Wintermonaten deutlich unter den Planansätzen und trugen damit maßgeblich zu einem unterdurchschnittlichen Jahresertrag der Windenergieanlagen bei. Für die Stromerzeugung aus Photovoltaik war das Jahr 2016 hingegen insgesamt ein durchschnittliches Jahr.

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die PV-Freiflächenanlage der NRLP in Höhn lief reibungslos und ohne wesentliche Ertragsausfälle. Die Einspeisemenge der Anlage lag mit rd. 1,53 Mio. kWh um rd. 2,3 % über

dem Planansatz. Bei den Dachanlagen konnten die Planerträge kumuliert nicht erreicht werden, was im Wesentlichen aus einem ausgefallenen Wechselrichter der PV-Dachanlage auf dem Gebäude der evm Verkehrs GmbH in Koblenz resultiert. Der Wechselrichter wurde im Geschäftsjahr ausgetauscht, so dass die Anlage wieder mit voller Leistung produzieren kann.

Im Berichtsjahr wurden weiterhin 100% der Anteile an der evm Windpark Höhn Verwaltungs-GmbH, Höhn zum Nennwert von 25.000 € an die evm Windpark Höhn GmbH & Co KG veräußert.

Die nach der Aufgabe des Endkundengeschäftes nachgelagerten Abrechnungen sind weiterhin rückläufig, so dass über einen kurzfristigen Zeitraum das Endkundengeschäft komplett abgewickelt sein wird.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz (in €)	2015	2016
A. Anlagevermögen	5.325.223,84	5.204.209,57
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00
II. Sachanlagen	1.626.049,75	1.530.535,48
III. Finanzanlagen	3.699.174,09	3.673.674,09
B. Umlaufvermögen	558.753,09	373.835,52
I. Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	558.753,09	373.835,52
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2.603,13	0,00
Bilanzsumme	5.886.580,06	5.578.045,09
A. Eigenkapital	1.302.635,81	1.115.555,19
I. Gez. Kapital	250.000,00	250.000,00
II. Kapitalrücklage	500.000,00	500.000,00
III. Bilanzgewinn/-verlust	552.635,81	365.555,19
B. Rückstellungen	42.000,00	33.000,00
C. Verbindlichkeiten	4.541.944,25	4.429.489,90
Bilanzsumme	5.886.580,06	5.578.045,09

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV (in €)	2015	2016
Umsatzerlöse	332.286,32	235.457,22
sonstige betriebliche Erträge	129.330,57	3.698,46
Materialaufwand	90.950,80	83.176,99
a) Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	51.886,31	48.330,78
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	39.064,49	34.846,21
Personalaufwand	0,00	0,00
Abschreibungen	95.579,20	95.514,27
sonstige betriebliche Aufwendungen	30.465,95	59.422,43
Erträge aus Beteiligungen	14.402,58	23.670,97
Erträge aus anderen Wertpapieren u. Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	38.430,15	88.573,50
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	80.756,87	125.367,08
Steuern vom Einkommen u. Ertrag	40.300,88	0,00
Ergebnis nach Steuern	176.395,92	-12.080,62
sonstige Steuern	0,00	0,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	176.395,92	-12.080,62

Bilanzkennzahlen**Ertragslage**

<u>Rentabilität</u>		2015	2016
Eigenkapitalrentabilität	%	13,5	-1,1
Gesamtrentabilität	%	4,4	2,0

		2015	2016
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	--	--

Vermögensaufbau

		2015	2016
Anlagenintensität	%	90,5	93,3
Intensität des Umlaufvermögens	%	9,5	6,7

Anlagenfinanzierung

		2015	2016
Anlagendeckung I	%	24,5	21,4
Anlagendeckung II	%	100,9	97,7

Kapitalausstattung

		2015	2016
Eigenkapitalquote	%	22,1	20,0
Fremdkapitalquote	%	77,9	80,0

Liquidität

		2015	2016
Liquiditätsgrad	%	109,4	75,6

Lage des Unternehmens**Vermögens-, Finanz- und Ertragslage**

Das Eigenkapital beträgt 1.116 T€ (Vj. 1.303 T€). Das Anlagevermögen sank im Vergleich zum Vorjahr um 121 T€ auf 5.204 T€ (Vj. 5.325 T€). Der Rückgang resultiert aus den planmäßigen Abschreibungen in Höhe von 96 T€ sowie dem Verkauf der Anteile an der evm Windpark Höhn Verwaltungs-GmbH, Höhn zum Nennwert von 25 T€. Bedingt durch die Ausschüttung von 175 T€ sank die Anlagendeckung um 3-Prozentpunkte auf 21 % (Vj. 24 %).

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt -127 T€.

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit beträgt durch den Verkauf der Anteile an der Windpark Höhn Verwaltungs-GmbH 26 T€.

Bedingt durch die Tilgung des Darlehens bei der Westerwaldbank (64 T€) und der Teilrückzahlung des Gesellschafterdarlehens der evm (40 T€) haben die Finanzverbindlichkeiten um 104 T€ abgenommen. Die Ausschüttung in Höhe von 175 T€ des Geschäftsergebnisses aus 2015, sowie die Tilgungsleistungen führten zu einem Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von -279 T€.

Mit 181 T€ Umsatz waren die Einspeiseerlöse aus dem PV-Geschäft die größte Erlösposition. Aufgrund der Aufgabe des Endkundenvertriebsgeschäftes waren die Umsatzerlöse aus dem Stromverkauf (8 T€) auf die Abwicklung dieser Geschäftssparte beschränkt. Durch die Sondereffekte der Abwasserabgaben (22 T€) für das Grundstück in Höhn weist die Gewinn- und Verlustrechnung der NRLP im Berichtsjahr einen Fehlbetrag von 12 T€ (Vj. Jahresüberschuss 176 T€) aus. Einschließlich dem Vortrag aus dem Vorjahr ergibt sich ein Bilanzgewinn in Höhe von 366 T€ (Vj. 553 T€).

Die im vergangenen Geschäftsjahr erworbenen Beteiligungen an der HSP Hachenburger Solar Park GmbH, Hachenburg und der evm Windpark Höhn GmbH & Co. KG, Höhn (vorher juwi Wind Germany 123 GmbH & Co. KG) haben bislang planmäßig keine Beteiligungserträge generiert. Grund dafür sind die Anlaufkosten im Windpark Höhn und das windschwache Jahr.

Personalbericht

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal.

Prognosebericht

Die NRLP strebt einen weiteren Ausbau der regenerativen Erzeugung an und beabsichtigt in weitere Anlagen und Beteiligungen zu investieren.

Um den Betrieb der PV-Freiflächenanlage in Höhn unter den neuen Umständen langfristig weiter betreiben zu können, bemüht sich NRLP um eine Folgeregelung bezüglich der Nutzung des Grundstücks in Höhn.

Im gesamten Planungszeitraum geht die Planungsrechnung von positiven Ergebnissen aus.

Chancen- und Risikobericht

Aufgrund der Aufgabe des Endkundengeschäftes in 2014 wurden Rückstellungen für Mehr- und Mindermengenabrechnungen zum Teil in Anspruch genommen. Der Rückstellungsbestand für die Abrechnungen der Netzbetreiber beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 13 T€. Weitere Risiken aus der Abwicklung des Privatkundengeschäfts sehen wir als nicht sehr wahrscheinlich an. Risiken aus dem Betrieb der PV-Anlagen sind über Versicherungsverträge abgedeckt. Naturgemäß ergeben sich Risiken hinsichtlich der geplanten jährlichen Sonnenscheindauer sowie der technischen Verfügbarkeit der Anlagen.

Aufgrund der Pläne der Bundesregierung, das EEG zu reformieren, besteht auch das Risiko, dass EEG-Bestandsanlagen finanziell betroffen sein könnten.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Keine

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2016

Die Gesellschafterversammlung erhält keine Bezüge.

Die Geschäftsführer erhalten als Angestellte der evm AG keine Bezüge von der Naturstrom Rheinland-Pfalz GmbH.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 85 Abs 1 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2017**

HSP Hachenburger Solar Park GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

21. Mai 2015; Gesellschaftsvertrag zuletzt geändert am 09. Juni 2015

Stammkapital am 31.12.2016

25.000,00 €

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

Gegenstand des Unternehmens

Erstellung und der Betrieb von Solar Parks, insbesondere in Hachenburg, die Beteiligung an Solar Parks, sowie alle Tätigkeiten, die diesen Geschäftszweck fördern, wobei erlaubnispflichtige Tätigkeiten nach dem Kreditwesengesetz nicht ausgeübt werden.

Beteiligungsverhältnisse

Alleinige Gesellschafterin ist die Naturstrom Rheinland-Pfalz GmbH.

Besetzung der Organe am 31.12.2016

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterin entsendet ihre Vertreter in die Gesellschafterversammlung.

Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Geschäftsführer

Dr. Steffen Weil

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Grundlagen des Unternehmens

Die HSP Hachenburger Solar Park GmbH (HSP) mit Sitz in Hachenburg wurde am 21.05.2015 gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Solaranlagen und die Beteiligung an PV-Anlagen sowie die Errichtung und Vermarktung von Solaranlagen sowie alle Tätigkeiten, die diesen Geschäftszweck fördern.

Die Gesellschaft betreibt derzeit eine Photovoltaik-Freiflächenanlage in der Ortsgemeinde Hachenburg. Die Anlage weist eine Gesamtnennleistung von 8.252,40 kWp auf. An der Gesellschaft ist die Naturstrom Rheinland-Pfalz GmbH mit 100% der Geschäftsanteile beteiligt.

Die Freiflächenanlage speist Strom auf der Grundlage der Vergütungsregelung gemäß des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) 2014 in das öffentliche Netz ein.

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die Photovoltaik-Freiflächenanlage läuft seit der Inbetriebnahme im August 2015 reibungslos und ohne wesentliche Ertragsausfälle.

Die Gesellschaft hat mit der evm einen Vertrag über die Beistellung kaufmännischer und technischer Dienstleistungen geschlossen. Damit kann bei der Gesellschaft auf eigenes Personal verzichtet werden.

Die Direktvermarktung der produzierten Strommengen wird auf Basis eines Direktvermarktungsvertrags von der evm durchgeführt.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz (in €)	2015	2016
A. Anlagevermögen	7.120.992,43	6.757.716,15
II. Sachanlagen	7.120.992,43	6.757.716,15
B. Umlaufvermögen	129.453,61	369.039,66
I. Forderungen u. sonst. Verm.	23.808,10	28.130,58
II. Kassenbestand	105.645,51	340.909,08
C. Rechnungsabgrenzungsposten	22.289,00	20.978,00
D. Nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	79.421,15	7.801,89
Bilanzsumme	7.352.156,19	7.155.535,70
A. Eigenkapital	0,00	0,00
I. Gez. Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Verlustvortrag	0,00	-104.421,15
II. Jahresfehlbetrag/-überschuss	-104.421,15	71.619,26
III. nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	79.421,15	7.801,89
B. Rückstellungen	11.578,08	2.100,00
C. Verbindlichkeiten	7.340.578,11	7.153.435,70
Bilanzsumme	7.352.156,19	7.155.535,70

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV (in €)	2015	2016
Umsatzerlöse	169.748,22	724.075,12
sonstige betriebliche Erträge	0,00	1.260,00
Materialaufwand	16.110,86	62.594,72
Personalaufwand	0,00	0,00
Abschreibungen	151.325,91	363.962,24
sonstige betr. Aufwendungen	25.187,17	49.415,43
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	125,87	23,40
Sonst. Zinsen u. ähnliche. Aufwendungen	81.671,30	177.766,87
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	0,00	0,00
Ergebnis nach Steuern	-104.421,15	71.619,26
sonstige Steuern	0,00	0,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-104.421,15	71.619,26

Bilanzkennzahlen**Ertragslage**

<u>Rentabilität</u>		2015	2016
Eigenkapitalrentabilität	%	--	--
Gesamtrentabilität	%	-1,4	1,0

		2015	2016
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	--	--

Vermögensaufbau

		2015	2016
Anlagenintensität	%	96,9	94,4
Intensität des Umlaufvermögens	%	3,1	5,6

Anlagenfinanzierung

		2015	2016
Anlagendeckung I	%	--	--
Anlagendeckung II	%	77,5	77,3

Kapitalausstattung

		2015	2016
Eigenkapitalquote	%	0,0	0,0
Fremdkapitalquote	%	100,0	100,0

Liquidität

		2015	2015
Liquiditätsgrad	%	8,7	20,3

Lage des Unternehmens**Wirtschaftliche Lage**

Im Geschäftsjahr 2016 betrug die Stromproduktion insgesamt 8.108.344 kWh. Daraus ergibt sich ein spezifischer Ertrag von 982,6 kWh pro installiertem Kilowatt-Peak (kWp). Damit liegen die Erträge kumuliert mit + 2,6 % über Plan.

Durch den Solarpark konnte bereits im ersten Betriebsjahr der Jahresstrombedarf von über 2.315 Durchschnittshaushalten (à 3.500 kWh/Jahr) gedeckt werden und rd. 4.340 Tonnen CO₂-Emissionen (CO₂-Emissionsfaktor Strommix 2015) vermieden werden.

Ertragslage

Die Erlössituation entwickelte sich entsprechend der erzeugten Solarenergie. Die Einspeiseerlöse belaufen sich insgesamt auf 724,0 T€. Für das Geschäftsjahr 2016 ergibt sich ein Gewinn in Höhe von 71,6 T€.

Vermögenslage

Das Vermögen der Gesellschaft besteht zu 94,5% aus Sachanlagevermögen. Die Finanzierung erfolgt durch Bankdarlehen (80,1%) und Gesellschafterdarlehen (19,1%).

Risikobericht

Risiken der Stromerzeugung bestehen naturgemäß hinsichtlich der geplanten jährlichen Sonnenscheindauer. Zudem bestehen Risiken bezüglich der dauerhaften technischen Verfügbarkeit der Anlage. Aufgrund der Pläne der Bundesregierung, das EEG zu reformieren, besteht auch das Risiko, dass EEG-Bestandsanlagen finanziell betroffen sein könnten.

Finanzlage

Der Finanzmittelbestand der Gesellschaft liegt zum 31.12.2016 bei 340,9 T€. Es bestehen zum 31.12.2016 noch Verbindlichkeiten in Höhe von 76,0 T€ gegenüber Lieferanten. Die Gesellschaft verfügt über ausreichend finanzielle Mittel, um ihren Verpflichtungen nachkommen zu können. Die Finanzlage der Gesellschaft ist als geordnet und zufriedenstellend anzusehen.

Ausblick

In den kommenden Geschäftsjahren wird mit positiven Geschäftsergebnissen gerechnet. Weitere Bauvorhaben sind derzeit nicht geplant.

Die PV-Anlage wurde Ende August 2015 in Betrieb genommen und hat in diesem Monat erstmalig Strom ins öffentliche Netz eingespeist. Im Geschäftsjahr 2015 wurden insgesamt 1.900.876 kWh umweltfreundlicher Strom produziert. Daraus ergibt sich ein spezifischer Ertrag von 230,35 kWh pro installiertem Kilowatt-Peak (kWp).

Insgesamt liegen die Erträge in den ersten vollen Einspeisemonaten nach Inbetriebnahme (September bis Dezember) kumuliert mit + 9,3% über Plan.

Durch den Solarpark konnte bereits im ersten Betriebsjahr der Jahresstrombedarf von über 540 Durchschnittshaushalten (à 3.500 kWh/Jahr) gedeckt werden und rd. 600 Tonnen CO₂-Emissionen vermieden werden.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

2015: Stammkapital: 25.000,00 €

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Keine

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2016

Die Gesellschafterversammlung erhält keine Bezüge.

Der Geschäftsführer erhält keine Bezüge von der Gesellschaft

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 85 Abs 1 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2017**

evm Windpark Höhn GmbH & Co. KG

Rechtsform

GmbH & Co.KG

Gegründet

29. August 2013; Gesellschaftsvertrag zuletzt geändert am 01. April 2016

Kommanditkapital am 31.12.2016

2.500,00 €

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb und die Verwaltung von Einrichtungen und Anlagen, die erneuerbare Energien nutzen sowie die Beteiligung an anderen Gesellschaften, deren Gegenstand der Betrieb und die Verwaltung von Einrichtungen und Anlagen, die erneuerbare Energien nutzen.

Beteiligungsverhältnisse

Kommanditisten:

Naturstrom Rheinland-Pfalz GmbH	66,8 %	1.670,00 €
rhenag Rheinische Energieversorgungs AG	33,2 %	830,00 €

Besetzung der Organe am 31.12.2016

Die Geschäftsführung erfolgt durch die persönlich haftende Gesellschafterin evm Windpark Höhn Verwaltungs GmbH.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Grundlagen des Unternehmens

Die evm Windpark Höhn GmbH & Co. KG wurde am 29.08.2013 gegründet. Sie betreibt den Windpark Höhn im Westerwald.

Der Windpark besteht aus drei Windenergieanlagen (WEA) des Typs General Electric GE 2.5-120 mit einer Nabenhöhe von 139 m und einer Nennleistung von je 2,53 MW. Der Windpark befand zu Beginn des Geschäftsjahres noch im Bau. Im März des Jahres 2016 erfolgte die Inbetriebnahme der drei WEA.

Die WEA speisen Strom auf der Grundlage der Vergütungsregelung gemäß des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) 2014 in das öffentliche Netz ein.

Alle drei WEA befinden sich im Eigentum der Gesellschaft. Kommanditisten der Gesellschaft sind mit einem Anteil am Festkapital von 66,8 % die Naturstrom Rheinland-Pfalz GmbH sowie mit 33,2 % die rhenag Rheinische Energie AG.

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Nach Inbetriebnahme des Windparks im März des Geschäftsjahres und im Anschluss erfolgreich abgeschlossenem Probetrieb erfolgte die Abnahme der Infrastruktur sowie der Windenergieanlagen im September 2016. Dabei festgestellte unwesentliche Mängel, die den betriebsbereiten Zustand nicht gefährden, wurden bzw. werden im Rahmen von regelmäßigen Wartungsarbeiten behoben.

Die technische Verfügbarkeit lag bei durchschnittlich 96,2%. Aufgrund des Probetriebes sowie der Abarbeitung von Restmängeln liegt sie damit erwartungsgemäß noch unterhalb der Zielsetzung.

Die Gesellschaft hat mit dem Anlagenhersteller einen Teilwartungsvertrag sowie mit einem weiteren Dienstleister einen technischen Betriebsführungsvertrag abgeschlossen. Somit ist der technische Betrieb sichergestellt. Darüber hinaus wurde zur Wartung und Betriebsführung der Übergabestation mit der Energienetze Mittelrhein GmbH & Co. KG (enm) ein entsprechender Vertrag geschlossen. Die Vor-Ort-Betreuung erfolgt ebenfalls durch eine Serviceeinheit der enm im Westerwald, dies sichert kurzfristige Reaktionszeiten z.B. bei notwendigen Schaltheandlungen oder Eisresets.

Des Weiteren besteht mit der Energieversorgung Mittelrhein AG ein Vertrag über die kaufmännische Betriebsführung sowie ein Direktvermarktungsvertrag zur Vermarktung des erzeugten Stroms.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz (in €)	2015	2016
A. Anlagevermögen	3.698.148,27	13.479.963,25
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	57.833,34
II. Sachanlagen	0,00	13.397.129,91
III. Finanzanlagen	0,00	25.000,00
B. Umlaufvermögen	11.347.976,61	1.181.393,57
I. Forderungen u. sonst. Verm.	100.339,90	176.023,18
II. Kassenbestand	11.247.636,71	1.005.370,39
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	22.000,00
D. Nicht durch Vermögenseinlagen der Kommanditisten gedeckter Fehlbetrag	79.937,05	654.920,60
Bilanzsumme	15.126.061,93	15.338.277,42
A. Eigenkapital	0,00	0,00
B. Ausgleichsposten f. aktivierte eigene Anteile	0,00	25.000,00
B. Rückstellungen	20.554,79	34.500,00
C. Verbindlichkeiten	15.105.507,14	15.278.777,42
Bilanzsumme	15.126.061,93	15.338.277,42

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV (in €)	2015	2016
Umsatzerlöse	0,00	991.821,88
sonstige betriebliche Erträge	5.635,09	0,00
Materialaufwand	18.054,79	197.216,66
Personalaufwand	0,00	0,00
Abschreibungen	0,00	739.283,70
sonstige betr. Aufwendungen	64.772,01	298.895,82
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	0,00	0,00
Sonst. Zinsen u. ähnliche. Aufwendungen	0,00	306.409,25
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	0,00	0,00
Ergebnis nach Steuern	-77.191,71	-549.983,55
sonstige Steuern	0,00	0,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-77.191,71	-549.983,55

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

<u>Rentabilität</u>		2015	2016
Eigenkapitalrentabilität	%	--	--
Gesamtrentabilität	%	-0,5	-3,6

		2015	2016
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	--	--

Vermögensaufbau

		2015	2016
Anlagenintensität	%	24,4	87,9
Intensität des Umlaufvermögens	%	75,6	12,1

Anlagenfinanzierung

		2015	2016
Anlagendeckung I	%	--	--
Anlagendeckung II	%	314,3	78,3

Kapitalausstattung

		2015	2016
Eigenkapitalquote	%	0,0	0,0
Fremdkapitalquote	%	100,0	100,0

Liquidität

		2015	2016
Liquiditätsgrad	%	323,9	24,8

Lage des Unternehmens

Wirtschaftliche Lage

Aufgrund der Inbetriebnahme Mitte März 2016 konnten die guten Windverhältnisse zu Beginn des Jahres noch nicht für die Stromerzeugung genutzt werden. Bedingt durch die Phase des Probetriebs lag auch der April mit -30% unterhalb des Planansatzes. Der Mai sorgte für sehr gute Winderträge (+4%), danach konnten die geplanten Erzeugungsmengen aufgrund des windarmen Sommers nicht mehr erreicht werden. Während diese Jahreszeit aufgrund der saisonal bedingt geringen Windstärken weniger von Bedeutung ist, war insbesondere die sehr schwache Windausbeute des 4. Quartals (Oktober -44%, November -17%, Dezember -25%) ausschlaggebend für die deutlich unter dem Planansatz liegende Erzeugungsmenge in Höhe von 11,3 Mio. kWh.

Ertragslage

Die Erlössituation entwickelte sich entsprechend der erzeugten Windenergie. Durch die Inbetriebnahme nach den windstarken ersten beiden Monaten des Jahres sowie durch den Probetrieb und die sich anschließenden windarmen Witterungsverhältnisse lagen die Einspeiseerlöse niedriger als erwartet bei 992 T€.

Der Materialaufwand (18 T€) beinhaltet den Aufwand für den Strombezug der Windenergieanlagen in der windschwachen Zeit, hier zeigte sich aufgrund der Witterungslage ein Überschreiten des Planansatzes.

In den Aufwendungen für bezogene Leistungen (179 T€) sind im Wesentlichen die Aufwendungen für die kaufmännische und technische Betriebsführung sowie der Aufwand

für den Teilwartungsvertrag mit dem Anlagenhersteller abgebildet. Die Leistungen wurden planmäßig erbracht.

Der sonstige betriebliche Aufwand (299 T€) war geprägt durch die Pachtzahlungen für die Nutzung der Grundstücksflächen des Windparks, den Versicherungsaufwendungen und der Rückstellung für Rückbauverpflichtungen.

Eine weitere wesentliche Aufwandsposition mit 306 T€ betrifft die Zinsen für die Darlehen gegenüber dem Kreditinstitut sowie den Gesellschaftern.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit und damit der Jahresüberschuss betragen aufgrund des windschwachen Gesamtjahres -550 T€.

Vermögenslage

Auf der Aktivseite sind das Sachanlagevermögen mit 13.480 T€ (Vorjahr 3.698 T€) bzw. 87,84 % der Bilanzsumme sowie das Guthaben bei Kreditinstituten mit 1.005 T€ (Vorjahr 11.248 T€) bzw. 7,75 % der Bilanzsumme die größten Posten.

Auf der Passivseite werden im Fremdkapital die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit 11.800 T€ (Vorjahr 12.039 T€) bzw. 76,9 % der Bilanzsumme ausgewiesen sowie die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen mit 492 T€ (Vorjahr 160 T€) bzw. 3,2 % der Bilanzsumme und gegenüber Gesellschaftern mit 2.985 T€ (Vorjahr 2.906 T€) bzw. 19,5 % der Bilanzsumme.

Im Geschäftsjahr wurden Investitionen i.H.v. 9,8 Mio. € getätigt.

Finanzlage

Der Finanzmittelbestand der Gesellschaft lag zum 31.12.2016 bei 1.005 T€ (Vorjahr 11.248 T€). Die Gesellschaft verfügt über ausreichend finanzielle Mittel, um jederzeit ihren Verpflichtungen nachkommen zu können. Die Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet.

Risikobericht

Das wesentliche Risiko für den Betrieb des Windparks liegt in einer möglichen verminderten Ertragssituation aufgrund von windarmen Witterungsverhältnissen.

Während der Gewährleistungsphase führen Schäden an den Windenergieanlagen in der Regel nicht zu ergebniswirksamen Risiken.

Chancenbericht

Aufgrund geringerer Gesamtinvestitionskosten als ursprünglich geplant und einer damit verbundenen Nicht-Inanspruchnahme von Fremdkapital, ist eine geringere Zinsbelastung in den Folgejahren und demzufolge eine verbesserte Ertragssituation zu erwarten.

Prognose

Im Januar 2017 hat der Windpark Höhn aufgrund eines sehr kalten Jahresbeginns und damit verbundener eisbedingter Abschaltungen weniger Winderträge als geplant verbuchen können. Ab der Monatsmitte sorgten gute Windverhältnisse für eine verbesserte Ertragslage.

Für die folgenden Geschäftsjahre rechnen wir mit stabilen positiven Ergebnissen.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Keine

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2016

Die Gesellschafterversammlung erhält keine Bezüge.

Der Geschäftsführer erhält keine Bezüge von der Gesellschaft

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 85 Abs 1 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2017**

evm Windpark Höhn Verwaltungs-GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

26. Juni 2015

Stammkapital am 31.12.2016

25.000,00 €

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin an der evm Windpark Höhn GmbH & Co. KG (ehem. juwi Wind Germany 123 GmbH & Co.KG), die den Betrieb und die Verwaltung von Einrichtungen und Anlagen, die erneuerbare Energien nutzen zum Gegenstand hat.

Beteiligungsverhältnisse

Die evm Windpark Höhn Verwaltungs GmbH ist persönlich haftende Gesellschafterin der evm Windpark Höhn GmbH & Co. KG (ehem. juwi Germany 123 GmbH & Co. KG).

Besetzung der Organe am 31.12.2016

Gesellschafterversammlung

Die Alleingesellschafterin entsendet ihre Vertreter in die Gesellschafterversammlung.

Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Geschäftsführung

Stefan Dietz

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Grundlagen des Unternehmens

Die evm Windpark Höhn Verwaltungs-GmbH mit Sitz in Höhn wurde am 26. Juni 2015 gegründet.

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin an der evm Windpark Höhn GmbH & Co. KG.

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft hatte mit Ausnahme der Übernahme der Geschäftsführung für die evm Windpark Höhn GmbH & Co. KG keine operative Geschäftstätigkeit.

Lage des Unternehmens

Ertragslage

Die Gesellschaft erzielte in der Zeit vom 01. Januar bis 31. Dezember 2016 sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 830,32 €. Dem gegenüber standen Aufwendungen in Höhe von 830,32 €. Insgesamt ergab sich daraus ein Jahresergebnis in Höhe von 0,00 €.

Finanz- und Vermögenslage

Auf der Aktivseite standen zum 31.12.2016 Forderungen gegenüber der evm Windpark Höhn GmbH & Co. KG in Höhe von 988,08 € sowie ein Finanzmittelbestand von 23.328,26 €. Die Gesellschaft verfügt über ausreichend finanzielle Mittel, um jederzeit ihren Verpflichtungen nachkommen zu können. Die Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet.

Die Bilanzsumme zum 31.12.2016 betrug insgesamt 24.316,34 €, das Eigenkapital belief sich auf 24.163,04 €.

Personalbericht

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal.

Chancen- und Risikobericht

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft beschränkt sich auf die Beteiligung als Komplementär an der evm Windpark Höhn GmbH & Co. KG sowie deren Geschäftsführung. Operative Chancen und Risiken bestehen daher nicht.

Prognose

In den kommenden Jahren wird mit einem positiven Geschäftsverlauf gerechnet.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

2016 (Stammkapital): 25.000,00 €

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Keine

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2016

Die Gesellschafterversammlung erhält keine Bezüge.

Die Geschäftsführung erhält keine Vergütung von der Gesellschaft.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 85 Abs 1 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2017**

Propan Rheingas GmbH & Co. KG

Rechtsform

GmbH & Co. KG

Gegründet

13. Juni 1984

Kommanditkapital am 30.06.2016

9.458.899,82 €

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist abweichend vom Wirtschaftsjahr.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Handel mit Energie, insbesondere Flüssiggas, Erdgas, Strom und damit im Zusammenhang stehenden Produkten, die Bereitstellung von Dienstleistungen sowie der Betrieb von hierzu erforderlichen Anlagen und die Vornahme von Geschäften aller Art, die dem Unternehmenszweck dienlich sind.

Die Gesellschaft kann sich auch an anderen Unternehmen beteiligen, solche erwerben, pachten oder gründen sowie Zweigniederlassungen errichten.

Beteiligungsverhältnisse

Die Kapitalanteile der Kommanditisten setzen sich wie folgt zusammen:

Josef Kolvenbach GmbH & Co. KG, Brühl	4.729.449,91 €	50,00 %
rhenag Rheinische Energie AG, Köln	1.994.881,97 €	19,95 %
Energieversorgung Mittelrhein AG, Koblenz	804.952,37 €	15,00 %
EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH, Stolberg	804.952,37 €	8,05 %
e-regio GmbH & Co. KG, Euskirchen	349.979,29 €	3,50 %
AggerEnergie GmbH, Gummersbach	279.983,44 €	2,80 %
BEW Bergische Energie- und Wasser-GmbH, Wipperfürth	69.995,87 €	0,70 %
Gem. Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 31. Mai 2012 leistet die Propan Rheingas GmbH, Brühl, Komplementärin der Propan Rheingas GmbH & Co. KG, keine Einlage und hält keinen Kapitalanteil an der Gesellschaft.		

Besetzung der Organe am 30.06.2016

Verwaltungsrat

Dr. Hans-Jürgen Weck (Vorsitzender)
 Dr. Manfred Gazon (Stellv. Vorsitzender)
 Hubertus Brandt
 Wolfgang Jacobs
 Dipl.-Kfm. Josef Rönz
 Dr. Bernd Jürgen Schneider
 Dipl.-Ing., Dipl.-Wirt.-Ing. Manfred Schröder
 Prof. Dr. Friedrich-Leopold von Stechow

Geschäftsführung

Dipl.-Bw. Uwe Thomsen
 Dipl.-Ing. Hubert Peters

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2015/2016 an folgenden Unternehmen beteiligt:

Rheingas Handel GmbH, Brühl	100,00 %
Flüssiggasabfüllgesellschaft Dresden GmbH, Dresden	50,00 %
Rheingas Autogas GmbH, Brühl	100,00 %
ROEBEN GAS GmbH & Co. KG, Willich-Anrath	100,00 %
ROEBEN GAS Verwaltungs-GmbH, Willich-Anrath	100,00 %
Hampel GmbH, Buchholz-Mendt	100,00 %
Propan Rheingas Beteiligungsgesellschaft mbH, Brühl	100,00 %
EWES Vermögensverwaltung GmbH, Kolkwitz	100,00 %
Badische Rheingas GmbH, Lörrach	50,00 %
Propan Rheingas Cottbus-Spreegas GmbH, Kolkwitz	100,00 %
Rheingas Halle-Saalegas GmbH, Halle	50,00 %
PPR Flüssiggas GmbH, Krefeld	50,00 %
PPR Flüssiggas GmbH & Co. Handels KG, Krefeld	50,00 %
fgl Flaschengaslogistik GmbH, Brühl	33,33 %
KR Knauber Rheingas GmbH & Co. KG, Bonn	72,00 %
fht Flüssiggas Handel und Transport Verwaltung GmbH, Hürth	20,09 %
fht Flüssiggas Handel und Transport GmbH & Co. KG, Hürth	20,09 %
KR Knauber Rheingas Vermögensverwaltungs GmbH, Bonn	72,00 %
Rijngas B.V, Dinxperlo, Niederlande	75,00 %
Beigas B.V., Neerpelt, Belgien	75,00 %
Vitalis Handels GmbH, Wien, Österreich	100,00 %
Vital Gaz Sp. z.o.o., Warschau, Polen (in Liquidation)	100,00 %
BALTYKGAZ Sp. z.o.o., Rumia, Polen	50,00 %
Dr. Fuchs Beteiligungsgesellschaft mbH, Neuruppin	100,00 %
Dr. Ulrich Fuchs GmbH & Co. KG, Neuruppin	100,00 %
FDV Flüssiggas Direktvertrieb GmbH, Neuruppin	100,00 %

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell des Unternehmens

Wir sind als Handels- und Technikunternehmen tätig. Unsere Kernkompetenzen sind der Handel mit den Produkten Flüssiggas, Erdgas und Strom, das Erstellen gastechnischer Anlagen und die Energieeffizienztechnik.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Der Gesamtabsatz an Flüssiggas betrug 2015 im Inland 2,9 Millionen Tonnen und stieg somit gegenüber dem Vorjahr um 8,5 Prozent an. Im Wesentlichen erhöhte sich der Inlandsverbrauch von Flüssiggas als Rohstoff zur chemischen Weiterverarbeitung, während generell die Tendenz für den Absatz an private Haushalte, Gewerbe, Handel und Dienstleistung tendenziell rückläufig ist. Dennoch konnten die DVFG-Mitgliedsunternehmen den Inlandsabsatz um 2,8 Prozent steigern. Weitere Ursache für den Anstieg können u. a. auch die günstigen Energiepreise sein, welche die Kunden zur Bevorratung animieren. Der Absatz von Tankgas für die Wärmeerzeugung bleibt weiterhin absatzstärkstes Segment bei den DVFG-Mitgliedern.

Die Marktsituation wird größtenteils durch die Witterung sowie die Entwicklung der Gasbeschaffungspreise bestimmt. Wir begegnen dieser Entwicklung durch innovative Produkte sowie durch ein hohes Maß an Qualität und Verlässlichkeit.

Die vorwiegend mittelständisch geprägten Unternehmen der Flüssiggasbranche stehen in einem harten Wettbewerb um die Marktanteile in den einzelnen Absatzsegmenten im Wärme- und Mobilitätsmarkt. Die Vorlieferanten der Branche sind zum einen Teil die raffineriebetreibenden Mineralölgesellschaften im In- und Ausland und zum anderen Teil nationale und internationale Handelsgesellschaften.

Geschäftsverlauf

Die Mengenentwicklung der Propan Rheingas GmbH & Co. KG war im Vergleich zum Vorjahr positiv. Bei erneut milden Witterungsverhältnissen konnte der Gesamtabsatz um rund 10 Prozent gesteigert werden. Zuwächse konnten vor allem im Segment Tankgas erzielt werden. Diese wurden durch den weiteren Ausbau des Großhandelsgeschäftes, aber auch beim Direktabsatz mit Privatkunden und im Zählerkundensegment erreicht.

Im Flaschengeschäft wurden die Absätze um ca. 250 t zum Vorjahresniveau gesteigert. Neue Vertriebsstellen sind im Wesentlichen für die Steigerung verantwortlich. Hier brachte die Einstellung weiterer Vertriebsmitarbeiter einen ersten Effekt.

Absatzrückgänge im Segment Autogas resultieren in erster Linie aus dem Geschäft mit freien Tankstellen. Generell bremst der Ölpreisverfall den Absatz alternativer Kraftstoffe.

Trotz des Umsatzrückganges konnte die Rohertragsquote im Kerngeschäft, vor allem infolge des gesunkenen Gaspreises, auf 19,9 Prozent (Vorjahr: 16,4 Prozent) verbessert werden.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr waren in unserem Unternehmen durchschnittlich 167 (Vorjahr: 176) Mitarbeiter beschäftigt.

Die Entlohnung der Mitarbeiter orientiert sich bei den gewerblichen Mitarbeitern und weiten Teilen des Angestelltenbereichs an den tariflichen Regelungen des Groß- und Außenhandels. Der Anstieg der Personalkosten ist neben den tariflichen Entgelterhöhungen vor allem auf die mit der Schließung der Niederlassung in Dresden verbundenen Abfindungszahlungen zurückzuführen.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs**Bilanz**

Bilanz (in €)	2014/2015	2015/2016
A. Anlagevermögen	21.328.047,73	21.112.417,10
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	391.781,36	625.305,75
II. Sachanlagen	13.027.459,32	12.139.674,64
III. Finanzanlagen	7.908.807,05	8.347.436,71
B. Umlaufvermögen	22.304.248,66	19.002.150,02
I. Vorräte	6.775.252,98	6.382.645,17
II. Forderungen u. sonst. Verm.	15.430.036,84	12.314.795,26
III. Kassenbestand	98.958,84	304.709,59
C. Rechnungsabgrenzungsposten	884.985,46	788.684,80
D. Aktive latente Steuern	665.100,00	638.200,00
E. Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung	3.562,57	0,00
Bilanzsumme	45.185.944,42	41.541.451,92
A. Eigenkapital	6.152.867,10	6.838.216,10
B. Rückstellungen	15.526.536,53	15.838.623,12
C. Verbindlichkeiten	23.418.839,34	18.847.004,26
D. Rechnungsabgrenzungsposten	87.701,45	17.608,44
Bilanzsumme	45.185.944,42	41.541.451,92

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV (in €)	2014/2015	2015/2016
Umsatzerlöse	85.684.243,20	74.098.166,45
Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	48.030,02	-58.155,00
sonstige betr. Erträge	1.648.855,40	2.044.248,68
Materialaufwand	68.585.906,61	56.159.879,19
a) Aufw. für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	60.542.462,06	54.267.379,53
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	8.043.444,55	1.892.499,66
Personalaufwand	8.973.322,72	9.590.936,03
a) Löhne und Gehälter	7.203.645,59	7.600.223,76
b) sonst. soziale Aufwendungen	1.769.677,13	1.990.712,27
Abschreibungen	2.130.484,51	2.025.604,70
Sonstige betr. Aufwendungen	9.824.996,38	8.760.466,87
Erträge aus Beteiligungen	440.861,56	1.127.501,94
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	487.827,35	454.346,49
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	432.018,98	249.289,50
Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	852.826,92	579.758,60
Außerordentliche Aufwendungen	8.061.511,00	61.511,00
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	-385.704,23	17.644,13
Ergebnis nach Steuern	-9.301.507,40	719.597,54
sonstige Steuern	31.236,98	34.248,54
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-9.332.744,38	685.349,00

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

<u>Rentabilität</u>		2014/2015	2015/2016
Eigenkapitalrentabilität	%	-151,7	10,0
Gesamtrentabilität	%	-18,8	3,0

		2014/2015	2015/2016
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	486,8	443,7

Vermögensaufbau

		2014/2015	2015/2016
Anlagenintensität	%	47,2	50,8
Intensität des Umlaufvermögens	%	52,8	49,2

Anlagenfinanzierung

		2014/2015	2015/2016
Anlagendeckung I	%	28,8	32,4
Anlagendeckung II	%	94,6	126,1

Kapitalausstattung

		2014/2015	2015/2016
Eigenkapitalquote	%	13,7	16,5
Fremdkapitalquote	%	86,4	83,5

Liquidität

		2014/2015	2015/2016
Liquiditätsgrad	%	122,0	137,0

Lage des Unternehmens

Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Lage

Ertragslage

Der Jahresüberschuss betrug im Geschäftsjahr 685 TEUR (Vorjahr: Jahresfehlbetrag 9.333 TEUR).

Die Vertriebskosten erhöhten sich aufgrund des höheren Provisionsaufwandes aus dem Erdgas- und dem Stromgeschäft.

Insgesamt konnten die betrieblichen Aufwendungen, trotz Steigerung der Personalkosten (+6,3 Prozent) und der Vertriebskosten (+18,3 Prozent) um 2,8 Prozent bzw. 521 TEUR gesenkt werden.

Die Abschreibungen erfolgten planmäßig und nahmen im Vergleich zum Vorjahr um 4,9 Prozent ab.

Das Finanzergebnis von 1.251 TEUR liegt deutlich unter Vorjahresniveau (508 TEUR). Enthalten sind sämtliche Beteiligungs- und Zinserträge abzüglich der Zinsaufwendungen des Berichtsjahres.

Das außerordentliche Ergebnis hat sich mit 386 TEUR (Vorjahr -7.947 TEUR) deutlich verbessert. Das Vorjahr wurde jedoch von der Zuführung zur Rückstellung für das Kartellverfahren (abgezinst 6.782 TEUR) sowie einer Wertberichtigung auf Forderungen gegen die Beteiligungsgesellschaft Vitalis Handels GmbH (1.000 TEUR) geprägt.

Finanzlage

Den anfallenden finanziellen Verpflichtungen sind wir unter Ausschöpfung der Zahlungsziele oder Erwirtschaftung von Skontoerträgen stets pünktlich nachgekommen.

Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen.

Zum Bilanzstichtag betrug das Eigenkapital rund 6,8 Mio. EUR.

Durch den im Geschäftsjahr erwirtschafteten Überschuss konnte die Eigenkapitalquote auf 16,5 Prozent (Vorjahr 13,7 Prozent) gesteigert werden.

Unter Berücksichtigung der bestehenden Gesellschafterdarlehen mit Rangrücktritt i.H.v. 1 Mio. EUR ergibt sich eine Eigenkapitalquote von rund 19 Prozent.

Der Gesellschaft stehen deutlich über die bestehende Inanspruchnahme hinausgehende und auch für die Begleichung zurückgestellter Eventualverpflichtungen ausreichende Kreditlinien zur Verfügung.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme sank um 3.644 TEUR auf 41.542 TEUR, auf der Vermögensseite vor allem durch die Reduzierung des Umlaufvermögens.

Der Wert des Sachanlagevermögens wird zum Bilanzstichtag um rund 887 TEUR geringer als im Vorjahr ausgewiesen. Den Investitionen standen planmäßige Abschreibungen (2.026 TEUR) gegenüber. Bei den Immateriellen Vermögensgegenständen erhöht sich der Vermögenswert um 234 TEUR auf 625 TEUR. Das Finanzanlagevermögen erhöht sich durch den Erwerb einer Tochtergesellschaft um 439 TEUR.

Das Vorratsvermögen setzt sich aus Gasbeständen, Geräten und Armaturen sowie Flaschen zum Verkauf zusammen. Zum Bilanzstichtag des Geschäftsjahres 2015/16 lag es rund 392 TEUR unter dem des Vorjahres.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sanken gegenüber dem Vorjahr um rund 21,6 Prozent. Hauptgrund hierfür ist der niedrige Gaspreis.

Zur Erhöhung der Rückstellungen trägt die Zuführung zur Pensionsrückstellung mit rund 146 TEUR bei. Daraus resultiert im Wesentlichen die Steigerung des langfristigen Fremdkapitals um 1,2 Prozent.

Dagegen sinkt das kurzfristige Fremdkapital um 17,8 Prozent, was vor allem durch die deutlichen Reduzierungen der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (-907 TEUR) und der kurzfristigen Bankverbindlichkeiten (-2.439 TEUR) beeinflusst wird. Beide Reduzierungen sind im Wesentlichen mit den gesunkenen Einstandspreisen zu erklären.

Die ausgewiesenen Forderungen lagen innerhalb der vereinbarten Zahlungsziele.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Der Gesamtertrag stieg im Vergleich zum Vorjahr um 736 TEUR.

Der Rotertrag aus dem Gasverkauf wuchs dabei um 3 Prozent auf 13,4 Mio. EUR. Die Rotertragsquote konnte auf 19,9 Prozent (Vorjahr 16,4 Prozent) gesteigert werden.

Der Cashflow hat sich insbesondere auf Grund des positiven Jahresergebnisses gegenüber dem Vorjahr auf nunmehr 2,9 Mio. EUR verbessert. Dementsprechend haben sich auch alle weiteren Kennzahlen verändert.

Unsere wirtschaftliche Lage ist in diesem Geschäftsjahr stabilisiert und kann insgesamt als befriedigend bezeichnet werden.

Nachtragsbericht

Besondere Ereignisse nach Ablauf des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

Prognosebericht

Eine konkrete Prognose zur voraussichtlichen Ertrags- und Finanzentwicklung gestaltet sich bei der Gesellschaft unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen äußerst schwierig. Der Unternehmenserfolg ist wesentlich von zwei von uns nicht beeinflussbaren Faktoren, der Witterung und den Bezugspreisen, abhängig. Hohe Einstandspreise und Absätze führen zu einem hohen Finanzbedarf aus der Vorfinanzierung, geringe Einstandspreise und Absatzmengen zu eher geringen Margen, also insgesamt zu konträren Entwicklungen der Ertrags- und Finanzlage.

Für die Propan Rheingas GmbH & Co. KG gehen wir davon aus, dass die Absatzmengen sowohl beim Tankgas als auch beim Flaschengas im kommenden Geschäftsjahr bei unterstellt gleichem Witterungsverlauf steigen werden. Die Entwicklung insbesondere im Tankgasbereich wird jedoch maßgeblich von der Witterung beeinflusst sein. Im Segment Autogas erhoffen wir uns vor der langsam anlaufenden Beimischung zum Dieselkraftstoff im Transportbereich eine Weiterentwicklung des Autogasgeschäfts. Positiv für die weitere Entwicklung des Segmentes wird die für Anfang 2017 erwartete politische Entscheidung zur Verlängerung der Energiesteuerreduzierung über 2018 hinaus sein.

Die Umsatzentwicklung des Geschäftsbereiches Flüssiggas wird neben dem Witterungsverlauf in hohem Maße von der Entwicklung des Einkaufspreises beeinflusst. Nach den deutlichen Preisrückgängen im abgelaufenen Geschäftsjahr rechnen wir für das nächste Jahr wieder mit leicht steigenden Preisen.

Weiterhin gute Chancen sehen wir für unser Unternehmen auch in Zukunft im Vertrieb von Erdgas an gewerbliche Kunden. Die von uns erfolgreich angebotenen Mehrjahresverträge sichern das Absatzniveau für die folgenden Jahre ab. Auf der Einkaufsseite haben wir fristenkongruente Bezugsverträge abgeschlossen und können so Lieferfähigkeit mit Margensicherung verbinden.

Seit 2013 haben wir unser Angebotsportfolio um die Lieferung von Strom erweitert und unsere Palette weiter komplettiert. Unsere Akquise im Strom hat sich gut entwickelt und wir sehen in diesem Segment erhebliche Entwicklungschancen.

Für die innerdeutschen Beteiligungsgesellschaften rechnen wir mit einer stabilen Ergebnisentwicklung.

Die Absatz- und Ergebniszahlen unserer polnischen und niederländischen Beteiligungsgesellschaften lassen ein Jahresergebnis auf Vorjahresniveau erwarten. Die Akquise der nun auf den Erdgasvertrieb fokussierten österreichischen Tochtergesellschaft entwickelt sich positiv. Weiteres Wachstum wird sich der Verstärkung der Vertriebsaktivitäten im Geschäftsbereich Strom ergeben.

Insgesamt erwarten wir für unser Unternehmen für das kommende Geschäftsjahr ein Ergebnis leicht über dem Vorjahresniveau.

Chancen- und Risikobericht

Risikobericht

Zur Absicherung verschiedener Risiken wurden Risikohandbücher für den Vertrieb und die Beschaffung von Flüssiggas, Erdgas und Strom implementiert und laufend aktualisiert. Mit Hilfe dieser Risikohandbücher können Risiken besser identifiziert und somit minimiert werden.

Branchenspezifische Risiken:

Der größte Risikofaktor der Branche besteht in der Abhängigkeit von Witterungsverhältnissen. Wir begegnen dieser Tatsache mit Fokussierung auf Gewinnung von Gewerbekunden, deren Energieverbrauch nicht zwangsläufig witterungsbedingt ist, und dem Vertrieb von innovativen Heizsystemen wie z. B. Blockheizkraftwerken. Außerdem erwarten wir durch den Ausbau unserer online-Aktivitäten eine deutlich verbesserte Neukundengewinnung.

Ertragsorientierte Risiken:

Die vorwiegend mittelständisch geprägten Unternehmen der Flüssiggasbranche stehen in einem harten Wettbewerb um die Marktanteile in den einzelnen Absatzsegmenten im Wärme- und Mobilitätsmarkt. Die Vorlieferanten der Branche sind einerseits die raffinierbetreibenden Mineralölgesellschaften im In- und Ausland und andererseits nationale sowie internationale Handelsgesellschaften.

Finanzwirtschaftliche Risiken:

Unsere Liquiditäts- und Eigenkapitallage sind angemessen. Die Gesellschaft verfügt über ein effizientes Mahnwesen. Verbindlichkeiten werden grundsätzlich innerhalb vereinbarter Zahlungsfristen gezahlt. Es sind keine Engpässe zu erwarten.

Spezielle Risiken:

Im April 2009 wurde Rheingas seitens des Bundeskartellamtes ein Bußgeldbescheid zugestellt. In dem Bußgeldverfahren geht es um den Verdacht von Kundenschutzabsprachen und flankierenden Preisabsprachen zwischen den im DVFG organisierten Flüssiggasversorgungsunternehmen. Insgesamt wurden elf Unternehmen mit Bußgeldbescheiden konfrontiert.

Rheingas hält die Vorwürfe für unbegründet und hat daher Widerspruch gegen den Bescheid eingelegt.

Die Hauptverhandlung gegen acht der elf beschuldigten Unternehmen wurde am 07.06.2010 vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf eröffnet und endete nach fast drei Jahren mit der Urteilsverkündung am 15.04.2013. Die schriftliche Urteilsbegründung liegt vor. Sämtliche bewusste Unternehmen haben gegen das Urteil Rechtsbeschwerde eingelegt. Die Entscheidung des Bundesgerichtshofs steht noch aus.

Vom 01.10.2014 bis zum 30.03.2015 wurde vor dem 4. Kartellsenat des Oberlandesgerichtes Düsseldorf über den Einspruch der Propan Rheingas GmbH & Co. KG gegen den Bußgeldbescheid des Bundeskartellamtes verhandelt. Die Hauptverhandlung wurde mit der Verurteilung zu einer Geldbuße in Höhe von 7 Mio. EUR beendet.

Die Propan Rheingas GmbH & Co. KG hat noch am Tag der Urteilsverkündung Rechtsbeschwerde beim Bundesgerichtshof eingelegt und nach Vorlage der schriftlichen Urteilsbegründung auch fristgerecht begründet.

Wann mit einer Entscheidung des Bundesgerichtshofes zu rechnen ist, ist derzeit jedoch nicht absehbar.

Das Risiko einer rechtskräftigen Bebauung wird durch die Bildung einer entsprechenden Rückstellung berücksichtigt.

Chancenbericht

Die Fortsetzung der begonnenen Energiewende und eine Ressourcenschonung und Emissionsreduzierung ausgerichtete Energiepolitik lässt uns Marktausweitungen vor allem im ländlichen und suburbanen Raum erwarten. Durch unseren umweltschonend verbrennenden Energieträger Flüssiggas aber auch Erdgas können wir große Beiträge zum Gelingen der Energiewende durch Ablösen von Heizöl und Dieselanwendungen leisten und somit die Emissionen von CO₂, Feinstaub und Stickoxyden auf für die Kunden bezahlbare Weise reduzieren. Gute Marktchancen sehen wir für unsere Angebote im Geschäftsbereich Energietechnik. Moderne Brennwerttechnik und „stromerzeugende Heizungen“ (BHKW) können insbesondere für bisherige Heizölkunden interessante Angebote sein. Der fortschreitende Trend zu dezentralen Energieversorgungen mit gleichzeitiger Erzeugung von Wärme und elektrischer Energie wird Chancen für moderne Gasanwendungen eröffnen.

Die weltweite Flüssiggasproduktion wächst weiter. Das Angebot wird auf viele Jahre dauerhaft die Nachfrage übersteigen.

Weitere Chancen zur Kostenoptimierung ergeben sich durch die konsequente Digitalisierung von internen Prozessen und solchen zu unseren Kunden.

Gesamtaussage

Risiken der künftigen Entwicklung sehen wir weiterhin in schwankenden Rohstoffpreisen und der Abhängigkeit von der Witterung. Vor dem Hintergrund unserer finanziellen Stabilität und der weiteren Fokussierung auf witterungsunabhängige Kunden und Produkte sehen wir uns für die Bewältigung der künftigen Risiken gut gerüstet. Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten, sind derzeit nicht erkennbar.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Verbindlichkeiten aus Pfandgeldern.

Die Gesellschaft verfügt über einen solventen Kundenstamm. Forderungsausfälle sind die absolute Ausnahme. Zudem besteht eine langjährige Zusammenarbeit mit einem Großteil der Kunden.

Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherheit des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Beim Management der Finanzpositionen verfolgt das Unternehmen eine konservative Risikopolitik.

Zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko besteht ein Liquiditätsplan, der einen Überblick über die Geldaus- und -einzüge vermittelt.

Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen. Zur Minimierung von Ausfallrisiken verfügt das Unternehmen über ein adäquates Debitorenmanagement. Darüber hinaus informieren wir uns vor Eingehung einer neuen Geschäftsbeziehung stets über die Bonität unserer Kunden.

Bericht über Zweigniederlassungen

Die Gesellschaft verfügt über folgende Niederlassungen:

Brühl, Wesel, Bautzen, Krakow, Dresden, Leipzig

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Keine

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2016

Der Verwaltungsrat hat in 2015/2016 Gesamtbezüge von 40 T€ (Vorjahr: 41 T€) erhalten.

Auf die Angaben der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird gem. § 314 Nr. 6a und 6b HGB unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Absatz 1 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2017**

Rhein-Ahr-Energie GmbH & Co.KG

Rechtsform

GmbH & Co. KG

Gegründet

25. August 2014

Kommanditkapital am 31.12.2016

100.000,00 €

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens sind die Anschaffung, die Herstellung und der Betrieb von Energieversorgungsanlagen sowie der Vertrieb von Energie vorwiegend im Raum Rhein-Ahr.

Beteiligungsverhältnisse

Alleinige Kommanditistin ist die Energieversorgung Mittelrhein AG.

Die KG ist alleiniger Gesellschafter ihrer Komplementärin, der Rhein-Ahr-Energie Verwaltungs GmbH.

Besetzung der Organe am 31.12.2016

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschaft entsendet Mitglieder des Vorstandes der evm AG oder Vertreter der evm AG.

Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat bisher noch keinen Aufsichtsrat eingerichtet.

Geschäftsführer

Die Rhein-Ahr-Energie GmbH & Co. KG hat keine Geschäftsführer. Die Geschäftsführung erfolgt durch die Verwaltungs GmbH. Geschäftsführer der Verwaltungs GmbH sind Herr Alexander Doese und Herr Jörg Schneider.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Allgemeines Umfeld

Energie ist ein Thema von wachsender politischer und gesellschaftlicher Bedeutung. Besonders ausgeprägt ist dabei der Trend zur Rekommunalisierung, in der die Privatisierung zuvor öffentlich-rechtlicher Aufgaben und Vermögen wieder rückgängig gemacht. Ziel der Kommunen ist, dass die Energieversorgungsnetze wieder in die öffentliche Trägerschaft übergehen. Viele Städte und Gemeinden verknüpfen die Neuvergabe von Erdgas- und Stromkonzessionen an die Option, sich an Energienetzen zu beteiligen oder diese selbst zu betreiben. Dabei sind diese in der Regel auf Partner mit entsprechendem energiewirtschaftlichen Kenntnissen angewiesen. Dies führt meist zur Gründung von gemeinsamen regionalen Energiegesellschaften, an denen die Kommunen mehrheitlich beteiligt sind, welche die Netze übernehmen. Die neuen kommunalen Netzgesellschaften agieren dann entweder als eine Eigentumsgesellschaft und verpachten das Netz weiter oder sie bewirtschaften - oft im Zusammenhang mit eigenen Vertriebstätigkeiten - das Netz selbst.

Die Städte Remagen, Sinzig und Bad Breisig, die Gemeinde Grafschaft sowie die Ortsgemeinden Burgbrohl, Gönnersdorf und Brohl-Lützig haben ihre Stromkonzessionen an die evm vergeben. Die Eintragung ins Handelsregister erfolgte für die Kooperationsgesellschaften Rhein-Ahr-Energie Verwaltungs-GmbH mit Wirkung zum 20.10.2014 sowie für die Rhein-Ahr-Energie GmbH & Co. KG mit Wirkung zum 21.10.2014. Bisher ist die evm alleiniger Kommanditist der Rhein-Ahr-Energie GmbH & Co. KG. Die vorgenannten Kommunen haben die Möglichkeit, sich an der Rhein-Ahr-Energie GmbH & Co. KG zu beteiligen. Im Jahre 2016 gab es keine operative Geschäftstätigkeit der Gesellschaft.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz (in €)	2015	2016
A. Anlagevermögen	25.000,00	25.000,00
I. Finanzanlagen	25.000,00	25.000,00
B. Umlaufvermögen	94.112,14	90.088,12
I. Forderungen sonstige Vermögensgegenstände	237,40	713,37
II. Guthaben bei Kreditinstituten	93.874,74	89.374,75
Bilanzsumme	119.112,14	115.088,12
A. Eigenkapital	116.712,14	88.838,12
I. Kapitalanteile d. Kommanditisten	100.000,00	100.000,00
II. Rücklagen	25.000,00	0,00
III. Verlustvortrag	-3.780,35	-8.287,86
IV. Jahresfehlbetrag	-4.507,51	-2.874,02
B. Ausgleichsposten f. aktivierte eigene Anteile	0,00	25.000,00
C. Rückstellungen	2.400,00	1.250,00
D. Verbindlichkeiten	0,00	0,00
Bilanzsumme	119.112,14	115.088,12

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV (in €)	2015	2016
sonstige betriebliche Aufwendungen	4.507,51	2.874,02
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-4.507,51	-2.874,02

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

<u>Rentabilität</u>		2015	2016
Eigenkapitalrentabilität	%	-3,9	-3,2
Gesamtrentabilität	%	-3,8	-2,5

		2015	2016
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	--	--

Vermögensaufbau

		2015	2016
Anlagenintensität	%	21,0	21,7
Intensität des Umlaufvermögens	%	79,0	78,3

Anlagenfinanzierung

		2015	2016
Anlagendeckung I	%	466,9	455,4
Anlagendeckung II	%	466,9	455,4

Kapitalausstattung

		2015	2016
Eigenkapitalquote	%	98,0	98,9
Fremdkapitalquote	%	2,0	1,1

Liquidität

		2015	2016
Liquiditätsgrad	%	3.921,3	7.207,0

Lage des Unternehmens

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögenslage

Die Bilanzsumme der Gesellschaft beträgt 115.088,12 €.

Finanzlage

Der Finanzmittelabfluss wurde durch das Eigenkapital finanziert. Am Ende des Geschäftsjahres verfügte die Gesellschaft über liquide Mittel in Höhe von 89.374,75 €. Die Gesellschaft verfügt über ausreichend liquide Mittel, um ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Ertragslage

Die Gesellschaft hat für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 einen Jahresabschluss erstellt. Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Jahresfehlbetrag von 2.874,02 €.

Dieser ergibt sich daraus, dass keine Umsätze erwirtschaftet wurden, da die Aufnahme des operativen Geschäfts nicht wie geplant im Berichtsjahr erfolgte, die Fixkosten jedoch in voller Höhe angefallen sind. Die wesentlichen Aufwendungen waren Jahresabschlusskosten sowie die Haftungsvergütung für die Rhein-Ahr-Energie Verwaltungs GmbH.

Obwohl die Aufnahme des operativen Geschäftes nicht wie geplant erfolgte, ist die Lage der Gesellschaft zufriedenstellend.

Chancen und Risiken

Die Gesellschaft wird zunächst nicht operativ tätig werden. Chancen ergeben sich durch die für 2017 geplante Umsetzung eines Vertriebskonzeptes auf Basis eines Provisionsmodells. Risiken sind damit für die Gesellschaft nicht verbunden. Erst mit der geplanten Übernahme des Strom-netzes können sich Risiken ergeben. Diese werden beeinflusst durch die Rahmenbedingungen der Netzübernahme, die Gegenstand der Verhandlungen sind. Selbstverständlich werden die Übernahmeverhandlungen auch mit dem Ziel einer Risikominimierung geführt.

Ausblick

Die Verhandlungen zur Übernahme des Stromnetzes vom Altkonzessionär dauern weiter an.

Parallel wird der Vertrieb von Strom durch die Rhein-Ahr-Energie GmbH & Co. KG vorbereitet.

In den kommenden Geschäftsjahren rechnen wir mit einem positiven Geschäftsverlauf.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Kommanditkapital (Zuführung bei Gründung in 2014): 100.000,00 €

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Keine

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2016

Keine

Die Rhein-Ahr-Energie GmbH & Co. KG hat keine Geschäftsführer. Die Geschäftsführung erfolgt durch die Verwaltungs GmbH.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 85 Abs 1 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2017**

Rhein-Ahr-Energie Verwaltungs GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

25. August 2014

Stammkapital am 31.12.2016

25.000,00 €

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist die Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin an der Rhein-Ahr-Energie GmbH & Co. KG mit Sitz in Koblenz, die die Anschaffung, die Herstellung und den Betrieb von Energieversorgungsanlagen sowie den Vertrieb von Energie vorwiegend im Raum Rhein-Ahr zum Gegenstand hat.

Beteiligungsverhältnisse

Alleinige Gesellschafterin ist die Rhein-Ahr-Energie GmbH & Co. KG

Besetzung der Organe am 31.12.2016

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschaft entsendet Mitglieder des Vorstandes der evm AG oder Vertreter der evm AG.

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Geschäftsführer

Alexander Doese

Jörg Schneider

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Allgemeines Umfeld

Energie ist ein Thema von wachsender politischer und gesellschaftlicher Bedeutung. Besonders ausgeprägt ist dabei der Trend zur Rekommunalisierung, in der die

Privatisierung zuvor öffentlich-rechtlicher Aufgaben und Vermögen wieder rückgängig gemacht wird. Ziel der Kommunen ist, dass die Energieversorgungsnetze wieder in die öffentliche Trägerschaft übergehen. Viele Städte und Gemeinden verknüpfen die Neuvergabe von Erdgas- und Stromkonzessionen an die Option, sich an Energienetzen zu beteiligen oder diese selbst zu betreiben. Dabei sind diese in der Regel auf Partner mit entsprechendem energiewirtschaftlichen Kenntnissen angewiesen. Dies führt meist zur Gründung von gemeinsamen regionalen Energiegesellschaften, an denen die Kommunen mehrheitlich beteiligt sind, welche die Netze übernehmen. Die neuen kommunalen Netzgesellschaften agieren dann entweder als eine Eigentumsgesellschaft und verpachten das Netz weiter oder sie bewirtschaften - oft im Zusammenhang mit eigenen Vertriebstätigkeiten - das Netz selbst.

Die Städte Remagen, Sinzig und Bad Breisig, die Gemeinde Grafschaft sowie die Ortsgemeinden Burgbrohl, Gönnersdorf und Brohl-Lützig haben ihre Stromkonzessionen an die evm vergeben. Die Eintragung ins Handelsregister erfolgte für die Kooperationsgesellschaften Rhein-Ahr-Energie Verwaltungs-GmbH mit Wirkung zum 20.10.2014 sowie für die Rhein-Ahr-Energie GmbH & Co. KG mit Wirkung zum 21.10.2014. Bisher ist die evm alleiniger Kommanditist der Rhein-Ahr-Energie GmbH & Co. KG. Die vorgenannten Kommunen haben die Möglichkeit, sich an der Rhein-Ahr-Energie GmbH & Co. KG zu beteiligen. Im Jahre 2016 gab es keine operative Geschäftstätigkeit der Gesellschaft.

Lage des Unternehmens

Vermögenslage

Die Bilanzsumme der Gesellschaft beträgt 25.036,17 €.

Finanzlage

Der Finanzmittelbestand der Gesellschaft liegt zum 31.12.2016 bei 25.036,17 €. Die Gesellschaft verfügt über ausreichend finanzielle Mittel, um ihren Verpflichtungen nachkommen zu können.

Ertragslage

Die Gesellschaft hat für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2016 einen Jahresabschluss erstellt. Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Jahresüberschuss von 138,05 €.

Chancen und Risiken

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft beschränkt sich auf die Beteiligung an der Rhein-Ahr-Energie GmbH & Co. KG und deren Geschäftsführung. Operative Chancen und Risiken bestehen daher nicht.

Ausblick

Die Verhandlungen zur Übernahme des Stromnetzes vom Altkonzessionär dauern weiter an.

Parallel wird der Vertrieb von Strom durch die Rhein-Ahr-Energie GmbH & Co. KG vorbereitet.

In den kommenden Geschäftsjahren rechnen wir mit einem positiven Geschäftsverlauf.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Gezeichnetes Kapital (Zuführung bei Gründung in 2014): 25.000,00

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Keine

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2016

Die Gesellschafterversammlung erhält keine Bezüge.

Die Geschäftsführer erhalten keine Bezüge von der Rhein-Ahr-Energie Verwaltungs GmbH.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 85 Abs 1 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2017**

**Solarenergie Mastershausen
Projekt GmbH & Co. KG**

Rechtsform

GmbH & Co. KG

Gegründet

17. September 2014

Kommanditkapital am 31.12.2016

2.000,00 €

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, Errichtung und der Betrieb von Photovoltaik-Freilandanlagen zur Stromerzeugung.

Beteiligungsverhältnisse

Stadtwerke Kaiserslautern Versorgungs-AG	1.000,00 €	50 %
energieversorgung Mittelrhein AG	1.000,00 €	50 %

Besetzung der Organe am 31.12.2016

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafter entsenden ihre Vertreter in die Gesellschafterversammlung.

Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Geschäftsführer

Die Solarenergie Mastershausen Projekt GmbH & Co.KG hat keine Geschäftsführer. Die Geschäftsführung erfolgt durch die Solarenergie Mastershausen Verwaltungs GmbH. Geschäftsführer der Solarenergie Mastershausen Verwaltungs GmbH sind Herr Arne Michel und Herr Kai Kock.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Grundlagen des Unternehmens

Die Solarenergie Mastershausen Projekt GmbH & Co. KG mit Sitz in Mastershausen wurde am 27.06.2014 gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, Errichtung und der Betrieb von Photovoltaik-Freilandanlagen zur Stromerzeugung; eingeschlossen sind die Wahrnehmung aller damit in Zusammenhang stehender Aufgaben und Dienstleistungen.

Die Gesellschaft betreibt derzeit eine Photovoltaik-Freiflächenanlage in der Ortsgemeinde Mastershausen. Die Freiflächenanlage speist Strom auf der Grundlage der Vergütungsregelung gemäß des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) 2012 in das öffentliche Netz ein.

An der Gesellschaft sind die Energieversorgung Mittelrhein AG und die SWK Stadtwerke Kaiserslautern Versorgungs-AG jeweils zu 50 % beteiligt.

Bilanz

Bilanz (in €)	2015	2016
A. Anlagevermögen	5.315.902,82	4.975.115,44
I. Sachanlagen	5.290.902,82	4.950.116,44
II. Finanzanlagen	25.000,00	25.000,00
B. Umlaufvermögen	391.890,08	470.390,06
I. Forderungen	41.659,61	54.406,45
II. Guthaben bei Kreditinstituten	350.230,47	415.983,61
D. Rechnungsabgrenzungsposten	1.556,07	1.563,94
Bilanzsumme	5.709.348,97	5.447.070,44
A. Eigenkapital	97.147,43	172.856,62
I. Kapitalanteile der Kommanditisten	2.000,00	2.000,00
II. Jahresüberschuss	95.147,43	170.856,62
B Ausgleichsposten für akt. Eigenanteile	0,00	25.000,00
B. Rückstellungen	44.830,00	59.130,00
C. Verbindlichkeiten	5.567.371,54	5.190.083,82
Bilanzsumme	5.709.348,97	5.447.070,44

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV (in €)	2015	2016
Umsatzerlöse	805.795,76	794.066,66
sonstige Erträge	966,80	14.125,00
Materialaufwand	183.620,46	107.775,38
a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	0,00	0,00
b) Aufwendungen. f. bez. Leistungen	183.620,46	107.775,38
Abschreibungen	340.786,38	340.786,38
sonstige betr. Aufwendungen	11.363,23	17.949,05
Zinserträge	196,92	233,35
Zinsaufwendungen	153.041,98	142.829,88
Steuern von Einkommen und Ertrag	23.000,00	28.227,60
Ergebnis nach Steuern	95.147,43	170.856,62
sonstige Steuern	0,00	0,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	95.147,43	170.856,62

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

<u>Rentabilität</u>	2015	2016
Eigenkapitalrentabilität	97,9	98,8
Gesamtrentabilität	4,3	5,8

	2015	2016
Umsatz pro Mitarbeiter	--	--

Vermögensaufbau

	2015	2016
Anlagenintensität	93,1	91,3
Intensität des Umlaufvermögens	6,9	8,7

Anlagenfinanzierung

	2015	2016
Anlagendeckung I	1,8	3,5
Anlagendeckung II	60,9	66,6

Kapitalausstattung

	2015	2016
Eigenkapitalquote	1,7	3,2
Fremdkapitalquote	98,3	96,8

Liquidität

	2015	2016
Liquiditätsgrad	92,8	9,1

Lage des Unternehmens

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Im Geschäftsjahr 2014 wurde die Solarenergie Mastershausen Projekt GmbH & Co. KG gegründet und die Photovoltaik-Freiflächenanlage gekauft. Die PV-Anlage wurde bereits 2010 in Betrieb genommen und hat seit dem Strom ins öffentliche Netz eingespeist.

Im Kalenderjahr 2016 wurden insgesamt 2,79 Mio. kWh umweltfreundlicher Strom produziert. Die monatlichen Plan-/Ist-Mengen weichen insbesondere in den Monaten Mai (-11 %) und Juni (-23%) sowie in den Monaten September (+39 %), November (+34 %) und Dezember (+61 %) voneinander ab. Der unterplanmäßige Frühsommer wurde somit von den ertragsstarken Herbst-/Wintermonaten kompensiert, so dass die Jahreseinspeisung mit -0,1 % fast genau auf Planniveau liegt. Im Geschäftsjahr 2016 wurden Maßnahmen zur Bekämpfung der Mäuseplage und der damit einhergehenden Schäden sowie Einspeiseausfällen durch Nagerverschiss durchgeführt. So wurden neben dem Einsatz von Giftködern 13 Greifvogelstangen zur nachhaltigen Regulierung des Mäusebestands installiert.

Ertragslage

Die Erlössituation entwickelte sich entsprechend der erzeugten Solarenergie. Die Einspeiseerlöse beliefen sich insgesamt auf 794 T€ und die sonstigen betrieblichen Erträge auf 14 T€. Diesen Erlösen standen Materialaufwendungen in Höhe von 108 T€, Abschreibungen in Höhe von 341 T€, Zinsen und ähnliche Aufwendungen in Höhe von 143 T€ und Sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von 18 T€ gegenüber.

Für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 ergab sich insgesamt ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von 199 T€ und nach Abzug von Steuern (28 T€) ein Jahresüberschuss von 171 T€.

Finanz- und Vermögenslage

Der Finanzmittelbestand zum 31.12.2016 lag bei 416 T€. Die Gesellschaft verfügt über ausreichend finanzielle Mittel, um ihren Verpflichtungen nachkommen zu können.

Die Bilanzsumme zum 31.12.2016 betrug insgesamt 5,4 Mio.€, das Sachanlagevermögen macht mit 5,0 Mio.€ insgesamt 91 % der Bilanzsumme aus. Die PV-Anlage weist eine Gesamtnennleistung 3,2 MWp auf. Insgesamt sind knapp 29.000 Module verbaut, die Gesamtfläche der Module beträgt 40.789 m.

Das Eigenkapital zum 31.12.2016 belief sich auf 173 T€. Es bestanden Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern SWK Stadtwerke Kaiserslautern Versorgungs-AG und Energieversorgung Mittelrhein AG von je 800 T€ sowie ein Darlehen bei der Kreissparkasse Kaiserslautern in Höhe von 3.588 T€.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft ist als geordnet und zufriedenstellend anzusehen.

Personalbericht

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal.

Chancen- und Risikobericht

Chancen ergeben sich insbesondere durch die geplante Direktvermarktung des erzeugten Stroms.

Aufgrund der Pläne der Bundesregierung, das EEG zu reformieren, besteht auch ein potentiell Risiko, dass EEG-Bestandsanlagen finanziell betroffen sein können. Im Geschäftsjahr lagen keine existenzgefährdenden Risiken vor.

Prognosebericht

Ein Blick in die Zukunft und auf die damit einhergehenden Chancen und Risiken kann nur anhand der, jetzigen Erkenntnisse und Annahmen erfolgen und somit eine Reihe von Ungewissheiten beinhalten. Dabei liegt eine Vielzahl der Faktoren außerhalb des Einflussbereichs der Gesellschaft. So ist die Stromproduktion und damit einhergehend die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft maßgeblich abhängig vom Wetter.

Im Geschäftsjahr 2016 wurden die technische Betriebsführung der PV-Anlage Mastershausen durch die WVE GmbH und die kaufmännische Betriebsführung der Gesellschaft durch die evm AG etabliert. Dies soll auch zukünftig beibehalten werden.

Es wird angestrebt, den erzeugten Strom in die Direktvermarktung zu bringen und so ein Mehrergebnis von 0,2 ct/kWh (ca. 5 T€/Jahr) zu generieren.

In den kommenden Geschäftsjahren wird weiterhin mit positiven Geschäftsergebnissen gerechnet. Die Geschäftsführung geht für 2017 von einem Jahresüberschuss in Höhe von rd. 165 T€ aus.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Einzahlung Stammkapital
durch die Gesellschafter in 2014:

2.000,00 €

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Keine

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2016

Die Gesellschafterversammlung erhält keine Bezüge.

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 85 Abs 1 GemO.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2017

Solarenergie Mastershausen
Verwaltungs GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

27.06.2014; letzte Fassung Gesellschaftsvertrag 13.11.2014

Stammkapital am 31.12.2016

25.000,00 €

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin an der Solarenergie Mastershausen Projekt GmbH & Co. KG mit Sitz in Mastershausen, die die Planung, Errichtung und den Betrieb von Photovoltaik-Freilandanlagen zur Stromerzeugung zum Gegenstand hat.

Beteiligungsverhältnisse

Die Solarenergie Mastershausen Projekt GmbH & Co.KG ist Alleingesellschafterin.

Besetzung der Organe am 31.12.2016

Gesellschafterversammlung

Die Alleingesellschafterin entsendet ihre Vertreter in die Gesellschafterversammlung.

Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Geschäftsführung

Arne Michel

Kai Kock

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Grundlagen des Unternehmens

Die Solarenergie Mastershausen Verwaltungs GmbH mit Sitz in Mastershausen wurde am 27.06.2014 gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin an der Solarenergie Mastershausen Projekt GmbH & Co. KG sowie die Übernahme der Geschäftsführung.

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft hatte mit Ausnahme der Übernahme der Geschäftsführung für die Solarenergie Mastershausen Projekt GmbH & Co. KG keine operative Geschäftstätigkeit.

Lage des Unternehmens

Ertragslage

Die Gesellschaft erzielte in der Zeit vom 01. Januar bis 31. Dezember 2016 im Wesentlichen Erträge aus der Beteiligung an der Solarenergie Mastershausen GmbH & Co. KG in Höhe von 13.636 €. Diesen Erträgen standen Aufwendungen in Höhe von 13.513 € gegenüber. Insgesamt ergab sich daraus ein Jahresgewinn in Höhe von 127 €.

Finanz- und Vermögenslage

Der Finanzmittelbestand zum 31.12.2016 lag bei 24.292 €. Die Gesellschaft verfügt über ausreichend finanzielle Mittel, um ihren Verpflichtungen nachkommen zu können. Die Bilanzsumme zum 31.12.2016 betrug insgesamt 24.292 €, das Eigenkapital belief sich auf 23.819 €.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft ist als geordnet und zufriedenstellend anzusehen.

Personalbericht

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal.

Chancen- und Risikobericht

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft beschränkt sich auf die Beteiligung an der Solarenergie Mastershausen Projekt GmbH & Co. KG sowie deren Geschäftsführung. Operative Chancen und Risiken bestehen daher nicht.

Prognosebericht

In den kommenden Geschäftsjahren wird mit positiven Geschäftsergebnissen gerechnet. Die Geschäftsführung geht für 2017 von einem geringen Jahresüberschuss aus.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Einzahlung Stammkapital:

durch die Stadtwerke Kaiserslautern Versorgungs AG: 25.000,00 €

(seit 02.12.2014 ist die Solarenergie Mastershausen Projekt GmbH & Co. KG Alleingesellschafterin)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Keine

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2016

Die Gesellschafterversammlung erhält keine Bezüge.

Die Geschäftsführer erhalten keine Bezüge von der Gesellschaft.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 85 Abs. 1 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2017**

Stadtwerke Andernach Energie GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

21. November 2014; Gesellschaftsvertrages zuletzt geändert am 08. Juni 2015

Stammkapital am 31.12.2016

500.000,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist im Rahmen des § 85 Abs. 1 GemO

- das Halten des Eigentums an und der Betrieb von Strom- und Gasverteilnetzen;
- der Vertrieb von Strom und Gas,
- die Energieerzeugung insbesondere aus regenerativen Quellen und aus Kraft-Wärme-Kopplung;
- die Erbringung energienaher Dienstleistungen
- die Wärmeversorgung (Fernwärme und Nahwärme, auch in Contracting-Modellen) einschließlich der Bewirtschaftung zugehöriger Anlagen und Netze
- die Betriebsführung von Wassernetzen;
- die Wahrnehmung von Aufgaben im Bereich der Straßenbeleuchtung;
- die Erbringung von Telekommunikationsleistungen;
- die Wahrnehmung von Verwaltungsaufgaben auch für verbundene Unternehmen (insb. Massenprozesse, Kundenservice, Abrechnung, Overhead und Querschnittsbereiche, Technische Abteilung)

Beteiligungsverhältnisse

Stadtwerke Andernach GmbH	374.500,00 €	74,9 %
Energieversorgung Mittelrhein AG	125.500,00 €	25,1 %

Besetzung der Organe am 31.12.2016

Gesellschafterversammlung

Der Gesellschafter Stadtwerke Andernach GmbH entsendet den jeweiligen Oberbürgermeister der Stadt Andernach oder dessen gesetzlichen Vertreter. Der Gesellschafter evm AG wird durch seinen gesetzlichen Vertreter oder dessen Bevollmächtigten vertreten.

Aufsichtsrat

Oberbürgermeister Achim Hütten - Vorsitzender -
Bürgermeister Claus Peitz - erster stellv. Vorsitzender u. beratendes Mitglied -
Gerhard Masberg
MdB Dipl.-Ing. Mechthild Heil
Dr. Hans-Georg Hansen
Dipl.-Ing. (FH) Alfons Schumacher
Diplom-Finanzwirt (FH) Albrecht Schmitz
MdL Marc Ruland
Agathe Mäurer
Axel Bartels
Ulla Wiesemann-Käfer
Hartmut Dressel
Heinz Günter Schmitt
Dipl.-Kfm. Josef Rönz
Dipl.-Ing. Bernd Wieczorek
Dipl.-Bw. (FH) Jörg Schneider
Dipl.-Kfm. Christian Schröder

Geschäftsführer

MBA Lars Hörnig
Dipl. Ing., Dipl.-Wirtsch.-Ing. Jan Deuster

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Grundlagen des Unternehmens

Wirtschaftliches Umfeld und allgemeine Rahmenbedingungen

Das wirtschaftliche Umfeld der Stadtwerke Andernach Energie GmbH (SWA-E) befand sich im Berichtsjahr zuletzt in einem soliden positiven Trend. Dies zeigt sich unter anderem in einer Zunahme des Bruttoinlandprodukts im Jahresdurchschnitt 2016 um 1,9 %. Wie im Vorjahr wurde das operative Geschäft durch eine verhältnismäßig warme Witterung beeinflusst. Das Jahr 2016 war durch eine abwechslungsreiche Witterung geprägt, verlief insgesamt aber wärmer als im langjährigen Mittel der Wetteraufzeichnungen.

Das Gesamtergebnis der SWA-E für das Geschäftsjahr 2016 liegt unter den Planvorgaben.

Das Unternehmen

Gesellschafter des Unternehmens sind die Stadtwerke Andernach GmbH (SWA) mit einem Anteil von 74,9 % und die Energieversorgung Mittelrhein AG (evm AG) mit 25,1 %. Zwischen der SWA-E und der SWA besteht ein Ergebnisabführungsvertrag. Der Minderheitsgesellschafter evm AG erhält eine Ausgleichszahlung.

Die SWA-E stellt innerhalb des Versorgungsgebietes mit ihren Strom- und Erdgasnetzen eine leistungsfähige Infrastruktur zur Verfügung. Darüber hinaus vertreibt SWA-E Strom- und Erdgasprodukte. Das Fernwärmenetz ist weiterhin verpachtet.

Die SWA-E übernimmt auch Dienstleistungen für die Muttergesellschaft SWA. So ist sie verantwortlich für die kaufmännische und technische Betriebsführung der Wassernetze. Zusätzlich übernimmt die SWA-E Verwaltungsaufgaben für die SWA.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz (in €)	2015	2016
A. Anlagevermögen	11.384.748,00	12.449.789,00
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	60.927,00	51.491,00
II. Sachanlagen	11.323.821,00	12.398.298,00
B. Umlaufvermögen	6.159.116,00	5.866.258,59
I. Vorräte	264.792,58	267.952,90
II. Forderungen u. sonst. Verm.	5.860.015,26	5.583.805,01
II. Kassenbestand	34.308,16	14.500,68
C. Rechnungsabgrenzungsposten	145,00	0,00
Bilanzsumme	17.544.009,00	18.316.047,59
A. Eigenkapital	7.214.738,84	7.214.738,84
I. Gez. Kapital	500.000,00	500.000,00
II. Kapitalrücklage	6.716.629,45	6.716.629,45
III. Verlustvortrag	1.890,61	1.890,61
IV. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0,00	0,00
B. Sonderposten	2.045.027,00	2.150.874,00
C. Rückstellungen	425.154,70	419.011,81
D. Verbindlichkeiten	7.859.088,46	8.531.422,94
Bilanzsumme	17.544.009,00	18.316.047,59

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV (in €)	2015	2016
Umsatzerlöse	12.578.053,32	14.113.034,12
sonstige betriebliche Erträge	59.269,49	191.612,44
Materialaufwand	7.502.741,60	9.841.528,82
Personalaufwand	2.157.707,43	2.259.551,75
Abschreibungen	849.708,11	913.619,01
sonstige betr. Aufwendungen	2.014.790,20	1.062.457,12
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	563,47	106,64
Sonst. Zinsen u. ähnliche. Aufwendungen	93.557,86	88.061,89
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	14.169,62	14.016,68
Ergebnis nach Steuern	5.211,46	125.517,93
sonstige Steuern	10.867,82	12.278,53
Erträge aus Verlustübernahme	5.656,36	0,00
Aufwand aus Gewinnabführung	0,00	113.239,40
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

<u>Rentabilität</u>		2015	2016
Eigenkapitalrentabilität	%	-0,1	1,4
Gesamtrentabilität	%	0,5	1,1

		2015	2016
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	279,5	313,6

Vermögensaufbau

		2015	2016
Anlagenintensität	%	64,9	68,0
Intensität des Umlaufvermögens	%	35,1	32,0

Anlagenfinanzierung

		2015	2016
Anlagendeckung I	%	72,4	66,6
Anlagendeckung II	%	80,5	87,6

Kapitalausstattung

		2015	2016
Eigenkapitalquote	%	47,0	45,3
Fremdkapitalquote	%	53,0	54,7

Liquidität

		2015	2016
Liquiditätsgrad	%	83,8	92,6

Lage des Unternehmens

Umsatz- und Auftragsentwicklung

Der Verlauf und die wirtschaftliche Entwicklung des Geschäftsjahres können bis auf das Ergebnis der Sparte Stromnetz als zufriedenstellend bezeichnet werden. Die Sparte

Stromnetz konnte im Berichtsjahr entgegen der Planungen nicht wirtschaftlich betrieben werden.

Die Gesellschaft konnte in 2016 Umsatzerlöse in Höhe von 14.113 T€ erzielen.

Im operativen Geschäft besteht aufgrund der aktuellen energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der schwankenden Witterungsgegebenheiten die Herausforderung, die Kosten und Erträge im erwarteten Verhältnis zu halten.

Im Bereich der Strom-, Gas- und Wasserversorgung sollen die Prozesse und Abläufe kontinuierlich optimiert und eine gute Versorgungssicherheit gewährleistet werden.

Der Vertrieb von Strom und Erdgasprodukten mit „BäckerjungenStrom“ und „BäckerjungenGas“ verläuft weiter erfolgreich. Ziel ist es, die Marktdurchdringung im Wettbewerbsmarkt Strom- und Erdgasvertrieb weiter deutlich auszubauen.

Die Stadtwerke haben die Anlaufjahre genutzt, um sich als kommunaler Energieversorger in der Stadt Andernach zu platzieren. Der Zustand des Stromnetzes war bei der Übernahme schlechter als erwartet. Hierdurch waren und sind größere Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen notwendig. Die Finanzierung der geplanten Investitionsmaßnahmen in das Strom- und Erdgasnetz stellt eine Herausforderung für SWA-E dar. Weitere Herausforderungen sind die Änderung der energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen (Marktraumumstellung bei Gas, Messstellenbetriebsgesetz bei Strom). Im Jahr 2017 beginnen zudem die Vorbereitungen für das Projekt zur operativen Integration des Betriebsbereiches Wärmeversorgung.

Alle Betriebsbereiche werden weiterhin konsequent auf Kostensenkungs- und Ertragssteigerungspotentiale untersucht.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahren

Durch die Ausgliederung der Energiesparten der Stadtwerke Andernach (SWA) auf die Stadtwerke Andernach Energie (SWA-E) erhöhte sich das Eigenkapital von 25 T€ auf 500 T€.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Keine

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2016

Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung: 2.640,00€

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 85 Abs 1 GemO.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2017

Grünflächen- und Bestattungswesen

Eigenbetrieb der Stadt Koblenz

Rechtsform

Eigenbetrieb, öffentlich-rechtlich

Gegründet

01. Januar 1998; Betriebssatzung zuletzt geändert 29.10.2009

Stammkapital am 31.12.2016

Betriebszweig Grünflächen: 200.000,00 €

Betriebszweig Bestattungswesen: 0,00 €

Gegenstand des Eigenbetriebs

Zweck des Eigenbetriebes ist die Durchführung des Bestattungswesens, der Betrieb des Krematoriums, die Planung, Erstellung und Pflege von Grünflächen sowie der Betrieb der Stadtgärtnerei. Zu den vorgenannten Aufgabenbereichen gehören auch die damit verbundenen Hilfs- und Nebengeschäfte.

Besetzung des Werksausschusses per 31.12.2016

Prümm, Martin - Vorsitzender – (bis 31.08.2016)

Flöck, Bert – Vorsitzender- (ab 01.09.2016)

Schumann-Dreyer, Anne-Marie

Rosenbaum, Karl-Heinz

Artz, Monika

Bocklet, Herbert

Dott, Herbert

Mettler, Dirk

Michels, Dietmar

Lehmkuhler, Gerhard

Kirsch, Thomas

Schmidt, Hermann-Josef

Schneider, Walter

Mehlbreuer, Andrea (bis 09.11.2016)

Weber, Sylvia (ab 10.11.2016)

Zwiernik, Patrick

Wilbert, Josef

Bordelle, Michael

Sommer, Hans-Christian

Beratende Mitglieder

Conradi, Thomas

Hug, Dieter

Jäckel, Katrin

Leber, Peter

Daum, Sascha

Mathy, Winfried

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

*Der Gegenstand des Eigenbetriebes ist eine **nichtwirtschaftliche** Betätigung gemäß § 85 Absatz 3 Nr. 7, weil der Eigenbetrieb überwiegend Zwecken des Eigenbedarfs der Gemeinde dient.*

Für den Bereich des Krematoriums besteht seit dem 01. Juni 2005 die unbeschränkte Körperschaft- und Gewerbesteuerpflicht im Rahmen eines Betriebes gewerblicher Art.

Seit 01.01.2012 gilt dies auch für die in die Bewirtschaftung übernommenen Parkplätze (BlmA- und SGD-Nord) auf den Freiflächen am Kurfürstlichen Schloss.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2017**

Kommunaler Servicebetrieb Koblenz

Rechtsform

Eigenbetrieb, öffentlich-rechtlich

Gegründet

01. Januar 1996; Betriebssatzung zuletzt geändert 18.12.2012

Stammkapital am 31.12.2016

700.000,00 €

Gegenstand des Eigenbetriebs

Zweck des Eigenbetriebes ist die Wertstofffassung/-verwertung, die Restabfallbeseitigung/-entsorgung, die Reinigung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze in der Stadt Koblenz sowie die Instandsetzung und -haltung der städtischen Fahrzeuge und Geräte. Des Weiteren obliegt dem Eigenbetrieb die Straßenunterhaltung/ -instandsetzung einschließlich der hierzu gehörenden Einrichtungen mit Ausnahme der Ingenieurbauwerke. Zu den vorgenannten Aufgabenbereichen gehören auch die damit verbundenen Hilfs- und Nebengeschäfte. Der Landkreis Cochem-Zell hat ab dem 01.01.2012 die Erfassung, Sammlung und Transport von Rest-, Bio-, Gewerbe- und Sperrabfällen an den Eigenbetrieb übertragen.

Besetzung des Werkausschusses am 31.12.2016

*Hammes-Rosenstein, Marie-Theres – Vorsitzende –
Altmaier, Christian
Arens, Hildegard
Balmes, Peter
Bastian, Werner
Diederichs-Seidel, Uwe
Dott, Herbert
Dr. med. Gross, Michael
Hömberger, Monika
Hoernchen, Edith Elisabeth
Kalenberg, Rudolf
Knopp, Ernst
Lehmkuhler, Gerhard
Rosenbaum, Karl-Heinz
Schmidt, Hermann Josef
Schneider, Thorsten*

Schupp, Thorsten
Sommer, Hans-Christian
Wehran, Jens

Beratende Mitglieder

Jakobs, Ludwig
Koch, Michael
Koenen, Heinrich
Bleyell, Uwe
Plum, Mario
Rütze, Mario

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Der Gegenstand des Eigenbetriebes ist eine **nicht wirtschaftliche** Betätigung gemäß § 85 Absatz 4 Nr. 5 GemO, weil der Kommunale Servicebetrieb Koblenz sowohl im Bereich der Abfallwirtschaft als auch im Bereich Straßenreinigung überwiegend Zwecken des Umweltschutzes dient.

Der Bereich Straßenunterhaltung und Werkstattbetrieb dient zur Deckung des Eigenbedarfs der Stadt Koblenz nach § 85 Abs. 4 Nr. 7 GemO.

Der Betriebszweig Service wird als Betrieb gewerblicher Art geführt.

Stadtverwaltung Koblenz Beteiligungsbericht 2017



Koblenz-Touristik *Eigenbetrieb der Stadt Koblenz*

Rechtsform

Eigenbetrieb, öffentlich-rechtlich

Gegründet

01. Januar 1997; Betriebssatzung vom 23. August 2001

Stammkapital am 31.12.2016

2.100.000,00 €

Gegenstand des Eigenbetriebs

Zweck des Eigenbetriebes ist die Förderung des Messe- und Congresswesens, der Touristik, des Stadtmarketings, von Campingplätzen und des Veranstaltungswesens. Zu den vorgenannten Aufgabenbereichen gehören auch die damit verbundenen Hilfs- und Nebengeschäfte.

Besetzung des Werksausschusses am 31.12.2016

*Hofmann-Göttig, Prof. Dr. Joachim - Vorsitzender -
Bocklet, Herbert
Contento, Vito
Rosenbaum, Karl-Heinz
Sauer, Monika
Diehl, Manfred
Balmes, Peter
Hoernchen, Edith
Altmaier, Christian
Bastian, Manfred
Naumann, Fritz
Mühlbauer, Marion*

Ackermann, Hans-Peter
Zwiernik, Patrick
Kühlenthal, Edgar
Wilbert, Josef
Hoernchen, Birgit
Weber, Karl Ludwig

Beratendes Ausschussmitglied

Bollinger, Markus
Daum, Stefan
Ohlwein, Stefan
Lehmkuhler, Raimund
Steinebach, Thomas
Lang, Isolde

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

§ 85 Abs. 1 Satz 1 GemO

Der Eigenbetrieb Koblenz-Touristik fördert das Gästeaufkommen in der Stadt Koblenz – sowohl Tages- als auch Übernachtungstouristen. Dies geschieht durch intensive Messe- und Workshopbesuche, regionale und überregionale Vertriebsarbeit, Kooperationen sowohl im regionalen als auch deutschlandweiten Bereich. Er ist verantwortlich für die Kreation touristischer Angebote, die Erstellung von Flyern und Stadtplänen sowie die Bereitstellung eines mehrsprachigen, zeitgemäßen Internetauftrittes. Durch intensive Zusammenarbeit mit Beherbergungsbetrieben, Gaststätten, Schifffahrtsunternehmen sowie dem Einzelhandel, wird eine starke Verknüpfung zwischen Tourismus und Wirtschaftskraft hergestellt. Eine Tourismus-Information betreut an 360 Tagen im Jahr Gäste und Besucher und vermittelt Stadtführungen, Tagesausflüge sowie touristische Events. Mit dem Romanticum betreibt die Koblenz-Touristik eine besondere interaktive Ausstellung, die sowohl für Gäste als auch Bürger der Stadt einen attraktiven Mehrwert darstellt.

Im Rahmen der Daseinsvorsorge betreibt er das Rhein-Mosel-Kongresszentrum mit den Räumlichkeiten im Kurfürstlichen Schloss und führt etliche kulturelle Veranstaltungen durch.

§ 85 Abs. 1 Satz 2 GemO

Der Eigenbetrieb finanziert sich aus Einnahmen. Ein Zuschuss aus dem Kernhaushalt der Stadt wird nicht gezahlt.

§ 85 Absatz 1 Satz 3 GemO

Bei der Aufgabe des Eigenbetriebes handelt es sich um „Wirtschaftsförderung“ im weitesten Sinne. Durch die Verknüpfung der einzelnen Teilbereiche werden Synergieeffekte genutzt. Eine ebenso „gute“ Erfüllung dieses öffentlichen Zwecks durch private Unternehmen scheidet aus.

Stadtverwaltung Koblenz **Beteiligungsbericht 2017**

Kommunales Gebietsrechenzentrum

Eigenbetrieb der Stadt Koblenz

Rechtsform

Eigenbetrieb, öffentlich-rechtlich

Gegründet

01. Januar 1995; (Eintrag ins Handelsregister 26. Mai 2000)

Stammkapital am 31.12.2016

800.000,00 €

Gegenstand des Eigenbetriebs

Zweck des Eigenbetriebes ist die Informationsverarbeitung für die Stadt Koblenz und für andere Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts und deren Einrichtungen sowie für sonstige Dritte.

Besetzung des Werksausschusses am 31.12.2016

Hofmann-Göttig, Prof. Dr. Joachim (OB) – Vorsitzender –

Sauer, Monika

Schmitz, Hermann

Schlemmer, Bernd-Dieter

Knopp, Ernst

Gniewosz, Gordon

Kumm, Holger

Hoffmann, Ute

Hühnerfeld, Ursula

Weis, Anita

Mitnacht, Sebastian

Zwiernik, Patrick

Bocklet, Herbert

Wehran, Jens

Mies, Bernhard Stefan

Hennchen, David

Weis, Richard

Weber, Karl Ludwig

Beratende Mitglieder

La Porte, Ralf

Schäfer, Frank

Henschel, Mathias

Persch, Natascha

Dickel, Harald

Mogendorf, Alfons

Aufgaben der Informationsverarbeitung sind:

- a.) Ausführung von Verwaltungsarbeiten und anderer Aufgaben unter Einsatz elektronischer Anlagen der Daten- und Kommunikationstechnik,
- b.) Entwicklung, Pflege und Bereitstellung von Datenverarbeitungsverfahren und der hierfür notwendigen Programme,
- c.) datenverarbeitungstechnische und verfahrensorganisatorische Beratung der Anwender,
- d.) Durchführung von Schulungen auf dem Gebiet der technikunterstützten Informationsverarbeitung.

Der Eigenbetrieb kann alle seinen Betriebszweck fördernden und ihn wirtschaftlich berührenden Geschäfte betreiben.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

*Der Gegenstand des Unternehmens ist eine **nicht wirtschaftliche** Betätigung gemäß § 85 Absatz 4 Nr. 7 GemO, weil überwiegend die Deckung des Eigenbedarfs der Stadt Koblenz erfolgt.*

Stadtverwaltung Koblenz Beteiligungsbericht 2017

Stadtentwässerung *Eigenbetrieb der Stadt Koblenz*

Rechtsform

Eigenbetrieb, öffentlich-rechtlich

Gegründet

01. Januar 1996; Betriebssatzung zuletzt geändert am 05.05.2014

Stammkapital am 31.12.2016

26.000.000,00 €

Gegenstand des Eigenbetriebs

Zweck des Eigenbetriebes ist es, Abwasser von den in der Stadt Koblenz gelegenen Grundstücken zu sammeln, weiterzuleiten und zu reinigen sowie das Einsammeln, Abfahren und Beseitigen des in zugelassenen Kleinkläranlagen anfallenden Schlamms und des in Gruben gesammelten Abwassers (Fäkalschlammabeseitigung). Der Eigenbetrieb kann alle seinen Betriebszweck fördernden und ihn wirtschaftlich berührenden Hilfs- und Nebengeschäfte betreiben.

Besetzung des Werksausschusses in 2016

Prümm, Martin – Vorsitzender - (bis 31.08.2016)

Flöck, Bert – Vorsitzender - (ab 01.09.2016)

Schumann-Dreyer, Anna-Maria

Diehl, Manfred

Dott, Herbert

Rosenbaum, Karl-Heinz

Sauer, Monika

Knopp, Ernst

Lehmkuhler, Gerhard

Schneider, Thorsten

Weis, Anita

Mehlbreuer, Andrea (bis 09.11.2016)

Ackermann, Hans-Peter (ab 10.11.2016)

Michels, Dietmar

Arens, Hildegard

Bastian, Werner

Hofmann, Gabriele

Schupp, Torsten
Weber, Karl Ludwig
Block, Gertrud

Beratende Mitglieder

Barthel, Markus
Bogler, Ralf
Bohn, Guido
Zelter, Dieter
Szymczak, Manfred
Marquart, Ulrich

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Der Gegenstand des Eigenbetriebes ist die **nicht wirtschaftliche** Betätigung gemäß § 85 Absatz 4 Nr. 5 GemO. Der Eigenbetrieb erfüllt nach § 52 LWG die hoheitliche Aufgabe der Abwasserbeseitigung.

Nach § 86 Absatz 2 Satz 2 sind Einrichtungen und Anlagen der Abwasserbeseitigung als Eigenbetriebe zu führen oder nach den Bestimmungen der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung (EigAnVO) zu verwalten.

Stadtverwaltung Koblenz Beteiligungsbericht 2017



Abfallzweckverband Rhein-Mosel-Eifel (ehem. Deponiezweckverband Eiterköpfe)

Rechtsform

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Gegründet

19. Dezember 1986; Satzung zuletzt geändert am 30.04.2014

Stammkapital am 31.12.2016

83.735,64 € (zu 100% beim Landkreis MYK)

Mitglieder des Zweckverbandes

Stadt Koblenz
Landkreis Mayen-Koblenz
Landkreis Cochem-Zell

Vertreter der Stadt Koblenz in der Verbandsversammlung in 2016

Bürgermeisterin Marie-Theres Hammes-Rosenstein
Gerhard Lehmkuhler
Karl-Heinz Rosenbaum

Gegenstand des Zweckverbandes

- (1) Der Zweckverband hat die Aufgabe, eine oder mehrere Zentraldeponien in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft zu betreiben und die dafür notwendigen Planfeststellungsbeschlüsse herbeizuführen.
- (2) Der Zweckverband hat ferner die Aufgabe der Vorbereitung der Abfälle zur Wiederverwendung (MYK), des Recyclings, der sonstigen Verwertung und der Beseitigung der folgenden ihm von den Mitgliedskörperschaften überlassenen und der von ihm nach Abs. 3 eingesammelten Abfälle:

1. Restabfälle (COC, KO, MYK)
2. Hausmüllähnliche Gewerbeabfälle (COC, KO, MYK)
3. Bioabfälle (COC, KO, MYK)
4. Sperrabfälle (COC, KO, MYK)
5. Abfälle aus der Wertstofftonne (COC, KO, MYK)
6. zur Beseitigung überlassene Abfälle aus sonstigen Herkunftsbereichen (COC, KO, MYK)
7. Grünabfälle (MYK)
8. Altpapier (MYK)
9. in Bringsystemen getrennt erfasste Abfälle und Wertstoffe (MYK)

In den Klammern ist angegeben, für welche Mitglieder der Zweckverband diese Aufgaben übernimmt.

Bei der Verwertung der Bio- und Grünabfälle wird er eine regionale Wertschöpfung, soweit wirtschaftlich sinnvoll, in eigenen Anlagen anstreben.

(3) Dem Zweckverband werden weiterhin vom Landkreis Mayen-Koblenz folgende Aufgaben übertragen:

1. die Sammlung und der Transport von
 - a) Siedlungsabfällen (Rest-, Bio-, Grün-, Sperrabfall und Altpapier) aus privaten Haushaltungen und
 - b) überlassene Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen sowie
2. der Betrieb eines Wertstoffhofes, bei Bedarf auch weiterer Wertstoffhöfe (Einrichtung, Anlagenbetrieb, Logistik, Entsorgung der erfassten Abfälle und Wertstoffe).

(4) Der Zweckverband kann auch Dritten die Benutzung seiner Anlagen gestatten, soweit dies zum wirtschaftlichen Betrieb geeignet ist. Das Landesgesetz über die kommunale Zusammenarbeit bleibt unberührt.

(5) Der Zweckverband hat nur die Entgelthoheit für Selbstanlieferer und erlässt hierfür Gebührensatzungen.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2017**

**Abwasserzweckverband
„Industriepark A61/GVZ Koblenz“**

Rechtsform

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Gegründet

01. Januar 2009

Stammkapital am 31.12.2016

keines

Mitglieder des Zweckverbandes

*Stadt Koblenz
Verbandsgemeinde Weißenthurm
Verbandsgemeinde Rhein-Mosel*

Vertreter der Stadt Koblenz in der Verbandsversammlung in 2016

*Beigeordneter Martin Prümm (bis 09.11.2016)
Beigeordneter Bert Flöck (ab 10.11.2016)....
Bernhard Mohrs*

Gegenstand des Zweckverbandes

Der Zweckverband hat die Aufgabe, innerhalb des Verbandsgebietes

- 1. die Entwässerungsanlagen nach den jeweils geltenden Regeln der Technik zu planen, zu errichten, zu betreiben, zu unterhalten, zu erneuern und zu überwachen*
- 2. von den Grundstücken Abwasser anzunehmen und*
- 3. für die unschädliche Ableitung und ordnungsgemäße Beseitigung des Abwassers Sorge zu tragen.*

Abwasserzweckverband „Industriepark A61/GVZ Koblenz“

Der Zweckverband begründet ein Entsorgungsverhältnis mit den einzelnen Anschlussberechtigten bzw. Anschlussverpflichteten. Er ist berechtigt, den Anschluss- und Benutzungszwang festzulegen.

Der Zweckverband verwaltet seine Einrichtungen nach der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung in der jeweils geltenden Fassung.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2017**

**Zweckverband
Industriepark A 61 / GVZ Koblenz**

Rechtsform

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Gegründet

01. November 1999

Stammkapital am 31.12.2016

keines

Mitglieder des Zweckverbandes

<i>Stadt Koblenz</i>	<i>34,0 %</i>
<i>Ortsgemeinde Bassenheim</i>	<i>22,0 %</i>
<i>Ortsgemeinde Koblenz-Gondorf</i>	<i>22,0 %</i>
<i>Landkreis Mayen-Koblenz</i>	<i>22,0 %</i>

Vertreter der Stadt Koblenz in der Verbandsversammlung in 2016

Martin Prümm –stv. Verbandsvorsteher- (bis 31.08.2016)

Bert Flöck –stv. Verbandsvorsteher- (ab 01.09.2016)

Schuhmann-Dreyer, Anna-Maria

Balmes, Peter

Hermann-Josef Schmidt

Walter Baum

Hans-Peter Ackermann

Monika Sauer

Detlef Pilger

Gegenstand des Zweckverbandes

Der Landkreis Mayen-Koblenz, die Gemeinden Bassenheim und Koblenz-Gondorf sowie die Stadt Koblenz entwickeln unmittelbar angrenzend zum bestehenden GVZ Koblenz an der A 61 im Rahmen einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme nach §§ 165 ff. Baugesetzbuch ein interkommunales Industriegebiet.

Mit der Durchführung der Maßnahme sollen Arbeitsplätze geschaffen werden, die regionale Wertschöpfung soll gesteigert werden und der Industriestandort Rheinland-Pfalz soll gestärkt werden.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2017**

**Zweckverband
Schienenpersonennahverkehr
Rheinland-Pfalz Nord**

Rechtsform

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Gegründet

17. November 1995

Stammkapital am 31.12.2016

keines

Mitglieder des Zweckverbandes

*Land Rheinland-Pfalz
Landkreis Ahrweiler
Landkreis Altenkirchen
Landkreis Bernkastel-Wittlich
Eifelkreis Bitburg-Prüm
Landkreis Cochem-Zell
Landkreis Vulkaneifel
Kreisfreie Stadt Koblenz
Landkreis Mayen-Koblenz
Landkreis Neuwied
Kreisfreie Stadt Trier
Landkreis Trier-Saarburg
Rhein-Hunsrück-Kreis
Landkreis Westerwaldkreis
Landkreis Rhein-Lahn*

Vertreter der Stadt Koblenz in der Verbandsversammlung in 2016

Herr Beigeordneter Bert Flöck

Gegenstand des Zweckverbandes

Der Zweckverband erfüllt die ihm nach § 6 Abs. 2 NVG zugewiesenen Aufgaben unter Beteiligung des Landes gemäß § 6 Abs. 11 NVG.

Diese umfassen die Gestaltung der Verkehrsangebote im SPNV sowie die Gestaltung der von dem Zweckverband übernommenen regionalen Busverkehre nach § 6 Abs. 9 NVG, so insbesondere:

- *die Gestaltung der Fahrpläne und Tarife,*
- *Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Schienenpersonennahverkehrs im Fahrdienst und vor Ort, wie Gestaltung der Bahnhofs- und Umsteigeanlagen,*
- *Öffentlichkeitsarbeit und Werbemaßnahmen, sowie*

für den Bereich des Schienenpersonennahverkehrs sowie für die von ihm übernommenen regionalen Busverkehre ist der Zweckverband zuständige Behörde für die Vereinbarung oder Auferlegung gemeinschaftlicher Verkehrsleistungen im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2016**

**Altlastenzweckverband
Tierische Nebenprodukte**

Rechtsform

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Gegründet

01. Januar 2015 (§ 6 Abs. 7 Satz 1 AGTierNebG)

Stammkapital am 31.12.2016

Kann noch nicht beziffert werden, da eventuelles EK aus der Liquidationsschlussbilanz des ZVTKB i. L. zum 22.09.2016 am 23.09.2016 übernommen werden muss. Diese liegt noch nicht vor.

Mitglieder des Zweckverbandes

Landkreise Ahrweiler, Altenkirchen, Alzey-Worms, Bad Dürkheim, Bad Kreuznach, Bernkastel-Wittlich, Birkenfeld, Eifelkreis Bitburg-Prüm, Cochem-Zell, Vulkaneifel, Donnersbergkreis, Germersheim, Kaiserslautern, Kusel, Mainz-Bingen, Mayen-Koblenz, Neuwied, Rhein-Hunsrück-Kreis, Rhein-Lahn-Kreis, Rhein-Pfalz-Kreis, Südliche Weinstraße, Südwestpfalz, Trier-Saarburg, Westerwaldkreis

Ebenso die kreisfreien Städte Frankenthal (Pfalz), Kaiserslautern, Koblenz, Landau in der Pfalz, Ludwigshafen am Rhein, Mainz, Neustadt an der Weinstraße, Pirmasens, Speyer, Trier, Worms und Zweibrücken.

**Vertreter der Stadt Koblenz in der Verbandsversammlung am
31.12.2016**

Bürgermeisterin Marie-Theres Hammes-Rosenstein

Gegenstand des Zweckverbandes

Der Zweckverband Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz, im Saarland, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg wurde durch das Landesgesetz zur Ausführung des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes (AGTierNebG) vom 23.08.2014 aufgelöst. Das zweijährige Liquidationsverfahren endete mit Ablauf des 22.09.2016. Ziel dieses Gesetzes ist die Neuorganisation der Tierkörperbeseitigung in

Rheinland-Pfalz gemäß den Forderungen des Beschlusses der Europäischen Kommission vom 25.04.2012 im staatlichen Beihilfeverfahren gegen den Zweckverband Tierkörperbeseitigung. Der Zweckverband Tierkörperbeseitigung war alleiniger Anteilseigentümer der Gesellschaft für Tierkörperbeseitigung (GfT) mbH und hatte neben der Aufgabe der Tierkörperbeseitigung auch die der Sanierung und Verwaltung der Altstandorte inne.

Im Rahmen der Neuorganisation der Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz wurde der Altlastenzweckverband Tierische Nebenprodukte gem. § 6 Abs. 7 Satz 1 AGTierNebG zum 01.01.2015 gegründet. Die konstituierende Sitzung fand am 18.02.2015 statt. Verbandsmitglieder sind kraft Gesetzes die beseitigungspflichtigen 24 Landkreise und 12 kreisfreien Städte des Landes Rheinland-Pfalz.

Vertreten wird der Altlastenzweckverband durch den Vorstandsvorsteher, Herrn Landrat Schnur (Landkreis Cochem-Zell) sowie seinen Stellvertreter Herrn Bürgermeister Franzen (Stadt Zweibrücken) und seit dem 11.09.2015 durch den weiteren Stellvertreter Herrn Landrat Görisch (Landkreis Alzey-Worms). Die Geschäftsstelle wurde daher bei der Kreisverwaltung Cochem-Zell eingerichtet und ist mit einer Beamtin der Besoldungsgruppe A9 besetzt.

Für den Zeitraum des Liquidationsverfahrens des aufgelösten Zweckverbandes Tierkörperbeseitigung vom 23.09.2014 bis 22.09.2016 wurde ein neutraler Liquidator eingesetzt. Dieser hatte insbesondere die Aufgabe, das Vermögen dieses Zweckverbandes zu verwerten. Der Altlastenzweckverband ist nach § 6 Abs. 5-7 AGTierNebG für die Sanierung, Nachsorge und Verwertung des nicht durch den neutralen Liquidator verwerteten Vermögens des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigung sowie für die Sanierung der ehemaligen Tierkörperbeseitigungsanlage am Standort in Sohrschied zuständig.

Der Sanierungspflicht unterliegt neben dem Altstandort Sohrschied auch die ehem. Tierkörperbeseitigungsanstalt in Sprendlingen. Die Sanierung beider Anlagen wird durch die Schirmer Umwelttechnik GmbH betreut.

Durch den neutralen Liquidator wurden die Altstandorte Altenglan, Ochtendung und Sprendlingen zum 01.01.2016 auf den Altlastenzweckverband übertragen. Der Standort Ochtendung konnte bereits im laufenden Jahr 2016 an einen privaten Käufer veräußert werden. Mit Ablauf des Liquidationsverfahrens wurde darüber hinaus auch die ehem. Tierkörperbeseitigungsanstalt Sandersmühle zum 23.09.2016 in das Eigentum des Altlastenzweckverbandes aufgenommen. Unter den Begriff des nicht verwerteten Vermögens des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigung fallen zudem auch sämtliche Verbindlichkeiten, wie insbesondere die Kredite (Stand zum 22.09.2016: 8,4 Mio. €) und Forderungen.

Die noch aktive Tierkörperbeseitigungsanlage in Rivenich sowie die Sammelstelle in Sembach sind zunächst gem. § 6 Abs. 2 Satz 1 AGTierNebG auf die rheinland-pfälzischen Landkreise und kreisfreien Städte als Gesamthandeigentum übergegangen. Seit dem 01.01.2016 verpachtet die Gesamthandeigentümergeinschaft die Anlage in Rivenich und Sammelstelle in Sembach an die nunmehr privatisierte SecAnim Südwest GmbH (vormals Gesellschaft für Tierkörperbeseitigung (GfT) mbH). Die Gesamthandeigentümergeinschaft wurde bereits im Jahr 2016 vom Altlastenzweckverband Tierische Nebenprodukte vertreten.

Zum 01.01.2017 wurde die Gesamthandeigentümergeinschaft aufgelöst und das Eigentum an der Anlage in Rivenich und der Sammelstelle in Sembach ist auf den Altlastenzweckverband übergegangen.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2017

**Zweckverband Tierische Nebenprodukte
Südwest**

Rechtsform

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Gegründet

01. Januar 2015 (§ 1 Abs. 2 AGTierNebG)

Stammkapital am 31.12.2016

Keines

Mitglieder des Zweckverbandes

Landkreise Ahrweiler, Altenkirchen, Alzey-Worms, Bad Dürkheim, Bad Kreuznach, Bernkastel-Wittlich, Birkenfeld, Eifelkreis Bitburg-Prüm, Cochem-Zell, Vulkaneifel, Donnersbergkreis, Gernersheim, Kaiserslautern, Kusel, Mainz-Bingen, Mayen-Koblenz, Neuwied, Rhein-Hunsrück-Kreis, Rhein-Lahn-Kreis, Rhein-Pfalz-Kreis, Südliche Weinstraße, Südwestpfalz, Trier-Saarburg, Westerwaldkreis, Merzig-Wadern, Neunkirchen, Saarlouis, Saarpfalz-Kreis, St. Wendel, der Regionalverband Saarbrücken

Ebenso die kreisfreien Städte Frankenthal (Pfalz), Kaiserslautern, Koblenz, Landau in der Pfalz, Ludwigshafen am Rhein, Mainz, Neustadt an der Weinstraße, Pirmasens, Speyer, Trier, Worms und Zweibrücken.

Vertreter der Stadt Koblenz in der Verbandsversammlung am 31.12.2016

Bürgermeisterin Marie-Theres Hammes-Rosenstein

Gegenstand des Zweckverbandes

Der Zweckverband Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz, im Saarland, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg wurde durch das Landesgesetz zur Ausführung des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes (AGTierNebG) vom 23.08.2014 aufgelöst. Das zweijährige Liquidationsverfahren endete mit Ablauf des 22.09.2016. Ziel dieses Gesetzes ist die Neuorganisation der Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz gemäß den Forderungen des Beschlusses der Europäischen Kommission vom 25.04.2012 im staatlichen Beihilfeverfahren gegen den Zweckverband

Tierkörperbeseitigung. Der Zweckverband Tierkörperbeseitigung war alleiniger Anteilseigentümer der Gesellschaft für Tierkörperbeseitigung (GfT) mbH und hatte neben der Aufgabe der Tierkörperbeseitigung auch die der Sanierung und Verwaltung der Altstandorte inne.

Im Rahmen der Neuorganisation der Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz wurde der Zweckverband Tierische Nebenprodukte Südwest gem. § 1 Abs. 2 Satz 1 AGTierNebG zum 01.01.2015 gegründet. Die konstituierende Sitzung fand am 18.02.2015 statt. Verbandsmitglieder sind kraft Gesetzes die beseitigungspflichtigen 24 Landkreise und 12 kreisfreien Städte des Landes Rheinland-Pfalz. Durch Beschluss sind zudem auch die fünf saarländischen Landkreise sowie der Regionalverband Saarbrücken dem Zweckverband beigetreten und seit dem 25.08.2016 Verbandsmitglieder.

Vertreten wird der ZVTN durch den Vorstandsvorsteher, Herrn Landrat Schnur (Landkreis Cochem-Zell) sowie seinen Stellvertreter Herrn Bürgermeister Franzen (Stadt Zweibrücken) und seit dem 11.09.2015 durch den weiteren Stellvertreter Herrn Landrat Recktenwald (Landkreis St. Wendel). Die Geschäftsstelle wurde daher bei der Kreisverwaltung Cochem-Zell eingerichtet und ist mit einer Beamtin der Besoldungsgruppe A9 besetzt.

Nach § 1 Abs. 1 und 2 AGTierNebG nimmt der Zweckverband die Aufgaben der Beseitigungspflichtigen im Sinne des § 3 Abs. 1 Satz 1 des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes (TierNebG) vom 25. Januar 2004 (BGBl. I S. 82) in der jeweils geltenden Fassung wahr. Diese umfassen die Abholung, Sammlung, Beförderung, Lagerung, Behandlung, Verarbeitung und Beseitigung der in deren Gebiet anfallenden tierischen Nebenprodukten, die nach dem Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz abzuholen, zu sammeln, zu befördern, zu lagern, zu behandeln, zu verarbeiten oder zu beseitigen sind. Auch die Vorhaltung einer Seuchenreserve als Pflichtaufgabe der Selbstverwaltung stellt eine wichtige Aufgabe dar.

Dem Zweckverband obliegt seit dem 01.01.2016 die Aufgabe der Tierkörperbeseitigung. Er hat jedoch von der Möglichkeit gem. § 1 Abs. 2 Satz 1 2. Halbsatz AGTierNebG Gebrauch gemacht, die Aufgabenwahrnehmung auf einen privaten Dritten zu übertragen. Die seit dem 01.01.2016 privatisierte Gesellschaft für Tierkörperbeseitigung (GfT) mbH mit Sitz in Rivenich wurde vom Zweckverband beauftragt und durch das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten beliehen. Die GfT mbH firmiert seit Beginn des Jahres 2017 unter dem Namen SecAnim Südwest GmbH.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2017**

**Zweckverband Tierkörperbeseitigung in
Rheinland-Pfalz, im Saarland, im Rheingau-
Taunus- Kreis und im Landkreis Limburg-
Weilburg i. L.**

Rechtsform

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Gegründet

*01. Januar 1979;
die Liquidation des ZV endete mit Ablauf des 22.09.2016*

Stammkapital am 31.12.2016

2.200.000,00 €

Mitglieder des Zweckverbandes

Landkreise Ahrweiler, Altenkirchen (Westerwald), Alzey-Worms, Bad Dürkheim, Bad Kreuznach, Bernkastel-Wittlich, Birkenfeld, Eifelkreis Bitburg-Prüm, Cochem-Zell, Vulkaneifel, Donnersbergkreis, Gernersheim, Kaiserslautern, Kusel, Mainz-Bingen, Mayen-Koblenz, Neuwied, Rhein-Hunsrück-Kreis, Rhein-Lahn-Kreis, Rhein-Pfalz-Kreis, Südliche Weinstraße, Südwestpfalz, Trier-Saarburg, Westerwaldkreis, Merzig-Wadern, Neunkirchen, Saarlouis, Saarpfalzkreis, St. Wendel, der Regionalverband Saarbrücken, Rheingau-Taunus-Kreis und Limburg-Weilburg

Ebenso die kreisfreien Städte Frankenthal (Pfalz), Kaiserslautern, Koblenz, Landau in der Pfalz, Ludwigshafen am Rhein, Mainz, Neustadt an der Weinstraße, Pirmasens, Speyer, Trier, Worms und Zweibrücken.

Vertreter der Stadt Koblenz in der Verbandsversammlung in 2016

Bürgermeisterin Marie-Theres Hammes-Rosenstein

Gegenstand des Zweckverbandes

Der Zweckverband übernimmt alle Rechte und Pflichten, die den Landkreisen und kreisfreien Städten als Beseitigungspflichten nach dem Gesetz zur Durchführung

gemeinschaftsrechtlicher Vorschriften über die Verarbeitung und Beseitigung von nicht für den menschlichen Verzehr bestimmten tierischen Nebenprodukte in Verbindung mit dem Rheinland-Pfälzischen Landesgesetz zur Ausführung des Tierischen Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes in den jeweils geltenden Fassungen obliegen.

Ebenso übernimmt er die Rechte und Pflichten, die den hessischen und saarländischen Zweckverbandsmitgliedern aus deren Rechtsgrundlagen erwachsen.

Die EU-Kommission hat mit Beschluss vom 25 April 2012 die Umlagezahlungen der Verbandsmitglieder als unzulässige Beihilfe deklariert und die Rückzahlung angeordnet. Eine Rückzahlung ist dem Zweckverband TKB faktisch nicht möglich. Die EU-Kommission fordert vor dem Hintergrund der nicht erfolgten Umsetzung der Rückzahlungsverpflichtung:

- *die Liquidation des ZV TKB und*
- *die Ausschreibung und Privatisierung der originär hoheitlichen Aufgabe.*

Durch das Land Rheinland-Pfalz wurde daher am 24. Juli 2014 ein neues Ausführungsgesetz zum tierischen Nebenprodukte–Beseitigungsgesetz beschlossen. Beseitigungspflichtige sind weiterhin die Landkreise und kreisfreien Städte. Weitere, wesentliche Regelungsinhalte, sind:

- *die Liquidation des bestehenden ZV TKB;*
- *die Einsetzung eines neutralen Liquidators;*
- *die Übertragung des erforderlichen Betriebsvermögens (Betriebe Rivenich und Sembach) auf die beseitigungspflichtigen Gebietskörperschaften;*
- *die Verwertung des nicht erforderlichen Betriebsvermögens;*
- *die Errichtung einer neuen gemeinsamen Einrichtung zur künftigen Durchführung der Beseitigung Tierischer Nebenprodukte; →Zweckverband Tierische Nebenprodukte Südwest*
- *sowie die Errichtung des Altlastenzweckverbandes Tierische Nebenprodukte.*

Das neue AGTierNebG trat am 23. August 2014 in Kraft. Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ist der Zweckverband Tierkörperbeseitigung aufgelöst und befindet sich in Liquidation.

Das zweijährige Liquidationsverfahren des ZV endete mit Ablauf des 22.09.2016

Der neutrale Liquidator hatte die Aufgabe der Tierkörperbeseitigung in der „Interimszeit“ bis zur Übernahme der Aufgabe am 01.01.2016 durch den Zweckverband Tierische Nebenprodukte Südwest bzw. durch die privatisierte und anschließend mit der Aufgabenwahrnehmung beauftragte GfT mbH gem. § 6 Abs. 4 AGTierNebG inne.

Seit dem 01.01.2016 oblag dem neutralen Liquidator ausschließlich noch die Aufgabe der Liquidation. Das nicht innerhalb des Liquidationsverfahrens verwertete Vermögen ist auf den Altlastenzweckverband Tierische Nebenprodukte übertragen worden.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2017

Zweckverband
Welterbe Oberes Mittelrheintal

Rechtsform

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Gegründet

11. Mai 2005

Stammkapital am 31.12.2016

Keines

Mitglieder des Zweckverbandes

- *die Stadt Koblenz*
- *der Landkreis Mayen-Koblenz*
- *die Verbandsgemeinde Rhein-Mosel*
- *die Stadt Rhens sowie die Ortsgemeinden Brey und Spay*
- *der Rhein-Hunsrück-Kreis*
- *die Stadt Boppard*
- *die Verbandsgemeinde St. Goar-Oberwesel*
- *die Städte Oberwesel und St. Goar sowie die Ortsgemeinden Damscheid, Niederburg, Perscheid, Urbar und Wiebelsheim*
- *der Rhein-Lahn-Kreis*
- *die Stadt Lahnstein*
- *die Verbandsgemeinde Loreley*
- *die Stadt Braubach sowie die Ortsgemeinden Dachsenhausen, Filsen, Kamp-Bornhofen und Osterspai*
- *die Städte St. Goarshausen und Kaub sowie die Ortsgemeinden Auel, Bornich, Dahlheim, Dörscheid, Kestert, Lierschied, Lykershausen, Nochern, Patersberg, Prath, Reichenberg, Reitzenhain, Sauerthal, Weisel und Weyer*
- *der Landkreis Mainz-Bingen*
- *die Stadt Bingen am Rhein*
- *die Verbandsgemeinde Rhein-Nahe*
- *die Stadt Bacharach sowie die Ortsgemeinden Breitscheid, Manubach, Münster-Sarmsheim, Niederheimbach, Oberdiebach, Oberheimbach, Trechtingshausen, Waldalgesheim und Weiler bei Bingen*
- *der Rheingau-Taunus-Kreis*

- *die Stadt Lorch am Rhein*
- *die Stadt Rüdesheim am Rhein*
- *das Land Rheinland-Pfalz*
- *das Land Hessen*

Vertreter der Stadt Koblenz in der Verbandsversammlung in 2016

*Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig
(ständig vertreten durch den Werkleiter EB Koblenz-Touristik)*

Gegenstand des Zweckverbandes

Gegenstand des Zweckverbandes ist es die Einzigartigkeit des Oberen Mittelrheintals zu bewahren und zu gestalten sowie die Schaffung einer einheitlichen Identität.

Der für das Tal so bedeutende Wirtschaftsfaktor „Tourismus“ ist zu stärken und auszubauen und die Einzelprojekte sind zu vernetzen.

Weiterhin hat der Zweckverband das Ziel, in den Grenzen des Verbandsgebiets die örtliche und regionale Zusammenarbeit im Bereich jener Themenfelder, die in den eigenen Zuständigkeitsbereich seiner Mitglieder fallen, zu fördern, zu unterstützen, zu koordinieren und für die Umsetzung Sorge zu tragen sowie gegebenenfalls gemeinsame Projekte durchzuführen oder deren Trägerschaft zu übernehmen.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2017**

**Zweckverband für Informationstechnologie und
Datenverarbeitung der Kommunen in
Rheinland-Pfalz (ZIDKOR)**

Rechtsform

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Gegründet

28. September 2012

Stammkapital am 31.12.2016

30.000,00 €

Mitglieder des Zweckverbandes

*Stadt Kaiserslautern
Stadt Koblenz
Stadt Ludwigshafen
Stadt Mainz
Stadt Neustadt an der Weinstraße
Stadt Neuwied
Stadt Speyer
Stadt Trier und
KommWis, Gesellschaft für Kommunikation und Wissenstransfer mbH*

Vertreter der Stadt Koblenz in der Verbandsversammlung in 2016

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig

Gegenstand des Zweckverbandes

- (1) Der Zweckverband verfolgt das Ziel, die Abwicklung von Aufgaben der Informationsverarbeitung bei der Erfüllung hoheitlicher Aufgaben anstelle kommunaler Gebietskörperschaften durchzuführen. Zu diesem Zweck wird der Betrieb in Rechenzentren der Mitglieder konzentriert und soweit erforderlich redundant ausgelegt werden.*

(2) Die Zuordnung des Betriebes eines Verfahrens zu Betriebsstandorten erfolgt unter Berücksichtigung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit. Ziel des ZIDKOR ist es insbesondere, einen sicheren und wirtschaftlichen Betrieb für landeseinheitliche Softwarelösungen – soweit erforderlich nach allgemein anerkannten Grundsätzen für die Informationsverarbeitung (z. B. BSI, DIN) – zu gewährleisten.

(3) Dem ZIDKOR werden von den Verbandsmitgliedern folgende Aufgaben übertragen.

Dies ist der hoheitliche:

- a) Betrieb des Fachverfahrens für das Personenstandswesen
- b) Betrieb des elektronischen Personenstandsregisters und des Sicherungsregisters
- c) Betrieb des Nachrichtenverkehrs XPersonenstand
- d) Betrieb der eGovernment-Dienste im Bereich Personenstandswesen
- e) Betrieb des Fachverfahrens im Bereich Waffenwesen
- f) Betrieb des Kommunenhosting

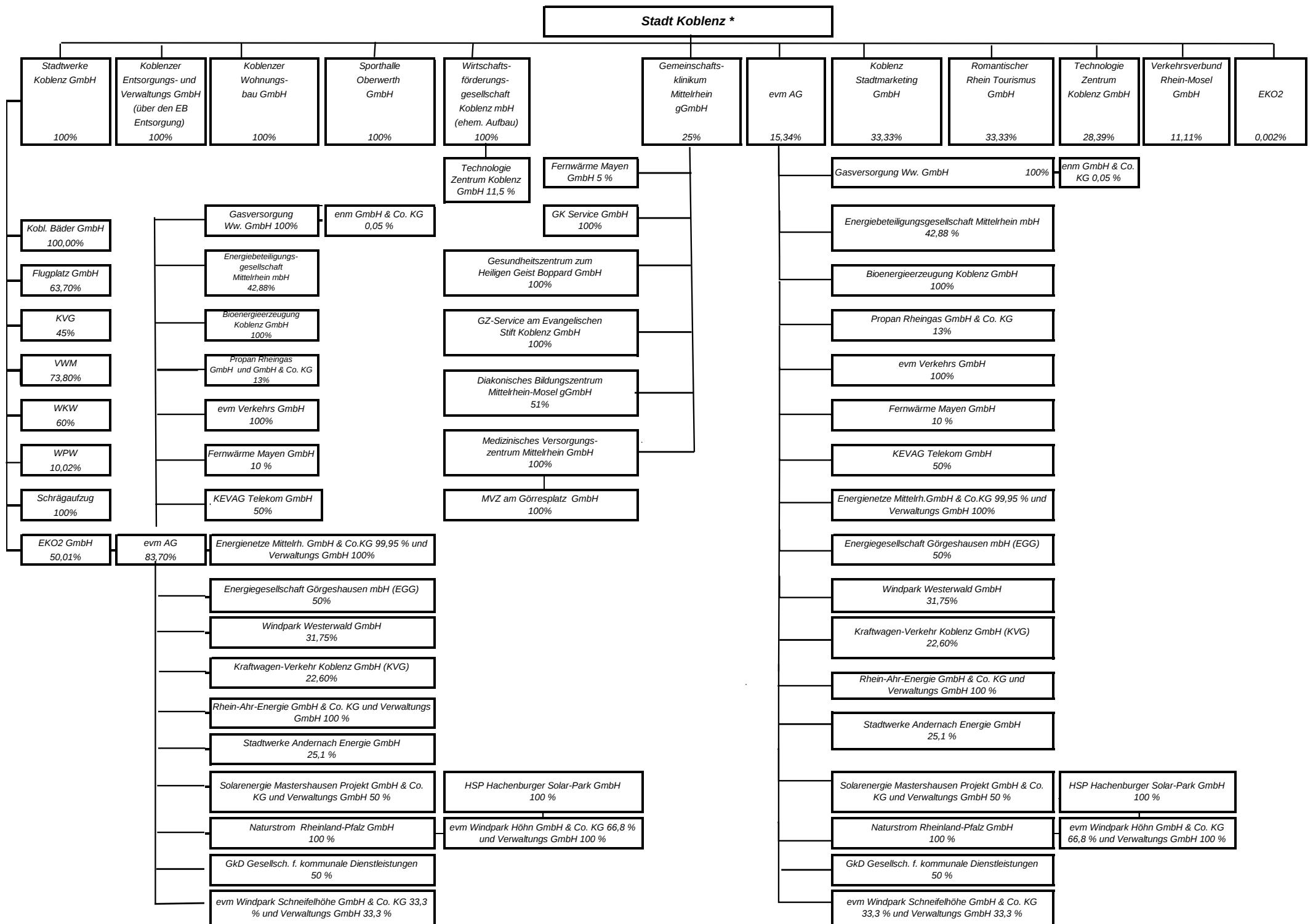
Die vorgenannten Aufgaben werden an den Betriebsstandorten der Mitgliedsstädte Mainz, Ludwigshafen, Kaiserslautern und Koblenz sowie der KommWis erbracht.

Dem ZIDKOR können weitere ITK-Aufgaben im Sinne von Abs. 1 übertragen werden.

(4) Im Rahmen der jeweiligen Möglichkeiten und der satzungsmäßigen Vorgaben arbeiten die Dienststellen/Unternehmen der Mitglieder und der Zweckverband bei der Erfüllung dieser Aufgaben zusammen.

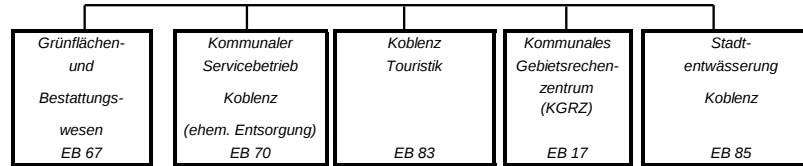
Die Konkretisierung der Leistungserbringung und der Leistungsparameter erfolgt in Anlagen zur Verbandsordnung (Leistungs- und Entgeltverzeichnis, Service-Vereinbarung) oder in gesonderten Vereinbarungen.

(5) Der Zweckverband kann auch Leistungen von Dritten beziehen.



Stadt Koblenz

Eigenbetriebe



Zweckverbände

